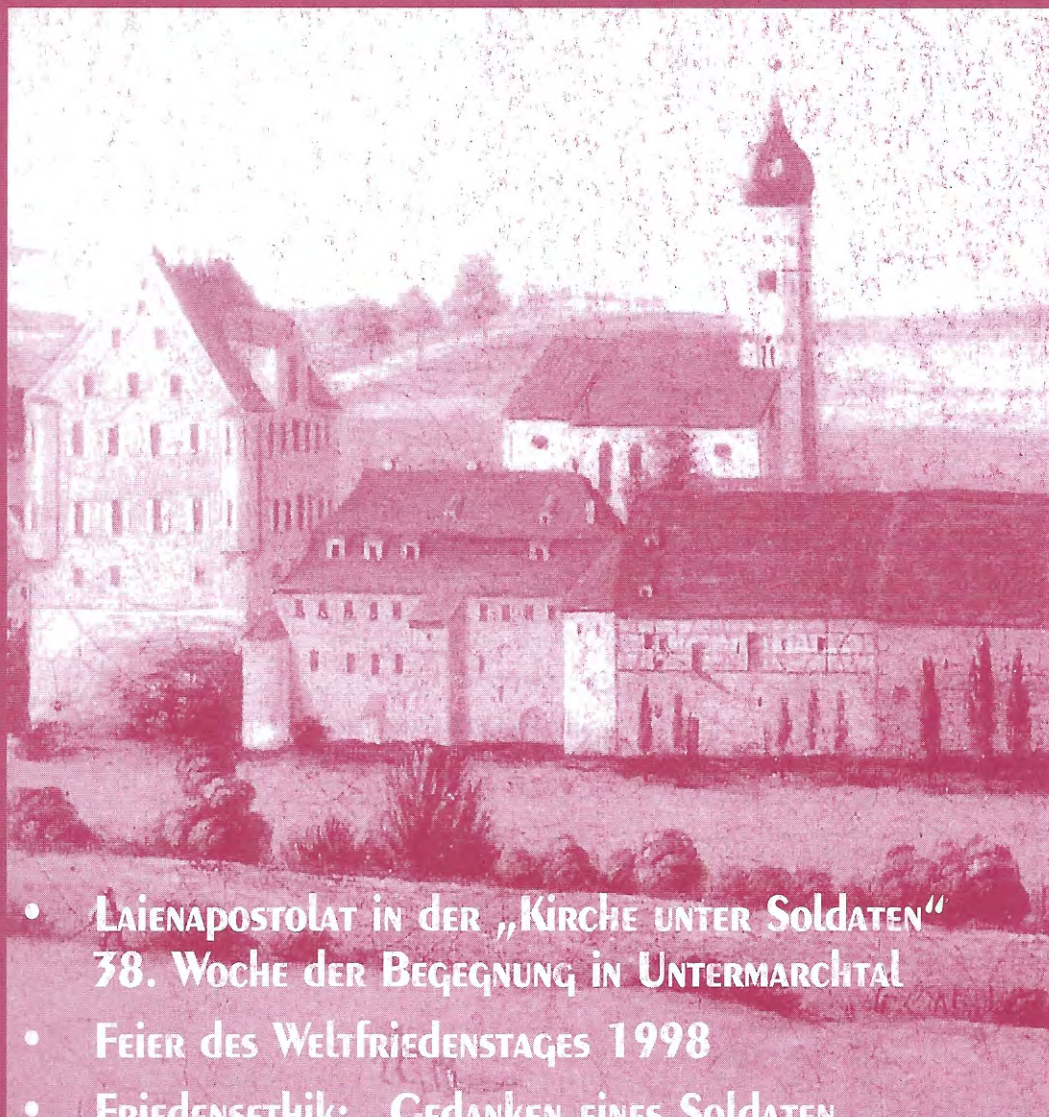


AUFTRAG



HEFT 232 / 1998

38. JAHRGANG



- LAIENAPOSTOLAT IN DER „KIRCHE UNTER SOLDATEN“
38. WOCHEN DER BEGEGNUNG IN UNTERMARCHTAL
- FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES 1998
- FRIEDENSETHIK: „GEDANKEN EINES SOLDATEN
ZU BOSNIEN-HERZEGOWINA“
- BEDÜRFTNIS NACH ZEICHEN UND RITUALEN HEUTE
- SOLDATENBETREUUNG: „IMMER AUF DER HÖHE DER ZEIT“

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

38. WOCHEN DER BEGEGNUNG

Der Tagungsort der 38. Woche der Begegnung (<i>Friedrich Brockmeier</i>)	4
ZENTRALE VERSAMMLUNG: In Seinem Geist – Zeichen der Hoffnung erkennen und setzen (<i>Manfred Heinz</i>)	7
BUNDESKONFERENZ DER GKS: In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern – Jeder an seinem Platz (<i>Walter Theis</i>)	8

SICHERHEITSPOLITIK

Die Diskussion über die NATO-Osterweiterung (<i>Michael Derewjantschenko</i>)	11
Anker der Europäischen Sicherheit (<i>Alfred Dregger</i>)	16
Dayton-Vertrag entschlossen umsetzen (<i>Jörg Lüer</i>)	16
GROSSBRITANNIEN: Britischen Streitkräften mangelt es an Personal	18
POLEN: Veränderungen in den polnischen Streitkräften (<i>Joachim G. Görlich</i>)	18

WELTFRIEDENSTAG 1998

20. INTERNATIONALER SOLDATENGOTTESDIENST IM KÖLNER DOM	20
Soldaten brauchen ein hohes ethisches, ein christliches Profil (<i>Joachim Kardinal Meisner</i>)	21
Wer Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde bewahren will, muss sie schützen (<i>Volker Rühe</i>)	22
Bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil	24
WELTFRIEDENSTAGES IN RENDSBURG: „Aus der Gerechtigkeit des einzelnen erwächst der Frieden für alle“ (<i>Matthias Gillner</i>)	24
WELTFRIEDENSTAGES IN MÜNSTER: Wo liegen die Wurzeln für die Gerechtigkeit? (<i>Bischof Reinhard Lettmann</i>)	28
WELTFRIEDENSTAG DER GKS BONN: Wie brüchig ist die Waffenruhe auf dem Balkan? (<i>bt</i>)	29
Gedanken und Erkenntnisse eines Soldaten zu Bosnien-Herzegowina (<i>Hans-Otto Budde</i>)	30
BOSNIEN: Tausende von Minen zurückgegeben, dennoch über 30 Minen-Tote pro Monat	33

FRIEDENSETHIK UND SOLDATISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS

Friedensethik und der Auftrag der Bundeswehr (<i>Klaus Liebetanz</i>)	34
Warten auf den Jüngsten Tag oder Mitarbeit an einer humanen Welt (<i>Klaus Liebetanz</i>)	35
DAS INTERVIEW: Oberst i.G. Werner Bös: Kein Widerspruch zwischen militärischem Auftrag und christlicher Überzeugung (<i>Ludger Terbrüggen</i>)	37
„Gegen jeden Krieg zu kämpfen, gebieten Vernunft und Erfahrung eines Generals“	38
Eine ehrenrührige Gesinnungsprüfung für Soldaten (<i>Carsten Kießwetter</i>)	40
Voreilige Schritte von der Hardthöhe (<i>Jürgen Liminski</i>)	41
„Die größte Rettungstat der Kunstgeschichte“ (<i>Helmut S. Ruppert</i>)	42

PASTORALPSYCHOLOGIE

Das Bedürfnis nach Zeichen und Ritualen heute (<i>Karl-Heinz Ditzer</i>)	44
--	----

KIRCHE IN DEUTSCHLAND

DOKUMENTATION ZUR „LAIENINSTRUKTION“: Vereinigungen von Katholiken: Bürgerliches oder kirchliches Koalitionsrecht? (<i>Friedrich Kronenberg</i>)	56
Aufbruch: Eine Meinung zum Geschrei um die „Laieninstruktion“ (<i>Helmut Fettweis</i>)	57
„So aber gibt es viele Glieder und doch nur einen Leib“ (<i>Joachim Kardinal Meisner</i>)	58
KATHOLIKENTAG MAINZ 1998: „Gebt Zeichen von eurer Hoffnung“ (<i>Manfred Heinz</i>)	60
Männerzentrum hat Premiere	61

TITELBILD: Ansicht des Ritterschlusses Untermarchtal nach einem Gemälde um 1800. (Quelle: siehe Anm. S. 4)

KIRCHE UND MEDIEN: Kirche und Religion in ARD und ZDF 1998 (Peter Kurath)	62
Bistum Würzburg kommt im Internet gut an	62
Altötting wird 1.250 Jahre alt (Priska Sauer-Longinotti)	63
Mehr Wiedereintritte in die Kirche	64
Bundeskanzler Kohl: Pflicht des Staates zum Schutz des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit	65
Konfliktberatung: Experten streiten über Haltung der Kirche	66
WELTKIRCHE	
Die Krise des Priestertums	67
Vatikanische Dokumente zum Dienst der Diakone (PS)	68
Gottesdienst in den Katakomben (Dieter Klink)	69
Kein Ende der Gewalt in Kolumbien (Georg Stoll)	70
GESELLSCHAFT NAH UND FERN	
Forschungsminister befragt Orakel (Sebastian Sander)	71
Die Mark (Irmeli Altendorf)	72
Ein „Flutzeichen“ im Oderbruch (PS)	73
Vom endgültigen Niedergang der Kriegsberichterstattung in unserer Zeit (Carsten Kießwetter)	75
Begegnungen mit Ernst Jünger (Helmut Fettweis)	81
„Mustereinrichtung“ des Grauens (Priska Sauer-Longinotti)	83
POLEN – TSCHESCHIEN: Erneute Diskussion um den Tod von General Sikorski (Joachim G. Görlich)	84
SOLDATENBETREUUNG	
Immer auf der Höhe der Zeit	85
Den Menschen nachgehen (Günter Thye)	86
SOLDATENBETREUUNG: Freizeitbüro und Freizeitberater (Paul Schulz)	89
AUS MILITÄRSEELSORGE, RÄTEN UND GKS	
Militärseelsorge in den neuen Bundesländern (Carsten Kießwetter)	99
Männer und Männerseelsorge in der Diaspora der neuen Bundesländern (Hartmut Gremler)	101
Christentum im zusammenwachsenden Europa (bt)	102
Ein Lehrgang für angehende Ruheständler? (Heinrich Havermann)	103
WEHRBEREICH II: GKS Aachen	103
WEHRBEREICH VI: GKS Hammelburg (Peter M. Pillich)	104
GKS-Kreis Amberg/Kümmersbruck (Anton Schill)	103
GKS-Kreis Ingolstadt (Norbert Rödl)	104
STICHWORT	10, 65, 100
KURZ BERICHTET	19, 27, 37, 54, 64, 66, 84, 88, 102
GEFUNDEN	38, 40
PERSONALIA	105
TERMINE 1998	106
AUTOREN UND IHRE BEITRÄGE	106
BUCHBESPRECHUNGEN	107

38. WOCHEN DER BEGEGNUNG

„In seinem Geist – Zeichen der Hoffnung erkennen und setzen“ mit diesem Leitwort der 38. Woche der Begegnung in Untermarchtal greift die Zentrale Versammlung (ZV), das Laintreffen der Kirche unter Soldaten, die Thematik auf, die sich die Kirche für das zweite Vorbereitungsjahr auf dem Weg in das Heilige Jahr 2000 „Gottes Geist in der Welt – Erkennen von Hoffnungszeichen“ gewählt hat. Die während dieser Woche tagende Bundeskonferenz der GKS hat sich dem mit ihrem Motto „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern – Jeder an seinem Platz“ angeschlossen.

Wie immer wird die ZV am Montag mit dem Eröffnungsgottesdienst eingeleitet, dem nach der Begrüßung der Delegierten durch den Vorsitzenden Oberst i.G. Werner Bös die Eröffnung der Beratungen durch Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld folgt. Im Bildungsteil hält der Chefredakteur des „Rheinischer Merkur“, Michael Rutz, ein Referat mit dem Thema „Deutschland im Umbruch – Was wird aus den Christen?“

Tagungsordnungspunkte sind:

- Die „Instruktionen zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester“;
- der Bericht zur Nachbarschaftshilfe 1997/98 für Straßenkinder in Burgas/Bulgarien und die Fortführung des Projekts im Zeitraum 1998/99;
- Berichte des Vorsitzenden der ZV und der Moderatoren der Arbeitskonferenzen bei den Wehrbereichsdekanen;
- Stand der Überlegungen zum „Pastoralkonzept der Katholischen Militärseelsorge“;

- Bericht aus der Arbeit des ZdK;
 - Neuwahl von zwei Vertretern der ZV im ZdK.
- Höhepunkt der Woche der Begegnung und zugleich Abschluss der ZV bilden das Pontifikalamt des Militärbischofs und der Gästeabend am Mittwoch.

Die Begegnung mit dem Militärbischof steht am Beginn der Bundeskonferenz der GKS. Auch hier stehen Berichte und Beratungen zur Arbeit des GKS an. Im Mittelpunkt steht der Vortrag mit Aussprache von Prof. DDr. Eugen Bieser SJ, München, „Hat der Glaube eine Zukunft? – Christsein an der Wende zum 3. Jahrtausend“.

Anschließend diskutieren die Delegierten in Arbeitsgruppen, wie katholische Soldaten „in der Kraft des Geistes“ ihren beruflichen, familiären und kirchlichen Alltag gestalten und „das Angesicht der Erde“ in ihrem unmittelbaren Einwirkungsbereich ein wenig in Richtung auf mehr Frieden und Gerechtigkeit hin verändern können. Die Themen der Arbeitsgruppen lauten:

1. Worin besteht der besondere Auftrag des Soldaten, der glaubwürdig Christ sein will, bei der Ausübung seines Berufes?
2. Stellung und Rolle der Kirche in der heutigen Gesellschaft – welchen Einfluss hat sie?
3. Welche geistigen Strömungen und welche brennenden Probleme bewegen die heutige Gesellschaft?
4. Was erwartet die Gesellschaft vom gläubigen aktiven Christen mehr als von anderen?

Natürlich werden neben der Konferenzarbeit auch die Erlebnisse von Gemeinschaft und Geselligkeit nicht zu kurz kommen. (PS)

Der Tagungsort der 38. Woche der Begegnung

Untermarchtal und die Barmherzigen Schwestern*)

FRIEDRICH BROCKMEIER



Wiederum findet eine Woche der Begegnung im Wehrbereich V statt. Waren wir organisierte Laien der katholischen Militärseelsorge vor sieben Jahren zur 31. Woche 1991 noch in dem ehemaligen Zisterzienserkloster Heiligkreuztal zu

Gast, so gewähren uns in diesem Jahr die Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul – auch Vinzentinerinnen genannt – in Untermarchtal Gastfreundschaft. Übrigens zum zweiten Mal, denn bereits die 23. Woche der Begegnung 1983 fand in diesem Haus statt.

Untermarchtal

Erhard Miehle

Dir, Untermarchtal, aufgebaut
Am Donauflusse mit viel Glück,
Dir, liebe Heimat, schmuck und traut,
Dir Klosterdorf, gilt heut' mein Blick.

Wie herrlich sind im Tal gelegen
Schloss, Klosterkirche, Mutterhaus;
Aus ihnen strömt viel Heil und Segen
Ins ganze Schwabenland hinaus.

Hoch oben ist ein Haus erbauet,
Als Altersheim ist es bekannt;
Voll Majestät ins Land es schauet:
„Maria Hilf“ wird es genannt.

Des Dorfes Kirche grüßt so lieblich
Von stiller Bergeshöh' herab:
Wo uns're Toten ruhen friedlich.
Dort legt man uns auch einst ins Grab.

Wo rauscht vorbei der Donau Welle,
Ruht auf dem Felsen träumend still,
Wie ein Juwel, die Waldkapelle;
Fürwahr, ein heiliges Idyll.

*) Quelle: Wolfgang Rieger, „Der kürzeste Weg zu Gott führt über den Nächsten“. Chronik der Barmherzigen Schwestern vom Hl. Vinzenz von Paul, Untermarchtal.

Landschaft und Geschichte

Wie schon in dem Gedicht über Untermarchtal erwähnt, liegt diese Klosteranlage und Gemeinde an der Donau, etwa 10 km von Ehingen entfernt und an der Eisenbahnlinie Freiburg–Ulm.

Untermarchtal hat etwas mehr als 1.000 Einwohner, gut ein Viertel davon entfallen auf das Kloster. Außer dem Kloster mit seinen landwirtschaftlichen Flächen, sind noch weitere 15 Landwirtschaftsbetriebe, die 3,56 qkm bewirtschaften in Untermarchtal ansässig. Ein Teil der erwerbstätigen Einwohner sind Berufspendler.

Da es wohl kaum möglich ist, in den wenig freien Stunden, die zur Verfügung stehen, sich eingehend über diese Region zu informieren, möge uns ein kleiner Überblick Untermarchtal näher bringen.

Die weiten Hochflächen der mittleren Alb wurden in der Jungsteinzeit (Neolithikum) etwa 3000 bis 1800 v. Chr. von kleinen Gruppen von Jägern und Sammlern bevölkert. Ackerbau und Viehzucht waren kaum bekannt. Der Steppecharakter änderte sich auch nicht, als die ersten Waldbäume wie Eiche, Linde und Hasel in Erscheinung traten.

Der Wildbestand setzte sich in der Hauptsache aus Hirsch, Reh, Wildschwein, Auerochse und wahrscheinlich auch noch dem Wildpferd zusammen. Der braune Bär, Luchs, Wildkatze und Wolf waren heimische Raubtiere. Aufgrund des Charakters der Hochflächen der Schwäbischen Alb umgingen die Menschen der jungsteinzeitlichen Völkerwanderung diese Landschaft. Als aber im Laufe der Jahrtausende sich Lösslehm abgelagert hatte, begann aus den Tälern heraus die Besiedlung der Hochflächen. Hierbei spielt das Tal der Donau, welches im Süden die Schwäbische Alb begrenzt, eine wesentliche Rolle. Es war eine uralte Völkerstraße, die den Westen und Südwesten des europäischen Kulturgebietes mit dem Osten verband. Das hatte zur Folge, dass immer wieder Stämme und Kulturen hier ankamen und frühzeitliche Ansiedlungen gründeten. Die vielen Höhlen der Alb, in den meisten Fällen an guten Wasserstellen gelegen, boten den jungsteinzeitlichen Jägern und Hirten Unterkunft

Das Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern vom Hl. Vinzenz von Paul in Untermarchtal mit seinen Kirchen und Gebäuden.

und guten Ausblick. Wann die erste Siedlung in Untermarchtal entstand liegt im Dunkel, aber 1905 entdeckte man die so genannte Lössiedlung bei Untermarchtal, die aus der Jungsteinzeit stammt.

Weitere Spuren der Besiedlung waren die Hügelgräber, die aus der Frühsteinzeit (Hallstattzeit) 800 bis 400 v. Chr. stammten. Diese Gräber sind heute nicht mehr erkennbar. Das in der Merowingerzeit (400 bis 750 n. Chr.) in der Gegend um Untermarchtal gesiedelt wurde, belegen Funde von Waffen und Skelette von Menschen. Über die Siedlungsgeschichte der Alemannen geben die gefundenen Kulturgüter aus den Gräbern Auskunft. Mit Recht kann Württemberg als das Kernland der Alemannen angesprochen werden. Sie waren nach der Vertreibung der Römer 260 n. Chr. bis zur Niederlage gegen den Frankenkönig Chlodwig 496 unumschränkte Herrscher. So wird durch den Fund eines Reihengräberfeldes in Untermarchtal bewiesen, dass lange vor der ersten urkundlichen Erwähnung im Jahre 1267, ein großes Gemeinwesen in dieser Region bestand. Dies lässt den Schluss zu, dass die erste Besiedlung des Donautals durch die Alemannen um 700 n. Chr. abgeschlossen war und die Zeit der Entstehung des Ortes Untermarchtal um die Zeit 600 bis 700 n. Chr. liegt.

Im 8. und 9. Jh. und ganz besonders auch durch die vielen Kriege des 10. Jh. erfuhr das Lehnswesen einen starken Aufschwung. Wie alle freien Deutschen, so hatten auch die freien Schwaben Heerespflichten zu leisten. Ein großer Teil verarmte, andere suchten sich davor zu schüt-



zen, indem sie sich unter den Schutz eines Adligen stellten, ihre Güter ihnen abgaben und sie als Lehen zurückerhielten. Im gleichen Maße wie dadurch der Grundbesitz des Adels zu Großbesitz anwuchs, schwand die Zahl der freien Bauern. Die Blüte des Rittertums begann. Die Ritter bauten ihre Burgen an Steilhängen in Höhen von 20 bis 50 Meter. Auch auf der Gemarkung Untermarchtal gab es verschiedene Burgen. Eine dieser Burgen, das ehemalige Ritterschloss derer von Speth (heutiges St. Agnes), welches 1573 bis 1576 von Ulrich von Speth und Ursula Spethin erbaut wurde, ging nach wechselvollen Besitz an den Kaufmann Josef Linder aus Rottweil.

Die Schwesternkongregation

Die Barmherzigen Schwestern vom Heiligen Vinzenz von Paul wurden 1618 in Frankreich gegründet.

Vinzenz von Paul († 85-jährig am 27.09.1660), der große Heilige der Nächstenliebe, stiftet mit Luise von Marillac in Anbetracht der allgemein herrschenden großen Not eine Gemeinschaft, die nicht an Klausuren gebunden sein sollte. Er war davon überzeugt, dass Schwestern den armen, kranken und hilflosen Menschen auf der Straße näher seien, als hinter Klostermauern.

Die Gemeinschaft in Untermarchtal hat ihren Ursprung in

Statue des Hl. Vinzenz von Paul mit einer Barmherzigen Schwester in Untermarchtal.

Schwäbisch Gemünd. Dort bestand in Folge großer Not in den beiden städtischen Spitälern keine Möglichkeit mehr, die Kranken, Armen, Waisen und Alten menschenwürdig zu versorgen. Es fehlte an ausgebildetem Personal und Geld für den Unterhalt.

Die Kapläne Zeiler und Khuen wandten sich an das Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern in Straßburg. Sie hofften, dass von dort Schwestern nach Schwäbisch Gemünd kommen würden. Nach zähen Verhandlungen stellte das Mutterhaus in Straßburg Schwestern ab, hatte daran aber die Bedingung geknüpft, dass binnen sechs Jahren auch in der Stadt ein Mutterhaus gegründet werden musste. 1850 genehmigte der Rottenburger Bischof Josef Lipp die Gründung einer diözesanen Schwesternschaft. 1852 trafen die ersten Schwestern aus Straßburg ein. Nach anfänglicher Freude, wurden die Schwestern – die jüngste war 23 und die älteste 28 Jahre alt – bald mit den schwierigen Verhältnissen in den Spitälern und mit den Vorurteilen gegenüber Fremden konfrontiert. Bürokratismus der Staatskirche und die zusätzliche Aufgabe, ein neues Mutterhaus zu bauen, erschwerten die Arbeit der Schwestern. Auch die finanzielle Notlage trug zu den Erschwernissen bei. Bischof Josef Lipp rief auf Bitten der Schwestern erfolgreich zu einer diözesanweiten Kollekte auf. So konnte 1858 das neue Mutterhaus eröffnet werden.

Aus der Chronik:

Beim Einzug: 2 Gulden, 17 Kreuzer, ein leer stehendes Haus, ein vollständiges Bett. Gesamtausstattung ein Tisch und vier Stühle. Als Geschenk von einer Bäckerfrau einen Laib Brot, eine Schüssel Mehl, von einer Hafnersfrau einen Korb irdenes Geschirr.

Es war trotzdem ein glücksbringender und verheißungsvoller Anfang, denn mit 54 Schwestern konnte das Mutterhaus seine Arbeit aufnehmen. Bald schon zeigte es sich, dass das Mutterhaus in Schwäbisch Gemünd die große Anzahl der Schwestern nicht mehr aufnehmen konnte. Auf Grund der



Lage im Stadtkern war es nicht möglich, eine Erweiterung vorzunehmen. Es wurde nach einem neuen Haus Ausschau gehalten. Erschwerend kamen die hohen Schulden hinzu, die durch Erweiterungen und Ausbau verschiedener Einrichtungen entstanden waren. Bischof Hefele soll damals das Wort geprägt haben „Es gibt nichts Größeres als die Barmherzigkeit Gottes und die Schulden der Barmherzigen Schwestern“.

Hier tritt nun der Kaufmann Josef Linder aus Rottweil in die Geschichte des Ordens ein. Dieser hatte Schwestern aus Straßburg nach Rottweil geholt und seine Tochter war zu den Barmherzigen Schwestern gegangen. Er war der Kongregation eng verbunden und bot das Schlossgut in Untermarchtal den Schwestern zu einem Anerkennungspreis an.

1891 übersiedelte die Ordensleitung von Schwäbisch Gemünd nach Untermarchtal. Unter der Generaloberin Schwester Margaritha Linder (1893–1918) entwickelte sich das ehemalige Schlossgut zur Klosteranlage. Lange Jahre war St. Agnes Sitz der Ordensleitung. Heute ist es das Gästehaus. Das unter Denkmalschutz stehende Schloss wurde in den Jahren 1981–1983 saniert und mit dem Anwachsen der Aufgaben kamen immer mehr Einrichtungen hinzu.

Im April 1891 begann man mit der Einrichtung des Exerzitienhauses St. Ignaz und der ersten Klosterkirche. St. Ignaz war das erste Exerzitienhaus in der Diözese und prägte entscheidend die Exerzitienbewegung zu Beginn des Jahrhunderts mit. Mehr als 20.000 Teilnehmer aus verschiedenen Berufen und Stände waren im Zeitraum von 20 Jahren zu Gast in St. Ignaz.

1909 wurde das Noviziatgebäude St. Vinzenz erbaut. In ihm befindet sich der Wohnbereich der Postulantinnen und der Novizinnen. In diesem Haus finden auch die Bildungsangebote für die jungen Menschen statt.

Die Rosenkranzkirche, deren Grundsteinlegung am 3. Juli 1908 vorgenommen wurde, ist im neugotischen Stil von Oberamtbaumeister Buck erbaut und am 18. Oktober 1909 von Bischof Paul Wilhelm Keppler eingeweiht worden. 20 Jahre später wird bei einer Renovierung der Altarraum umgestaltet und von dem Kunstmaler Kolb mit dem Deckengemälde und mit dem Bild der Rosenkranzkönigin ausgemalt.

1931 kam das Gebäude St. Maria mit dem Wohnbereich der Schwestern und der Ordensleitung hinzu. Als 1974/75 die Vinzenzkirche errichtet wurde, baute man das Kirchenschiff aus, um damit für das Bildungshaus St. Georg einen großen Vortragssaal und Zimmer zu gewinnen. Der Chor blieb erhalten und dient als Gottesdienstraum bei Tagungen, Kursen und Exerzitien.

Der Gutshof St. Veit, der 1889 erworben wurde, hat heute 180 ha landwirtschaftliche Fläche. Er wird von einem Landwirtschaftsmeister verwaltet und die Erzeugnisse der Feld-, Milch- und Fleischprodukte werden für die Versorgung des Mutterhauses genutzt.

1972 weihte Bischof Carl Joseph Luprecht die nach den Plänen des Baseler Architekten Prof. Herrmann Bauer erbaute Mutterhauskirche St. Vinzenz, eine moderne Rundbaukirche.

Außerdem wurde am Anfang dieses Jahrhunderts das Schwesternaltenheim „Maria Hilf“ und die „Rettungsanstalt Guter Hirte“ erbaut. In diesem Gebäude befinden sich Alten- und Erholungsheim

Fortsetzung auf Seite 10

ZENTRALE VERSAMMLUNG

In Seinem Geist – Zeichen der Hoffnung erkennen und setzen

Einige Anregungen zum Umsetzen des Leitthemas der Zentralen Versammlung 1998

MANFRED HEINZ

Das Jahr 1998 als zweites Vorbereitungsjahr auf dem Weg in das Heilige Jahr 2000 ist von Papst Johannes Paul II in besonderer Weise dem Heiligen Geist gewidmet: „Gottes Geist in der Welt“. Wir sollen aufmerksam werden auf die Anwesenheit und das Wirken des Heiligen Geistes in unserem Leben, in der Kirche und in der Welt.

Dem Heiligen Geist wird als göttliche Tugend die Hoffnung zugeordnet. Er ist der „Hüter der Hoffnung im Herzen der Menschen“ (Enzyklika Dominum et vivificantem, 1986 Nr. 67). So soll dieses Jahr auch eine „Zeit des Entdeckens von Hoffnungszeichen werden“. Im Hinblick auf die Welt nennt der Papst als Hoffnungszeichen:

„Wissenschaftlicher, technologischer und besonders medizinischer Fortschritt im Dienst am menschlichen Leben, eine größere Bewusstheit unserer Verantwortung für die Umwelt, Bemühungen, Friede und Gerechtigkeit wiederherzustellen, wo sie verletzt worden sind, ein Verlangen nach Versöhnung und Solidarität unter den Völkern, besonders in den komplexen Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden der Welt.“ (Botschaft Papst Johannes Pauls II. zum 32. Welttag der sozialen Kommunikationsmittel)

Auch in der Kirche sieht der Papst viele Zeichen der Hoffnung, „darunter ein aufmerksames Hinhören auf die Stimme des Heiligen Geistes und seine Eingebung, Charismen zu akzeptieren und die Laien zu fördern, eine tiefere Verpflichtung zur Einheit der Christen und eine wachsende Anerkennung der Bedeutung des Dialogs mit anderen Religionen und mit der zeitgenössischen Kultur.“

„In Seinem Geist – Zeichen der Hoffnung erkennen und setzen“ – so lautet der Leitgedanke für die Zentrale Versammlung

1998, der gleichzeitig eine persönliche Aufforderung an die Teilnehmer/innen darstellt. Vielleicht fällt manch einem/einer dieses Erkennen schwer angesichts von Enttäuschungen und Perspektivlosigkeit im eigenen Leben oder bei der Beobachtung von Entwicklungen in Kirche und Gesellschaft.

Und dennoch, wer glaubt, dass der Glaube sein Leben trägt und verändert, der gewinnt als Christ eine Hoffnung, die er sozusagen als Vorzeichen vor die Klammer seines Lebens setzen kann. Christlich gesehen ist die Hoffnung (auf das Heil) dem gegeben, der nicht sieht und doch vertraut. Zu einer Intensivform des christlichen Hoffens wird dann das Gebet.

Die christliche Hoffnung hat tief innerlich Bezug zur Suche nach Glück, Erfüllung und Wohlergehen in diesem Leben – für sich und für andere.

Zu Hoffnungszeichen können menschliche Begegnungen werden (genauso wie sie das Gegenteil bewirken können). Dort:

- wo eine(r) Verantwortung übernimmt
- wo eine(r) Vertrauen schenkt
- wo eine(r) solidarisch handelt
- wo eine(r) das Gespräch sucht und Argumenten zugänglich ist
- wo eine(r) ermutigt
- wo eine(r) Danke sagt
- wo eine(r)

(Diese Aufzählung kann jede(r) mit eigenen Wünschen fortsetzen).

Das Wirken des Geistes ist dort sichtbar, wo Menschen sich für andere einsetzen und für einander eintreten. Zu Hoffnungszeichen werden dann z.B. die Werke der Barmherzigkeit, wie sie die Volksfrömmigkeit aufzählt, und an die ich einmal erinnern möchte:

Die sieben Werke der leiblichen Barmherzigkeit:

- Hungerige speisen
- Durstige tränken

- Nackte bekleiden
- Fremde beherbergen
- Gefangene erlösen
- Kranke besuchen
- Tote begraben

Die sieben Werke der geistigen Barmherzigkeit:

- Sünder zurechtweisen
- Unwissende lehren
- Zweifelnden recht raten
- Betrübte trösten
- Lästige geduldig ertragen
- Beleidigungen gerne verzeihen
- für Lebende und Tote beten

Im Jahr des Geistes könnten wir selbst bewusst Hoffnungslichter für andere setzen und die Werke der Barmherzigkeit mit Leben füllen. Wir könnten auch einmal darauf achten, wie sie von anderen in dieser Gesellschaft mit Leben gefüllt werden (z.B. setzt sich nicht Amnesty International für die Gefangenen ein?).

Und noch eins könnten wir versuchen einzubüßen, die Haltung der Geistesgegenwart. Wer Geistesgegenwart zeigt, dem zollen wir im Allgemeinen ein großes Lob. Geistesgegenwart bewahrt oft vor Unglück und Tod, bringt Rettung und Heil. Sie ereignet sich aber auch in vielen kleinen Begegnungen des Alltags. Eingebt wird Sie grundlegend zu einer Art Wachheit, Aufmerksamkeit und Bereitschaft, sich im Leben zu bewähren. Wer zur Rettung eines anderen Menschen eingreift, der wächst gleichsam über sich hinaus, und es beginnt die Ahnung eines umfassenderen, größeren Geistes.

„In Seinem Geist“ wollen die Delegierten während der Woche der Begegnung zusammen kommen. Vielleicht gibt es „wache“ Beratungen, die zu Hoffnungszeichen in der Militärseelsorge führen, etwa wenn das neue Pastoral-konzept auf dem Prüfstand steht.

In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern – Jeder an seinem Platz

Jahresthema der GKS 1998 aus der Sicht des Geistlichen Beirates

WALTER THEIS

HI. Geist – fremder Gott so nah?

Vom Thema der Zentralen Versammlung her formuliert die GKS ihr Jahresthema: *„In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern – Jeder an seinem Platz“*

Dabei bleibt die GKS bei ihrem Konzept, ihre Jahresarbeit als Vorbereitung auf den Jahrtausendwechsel auszurichten. Sie tut dies im Hinblick auf die Vorstellungen und Hilfestellungen, die der Heilige Vater, Johannes Paul II., in seinem Apostolischen Schreiben „Tertio Millennio Adveniente“ (Nov. 1994) als Schritte empfiehlt. Das Jahr 1998 soll demnach unser Augenmerk besonders auf den Heiligen Geist und sein Wirken in uns und der Welt ausrichten.

Als Christen sind wir in der Taufe mit Heiligem Geist beschenkt und in der Firmung mit der Fülle des Geistes gesalbt worden. Durch diesen Heiligen Geist haben wir im ursprünglichsten Sinne des Wortes unsere geistliche Existenz empfangen, die wir deshalb leben sollen und leben können. So scheint die Konzentration auf den Geist Gottes, der auch unser Geist geworden ist, auf den ersten Blick selbstverständlich. Beim näheren Hinsehen auf unser Selbstverständnis und unseren Selbstvollzug zeigen sich jedoch Defekte, die aufmerksam machen auf die Notwendigkeit, uns an unsere Berufung durch diesen Geist und an die Wahrnehmung dieser Berufung in der Kraft dieses Geistes erinnern zu lassen.

Christsein steht auf zwei Beinen: Auf der Botschaft Jesu zum einen und auf der Situation der Zeit, in der diese Botschaft gehört werden und Gestalt annehmen soll zum anderen.

Die „Zeit“ zeigt sich in den Sorgen und in der Sprache der jeweiligen Gegenwart. Man findet ihren „Geist“ am sichersten dort, wo

Menschen suchen, auch wenn sie bei dieser Suche Irrwege gehen.

Die Botschaft Jesu unter den Menschen erreicht erst dort sein Ziel, wenn sie von den Menschen heute, in denen dieser Gottesgeist lebendig werden will, auch verstanden wird. Begegnung und Dialog zwischen der Botschaft Jesu und denen, die sie zu bezeugen beauftragt sind, und den Menschen, die heute weitgehend in einem anderen Geist leben, ist jeweils das Gebot der Stunde. Verweigerung solcher Begegnung und des Dialoges waren schon immer Zeichen für mangelnden Glauben und mangelnde Hoffnung; letztlich Zeichen mangelnder Liebe den jeweiligen Zeitgenossen gegenüber.

Wirkungsfelder des Glaubens

Auf der Suche nach Feldern, wo solche Begegnung und ein solcher Dialog nötig und hilfreich sein kann und Erneuerung und Weiterentwicklung möglich ist, fällt einem zunächst der *politisch-soziale Raum* ein.

Gewiss bleiben die Anliegen, die hier von verschiedenen Berufsgruppen verfolgt werden, auch für jeden Christen zentral, weil das Gebot der Nächstenliebe im Zentrum des Christentums steht. Aber wenn sich der Blick allein auf den sozialen und ethischen Problembereich beschränkt, führen solche Bemühungen in Sackgassen. Bei Jesus wurzelt die Sorge um den Mitmenschen in seiner Liebe zum Vater, der der Vater aller Menschen ist. *„Suchet zuerst das Reich Gottes, alles andere wird euch dazugegeben werden“ (Mt 6,33).*

Wo diese Liebe zu Gott fehlt oder nicht auch ausdrücklich gemacht wird, kann der Mensch – so zeigt die Geschichte – allzu schnell dem Größen- ja einem Gotteswahn, des Alles-Selbst-Könnens und Alles-Selbst-Müssens verfal-

len. Dabei verhebt der Mensch sich auf die Dauer selbst.

Was tun wir, um den Menschen zu helfen, diese Last loszuwerden, weil sie diese gar nicht tragen können und letztlich auch nicht tragen müssen? Hier setzt unsere Aufgabe ein.

Ein anderes Aufgabenfeld muss zur Sprache kommen, das ein Grundanliegen, wenn nicht gar das Grundanliegen unserer Zeit bzw. der Menschen unserer Zeit ist: *Die Offenheit für das Religiöse* in seinen vielfältigsten Formen.

Zu lange haben sich auch gläubige Christen, möglicherweise infiziert mit der aufgeklärten Vorstellung, Religiosität und deren Realisierung im Alltag gehören letztlich doch in die Privatsphäre des Einzelnen, damit begnügt, ihr öffentliches Glaubenszeugnis vorwiegend in untadeliger moralischer Haltung und Gesinnung sowie in sozialem Engagement und Verantwortung allein zu bekunden. Dass sie damit nicht gerade hilfreich waren, den Hunger nach wahrhaft religiöser Orientierung und Bindung, weniger bei sich selbst als bei vielen Zeitgenossen stillen zu helfen, wird heute zusehends deutlicher. Die Suche nach Letztem, wenn Vorletztes nicht mehr hält, wird in den vielfältigen Sehnsüchten und Süchten unserer Zeit als Bemühung nach letzten Sinn-deutungen auch dort noch deutlich, wo über alle Enttäuschungen hinaus die Erfahrung nach tragender Geborgenheit auf den vielfältigsten Wegen und Irrwegen gesucht wird.

Dieses Grundanliegen fordert von jedem, der glauben will, ausdrückliches Zeugnis von seiner Hoffnung zu geben, um so das Fundament seiner Lebenskonzeption deutlich zu machen. Dabei werden wir Christen nicht auskommen ohne den Verweis auf jenen Geist, *„der über uns ausgegossen wurde“*

(vgl. Röm 5,5) und dem wir durchaus einiges zutrauen dürfen.

Die Sehnsucht nach Religiosität, wie sie uns heute allenthalben begegnet, als dem vermuteten letzten tragenden Grund des fragenden Menschen, ist eine Sehnsucht nach einer übergreifenden Einheit, die es aus unserer Glaubensüberzeugung heraus nur in diesem Gottesgeist gibt.

Damit sind wir bei einem weiteren Aufgabenfeld, das uns Christen unmittelbar trifft und unsere Einheit, oder besser unsere Gespalten- und Zerrissenheit, berührt:

Das ökumenische Problem

Wenn es überhaupt etwas geben sollte, was dem Geist Gottes diametral entgegensteht, so sind das die Zerstreuung, die Fragmentierung und die Spaltung. Immer wieder wird dies im Neuen Testament betont. Aus dieser Überzeugung lebte das frühe Christentum: *„Als sie so beteten, erbehte der Ort, wo sie versammelt waren und alle wurden erfüllt vom Heiligen Geist und verkündeten das Wort in Freiheit. Die Gesamtheit der Gläubigen war ein Herz und eine Seele, und nicht ein einziger nannte etwas von dem, was er besaß, sein Eigen, sondern sie hatten alles gemeinsam“* (Apg 4,31 f.).

Und wenn die Wirkung dieses Geistes beschrieben und beurteilt werden soll, fasst Paulus sie so zusammen: *„Denn wie der Leib einer ist und doch viele Glieder hat, alle Glieder des Leibes aber, obschon ihrer viele sind, doch einen Leib darstellen, so auch Christus. Ob nun ein einziges Glied leidet, es leiden mit ihm alle Glieder; oder ob ein einziges Glied verherrlicht wird, es freuen sich mit ihm alle Glieder“* (1 Kor 12 und 26).

Wenn wir dieses glauben und darauf bauen, kommen wir allerdings in Schwierigkeiten bei der Beurteilung der heutigen Lage der Christenheit. Geistlichkeit heißt, aus dem Geiste Gottes leben, im Geiste Gottes sein. Das ist unsere Spiritualität und wir werden uns fragen lassen müssen, wenn es in der Christenheit so mit der Einheit im Geiste steht, wie viel bzw. wie viel Spiritualität wir als Christen haben.

Wenn es im Bereich des Christseins schon so schwierig ist, geist-

gewirkte Einheit zu erleben und erfahrbar zu machen, wie können dann Christen jener anderen Aufgabe gerecht werden, für die sie in dieser Welt Zeugen sein sollen und die in einer der gewaltigsten Stellen des Neuen Testaments die umfassende Hoffnung auf Einbeziehung in die Einheit des Gottesgeistes für alle Geschöpfe in der Schöpfung umschrieben wird. *„Denn das Harren der Schöpfung ist ein Warten auf die Offenbarung der Kinder Gottes. ... Zugleich gab er ihr die Hoffnung, dass auch sie, die Schöpfung, von der Knechtschaft an die Vergänglichkeit befreit wird zur Herrlichkeit der Kinder Gottes“* (Röm 8, 19 und 21).

Alles Geschaffene wartet demnach auf das Gesetz des Geistes und des Lebens in Christus das heute schon sichtbar und wirksam werden soll in denen, die sich vom Geiste Gottes leiten lassen, in den Söhnen und Töchtern Gottes.

Wir stehen offenkundig vor vielen Erwartungen und Herausforderungen, wenn wir mithelfen wollen das Angesicht der Erde in diesem Geist an unserem Platz und mit unserer Person zu verändern.

Es ist unsere Glaubensüberzeugung von unserer Berufung durch Christus in diesem einen Geist. Die Sehnsucht der ganzen Schöpfung nach Vollendung muss sich in uns Ausdruck verleihen können, denn diese Sehnsucht liegt auch in jedem einzelnen Menschen und jeder von uns baut vermutlich von ihr aus sein eigenes Verhältnis zur Welt und zu den Mitmenschen auf und damit auch seine Verantwortlichkeit.

Defizite im Glaubensbewusstsein

Trotzdem werden uns Christen bei diesem Vorhaben Defizite im eigenen Glaubensbewusstsein deutlich werden. Auf einige möchte ich aufmerksam machen, weil sie uns daran hindern, dort, wo uns der Alltag hinstellt, unsere Verantwortung für die Erneuerung der uns umgebenden Lebensbereiche wahrzunehmen.

Nicht selten drängt sich auch gläubigen Menschen der Eindruck auf, dass Gott in jenseitiger Ferne von seiner Schöpfung seine absolute Seins- und Machtvollkommenheit lebt. Wie kann er dann aber in

dieser, seiner Schöpfung, im innerweltlich, alltäglichen Geschehen und nicht weniger in unseren menschlichen Herzen und damit dem Ablauf der Geschichte wirken?

Auch hierauf gibt uns Paulus den Ansatz einer Antwort. Wo der Mensch sich Gott frei zuwendet, dort ist Gottes Geist wirksam:

„Weil Ihr aber Kinder Gottes seid, sandte Gott den Geist seines Sohnes in unsere Herzen, der rufen lässt: Abba, Vater!“ (Gal 4,6). Diesen Geist erkennt der Glaube als Innerstes im Menschen, der zugleich das Band der Liebe auch zwischen den Menschen ist. Gott bleibt jenseitig und zugleich ist er im Herzen der Menschen, die sich ihm öffnen. Dort wo der Mensch sich betend zu Gott wendet, und damit frei den höchsten Vollzug seines menschlichen Selbstseins gestaltet, wird erlebt, dass dieser Gottesgeist im Menschen lebt und als Geist der Liebe die Menschen eint und zugleich neumacht.

Das klingt in unseren Ohren allzu oft sehr vernunftsjenseitig, zu geheimnisvoll oder gar zu mystisch. Dennoch nehmen heute viele Menschen, die sich um religiöse Erfahrung und Sinndeutung in ihrem Leben bemühen, gerade jenen mystischen Bereich sehr ernst. Diese Tatsache könnte uns Christen mahnen und zugleich darauf aufmerksam machen, worauf Karl Rahner bereits 1966 hingewiesen hat: *„Der Fromme von morgen wird ein Mystiker sein, einer der Gott erfahren hat oder er wird nicht mehr sein.“*

Der oft gehörte Gegensatz zwischen Mystik und Glaube, stimmt weder für das Christentum, noch für andere Religionen. Lebendiger Glaube meint nicht zuletzt die Erfahrung subjektiven Ergriffenseins, das in der freien Entscheidung, im vertrauensvollen Ja zum anderen und damit zu den ganz Anderen gipfelt. In dieser vertrauensvollen Bejahung übersteigt sich der Glaubende auf den anderen hin.

Je ganzheitlicher der Mensch diese, seine Erfahrung, in seinen Glauben einbringt, desto größer ist die Chance, dass sein Glaube lebendiger Glaube wird, d.h. dass er mit allen Sinnes- und Geisteskräften, in der Stille der Abgeschlossenheit und im aktiven Vollzug, im Alleinsein und in der Ge-

meinschaft prägende Gestalt gewinnt. Denn dann ist der Glaube der Niederschlag von Gottes Zuneigung zum Menschen, und das gibt dem menschlichen Leben Lebenssinn. Ein Glaube, der in der Lebenserfahrung nicht nur keinen Platz hat, sondern nicht überquillt, ist ein gebremster Glaube und damit weitgehend unwirksam, letztlich sogar überflüssig. Aber genau diese Erfahrung machen viele Christen heute an sich selbst und anderen. Gottes Handeln an den Menschen und seine Zuneigung zu ihnen ist aber nicht überflüssig und deshalb ist es unsere Aufgabe, Gottes Geist und sein Wirken durch uns nicht nur neu zu bedenken, sondern auch den Versuch zu wagen, aus ihm zu leben.

Stellenwert der Hoffnung im Glauben

Es ist eine menschliche Erfahrung und sie wird im Glauben noch verstärkt erlebt: Einerseits leben wir von Erfüllung und andererseits vom gleichzeitig ständigen Weitersuchen. In dieser Spannung hat die Hoffnung ihren Ort. Menschen brauchen Hoffnung; aber nicht nur eine Hoffnung, die sich auf ein fernes Jenseits erstreckt, sondern eine Hoffnung, die das diesseitige Tun gestaltet. Sie beruht nicht auf den Gesetzen der Evolution, der Entwicklung des Bewusstseins oder gar der Tüchtigkeit der Menschen. Christliche Hoffnung beruht auf der Tatsache und bezieht ihre Kraft aus dem lebendigen Christus, dem die Geschichte entgegenggeht.

Welche Zeichen dieser Hoffnung müssen von uns gesetzt werden? Sind wir selbst Träger einer solchen Hoffnung? Haben wir einen Blick dafür und zugleich den Mut, solche Hoffnungszeichen zu erkennen, selbst zu setzen oder selbst solche Hoffnungszeichen zu sein?

Gewiss wird das endgültige Gelingen des Lebens und damit die Erfüllung dieser Hoffnung das Zukunftswerk Jesu Christi und seines Geistes sein. Unser Anteil daran besteht vor allem in unserer eigenen Hoffnung und in unserem eigenen Vertrauen auf ihn. Nur wenn wir, jeder an seinem Platz, davon beseelt sind, werden wir in der Lage sein, an der Zukunft in

seinem Geist mitzuarbeiten.

Es muss uns deutlich werden, dass wir uns von der Überzeugung leiten lassen müssen, dass unser Gott im Geheimnis des Vaters den Anfang und das Ende aller Zeiten und Räume umgreift und dass dieses Geheimnis sichtbar und ausprechbar geworden ist in Christus, dem ewigen Wort des Vaters, das in diese Welt zu uns hinein-

STICHWORT: "HEILIGER GEIST"

Heutigen Menschen fällt es schwer, vom Heiligen Geist (lat. spiritus sanctus) zu sprechen, weil sich zu den biblischen Bildern für Gottes Geist – Hauch, Atmen, Feuer, Sturm, Taube – nur schwer eine Beziehung herstellen läßt. Hinzu kommt, daß die Heilige Schrift mehr das Wirken des Heiligen Geistes beschreibt als seine Person. Gottes Geist steht am Anfang der Schöpfung (Gen 1,2); er macht es möglich, daß Gottes Sohn Mensch wird aus Maria, der Jungfrau (Lk 1,35); der Heilige Geist begründet am Pfingstfest die Kirche (Apg 2, 1-5.41-42).

Die Lehre vom Heiligen Geist ist erst ab dem 2. Jahrhundert entwickelt worden. Auch das Pfingstfest als Tag der Geistsendung setzte sich erst im 4. Jahrhundert durch.

Fortsetzung von Seite 6

Untermarchtal und die Barmherzigen Schwestern

für die Schwestern. Heute sind in dort die Großwäscherei und die Bäckerei untergebracht.

Als 1982 Mutter Theresa anlässlich ihres Besuches in Baden-Württemberg, die Kongregation in Untermarchtal besuchte, sprach sie gerade dem Schwesternaltenheim eine große Bedeutung zu, als sie sagte: „Ich spüre es, hier ist das Schatzhaus, hier ist das Kraftwerk der Kongregation.“

Neben den Exerzitien umfasst der Veranstaltungskalender des Bildungshauses heute ein breit gefächertes Angebot von spirituellen und fachlichen Fort- und Weiterbildungen. Dieses Veranstaltungsangebot wird heute von ca. 20.000 Gästen wahrgenommen.

Aber nicht nur in Untermarchtal sind die Schwestern tätig. In folgenden Städten unterhält die im Bistum Stuttgart Rottenburg beheimatete Kongregation Einrich-

gesprachen hat und dass im Geheimnis des Geistes Gottes als dem Band der Einheit und der Liebe wir alle und diese Welt auf unsere Zukunft hin einbezogen sind.

Diese Überlegungen und Richtungsangaben sollten wir bedenken, wenn wir uns daranmachen, das Thema dieses Jahres als unseren Auftrag in unseren Alltag hineinbuchstabieren. □

Daß der Heilige Geist nicht nur eine göttliche Kraft ist, sondern dritte göttliche „Person“ bezeugt die Taufformel (Mt 26,28), welche den Heiligen Geist als Dritten dem Vater und dem Sohn zugesellt.

Paulus schreibt im Korintherbrief, daß sich niemand zu Jesus Christus bekennen kann ohne den Heiligen Geist (1 Kor 12,3). Der Geist Jesu wirkt aber nicht nur im einzelnen Menschen; er sammelt und verbindet sie auch zu einer Gemeinschaft. Weil der Heilige Geist die Kirche eint und erfüllt, spricht das Glaubensbekenntnis von der „heiligen Kirche“.

Die Vernachlässigung der Lehre vom Heiligen Geist führte im Laufe der Geschichte zu Gegenbewegungen wie den Schwarmgeistern und in heutiger Zeit zu den sog. Charismatischen Bewegungen.

tungen: Stuttgart, Rottenmünster, Schwäbisch Gemünd, Wangen, Leutkirch, Bad Ditzgenbach und Wildbad.

Weitere Mutterhäuser der Vincentinerinnen in Deutschland gibt es in Augsburg, Freiburg, Fulda, Heppenheim, Hildesheim, Köln, München und Paderborn.

Die Arbeit der Barmherzigen Schwestern umfasst den sozialen-caritativen Bereich genau so wie den Dienst an Kindern und Jugendlichen, kranken und alten Menschen. Weiter erstreckt sich ihr Arbeitsgebiet auf den Erziehungsbereich, wie Kindergärten, Kindertagesstätten, Heime, Schulen und die offenen Jugendarbeit. Hinzu kommt noch der pflegerische Dienst in Krankenhäusern, Altenheimen und Kureinrichtungen. In den verschiedenen sozialen Einrichtungen der Gemeinschaft sind etwa 2.500 freie Mitarbeiter tätig. □

Die Diskussion über die NATO-Osterweiterung

MICHAEL DEREWJANTSCHENKO

Die Frage, ob eine Osterweiterung der NATO politisch klug ist, ob sie der Friedenssicherung dient, ob sie die reaktionären Kräfte in Russland stärkt usw., wird überall auf der Welt mit Leidenschaft diskutiert. Auf den ersten Blick scheint es so, dass man in Russland diese Erweiterung einhellig ablehnt. Man findet aber vereinzelt auch andere Beurteilungen.

A. Sagorskij, Prorektor des Staatsinstitutes für internationale Beziehungen in Moskau, meint: „Wenn durch die Einbindung der ost- und mitteleuropäischen Staaten in die NATO und die EU die politische und wirtschaftliche Stabilisierung dieser Region gefördert wird, sollte Moskau eigentlich darüber glücklich sein.“

Vertieft man sich in die Einzelheiten des politischen Prozesses, der auf die NATO-Osterweiterung hinzielt, so stellt man zum einen fest, dass dieser Prozess Berührungspunkte hatte mit der Erweiterung der EU, der Rolle des Europarates, der Bedeutung der OSZE¹⁾. Zum anderen gab es keine gerade Ziellinie auf die Osterweiterung hin, sondern einen vielfach gewundenen Weg.

Die derzeitigen Schwierigkeiten sind nicht verständlich ohne einen Rückblick auf die Zeit der Konfrontation. Wollte man das Problem in seiner ganzen Breite auseinander falten, so müsste man sogar ins 19. Jahrhundert zurückgreifen, als in Russland der Streit zwischen „Westlern“ und „Slawophilen“ ausgetragen wurde. Aber das würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Rückblick auf Konfrontation und Entspannung

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges dehnte die Sowjetunion ihren Machtbereich bis nach Mitteleuropa hinein aus. Als Reaktion erfolgte 1949 die Gründung der NATO als Defensivbündnis. Der Überfall auf Südkorea im Jahre 1950 wurde als nachträgliche Bestätigung der Befürchtungen gedeutet. Als Reaktion auf die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO schuf die Sowjetunion 1955 im Warschauer Pakt ein militärisches Oberkommando für die von ihr beherrschten Staaten. 1956 leitete Chruschtschow die „Entstalinisierung“ ein, die „friedliche Koexistenz“ wurde proklamiert, damit trat eine kurzfristige Entspannung im kalten Krieg ein. Die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes 1956 (Ungarn hatte u.a. die Mitglied-

schaft im Warschauer Pakt aufgekündigt), der Bau der Berliner Mauer, die Aufstellung sowjetischer Raketen 1962 auf Kuba und die Niederwerfung des „Prager Frühlings“ 1968 machten die Entspannungshoffnungen zunichte.

Unter Breschnew zeichnete sich erneut die Möglichkeit einer Entspannung ab. 1970 wurde in Moskau der deutsch-sowjetische Vertrag unterzeichnet. Diese Entspannungsphase erreichte 1975 ihren Höhepunkt in der Unterzeichnung der KSZE-Akte in Helsinki. Beschlossen wurde u.a. eine friedliche Streitregelung in Konfliktfällen. Als danach die Sowjetunion mit der Aufstellung von Mittelstreckenraketen begann, ging die Entspannungsphase zu Ende. 1979 kam es in Brüssel zum NATO-Doppelbeschluss. Beschlossen wurde, auch auf westlicher Seite Mittelstreckenraketen aufzustellen, falls die sowjetischen nicht abgebaut würden. Ende 1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Die Konfrontation zwischen NATO und War-

Inhalt

Rückblick auf Konfrontation und Entspannung

Rückkehr nach Europa?

Die „Renationalisierung“ der Sicherheitspolitik Russlands

Russische Wünsche und Befürchtungen 1997

Die NATO-Erweiterung in der westlichen Diskussion

Die NATO-Kandidaten

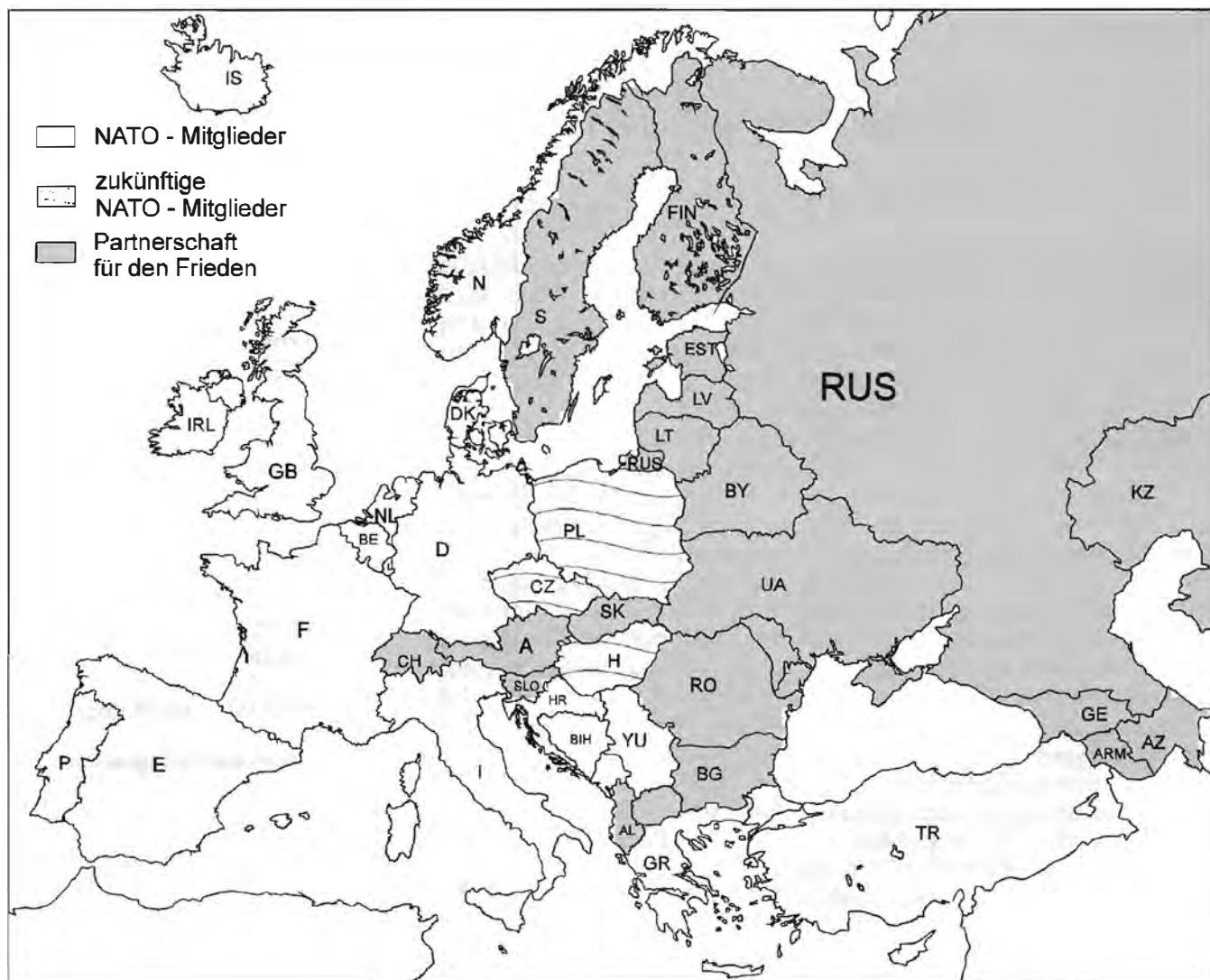
Urteile orthodoxer Würdenträger

schauer Pakt ging erst in der „Perestroika“ zu Ende. 1987 forderte ein Artikel in der „Prawda“ ein Überdenken der bisherigen Feindbilder. Reagan und Gorbatschow einigten sich im INF-Vertrag über den Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen. Auf der KSZE-Tagung 1990 in Paris kam es zu einer Gewaltverzichtserklärung der beiden Militärböcke. In der Zwischenzeit hatte Moskau seine Führungsrolle in der Sowjetunion verloren, die Republiken erklärten ihre Souveränität. Am 31.01.1991 löste sich der Warschauer Pakt auf, am 28.06.1991 der COMECON. Moskau verlor nun auch den Kranz der „sozialistischen Staaten“. Nach dem Augustputsch 1991 löste sich im Dezember 1991 die Sowjetunion auf. Die GUS, die an ihre Stelle treten sollte, blieb unvollständig und ist bis heute ein Papiertiger.

Rückkehr nach Europa?

Auf die Querverbindungen der NATO-Problematik und den gewundenen Weg zur NATO-Osterweiterung ist einleitend hingewiesen worden. Nach dem Zerfall des

1) Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; früher KSZE – Konferenz für ...)



Die gegenwärtige Situation der NATO in Europa: Mitgliedsländer, geplante Erweiterung und die der Partnerschaft für den Frieden beigetretenen Staaten

sowjetischen Imperiums suchten praktisch alle Staaten, die unabhängig geworden waren, wirtschaftlichen, politischen, geistigen Anschluss an den demokratischen Teil Europas. Ansätze hierfür waren bereits in der Zeit zu erkennen, als sie noch von Moskau beherrscht worden waren.

Auch die politische Führung der Sowjetunion hatte unter Breschnew eine Zuwendung zu Europa angedeutet. Offensichtlich war man sich aus ökonomischen Gründen klar darüber geworden, dass die eigene Position im „Wettlauf der Systeme“ schwächer wurde. Die Formel vom „Haus Europa“ stammt nicht von Gorbatschow, sondern von Breschnew.

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes hoffte man in der sowjetischen/russischen Führung offensichtlich auf eine entsprechen-

de Selbstaflösung der NATO. Das hätte auch zu einer Distanz zwischen den USA und Europa geführt – ein altes Ziel sowjetischer Politik. Heute findet man in russischen Darstellungen die Behauptung, Gorbatschow habe der Wiedervereinigung Deutschlands nur mit dem Vorbehalt zugestimmt, dass Gesamtdeutschland nicht Mitglied der NATO würde. Gorbatschow hatte diese Behauptung als unzutreffend bezeichnet. Immerhin bestand in der Endphase der Sowjetunion auch in der Sowjetunion eine gewisse Bereitschaft, die NATO positiv zu bewerten. (Seit Mitte 1991 tobte im ehemaligen Jugoslawien der Bürgerkrieg.) Am 20.12.1991 berieten die Außenminister der NATO in Brüssel mit osteuropäischen Kollegen über die Bildung eines gemeinsamen Konsultationsgremiums. Während die

einstigen sozialistischen Staaten sich mühsam und stolpernd auf den Weg zur Demokratie begaben, machte der Augustputsch 1991 in der Sowjetunion klar, dass dort die gesamteuropäischen Interessen in den Hintergrund getreten waren. Die nationalen Interessen standen von nun an in Russland und den unabhängig gewordenen Staaten im Vordergrund. Für die unabhängig gewordenen Staaten bedeutete das nicht nur der Anschluss an den Westen, sondern gleichzeitig auch eine Schutzgarantie gegenüber dem unberechenbaren Russland.

Die „Renationalisierung“ der Sicherheitspolitik Russlands

Der Sieg Jelzins im Jahre 1991 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die konservativ-reak-

tionären Kräfte als Vertreter der nationalen Interessen auftraten. Zwei Ideologien machten sich breit. Da war einmal die vor allem von Schirinowski propagierte „Geopolitik“. Unter Berufung auf Geographie und Geschichte teilten die Geopolitiker Rußland – und anderen Staaten – die ihnen angeblich naturgesetzlich und historisch zustehenden Gebiete zu. Die Grenzen Russlands waren dabei nicht auf europäisches Territorium begrenzt. Mit diesen Vorstellungen überlappten sich teilweise die Thesen der „Eurasier“. Sie lehrten, dass Russland weder als europäisches, noch als asiatisches Land betrachtet werden dürfe; es sei ein besonderes Land mit europäischen und asiatischen Elementen.

Mit diesen Hinweisen ist jedoch die politisch-ideologische Gemengelage nicht ausreichend charakterisiert. Die Auflösung der Sowjetunion, der Verlust ihres Satellitengürtels, der Abstieg von der Position einer Weltmacht, die Senkung des Lebensstandards hinterließen – nicht nur bei Kommunisten und Nationalchauvinisten – ein Gefühl der Erniedrigung und Demütigung. Das einstmals große Russland schien auf die Stufe eines der anderen kleinen europäischen Staaten herabzusinken. Gorbatschow und Jelzin wurden beschuldigt, dies eingeleitet zu haben.

Das Feindbild einer westlichen Bedrohung tauchte wieder auf. Die einen klagten Lenin an, der aus Deutschland den Kommunismus gebracht hatte. Andere beschuldigten Juden und Freimaurer aus dem Westen, die Zersetzungsbazillen nach Russland eingeschleppt zu haben. Westliche Produkte wie Aufklärung, Rationalismus, Parlamentarismus seien nicht für Russland geeignet. Auch das Moskauer Patriarchat beteiligte sich an den Warnungen vor „Westimporten“. Das zeigte sich in seiner Polemik gegen die Ökumene, den angeblichen „Proselytismus“ und speziell gegen die zahlreichen Sekten, die aus dem Ausland gekommen waren.

Die Gegner einer nach dem Westen orientierten Politik Gorbatschows streuten Behauptungen darüber aus, westliche Geheimdienste arbeiteten in sowjetischen/russischen Institutionen bereits an der Zersetzung der Sowjetunion

/Russlands. Als im Oktober 1993 Jelzins Widersacher mit Waffengewalt aus dem „Weißen Haus“ in Moskau vertrieben wurden, wurde eine besonders üble Verleumdung in die Welt gesetzt. Es wurde behauptet, auf Jelzins Bitte oder mit seinem Einverständnis sei beim Sturm auf das „Weiße Haus“ auch eine Sondereinheit der NATO eingesetzt worden.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass von russischer Seite bei einer Neuordnung Europas für Russland eine Sonderrolle erwartet wurde, das Mitspracherecht einer Großmacht. Das musste natürlich auch die NATO betreffen.

Die Situation nach 1993/94

A. Pradetto urteilt in dem von ihm herausgegebenen Band „Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO“ (Opladen 1997. S. 15 f.) über den nächsten Zeitabschnitt in der Auseinandersetzung über die NATO: „Wenngleich nach wie vor die Unterschiede im Verhältnis zu Moskau bestehen blieben, gab es ab 1993/94 eine Anpassung ‘westlicher’ Politik an ‘ostmitteleuropäische’ Positionen. Stand für den Westen vor diesem Zeitpunkt Moskaus ‘außerordentlich wichtige Rolle’ bei der Neugestaltung der europäischen Sicherheitsbeziehungen außer Frage, so wurde vor allem seit der zweiten Hälfte 1993 dieser Standpunkt zunehmend dahingehend differenziert und teilweise revidiert, dass Moskau kein Vetorecht gegen Entscheidungen souveräner Staaten und der westlichen Allianz besitze.“

Das politische Klima in Russland entwickelte sich nach 1993 weiter hin auf eine „nationale Konsolidierung“. Konservativ kommunistische und nationalistisch orientierte Kräfte gewannen in den Wahlen 1993 und 1995 erheblich an Einfluss und konnten über die Duma auch Druck auf den Präsidenten und die Politik ausüben.

Es muss offen bleiben, ob die entschiedene Ablehnung einer Osterweiterung der NATO durch Jelzin, die Regierung, die Militärs eine Folge dieses Drucks war oder der eigenen Überzeugung entsprach. Für eine NATO-Osterwei-

terung hätte man sich sicher entschieden, wenn Russland NATO-Mitglied mit Vetorecht hätte werden können. Angesichts der ungewissen politischen Zukunft in Russland stand man auf westlicher Seite vor einer schwierigen Entscheidung. Man wollte Russland Europa näher bringen und Jelzins Position nicht gefährden. Würde man jedoch Russland mit allen Rechten in die NATO aufnehmen, dann konnte daraus eine Laus im Pelz werden, die die Funktion der NATO lähmen könnte. Außerdem würde man damit auf einen entschiedenen Widerstand der einstigen Satellitenstaaten stoßen. Man verfiel auf eine Mittellösung. Im Januar 1994 bot die NATO den Staaten Mittel- und Osteuropas eine militärische Kooperation mit Aussicht auf einen späteren Beitritt an. Dieser Vorschlag einer „Partnerschaft für den Frieden“ wurde von Russland nur zögerlich und ganz offensichtlich zähneknirschend angenommen. Erst im Mai 1995 nahm Außenminister Kossyrew auf der NATO-Frühjahrstagung die entsprechenden Dokumente entgegen.

Ob die Entscheidung, Russland in den Europarat aufzunehmen, in irgendeinem Zusammenhang mit dem NATO-Problem stand, wird man später einmal aus den Akten entnehmen können. Jedenfalls wurde Russland am 28.02.1996 Mitglied des Europarates. In Russland wurde das als Erfolg gewertet. Die „Rossiskaja Gaseta“ schrieb „Der Europarat ist erobert“. Ob diese Entscheidung ausreichend bedacht war, darüber lässt sich streiten. Immerhin dehnt sich Russland bis Wladiwostok. Hatte man sich damit etwa Konflikte mit asiatischen Staaten eingehandelt, die in Zukunft nun mit auf das Konto des Europarates gebucht werden würden. Außerdem war und ist in Russland immer noch per Gesetz die Todesstrafe vorgesehen. Unter den Bedingungen für die Aufnahme Russlands war die Abschaffung der Todesstrafe innerhalb von drei Jahren. Im Januar 1998 kam die Nachricht, dass Jelzin als letzte Instanz über das Schicksal eines jeden Todeskandidaten entscheiden wird. Seit Mitte 1996 ist wahrscheinlich in Russland niemand mehr hingerichtet worden.

Russische Wünsche und Befürchtungen 1997

Am 27.05.1997 wurde in Paris die Grundakte über die Beziehungen zwischen Russland und der NATO unterzeichnet. Kern der Akte war die Bildung eines Ständigen Gemeinsamen Rates NATO-Russland auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister. Er nahm noch im gleichen Jahr seine Arbeit auf. Die westlichen NATO-Mitglieder verpflichteten sich, in den östlichen Beitrittsländern keine Atomwaffen aufzustellen. Außerdem sollten dort keine Truppen aus anderen NATO-Staaten in größerem Umfang auf Dauer stationiert werden.

Auf der NATO-Tagung im Juli 1997 in Madrid wurde vereinbart, mit Polen, Tschechien, Ungarn Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Neun weitere Staaten stehen auf der Warteliste: Slowenien, Rumänien, Lettland, Estland, Litauen, Slowakei, Bulgarien, Mazedonien, Albanien. In Moskau war man darüber verständlicherweise nicht erfreut. Auf einer Konferenz in Berlin im Juni 1997, die sich mit der NATO-Erweiterung befasste, behauptete General M. Schopow, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungskomitees der Duma, die NATO, „geboren als Instrument des kalten Krieges“, hätte nach Beendigung der Konfrontation in Europa „kaum eine nennenswerte Wandlung durchgemacht...“

Alte Feindbilder sitzen offenbar auch noch im Kopf des langjährigen Kommentators der „Stimme Russlands“ (in deutscher Sprache) Glasunow. Mehrfach hat er geäußert, hinter der Osterweiterung der NATO stünde vor allem die Bundesrepublik Deutschland (Stimme Russlands 07.07.97/04.12.97).

Ungeachtet der Mitarbeit im Gemeinsamen NATO-Rat wird von russischer Seite ständig wiederholt, dass die NATO-Osterweiterung ein Fehler sei. Warnend weist man gleichzeitig darauf hin, dass man keinesfalls eine Aufnahme von Staaten billigen würde, die einst Teil der Sowjetunion gewesen sind. Gemeint sind damit die baltischen Staaten und die Ukraine.

Was die russische Regierung anstrebt, ist recht klar zu erkennen.

Sie möchte ein europäisches Sicherheitssystem, in dem sie nicht nur mitsprechen, sondern auch mitentscheiden kann – und sie möchte dieses System möglichst ohne die USA zustandebringen. 1997 wurde mehrfach von russischer Seite der Versuch wiederholt, die OSZE zu diesem Sicherheitssystem zu machen. Im Juli 1997 tauchte aus Moskau eine Charta der europäischen Sicherheit auf. Auf diese Charta berief sich auch Außenminister Primakow im Dezember 1997 in Kopenhagen. Von westlicher Seite kam keine Zustimmung, zumal der Bürgerkrieg in Jugoslawien gezeigt hatte, dass die OSZE zwar protestieren, aber nicht eingreifen konnte.

Als eine Art Ersatz oder als weiteres Standbein in Europa setzt man in Moskau auch auf die EU. Am 18.07.1997 erklärte der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin in Brüssel, dass es für Russland keine andere Perspektive gebe, als der EU beizutreten. Das war zwar kein Beitrittsantrag, aber doch eine eindeutige Absichtserklärung. Schließlich gehört in den Gesamtzusammenhang auch noch die russische Erklärung auf der 52. UNO-Tagung, dass die UNO bei der Errichtung einer neuen Weltordnung eine führende Rolle spielen müsse. In der UNO sind die Chancen Russlands, gehört zu werden, sehr viel besser.

Russische Politiker haben mehrfach ausgesprochen, dass Russland eine Zurückdrängung des amerikanischen Einflusses wünscht. Jelzin sagte am 18.08.1997 in Orlow, „dass die Europäer selbstständig über ihre Sicherheit nachdenken sollten. ... Wir sind für eine multipolare Welt, in der es kein Diktat durch ein Land gibt.“ Auf einer Reise in die südamerikanischen Staaten sagte Außenminister Primakow am 25.11.1997 in Buenos Aires: „Die Beziehungen Russlands mit dem Westen, darunter auch mit den USA, werden jetzt in bedeutendem Maße durch die Kontakte mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, der asiatisch-pazifischen Region und jetzt auch Lateinamerikas ausgeglichen.“ Diese sanfte Drohung, man könne sich ja auch anders orientieren, tauchte auch wieder auf, als

im November 1997 der Besuch Jelzins in Peking bevorstand. L. Moisejew, Direktor des Departments Asien des Außenministeriums, (Stimme Russlands 06.11.1997) äußerte sich, dass Russland und China jetzt gute Möglichkeiten hätten, „mit vereinten Kräften zur Herausbildung einer gerechteren und rationaleren Weltordnung beizutragen, bei der alle Staaten die Möglichkeit für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit miteinander haben würden...“

Die NATO-Erweiterung in der westlichen Diskussion

Die Diskussion im Westen über die NATO-Osterweiterung verlief durchaus nicht einhellig und gradlinig. Das Hauptargument dagegen lautete, eine solche Erweiterung würde die demokratische Entwicklung in Russland bremsen und die Annäherung Russlands an Europa behindern. Im Einzelnen kann man die Argumente u.a. in der Fachzeitschrift „Osteuropa“ nachlesen (Nr. 7/97. Nr. 9/97).

Auch war unter den NATO-Partnern das Prozedere nicht von vornherein klar. Die USA standen dem Projekt einer NATO-Erweiterung ursprünglich zögerlich gegenüber. Der eigentliche Anstoß kam von Staaten, die von Moskau unabhängig geworden waren und in einer Aufnahme in die EU und die NATO ihr Heil sahen. Angesichts der teilweise chaotischen Entwicklung im einstigen Hegemonialbereich der Sowjetunion verwandelte sich die Vorstellung von der Funktion der NATO mehr und mehr von einem Defensivbündnis zum Kern einer europäischen Sicherheitsordnung. Mit dem Angebot einer Partnerschaft für den Frieden (1994) glaubte man eine Lösung des Problems gefunden zu haben.

Noch bei der Vorbereitung des NATO-Gipfels im Juli 1997 (Madrid) gab es Differenzen zwischen den Vertretern der 16 NATO-Mitglieder. Über die Erweiterung war man sich einig, jedoch nicht über den Umfang. Die USA, Großbritannien und Deutschland plädierten für die kleine Lösung (Polen, Tschechien, Ungarn), Frankreich

setzte sich für eine große Lösung ein (dazu: Rumänien und Slowenien). Die zu erwartenden hohen Kosten mögen den Ausschlag gegeben haben für die kleine Lösung.

Voraussichtlich sollen die drei erwähnten Staaten am 50. NATO-Geburtstag im April 1999 in das Nordatlantische Bündnis aufgenommen werden. Weniger beachtet wurde, dass in Madrid auch eine Charta über die Sonderpartnerschaft der Ukraine mit der Allianz unterzeichnet wurde. Verständlicherweise war man in Moskau darüber wenig erfreut.

Die NATO-Kandidaten

Die Forderung von einstigen sozialistischen Staaten, Mitglieder der NATO zu werden, darf nicht damit gleichgesetzt werden, dass dies in den Staaten einhellige Meinung war. In Polen, Tschechien, Ungarn wurde heftig darüber diskutiert. Als im März 1997 der russische Botschafter in Prag, N. Rjabow, dunkle Drohungen wegen eines eventuellen Beitritts Tschechiens zur NATO äußerte, erreichte er genau das Gegenteil, Die NATO-Gegner wurden geschwächt. Am 11.09.1997 nahmen im Ausbildungszentrum der UNO-Friedenskräfte in Südböhmen ausländische und inländische Politiker und Diplomaten an einem „Tag der NATO“ teil. Man muss hinzufügen, dass in Tschechien und Polen einzelne Stimmen laut wurden, die einen weiteren Grund für den Beitritt zur NATO nannten. Ein NATO-Beitritt würde auch die starke Stellung Deutschlands in der NATO abschwächen – alte Ängste aus der Vergangenheit machten sich bemerkbar.

In Polen wurde die Entlassung von Geheimdienstoffizieren und Spitzendiplomaten Ende November 1997 als eine „Anpassung an die NATO-Normen“ gedeutet (Süddeutsche Zeitung 01.12.1997). Angehörige der alten Nomenklatura hätten die Westintegration Polens behindern können. Staatspräsident A. Kwasniewski verlieh J. Solana das Große Verdienstkreuz der Republik Polen zum

Dank für seinen „überragenden Beitrag“ zur Aufnahme Polens in die NATO (Polnischer Rundfunk dt. 22.01.1998).

In Ungarn wurde im November 1997 in einer Volksabstimmung über den Beitritt zur NATO entschieden. Mehr als 85 Prozent derjenigen, die ihre Stimme abgegeben hatten, stimmten für den NATO-Beitritt. Insgesamt wurde vonseiten der drei Staaten die Kandidatur für die NATO nicht genutzt, um scharfe Vorwürfe gegen Russland zu äußern. Alle drei Premierminister erklärten, das Grundmotiv sei nicht so sehr die Angst vor einem feindseligen Russland, sondern die Angst vor regionaler Instabilität (Transitions, Dez. 1997, S. 14).

Besonders empfindlich zeigte sich die russische Führung, sobald über die Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO gesprochen wurde. Die Ostsee wird eindeutig als russische Interessensphäre angesehen. Die USA und die Bundesrepublik werden verdächtigt, sich militärisch in der Ostsee festzusetzen. Blamabel war für die russische Führung, dass die von ihr im Oktober 1997 angebotenen einseitigen Sicherheitsgarantien für die baltischen Staaten sofort und einhellig von diesen zurückgewiesen wurde.

Die Baltische Versammlung wandte sich darüber hinaus am 08.11.1997 an die NATO mit der Bitte, Estland, Lettland und Litauen in die zweite Gruppe der Staaten aufzunehmen, die zu NATO-Beitrittsgesprächen aufgefordert würden.

Urteile orthodoxer Würdenträger

Am 12.11.1996 führte das „Weltweite Russische Volkskonzil“ im Daniil-Kloster, dem Sitz des Moskauer Patriarchen, eine Konferenz zum Thema „Die atomare Bewaffnung und die nationale Sicherheit Russlands“ durch. Patriarch Alexej II. schickte eine Grußbotschaft, in der er vor einem wahnwitzigen Rüstungswettlauf warnte. Metropolit Kirill, der „Außenminister“ des Moskauer Patriarchates, verlas das Grußwort und

fügte hinzu: „Wir sind gegen die Erweiterung der NATO, weil sie die russische Welt durch einen Eisernen Vorhang isolieren würde. Russland ist kein Land, sondern ein Kontinent, und wenn Russland unterginge, ginge auch die übrige Welt unter“. Er fuhr fort, die NATO-Osterweiterung und eine europäische Integration, die Russland ausschließe, seien Anzeichen für das baldige Kommen des Antichrist. (Siehe hierzu: Glaube in der 2. Welt Nr. 1/97, S. 8)

Auf der – teilweise missglückten – Ökumenischen Versammlung im Juni 1997 in Graz warnte der Patriarch, dass viele Ost-Staaten von den „gemeinsamen Mechanismen politischer Entscheidungsfindung in Europa“ ausgeschlossen seien. Im Blick auf den „Aufbau eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems“ sei die NATO-Osterweiterung besonders „schmerzhaft und unfair“ (Glaube in der 2. Welt. Nr. 9/97, S. 3)

In der Zeit zwischen diesen Veranstaltungen äußerte sich der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Bartholomäus I. in einem Interview (Rompress/Bukarest 12.05.1997 in engl. Spr.) Er habe sein Möglichstes getan – was auch die orthodoxen und amerikanischen Gemeinden getan hätten –, um Rumänien zu helfen, zu den ersten Zulassungskandidaten für die NATO zu gehören. Er sagte, dass mittlerweile bestimmte westliche Kreise für einen strengen Isolatismus der westlichen Welt eintreten und sich auf die katholische und die protestantischen Konfessionen konzentrierten. Diese Politik – so der Patriarch würde alle übrigen Elemente (orthodoxe, islamische) vom Beitritt zu westlichen Institutionen ausschließen. Die NATO-Mitgliedschaft würde nur katholischen oder protestantischen Staaten angeboten und ziele ab auf eine neue Trennung des europäischen Kontinents. Die Chancen Rumäniens, der NATO beizutreten, seien nicht sehr hoch; es sei denn, man beabsichtige, die Orthodoxie weiter zu spalten. Der Patriarch sagte weiter, dass die Erhaltung der europäischen Einheit Vorrang vor allen anderen Aufgaben der heutigen Kirchen haben sollte. □

Anker der Europäischen Sicherheit

Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Brüsseler Pakts

ALFRED DREGGER

Am 17. März vor fünfzig Jahren wurde der Brüsseler Pakt unterzeichnet, aus dem sieben Jahre später mit dem Beitritt Deutschlands und Italiens die Westeuropäische Union (WEU) entstanden ist, die wir heute als den „bewaffneten Arm“ der Europäischen Union (EU) zum Europäischen Pfeiler der NATO ausbauen.

Diese Keimzelle einer Europäischen Sicherheitsunion ist damals noch vor der NATO entstanden, hat aber dann angesichts der Herausforderungen des sich global entwickelnden Ost-West-Konfliktes ihre militärische Funktionen an die NATO abgetreten. Heute müssen wir den umgekehrten Weg gehen.

Nachdem der Ost-West-Konflikt überwunden werden konnte, müssen die Strukturen der transatlantischen Allianz der Entwicklung in Europa angepasst werden, damit diese auch in Zukunft der Anker für Sicherheit und Stabilität für das freie Europa bleibt. Insbesondere muss das Bündnis den sich ändernden Risiken und Bedrohungsszenarien angepasst werden. Die Fähigkeit Europas zur Beherrschung und zur Eindämmung seiner kontinentalen Risiken und Krisen, wie sie im Petersberg-Abkommen der Westeuropäischen Union definiert worden sind, gewinnt für die Transatlantische Sicherheitsgemeinschaft wachsende Bedeutung.

Dem hat die NATO mit ihren Berliner Beschlüssen vom Juni 1996 und ihren Gipfeltreffen 1997 in Madrid Rechnung getragen. Besonders wichtig ist, dass sie künftig, wenn sie selbst nicht handeln will oder kann, der WEU ihre eigenen Mittel zur Verfügung stellt. Europa kann auf diese Weise – im Unterschied etwa zur Jugoslawien-Krise damals – nun handlungsfähig werden.

Auch die EU hat den Weg dafür geebnet. Mit dem Vertrag von Maastricht, ergänzt durch den Vertrag von Amsterdam, wurde eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verein-

bart, die eines Tages auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik umfassen soll. Auf diesen beiden Gipfeltreffen der Europäischen Union wurde die Westeuropäische Union zum integralen Bestandteil des Europäischen Einigungsprozesses erklärt, die nun nach den politischen Leitlinien des Europäischen Rates die Sicherheit der EU und ihrer Bürger stärken soll. Neun von zehn Mitgliedern der WEU sind heute schon bereit, die WEU in die EU zu integrieren. Der Weg dazu ist vorgezeichnet. Die WEU selbst ist aufgefordert, schon heute im Beziehungsgeflecht mit der NATO und der EU eine handlungsfähige „Europäische Sicherheitsunion“, wie ich sie nennen möchte – und wie ich das schon seit langem fordere – zu entwickeln.

Die WEU war es auch, die rascher als die NATO und flexibler als die EU nach der Überwindung der Teilung Europas den postkommunistischen Reformstaaten in Ost- und Ost-Mittel-Europa den Weg zu einer gemeinsamen Sicherheit geöffnet hat. Zunächst als Beobachter und heute als assoziierte Partner der WEU nehmen nicht weniger als zehn von ihnen an den Aktivitäten der WEU teil und wirken bei deren Entscheidungen mit.

Der fünfzigste Geburtstag der

WEU ist also Anlass zu einer erfreulichen Bilanz. Im Hinblick auf die zu schaffenden Strukturen einer gesamteuropäischen Friedensordnung, an der die Vereinigten Staaten und Kanada beteiligt sind und deren strategische Partner Russland und die Ukraine sein werden, sollte dieser Rückblick aber verbunden werden mit weiteren Anstrengungen für die gemeinsame Zukunft. Der fünfzigste Jahrestag des In-Kraft-Tretens des Brüsseler Paktes wäre eine hervorragende Gelegenheit dafür, um dazu verbindliche Festlegungen zu treffen.

Meines Erachtens sollte bei dieser Gelegenheit:

- ein feierlicher Beschluss darüber gefasst werden, dass die WEU solange als Europäische Sicherheitsunion intakt bleibt, bis sie ohne Einschränkung ihrer Beistandsklausel nach Artikel 5 („mit allen Mitteln“) zum Bestandteil der Europäischen Union geworden ist;
- die Ratserklärung der WEU vom 22. Juli 1997 in Amsterdam, die die Anlage des Amsterdamer Vertrages über die Europäische Union ist, in einem feierlichen Ratsdokument der WEU auch als Anhang zum modifizierten Brüsseler Vertrag genommen werden;
- innerhalb der WEU eine europäische Rüstungsagentur geschaffen werden, wie sie im Maastrichter Vertrag vereinbart wurde, in der alle bisherigen unterschiedlichen Ansätze dazu zusammengefasst werden. □

Dayton-Vertrag entschlossen umsetzen

Militärische Präsenz reicht nicht zur Konsolidierung des Friedens

JÖRG LÜER

Die Verteidigungsminister der NATO-Staaten haben beschlossen, auch nach Ablauf des SFOR-Mandats Truppen nach Bosnien-Herzegowina zu entsenden. Vorausgesetzt der US-Kongreß stimmt zu, ist damit die Präsenz internationaler Truppen in Bosnien-Herzegowina und damit die Fortführung des Dayton-Prozesses fürs Erste gesichert. Das allein reicht zur Konsolidierung des Friedens aber nicht aus.

In den letzten Monaten war,

angesichts der offensichtlichen Probleme des Friedensprozesses, mehr oder minder offen die Frage gestellt worden, ob sich das Engagement der internationalen Gemeinschaft auszahle. Wäre es nicht sinnvoller, so manche Kritiker des Dayton-Prozesses, man akzeptiere die Realitäten der ethnischen Teilung. Mit Blick auf die oftmals gewaltförmigen Schwierigkeiten bei der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen

stellt sich manchem die Frage, ob es sich bei Bosnien-Herzegowina nicht um ein lebensunfähiges Kunstprodukt handle, das aufrechtzuerhalten nur Kosten verursache, ohne eine Aussicht auf Frieden zu bieten. Die Teilung Bosnien-Herzegowinas entlang ethnisch-nationaler Grenzen drohte als pragmatische Lösung des Konflikts und somit als Legitimation für den Abzug der Truppen wieder salonfähig zu werden.

Rückzug vom Dayton-Vertrag belohnt Völkermord

Diese Sicht auf den Konflikt unterschlägt geflissentlich die Erfahrung, dass derart „gelöste“ Konflikte unweigerlich wieder aufbrechen. Sie hüllen sich in den löchrigen Mantel scheinbaren politischen Realismus und entwerfen vordergründig das Trugbild einer stabilen Friedensordnung. Die nicht minder bedeutsame Tatsache ist festzuhalten, dass eine so geartete Revision des Dayton-Vertrags diejenigen belohnen würde, die für die Vertreibungen und die Massenmorde verantwortlich sind. Die Lehre, die zu ziehen wäre, könnte nur lauten, dass sich genozidales Faktenschaffen als Mittel der Politik auszahlt. Diese Lehre, die die internationale Gemeinschaft und damit die internationalen Bemühungen um friedliche Konfliktbearbeitung zutiefst diskreditiert, würde auch in anderen Regionen der Welt verstanden und somit weiter destabilisierend wirken.

Mit dem Votum für eine Fortsetzung des Mandats für den Einsatz internationaler Truppen ist ein Zeichen in die andere Richtung gegeben. Aber mit militärischer Präsenz allein ist noch keine Friedenskonsolidierung zu gewährleisten. Will man den eigenen Einsatz nicht durch Inkonsistenz konterkarieren, muss er durch eine entschlossene Umsetzung des Dayton-Vertrags qualifiziert werden.

Kriegsverbrecher strafrechtlich verfolgen

Eine konsequente Politik zur politischen Entmachtung und strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechern ist dringend erforderlich. Massenmord und Kriegsverbrechen müssen, nicht zuletzt um der Opfer willen, Kon-

sequenzen nach sich ziehen. Der derzeitige Zustand, dass sich gesuchte Kriegsverbrecher in unmittelbarer Nähe von SFOR-Einheiten unbehelligt aufhalten können, ist einer nachhaltigen Friedenskonsolidierung abträglich.

Einer konsequenten internationalen Politik mit dem Ziel der Ergreifung der Kriegsverbrecher käme neben ihrer Bedeutung für die Umstrukturierung der politischen Landschaft auch eine enorme symbolische Bedeutung zu. Sie würde die zivilgesellschaftlichen Kräfte in Bosnien-Herzegowina, die um Frieden und Versöhnung ringen und von denen letztlich der Frieden in Bosnien-Herzegowina geschaffen und getragen werden muss, effektiv unterstützen. Die Herrschaft der Angst vor den alten Machthabern und ihren Möglichkeiten, die nach wie vor die politische Landschaft in Bosnien-Herzegowina kennzeichnen, würde durchbrochen werden können.

Zivilgesellschaftliche Entwicklung fördern

Somit entstünde endlich der Raum für einen gesellschaftlichen Prozess der kritischen Reflektion der jeweiligen Erfahrungen mit Leid und Schuld in den unterschiedlichen Gruppen. Auf dem Hintergrund der deutschen Nachkriegsentwicklung, in der der Nürnberger Prozess sowie der Auschwitz-Prozess wichtige Eckdaten markieren, ist die Bedeutung einer konsequenten nicht zuletzt strafrechtlichen Auseinandersetzung mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit unmittelbar einsichtig.

Die Absicherung der Rahmenbedingungen und die Förderung dieses Prozesses zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Bosnien-Herzegowina wird auf absehbare Zeit eine Aufgabe der internatio-

nen Gemeinschaft bleiben. Je eindeutiger die Signale sind, welche gesellschaftliche Entwicklung gemeint ist, umso größer werden die Chancen ihrer Realisierung.

Eine der Erfahrungen aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien ist, dass die Unentschlossenheit, die Halbherzigkeit und die Inkonsistenz der internationalen Gemeinschaft bei ihren friedens- und sicherheitspolitischen Bemühungen den Konflikt gefördert haben, indem diejenigen ermutigt wurden, die ihre Interessen mit völkermörderischer Gewalt durchsetzen wollten.

Rückkehr von Flüchtlingen begleiten

Bei der Vielzahl der zu lösenden Aufgaben bei der Entwicklung Bosnien-Herzegowinas kommt der Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge eine zentrale Bedeutung zu. So konfliktträchtig die Reintegration der Flüchtlinge auch ist, sie scheint neben ihrer moralischen Bedeutung mittel- bis langfristig auch die stabilere Lösung zu sein. Sie erfordert die verantwortliche und beharrliche Begleitung der Rückkehr. Eine schnelle und einfache „Entsorgung des Problems“ ist weder den Schwierigkeiten der Betroffenen angemessen noch der Friedenskonsolidierung in Bosnien-Herzegowina förderlich. Es ist wichtig, dass sich die außenpolitische Kurzsichtigkeit innenpolitischer Interessenlagen in Deutschland nicht zu einem die Friedenskonsolidierung in Bosnien-Herzegowina behindernden Faktor entwickelt.

Neue Konzepte für Friedens- und Sicherheitspolitik

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien hat uns deutlich die Grenzen unserer bisherigen stark an den Erfordernissen der überwundenen Blockkonfrontation ausgerichteten Friedens- und Sicherheitspolitik vor Augen geführt. Neben einer Weiterentwicklung der internationalen Institutionen wie z.B. der OSZE kommt aber gerade auch zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den Kirchen für die Zukunft eine in ihrer Bedeutung zunehmende Rolle zu. Wie diese Rolle auszugestalten ist, darüber wird auch in den nächsten Jahren intensiv zu diskutieren sein. □

Publikationen der Kommission Justitia et Pax zum Thema:

„Erfahrungen aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien“

- Teil I: Analysen und Empfehlungen. Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, ARB 87, Bonn 1997
- Teil II: Dokumentation eines Workshops. Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, DOK 40, Bonn 1997.

Anschrift: Deutsche Kommission Justitia et Pax: Adenauerallee 134, 531 13 Bonn.

GROßBRITANNIEN

Britischen Streitkräften mangelt es an Personal

Durch ungewöhnliche Anwerbemethoden soll die Truppe verstärkt werden

Den britischen Streitkräften mangelt es an Rekruten. Ende letzten Jahres fehlten allein der Armee 5.500 Soldaten an ihrer Sollstärke von 109.000 Mann. Während in Deutschland über die Zukunft der Wehrpflicht diskutiert wird, kämpft man auf der Insel, wo es keine Wehrpflicht gibt, mit mangelndem Interesse am Soldatenberuf.

Die Gründe liegen nach Ansicht des Verteidigungsministeriums in der starken britischen Wirtschaft, die die Arbeitslosigkeit gemindert hat, sowie im Image der Streitkräfte. In den letzten Jahren hatten mehrfach Fälle von Rassendiskrimi-

nierung beim Militär Aufsehen erregt. Eine Imagekampagne der Top-Werbeagentur Saatchi & Saatchi soll den angeschlagenen Ruf verbessern. Begleitet wird sie von konkreten Maßnahmen innerhalb der Streitkräfte. Ein Untersuchungsteam wird künftig Beschwerden über sexuelle oder rassistische Belästigung nachgehen. Eigens zusammengestellte Rekrutierungstrupps haben die Aufgabe, gezielt in Wohngebieten mit hohem Ausländeranteil neue Soldaten zu werben.

Neben ethnischen Minderheiten werden auch junge Obdach- und Arbeitslose von den Planungs-

strategen umworben. Rekrutiert wird zum Teil in Heimen für Wohnungslose, in Diskotheken und Nachtclubs.

Selbst kleinere Vorstrafen und Drogendelikte seien kein Hindernis für eine militärische Karriere, versicherte ein Personalchef des Heeres potentiellen Soldaten in der britischen Presse.

Von solchen ungewöhnlichen Maßnahmen versprechen sich die Militär-Planer nicht nur die dringend notwendige Aufstockung der Soldatenzahlen. Man wolle auch darüberhinaus von den Fähigkeiten jener neuen Zielgruppen profitieren, versicherte ein Armeesprecher vor Journalisten. Obdachlose hätten beispielsweise „solide Überlebenskünste“ entwickelt, die sie jetzt in den Dienst der britischen Armee stellen könnten.

(pd in DT vom 19.02.1998)

POLEN

Veränderungen in den polnischen Streitkräften

JOACHIM GEORG GÖRLICH

Traditionspflege

In Polen verschwinden aus dem Straßenbild Namen, die eng mit der polnischen Volksarmee verbunden waren. Nur in jenen Kommunen, in denen die Postkommunisten das Sagen haben, ist das noch nicht der Fall. So gibt es in den meisten Städten keine Straßen, Plätze und Alleen mehr, die solche Namen tragen wie General Karol Swierczewski-Walter (kommunistischer General im spanischen Bürgerkrieg, später volkspolnischer Verteidigungsminister, der 1947 von ukrainischen Partisaneneinheiten erschossen wurde), General Zygmunt Berling (erster Befehlshaber der volkspolnischen Armee), die drei volkspolnischen Marschälle Michal Role-Zymierski, Konstanty Rokossowski (zuletzt sowjetischer Vizeverteidigungsminister) und Marian Spychalski sowie auch General Aleksander Zawadzki (später polnischer Staatsratsvorsitzender). Nach Zawadzki und Swierczewski waren sogar ganze Kombinate benannt worden.

Schon seit geraumer Zeit prägen Namen anderer Militärs nicht nur das polnische Straßenbild: Marschall Józef Piłsudski (einst Staatsgründer und Staatschef Polens, dessen Verwandter Janusz Onyszkiewicz amtierender Verteidigungsminister ist. Er ist mit der einzigen Enkelin des Marschalls verheiratet). Ferner tauchen die Namen Marschall Edward Rydz-Smólny, General Władysław Anders (später Chef der Exilregierung, Held von Montecassino), General Władysław Sikorski (Exilpremier und Chef der polnischen Weststreitkräfte vor Anders; s.a. den Beitrag auf Seite 82), General Tadeusz Graf Bór-Komorowski (Befehlshaber des Warschauer Aufstandes), Panzergeneral Stanisław Maczek (Befehlshaber der polnischen Brigaden, die die Niederlande und Westdeutschland miteroberten), General Josef Haller, General Emil August Fieldorf „Nil“ sowie viele andere.

Inzwischen wurden zahlreiche Kasernen umbenannt und tragen die Namen nicht nur polnischer Generale, die im letzten Weltkrieg

Bedeutendes im Namen Polens leisteten. Es gibt jedoch noch eine Garnison, deren Patronatsherr der einstige polnische Staatspräsident und Verteidigungsminister General Wojciech Witold Jaruzelski ist, der mit einem besonderen Raum als bedeutender Militär gewürdigt wird – zumindest noch im vergangenen Jahr gewürdigt wurde.

Rehabilitierungen von diskriminierten Soldaten

Mittlerweile finden Traditionstreffen zwischen aktiven Soldaten und jenen statt, die sowohl aus der Reihe der polnischen Weststreitkräfte (Exilarmee) als auch aus den Reihen der nationalen „Heimatarmee AK“ von den Kommunisten verpönt, diskriminiert oder sogar verfolgt wurden.

Und: Die polnische Militärjustiz versucht jene zur Verantwortung zu ziehen, die Schau- oder Geheimprozesse in den ersten Nachkriegsjahren gegen hohe Offiziere durchführten, auch gegen jene, die des Nationalkommunismus bezichtigt wurden. So berichtet die regierungsnähe Zeitung „Rzeczpospolita“, dass jetzt gegen diejenigen ermittelt werde, die seinerzeit dem General des Oberkommandos des AK, General Fieldorf, Ermittlungen und Prozess führten. Auch gegen die, die daran

Schuld waren, dass der General am 24.03.1953 durch den Strang hingerichtet wurde. So hat u.a. der Militärgeneralstaatsanwalt an Großbritannien einen Auslieferungsantrag gestellt, die einstige Staatsanwältin bei der Armee-Generalstaatsanwaltschaft, Oberstleutnant Helena W. (79), auszuliefern. Auch weiß man inzwischen, dass ihr Chef Oberst Gustaw Auscaler, der das Urteil bestätigte heute im Ausland lebt.

Polens kleiner „Stauffenberg“ soll rehabilitiert werden

Die Wahlniederlage der Postkommunisten sollte es möglich machen: Aus den USA beabsichtigte zum ersten Mal seit seiner überstürzten Flucht im Jahr 1981 der ehemalige polnische Generalstabsobers Ryszard Kuklinski nach Polen kommen. Die Stadt Krakau will ihm die Ehrenbürgerwürde verleihen. Und in Kattowitz sollte Kuklinski auf Einladung der „Solidarnosc“ zum 13. Dezember die Festrede bei der Gedenkstunde anlässlich des 16. Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts halten. Die neue nichtkommunistische Regierung wird ihm sicherlich den Generalsrang und den höchsten polnischen Orden, den „weißen Adler“, verleihen. Doch dazu kam es bisher nicht – vermutlich wollte die amerikanische Regierung aus Sicherheitsgründen den Oberst

nicht reisen lassen. Offiziell wurden Gesundheitsgründe seiner Frau vorgeschoben, weshalb Kuklinski nicht nach Polen reisen konnte. Was steckt dahinter?

Dem „kleine Stauffenberg“, wie Kuklinski genannt wird, hat neben Polen die ganze Welt viel zu verdanken: Er übermittelte den Amerikanern nicht nur die Vorbereitungspläne für die Verhängung des Kriegsrechts in Polen, sondern brachte den USA auch den Plan der unterirdischen Standorte aller sowjetischen Stäbe im Falle eines dritten Weltkrieges mit, den US-Präsident Ronald Reagan dem schockierten sowjetischen Kollegen Michail Gorbatschow 1985 zeigte. Dafür erhielt Kuklinski nach seiner spektakulären Flucht als achter den höchsten CIA-Orden. Kuklinski wurde am 09.11.1981 vom CIA mit seiner Familie kurz vor seiner Enttarnung außer Landes gebracht. In den USA diente der Oberst dann dem CIA und arbeitete bis zur „Wende“ 1989 in Polen mit dem Pentagon zusammen. Aufgrund von Akten ist heute bekannt, dass er auf Antrag des damaligen KP-Chefs General Wojciech Jaruzelski in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde und Innenminister General Czeslaw Kiszczak seine Häscher nach ihm ausschickte.

Während sämtliche Todesurteile in Abwesenheit nach der „Wende“ in Polen aufgehoben wurden,

so u.a. gegen den einstigen US-Botschafter Romuald Spasowski und den Direktor von „Radio Free Europe“ Zdzislaw Najder“, blieb das gegen Kuklinski bestehen. Bis 1996 war er zur Fahndung ausgeschrieben.

Noch 1994 wurden in den USA seine beiden Söhne von „alten Strukturen des KGB“, so das CIA, ermordet. Die Clinton-Administration stellte ihren neuen Bürger Kuklinski daraufhin unter besonderen Personenschutz. Kuklinski verschob daraufhin eine geplante Reise nach Polen.

Seit 1990 übte die US-Administration vergeblich Druck auf alle polnischen Regierungen aus, den Oberst zu rehabilitieren, frei nach dem Motto: Ohne Kuklinski-Rehabilitierung kein NATO-Beitritt.

Die Rehabilitierung des Oberst wird nicht ohne Folgen für Polens postkommunistische Generalität und das Offizierskorps bleiben, zumal er von den meisten von ihnen weiterhin als Verräter betrachtet wird. Vor Kurzem erst distanzierte sich von dieser Ansicht der Fliegergeneral und erste polnische Kosmonaut, Miroslaw Hermaszewski, einst Mitglied des „Militärrates“, der das Kriegsrecht verhängte.

Nach den September-Wahlen von 1997 hat ein Revirement begonnen, dem nicht nur die Spitze der polnischen Armee unterzogen wird. Dafür allein sorgt schon die „Wahlaktion Solidarnosc“. □

KURZ BERICHTET

Arbeit gibt es viel zu viel

Sprengschule Dresden bildet Bosnier zum Munitionsräumen aus

Nihad Kostrebic hat nicht lange überlegt. Der Beruf, den der gelernte Dachdecker künftig ausüben will, ist zwar voller Gefahren. „Aber es ist auch eine Chance, Arbeit und Wohnung zu bekommen“, sagt der Vater zweier Kinder leise. Kostrebic ist einer der ersten bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge, die sich für eine Ausbildung zum Munitionsräumarbeiter entschieden haben. Für ihn und etwa zehn weitere Bosnier hat vor kurzem ein Lehrgang an der Sprengschule

in Dresden begonnen. Insgesamt sollen hier und später bei Tuzla etwa zweihundert Sprenghelfer ausgebildet werden. Sie sollen künftig Minen, Sprengsätze und Munitionsreste aufspüren und entschärfen, die gefährlichen Überbleibsel des Bürgerkriegs. Bestehen die Helfer die Prüfung, sollen sie an Betriebe der Kampfmittelbeseitigung in Bosnien-Herzegowina vermittelt werden. Eine feste Stelle, versichert der Chef der Sprengschule, Wilfried Reithe, sei ihnen dann sicher. Vielleicht, so hoffen sie selbst, klappt es dann auch mit einer Wohnung schneller. Nach Schätzungen von Exper-

ten sind in Bosnien drei bis sechs Millionen Minen noch nicht entschärft. „Das ist Arbeit für mindestens fünfzehn Jahre“, sagt der Dresdner Sprengstoff-Fachmann Günter Fricke. Das Projekt sei unheimlich wichtig, fügt Martina Blask vom sächsischen Innenministerium hinzu, um die furchtbare Gefahr zu bannen und Wohnraum für die Rückkehrer zu schaffen.

Die Europäische Union fördert das Projekt mit 1,9 Millionen Mark. Etwa eine halbe Million Mark wollen die Bundesländer beisteuern, die sich beteiligen. (KNA/DT/Reuters).

20. Internationaler Soldatengottesdienst im Kölner Dom

1.500 Soldaten verschiedener Nationen, Angehörige der Polizei und des Bundesgrenzschutzes, versammelten sich – zum zwanzigsten Mal – im Kölner Dom zu einem internationalen Gottesdienst anlässlich des Weltfriedenstages, der 1998 unter dem Motto steht: „Aus der Gerechtigkeit jedes Einzelnen erwächst der Friede für alle“. In der bis auf den letzten Platz gefüllten Kathedrale feierte Joachim Kardinal Meisner, Erzbischof von Köln, mit den Anwesenden die Heilige Messe. Unter den Gästen befanden sich Verteidigungsminister Volker Rühe, Staatssekretär Dr. Peter Wichert, Generalinspekteur Hartmut Bagger, der Befehlshaber im Wehrbereich III und Kommandeur 7. Panzerdivision, Generalmajor Boehr, und der Standortälteste Köln, Oberst Freiherr von Maltzahn.

Die Zehn Gebote seien und blieben die wichtigsten Handlungsanweisungen für den Dienst des Soldaten, sagte Kardinal Meisner in seiner Predigt (Wortlaut s.u.). Weil sein Dienst so wichtig und gefährlich zugleich sei, brauche der Soldat ein hohes ethisches, ein christliches Profil. Der Lebenskundliche Unterricht habe hier in der soldatischen Ausbildung seinen Stellenwert. Mit der Solidarität für die Bundeswehr sei es schwieriger geworden, seit sie ihren Dienst über die Landesgrenzen ausdehnt hätte, meinte Meisner beim anschließenden Empfang im Maternushaus, zu dem der Katholische Wehrbereichsdekan III Düsseldorf, Militärdekan Rainer Schadt, eingeladen hatte. „Wir können stolz sein auf unsere Bundeswehr, die eine Friedenserhaltungsarmee ist“, betonte Meisner ausdrücklich.

Sein Kommen zum Weltfriedenstag erklärte der Verteidigungsminister in seiner Ansprache (s.S. 22f.) im Maternushaus als ein Zeichen seiner Teilnahme an der inneren Verbundenheit der Bundeswehr mit der Militär-

seelsorge. Die Bundeswehr und die Militärseelsorge ständen auch in Bosnien Seite an Seite, sagte Rühe. Bisher hätten bereits 40 Militärgeistliche beider Konfessionen die Soldaten im Einsatz solidarisch und einfühlsam begleitet und betreut. Die Verbundenheit der Militärseelsorge und der Bundeswehr sei auch in den schwierigen Diskussionen der letzten Wochen zum Ausdruck gekommen.

Der Generalinspekteur dankte für die Arbeit der Katholischen Militärseelsorge. Er habe Sorge, dass die Menschen sich zunehmend in Sprachlosigkeit verlorren. Wichtig sei es, so Bagger, miteinander zu reden. Dabei setze er sein volles Vertrauen in die Hilfe der Militärseelsorge, indem er meinte: „Wir bauen auch künftig auf die Militärseelsorge, so wie die Militärseelsorge uneingeschränkt auf unsere Unterstützung rechnen kann. ... Diese Solidarität und Verbundenheit zwischen der katholischen Kirche und den Streitkräften bekundet der internationale Soldatengottesdienst in eindrucksvoller Weise.“

Oberst Karl-Jürgen Klein, Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), brachte das Anliegen der Gemeinschaft, in den Streitkräften zur Verwirklichung des christlichen Zeugnisses beizutragen und den Soldaten in Staat und Gesellschaft sittlich religiöse Orientierung und eine geistige Heimat zu geben, zum Ausdruck. Soldaten müssten auf Grenzsituationen ihres Lebens vorbereitet sein, betonte Klein. Das Gewissen jedes Soldaten sei bis in die tiefsten Schichten menschlichen Seins gefordert.

Wehrbereichsdekan Rainer Schadt hatte beim Empfang einleitend das Engagement der GKS gewürdigt: „Ich werde nicht müde, bei diesen Gottesdiensten das Lob der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu singen, die

die Militärseelsorge bei ihrer Arbeit als Kirche unter Soldaten tatkräftig unterstützt.“ Schadt wies abschließend im Hinblick auf das Motto des diesjährigen Weltfriedenstages auf die Verantwortung des einzelnen für eine gerechte Gestaltung der Gesellschaft hin, die die Grundlage jedes stabilen Friedens sei. Für den gläubigen Menschen gelte deshalb die Prophezeiung des Propheten Jesaja: „Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein, der Ertrag der Gerechtigkeit sind Ruhe und Sicherheit für immer.“ (KMBA/DT)

Etwa 1.500 Soldatinnen und Soldaten, Grenzschützer und Polizisten beteten am 22. Januar 1998 im Hohen Dom zu Köln gemeinsam mit dem Erzbischof von Köln Joachim Kardinal Meisner für Frieden und Gerechtigkeit.

(Foto: M. Beyel, KMBA)



Soldaten brauchen ein hohes ethisches, ein christliches Profil

Predigt von Erzbischof Joachim Kardinal Meisner
am 22. Januar im Hohen Dom zu Köln

Liebe Soldaten!

1. – Vor der Weihnachtsskrippe bekennt die betende Kirche: „O Gott, du hast den Menschen in seiner Würde wunderbar erschaffen, aber noch wunderbarer erneuert“. Der Mensch ist als Gottesabbild von Gott ins Dasein gerufen worden. Bei der Menschwerdung Gottes zu Weihnachten tritt das Urbild selbst ins Abbild ein. Darum wagt einer der frühen Theologen die unwahrscheinliche Definition: „Der Mensch ist der Gott nach Gott“. Dabei darf aber dieses „Nach“ nicht übersehen werden. Wenn man etwa in der Mathematik die Null vor die Eins setzt, dann bleibt sie eine Null. Schreibt man sie aber hinter die Eins, dann bildet sie mit der Eins eine Zehn. Gott bleibt der Gott vor dem Menschen, die Eins vor der Null, aber der Mensch ist seit Weihnachten der Gott nach Gott, die Null nach der Eins, die zusammen zur Zehn werden, wenn er sich nach Gott einordnet. Das gibt ihm Gewicht und Stellenwert im Heilsplan Gottes. „Christ, erkenne deine Würde!“, sagt Papst Leo der Große im 5. Jh. in einer Weihnachtspredigt. Menschenrechte sind darum immer Gottesrechte und ihre Verletzung bedeutet ein Attentat auf die Heiligkeit Gottes. „Ihr aber seid ein auserwähltes Geschlecht, eine königliche Priesterschaft“ (1 Petr 2,9), schreibt Petrus im Hinblick auf die Christen in seinem ersten Brief. Der Christ kann gar nicht hoch genug von sich und seiner Berufung denken.

Die Zehn Gebote Gottes sind uns zum Schutz gegeben, damit wir unsere Würde als Menschen bewahren. Überall liegen im Lan-

de heruntergerissene und verlorene Kronen der Menschen in den Straßengossen, die sie sich selbst vom Haupte gerissen haben, indem sie unter ihrem göttlichen Niveau leben: Alkoholismus, Materialismus, Sexualismus, Hedonismus und – wir können diese Litanei noch beliebig fortsetzen – entwürdigen und entwerten den Menschen. „Was ich nicht weiß, das macht mich nicht heiß!“ Wo der Mensch um seinen Wert und seine Würde nicht mehr weiß, verliert er sein inneres Niveau, seine geistige Substanz. **Alle Menschenverachtung hat ihre Ursache in der Gotteslästerung.** Der österreichische Literat Franz Grillparzer sagt nicht umsonst: „Humanität ohne Divinität ergibt Bestialität“. Dafür gibt es in unserer Geschichte einen erschütternden Beweis.

Auf dem Ettersberg bei Weimar steht auf dem Appellplatz des früheren Konzentrationslagers Buchenwald die berühmte Goethebuche, unter der er das Ideal des deutschen Humanismus definiert hat: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“. Wie viel Perversität des edlen Menschentums hat diese Buche während der Jahre des Konzentrationslagers mit anschauen müssen! Aus sich selbst

kann der Mensch nicht menschlich sein, sondern nur aus Gott, nämlich Gott-menschlich in Jesus Christus. Nur wer Gott kennt, der kennt auch den Menschen. **Gerade der Soldat, dem der Schutz des Menschen anvertraut ist, muss schon um des Menschen willen aber auch um seiner selbst willen um Gott wissen.** Seine Zehn Gebote sind und bleiben die wichtigste Handlungsanweisung für seinen Dienst. Weil sein Dienst so wichtig und gefährlich zugleich ist, braucht der Soldat ein hohes ethisches, sprich christliches Profil. Der Lebenskunde-Unterricht hat hier in der soldatischen Ausbildung seinen Stellenwert.

2. – Zur so genannten Standestugend eines Soldaten gehört m.E. vor der Kameradschaft noch die Ehrfurcht. Unser Leben ist trotz aller Erfahrung von Gebrochenheit, Scheitern und Versagen in den Augen Gottes ein Kunstwerk. Ein brasilianischer Bischof erzählte vor einiger Zeit eine bewegende Erfahrung seines Lebens, für die er Gott nicht genug danken könne. Er ist das älteste von 14 Kindern. Abend für Abend wusch seine Mutter jedem Kind die Füße, um ihm damit ihre Ehrerbietung entgegenzubringen – ist es doch ein Kind Gottes – und um anschließend mit ihnen beten zu können. Vielleicht müssen wir wieder beides neu lernen: jedem Menschen die ihm gebührende Ehre entge-

Der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner im Gespräch mit (v.l.) Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau, AbtLtr R im BMVg, GenMaj Walter Rasimowski, Amtschef PersAmtBw, GenMaj Wilfried Dunkel, Amtschef SKA, und MinDirig Lothar Bregenzer, UAL R I im BMVg.

(Foto: M. Beyel, KMBA)



genzubringen, weil Gott ihn groß gemacht hat und anschließend aus der gemeinsamen Größe vor Gott mit ihm zu sprechen d.h. mit ihm zu beten.

Jeder Mensch ist ein Stück heiliges Land, das zu betreten uns nur erlaubt ist – um in der Bilderwelt der Heiligen Schrift zu sprechen –, wenn wir wie Mose vor dem brennenden Dornbusch die Schuhe ausziehen. Wir sind viel eher bereit, den anderen den Kopf zu waschen als die Füße. Und doch hat uns das Christus am Gründonnerstag in der Fußwaschung vorgemacht. Nicht der ist der Erste, der herrscht, sondern der sich bücken kann, um dem Anderen zu dienen. Die Kehrseite der Ehrfurcht ist die Demut. Wie unser an sich so schönes deutsches Wort zeigt, ist die Demut eine ganz bestimmte Dimension des Mutes. Der Mut nämlich, der über alles Erkennbare, Erfahrbare und Denkbare des Menschen hinaus sich auf den verborgenen und unvorstellbaren Gott richtet – wie eine Antenne etwa heute in die unbekannte Tiefe des Weltraums hinaushorcht und auf irgendwelche Signale wartet. Dienst ist der Mut, mit dem der Mensch seiner letzten Abhängigkeit, seiner totalen Angewiesenheit auf den unvorstellbaren Gott ins Gesicht sieht und „Ja“ dazu sagt. Demut ist der Mut zu letzten Fragen, ohne Gewissheit auf das „Wie“ der Antwort.

Das Gegenteil von Demut ist die totale Gleichgültigkeit gegenüber allen letzten Fragen. Demut, vielleicht spüren Sie das, ist also gerade nicht Feigheit. Sie ist nicht Sache der Schwachen, sondern der Tapferen. Um es mit anderen Worten zu sagen: Mutlosigkeit ist ein Zeichen von zu viel Vertrauen auf sich selbst und zu wenig Vertrauen auf Gott. **Die Demut hilft dem Soldaten, dass „Sein“ und „Sollen“ bei ihm so weit wie nur möglich zusammenfallen.** Damit wird ihm die innere Redlichkeit und Sauberkeit seines Denkens und Tuns geschenkt. Dann wissen wir die Sicherheit unseres Volkes bei ihm in guten Händen.

3. – Die Heilige Schrift erinnert uns immer wieder an die Wachsamkeit uns selbst gegenüber. Der hl. Philipp Neri betet zu Gott, in-

dem er sagt: „Herr, misstraue dem Philipp!“ Graf Lehnendorf beschreibt in seinem ostpreußischen Tagebuch die Eroberung Königsbergs durch die Russen im Jahre 1945, die er als Arzt miterlebt hat. Darin berichtet er von einer Mutter, die ihre drei Töchter mit Erfolg fünf Monate vor den Russen verstecken konnte. Dann wurden sie entdeckt und entgingen nicht dem furchtbaren Schicksal, das damals über tausende deutscher Frauen und Mädchen hereingebrochen ist. Die Mutter jener Mädchen verriet in ihrer Verzweiflung und Not daraufhin drei Verstecke anderer junger Frauen. Der Buchautor warnt den heutigen Leser davor, diese arme Mutter zu verurteilen, denn – so begründet er – in uns allen leben Abgründe, die wir gar nicht kennen, die aber in uns aufbrechen und ausbrechen, wenn wir in Überforderungssituationen geraten, in denen wir dann bekanntlich auch sagen: „ich kenne mich selbst nicht mehr“. Das Böse lauert nicht nur um uns, sondern auch in uns. Hier gilt es, besonders wachsam zu sein. Darin es an Rea-

litätsbewusstsein fehlen zu lassen, wäre für den Soldaten tragisch. **Nur wer wirkliche Selbstdisziplin übt, kann den Frieden in der Welt auch wirksam verteidigen. Nur wer dem Frieden in sich selbst Raum gibt, kann für den Frieden wirksam nach außen hin einstehen.**

Täuschen wir uns nicht. Auch unsere Bundeswehr lebt nach dem Gesetz der Kette. Sie ist nur so stark, wie ihr schwächstes Glied. Der Apostel Petrus mahnt uns nicht grundlos: „Seid nüchtern und wachsam!“ (1 Petr 5,8). Täuschen wir uns nicht; weil der Mensch nicht wahrnehmen will, dass er sich selbst fremd geworden und in sich gespalten ist, versucht er Heilung für seinen Zustand unbewusst darin zu finden, dass er die Außenwelt, die Umstände und Verhältnisse dafür verantwortlich macht. Das ist sehr billig und unwirksam zugleich. Der christliche Realismus zeigt uns, dass die Verwirrung unserer Welt ihren Ursprung in der heillosen inneren

Fortsetzung auf Seite 23, Sp 3

Wer Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde bewahren will, muss sie schützen

Ansprache von Bundesminister der Verteidigung Volker Rühle
beim Empfang im Anschluss an den internationalen Soldatengottesdienst

Nach seinem Dank an Kardinal Meisner sagte Minister Rühle:

Der Internationale Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag im Kölner Dom hat inzwischen eine lange und reiche Tradition. Er ist ein Zeichen der inneren Verbundenheit, die über die Jahre zwischen der Bundeswehr und der Militärseelsorge gewachsen ist, und diese Verbundenheit will ich durch meine Teilnahme heute auch persönlich unterstreichen.

Etwa 1.500 Soldaten und Beamte des BGS und der Polizei haben heute den Gottesdienst besucht – darunter Soldaten aus Amerika und Kanada, Großbritannien, Belgien und Italien.

Sie haben gemeinsam für den Frieden gebetet. Sie leisten in ihrem Land ihren eigenen Beitrag

dazu. Das ist ein schönes, zukunftsweisendes Symbol für den wachsenden Geist der Kooperation und Partnerschaft im neuen Europa – ein Europa, das heute Schritt für Schritt zusammenwächst.

Wir feiern in diesem Jahr den 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat im Dezember 1948 – nach der schrecklichen Erfahrung von Willkür, Gewalt und Zerstörung in zwei Weltkriegen – einen gemeinsamen Kanon von unantastbaren Grundrechten aufgestellt, die unser Handeln als Einzelne wie als Staat binden.

Sicherlich sind die Menschenrechte nicht unmittelbar aus dem Christentum gewachsen – doch haben die zehn Gebote und die Berg-

predigt unser Denken über Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden in Freiheit nachhaltig geprägt. Es ist deshalb gute Tradition, dass der Papst am 1. Januar bereits zum 31. Mal eine Botschaft zum Weltfriedenstag veröffentlicht hat - zu Beginn des Jahres, um unseren Blick auf das zu richten, was uns allen so wichtig und teuer ist: Gerechtigkeit und Frieden bei uns und weltweit.

Diesmal zeigt Johannes Paul II. die unaufhebbare Wechselwirkung der beiden Werte Frieden und Gerechtigkeit auf.

Wenn Frieden mehr sein soll als die Abwesenheit von Krieg - auch das in Bosnien-Herzegowina Erreichte ist bisher nur Abwesenheit von Krieg -, muss es ein gerechter Frieden sein: auf Wahrheit gegründet, auf Versöhnung ausgerichtet und der Menschenwürde verpflichtet. „Verletzt man die Gerechtigkeit, setzt man auch den Frieden aufs Spiel“ - damit drückt die päpstliche Botschaft aus, was in allen Bereichen unseres Lebens gilt.

Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik hat sie jedoch besondere Aktualität. Der gerechte Frieden ist uns nicht geschenkt auch nach dem Ende des Kalten Krieges nicht. In unserer Welt bleibt er unvollständig und gefährdet. Täglich müssen wir uns darum bemühen - im Privaten wie im Politischen.

Wer Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde bewahren will, muss sie schützen - zur Not mit legitimer Macht gegen unrechte Gewalt. Dafür steht die Bundeswehr. Diese Wesensbestimmung unserer Streitkräfte haben Sie, Herr Kardinal Meisner, heute Morgen im Dom treffend in die schönen Worte gefasst: „Weil der Mensch der höchste irdische Wert ist, ist er unserer Gesellschaft so lieb und teuer, dass sie sich die Bundeswehr leistet.“

Und die Bundeswehr tritt sichtbar und entschieden für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde ein - bei uns in Deutschland und im Bündnis, und nun aktuell vor allem in Bosnien.

Unsere Soldaten leisten in der NATO-Friedenstruppe ihren Beitrag dazu, dass die Kinder wieder



Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe und der Katholische Wehrbereichsdekan III Rainer Schadt im Gespräch beim Empfang im Maternushaus.

(Foto: M. Beyel, KMBA)

ohne Furcht auf den Straßen Sarajevos spielen können, dass Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können und dass die Versöhnung von innen heraus wachsen kann. Ohne einen Frieden, der gerecht und auf Wahrheit gegründet ist - das sage ich auch immer wieder den Verantwortlichen in Sarajevo wird es selbsttragende Stabilität in diesem leidgeprüften Land nicht geben.

Die Bundeswehr und die Militärseelsorge stehen auch in Bosnien Seite an Seite - und dies ganz praktisch.

Bisher haben bereits 40 Militärggeistliche beider Konfessionen unsere Soldaten im Einsatz solidarisch und einfühlsam begleitet und betreut. Gerade in diesen Einsätzen - fernab von Frau und Kindern, mit erhöhten Risiken, wo auch fundamentale Lebensfragen aufbrechen - brauchen unsere Soldaten den geistlichen Beistand. Und sie sind dankbar für das enge und vertrauensvolle Miteinander, das inzwischen gewachsen ist.

Die Kirchenleitungen haben dazu von Anfang an maßgeblich beigetragen. Die Militärbischöfe beider Konfessionen haben immer wieder durch ihre Besuche am Einsatzort ihre Verbundenheit mit unseren Soldaten und dem Auftrag der Bundeswehr hervorgehoben.

Sie bringen uns großes Vertrauen entgegen - und es ist gut zu hören, wenn Bischof Dr. Dyba öffentlich feststellt: „Wo die Bundeswehr ist, sind auch wir.“ Auch in den schwierigen Diskussionen im Dezember konnte man das hören und spüren. Dafür sind wir dankbar.

Unsere Soldaten wissen diese Worte zu schätzen. Sie beruhen auf vielen Jahren enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und den Militärbischöfsämtern. Wir werden diese Verantwortung auch weiterhin sehr sorgsam gemeinsam wahrnehmen. □

Fortsetzung von Seite 22

„Soldaten brauchen ...“

Gespalteneit des Menschen hat. Der sich selbst fremd gewordene Mensch kann keine heile Welt schaffen. Gott, der den Menschen in seiner Würde noch wunderbarer erneuert hat:

- hat den Menschen mit sich versöhnt, sodass er nicht nur Sohn oder Tochter Gottes heißt, sondern es in Wahrheit auch ist;
- hat den Menschen mit sich selbst versöhnt, sodass er mit einem gläubigen Selbstbewusstsein durch die Welt zu gehen vermag;
- hat den Menschen mit dem Menschen versöhnt, sodass es nicht nur heißt: Der Mensch ist des Menschen Wolf, sondern der Mensch ist des Menschen Bruder und Schwester;
- hat den Menschen mit der Welt versöhnt, sodass er nicht Zerstörer, sondern zum Hüter der Schöpfung wird.

Damit gab Gott ihm die Möglichkeit, Frieden zu schaffen und Sicherheit zu bringen, indem der Mensch sich seiner Gott-Ebenbildlichkeit bewusst geworden ist. Weil der Mensch der höchste irdische Wert ist, ist er unserer Gesellschaft so lieb und teuer, dass sie sich die Bundeswehr leistet. Sie wird den Erwartungen und Aufgaben nur gerecht, wenn der einzelne Soldat davon eine Ahnung hat, dass der Mensch - er selbst und die anderen, für die er da ist: Der Gott nach Gott ist. Amen. □

Bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil

Wie andere über den Weltfriedenstag in Köln berichten

Unter der Überschrift „Harter Gottesmann am Rhein“ veröffentlichte am 16. Februar die Frankfurter Rundschau einen Artikel von Ingrid Müller-Münch (Köln) über den Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner. Die Autorin machte in ihrem Beitrag keinen Hehl daraus, dass ihre Sympathie eher auf Seiten der Kritiker des Kardinals liegt.

AUFTRAG will seinen Lesern nicht vorenthalten, wie Müller-Münch über den Internationalen Soldatengottesdienst berichtet.

Weil der Mensch der höchste irdische Wert ist, ist er unserer Gesellschaft so lieb und teuer, dass sie sich die Bundeswehr leistet.

Kardinal Joachim Meisner anlässlich des Soldatengottesdienstes im Januar 1998 im Kölner Dom.

... „Einem seiner liebsten Steckenpferde ging der Kardinal Ende Januar nach: Vor 1.500 Soldaten aller Waffengattungen hielt er einen traditionellen Gottesdienst im Dom, während draußen auf dem Vorplatz wütende Demonstranten ein „Halleluja bis zur letzten Patrone“ skandierten und daran erinnerten, dass auf den Koppelschlössern der Wehrmachtssoldaten „Gott mit uns“ gestanden hatte. Ihr Protest richtete sich gegen die Bereitschaft Meisners, kämp-

fenden Christen die Absolution zu erteilen: „Wem käme es in den Sinn“, so 1996, „Soldaten, die auch Beter sind, dann noch als Mörder zu diskriminieren. Nein, in betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher.“ Häufig schon hat sich Meisner in seinen Predigten auf aktuelle Militärkonzepte bezogen, stets durch den zuständigen Militärdekan aufs Thema eingestimmt. Während des Golf-Kriegs sagte er 1991 vor ausgewählten Mitgliedern der Nato-Streitkräfte: „Wohlan, legen Sie Hand ans Werk!“

In diesem Jahr hielt er sich auffallend zurück. Die Soldaten, die nach der Messe durch ein Pfeifkonzert einiger hundert Protestierer

empfangen wurden, äußerten sich angetan von des Kardinals Sprache. Sie sei so wohl tuend und klar gewesen, meinten einige Feldjäger, bevor sie sich zur „Gulaschkannonne“ aufmachten, die eine Kucheneinheit der Bundeswehr auf der Domplatte aufgebaut hatte. Doch nicht nur Angehörige der Streitkräfte hatten Meisners diesjähriger Soldatenpredigt gelauscht. Auch eine stattliche Anzahl Kölner Kabarettisten war – wie jedes Jahr – während der Messe im Dom anwesend. Die nachfolgend zitierten Sätze aus Meisners Predigt geben einen Vorgeschmack darauf, wie ergiebig der höchste Kölner Katholik für Satiriker ist: „Wenn man etwa in der Mathematik die Null vor die Eins setzt, dann bleibt sie eine Null. Schreibt man sie aber hinter die Eins, dann bildet sie mit der Eins eine Zehn. Gott bleibt der Gott vor dem Menschen, die Eins vor der Null, aber der Mensch ist seit nach Weihnachten der Gott nach Gott, die Null nach der Eins, die zusammen die Zehn werden, wenn er sich nach Gott einordnet.“ □

FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES IN RENDSBURG

„Aus der Gerechtigkeit des einzelnen erwächst der Frieden für alle“

MATTHIAS GILLNER

Auf Einladung von Militärdekan Prälat Peter Rafoth feierte der Diaspora-Wehrbereich I am 4. Februar in der Rendsburger St. Martin Kirche den diesjährigen Weltfriedenstag. Rund 250 Soldaten aus den Standorten zwischen Flensburg im Norden, Husum im Westen und Eggesin im Osten nahmen am Gottesdienst und dem anschließendem Frühstück und Empfang teil. Dabei hielt wie im Vorjahr Dr. Matthias Gillner, Wissenschaftlicher Referent am katholischen Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel bei Hamburg den folgenden Vortrag.

In diesem Jahr feiern wir das 50-jährige Jubiläum der Annahme der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ (10.12.1948) durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. In der Präambel erhebt die Deklaration die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte der Person zum unverzichtbaren Bestandteil des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen. Papst Johannes Paul II. nimmt zu

Beginn dieses Jahres das festliche Ereignis zum Anlass, in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag an diese unlösliche Verbindung von Gerechtigkeit und Frieden zu erinnern: „Aus der Gerechtigkeit des einzelnen erwächst der Frieden für alle.“

Bereits im Zeitalter des „Kalten Krieges“ hatte das II. Vatikanische Konzil in seiner Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ jeder nega-

tiven Friedenskonzeption eine radikale Absage erteilt. „Der Friede besteht nicht darin, dass kein Krieg ist; er lässt sich auch nicht bloß durch das Gleichgewicht entgegengesetzter Kräfte sichern; er entspringt ferner nicht dem Machtgebot eines Starken“ (GS 78). Heute müssen wir schmerzlich hinzufügen: Der Friede entsteht nicht schon durch das Lösen von Kriegsherden, nicht allein durch die Paraphierung eines so bezeichneten Vertrages.

Im Jahre 1992 etwa feierten in San Salvador Hunderttausende enthusiastisch das Ende von zwölf Jahren Bürgerkrieg. 80.000 Tote hatte dieser bewaffnete Konflikt gekostet, darunter allein 8.000 Verschwundene und 40.000 zivile

Opfer von Todesschwadronen -- Menschen also, deren Tod nicht auf unmittelbare Kampfhandlungen zurückzuführen war. Doch dem begeisterten Jubel folgte die schmerzliche Ernüchterung. Sechs Jahre nach dem Friedensschluss zwischen der regierenden ARENA-Partei und der FMLN (Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional), dem Dachverband der salvadorenischen Guerilla, gehören in dem kleinen mittelamerikanischen Staat Mord und Totschlag zum bürgerlichen Alltag. In dem nur ca. 5 Mio. Einwohner zählenden Land wird jetzt stündlich ein Mord verübt – etwa 9.000 in einem Jahr. Die Mordrate ist damit etwa 30-mal so hoch wie in den USA und sogar 60-mal so hoch wie in Schweden. Selbst im lateinamerikanischen Vergleich wurde damit das seit geraumer Zeit unter anar-

chischen Verhältnissen leidende Kolumbien an der Spitze der Verbrechensquote abgelöst – ein trauriger Rekord, der umso schmerzlicher wirkt, weil er nicht zurzeit der gewaltsamen Auseinandersetzungen, sondern in der Nachkriegsära aufgestellt wurde.

Aber wir müssen nicht erst über den großen Ozean blicken, um zu erfahren, dass die Beendigung von Gewalt noch keinen Frieden bewirkt. In Bosnien-Herzegowina herrscht nach dem Abkommen von Dayton nur der Nicht-Kriegszustand. Noch fehlt bei allen drei konstitutiven Völkern weitgehend die Bereitschaft, der jeweils anderen „Bevölkerungsgruppe“ in ihrem „Anderssein“ Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Überall dort, wo eine Bevölkerungsgruppe dominiert, will sie keine Rechte an die schwächere Gruppe abtreten, dies gilt für die Kroaten in Mostar und der West-Herzegowina genauso wie für die Bosniaken in Zentralbosnien, von der serbischen Politik in der Republik Srpska ganz zu schweigen. So greift die von der jeweils stärkeren Bevölkerungsgruppe dominierte lokale Polizei nicht ein, wenn Wohnungen von Bürgern anderer Ethnien „gesäubert“ werden. Und Vertriebenen oder Flüchtlingen, die nicht der eigenen Nation angehören, wird die Rückkehr nur sel-

ten gestattet. So verläuft der Konsolidierungsprozess in Bosnien-Herzegowina auch nicht auf der Grundlage der Integration durch Versöhnung, sondern nur auf der Segmentierung bisher verfeindeter Gruppen.

1. Frieden als Werk der Gerechtigkeit

Angesichts der exemplarisch erwähnten Nachkriegs-Entwicklungen in El Salvador und Bosnien-Herzegowina werde ich an die Predigt des Propheten Jeremia erinnern: „Und sie heilen den Schaden meines Volkes nur obenhin, indem sie schreien: ‘Frieden! Frieden!’ Aber es gibt keinen Frieden!“ (Jer 6,14) Das Alte Testament, vor allem die prophetische Tradition hat immer wieder auf den fundamentalen Zusammenhang von

„Der Friede besteht nicht darin, dass kein Krieg ist; er lässt sich auch nicht bloß durch das Gleichgewicht entgegengesetzter Kräfte sichern; er entspringt ferner nicht dem Machtgebot eines Starken“ (GS 78).

Friede und Gerechtigkeit hingewiesen. „Opus iustitiae pax“ – wie Jesaja verheißt – das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein (Jes 32,17). Damit wird jede sentimentale Friedenssehnsucht zurückgewiesen, die die zur Erfüllung notwendigen Voraussetzungen übersieht. Friede lässt sich nicht machen, lässt sich nicht einfach herstellen. Friede ist das Ergebnis einer Wandlung, die den Menschen, die Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft gleichermaßen neu gestaltet. Die Umwandlung des Menschen bewirkt, dass überall in der Gesellschaft und zwischen den Völkern Recht und Gerechtigkeit herrschen. Die Gerechtigkeit aber – so die eschatologische Prophetie – bringt den gottgewirkten Frieden und die wahre, in Gottes Heilsgabe und nicht in menschlicher Kraft gegründete Sicherheit mit sich.

2. Verschiedene Formen der Gerechtigkeit

Um Frieden auf Dauer zu bewirken, muss sich also um ein Höchstmaß an Gerechtigkeit bemüht werden – und dies auf gleich mehreren Ebenen! Denn bei der Frage nach der inhaltlichen Kon-

kretisierung des Begriffs „Gerechtigkeit“ muss zwischen drei normativen Ebenen unterschieden werden: die soziale Gerechtigkeit, die internationale Gerechtigkeit und die individuelle Gerechtigkeit oder Tugend der Gerechtigkeit.

a. Soziale Gerechtigkeit

Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, meinen wir zuerst die soziale Gerechtigkeit. Gegenstand sozialer Gerechtigkeit ist die Grundstruktur einer Gesellschaft oder, anders gesagt, das Ordnungsprinzip menschlichen Zusammenlebens innerhalb eines politischen Gemeinwesens. Geprüft werden die Verteilungsmuster innerhalb einer Gesellschaft, sowohl was persönliche Freiheit und Chancen angeht, als auch was die materiellen Güter – wie Einkommen und Vermögen – betrifft. Dabei darf folgende Gerechtigkeitsvor-

stellung als allgemein unterstellt werden: Alle diese sozialen Werte sind

gleichmäßig zu verteilen, mit der Einschränkung, dass eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.

Der bekannte US-amerikanische Philosoph John Rawls hat die allgemeine Gerechtigkeitsvorstellung durch die Definition von zwei lexikographisch geordneten Grundsätzen konkretisiert. Der Erste bezieht sich auf die politischen und rechtlichen Errungenschaften der bürgerlichen Emanzipation des 18. Jahrhunderts, auf die Grundfreiheiten, wie Religions- und Gewissensfreiheit, Rede- und Versammlungsfreiheit. Das Verteilungsmuster soll von Gleichheit geprägt sein. Jeder hat das gleiche Recht auf ein möglichst umfangreiches System gleicher Grundfreiheiten, insofern es mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist. Dem ersten Grundsatz entsprechen die beiden Prinzipien eines jeden liberalen Rechtsstaates: individualrechtliche Freiheitsordnung und demokratische Herrschaftsorganisation.

Der zweite Grundsatz reflektiert die sozialen Spannungen des Kapitalismus im 19. Jahrhundert sowohl in Bezug auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen als hinsichtlich der Beschaffenheit

von Organisationen, in denen es unterschiedliche Macht und Verantwortung gibt. Was die Verteilung von Positionen und Ämtern betrifft, so soll das Prinzip der fairen Chancengleichheit gelten, d.h. sie müssen allen Menschen in fairer Weise offen stehen. Eine Ungleichverteilung der sozialen und wirtschaftlichen Güter ist nur insofern und nur in dem Maße gerechtfertigt, wie sie notwendig ist, um die Aussichten der Minderbegünstigten zu verbessern. Die Überschreitung des in solch engen Grenzen legitimen Ungleichheitsmaßes verlangt dann konsequent auch deren Verminderung durch Umverteilung. Der Schwächste in einer solchen Gesellschaft muss bessere Aussichten haben als in einer Gesellschaft, die auf der Gleichverteilung aller Güter basiert. Gegenüber einer sozialistischen Planwirtschaft und einer freien Marktwirtschaft wird in diesem zweiten Grundsatz das Modell

einer sozialen Marktwirtschaft als gerechtigkeits-theoretisch überlegen beurteilt.

Die Verwirklichung der so bestimmten Gerechtigkeitsprinzipien verlangt von Anfang an, dass die politische Ordnung auf die Würde der menschlichen Person, auf die Achtung der Menschenrechte gegründet wird. Insofern muss eine die rechtsstaatlichen Prinzipien achtende Justiz aufgebaut, muss die Umsetzung der partizipativen Demokratie gefördert und müssen ökonomische Bedingungen geschaffen werden, die auf der wirtschaftlichen Gerechtigkeit basieren. Wer dagegen die liberalen Schutzrechte Andersdenkenden und die politischen Partizipationsrechte Oppositionellen verweigert, wer die kulturellen Identitätsrechte von Minderheiten nicht achtet, wer gar die sozialen Anspruchsrechte der Ärmsten noch weiter abbaut, der lässt erst gar nicht einen Friedensprozess in Gang kommen.

Und dies gilt ungeteilt. Wer sich wie in Guatemala – mit 50% Indianern, 40% Mestizen und jeweils 5% Schwarze und Weißen – sich endlich im Friedensabkommen als plurikultureller Staat versteht, aber eine gerechtere Landverteilung – 2,6% der Einwohner

besitzen zwei Drittel des kultivierbaren Bodens – von vornherein ausschließt, oder wer wie in Brasilien die „politische Säuberung“ nur durch eine „soziale Säuberung“ (Hinrichtung von Straßenkindern und Landlosen durch Todesschwadronen) ersetzt, der lässt den Kreislauf der Gewalt nur von vorn beginnen.

b. Internationale Gerechtigkeit

Neben der sozialen Dimension umfasst die Gerechtigkeit auch den internationalen Sektor. Wenn gleich sie auch wesentlich schwieriger zu bestimmen ist, so leuchtet die These der „Realisten“ nicht ein, dass die kontingenten staatlichen Grenzen die Geltungsreichweite der normativen politischen Vernunft festlegen. Schließlich bildet der Planet Erde die gemeinsame Lebenswelt aller Menschen,

Friede lässt sich nicht machen, lässt sich nicht einfach herstellen. Friede ist das Ergebnis einer Wandlung, die den Menschen, die Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft gleichermaßen neu gestaltet.

was durch die Zunahme internationaler Verflechtung, durch vermehrte Abhängigkeit staatlichen Handelns von internationalen Vorgegebenheiten, aber auch durch die weltumspannenden Probleme der Umweltzerstörung und der Migration hinlänglich belegt wird.

Die Forderung nach einer durch supranationale Institutionen geregelten weltumspannenden Verteilungsgerechtigkeit erscheint mir im Blick auf politische Gestaltungsmöglichkeiten überzogen. Wünschenswert dagegen wäre eine an der Gerechtigkeit orientierte Ausgestaltung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung sowie die Installation entsprechender institutioneller Rahmenbedingungen.

Folgende vier Prinzipien könnten für die Weiterentwicklung des Völkerrechts formuliert werden, wobei in der rechtlichen Ausgestaltung die jeweiligen Einschränkungen mitreflektiert werden müssten:

1. Die Völker (in ihrer staatlichen Organisation) sind frei und unabhängig. Das Recht auf Unabhängigkeit aber schützt nicht vor einer Verurteilung oder sogar vor Zwangsmaßnahmen anderer Völker.
2. Die Völker sind untereinander

gleich und Souverän der von ihnen getroffenen Vereinbarungen. Kein Volk jedoch hat das Recht auf Selbstbestimmung oder Abspaltung um den Preis der Unterdrückung anderer Völker.

3. Die Völker haben das Recht auf Selbstverteidigung. Sie verfügen aber nicht über ein noch so restriktiv formuliertes Recht auf Krieg.
4. Die Völker haben den Grundsatz der Nicht-Einmischung zu beachten. Er braucht und darf jedoch nicht gegenüber den Staaten angewandt werden, in denen die Menschenrechte permanent verletzt werden oder die sich in einem Kriegszustand befinden.

Daneben ist es unter Maßgabe internationaler Gerechtigkeit erforderlich, den Welthandel wenigstens partiell zu normieren. Möglich wäre die Einführung einer Klausel in die internationalen Handelsabkommen, die eine Reihe von sozialen und arbeitsrechtlichen Mindeststandards festlegt und die Staaten entweder durch handelspolitische Nachteile oder durch Gewährung von Vorteilen zu deren Respektierung nötigt.

Die gegenwärtigen internationalen Beziehungen, in denen nicht nur die jeweiligen nationalen Eliten, sondern auch die Konsumenten der Industriestaaten von Kinderarbeit in gesundheitsschädlichen Industrien – etwa in der Teppichindustrie oder in der Streichholzproduktion – und von Zwangsarbeit – in Lagern wie in China oder durch Schuldknechtschaft wie in Indien – durch Niedrigstpreise profitieren, können wohl kaum als wirklich friedlich bezeichnet werden.

c. Individuelle Gerechtigkeit

Den Schwerpunkt setzt die diesjährige Friedensbotschaft aber auf die individuelle Gerechtigkeit, auf die Gerechtigkeit als Tugend des einzelnen. Der Anspruch, gerecht zu handeln, trifft uns immer dort, wo wir dem Rechtsanspruch eines anderen begegnen. Der Gerechte ist dann gerecht, wenn er den anderen in seinem Recht gelten lässt.

Allgemein wird bei individueller Gerechtigkeit zwischen zwei Kategorien von Geboten unterschieden: den Verpflichtungen und den natürlichen Pflichten.

Verpflichtungen werden freiwillig eingegangen. Sie entstehen aus der Übernahme von Ämtern, durch das Unterschreiben von Verträgen oder das Eingehen von Versprechen. Ihnen gegenüber werden Treue und Fairness gefordert. Dass deren allgemeine Bereitschaft zur Einhaltung auch politische Bedeutsamkeit beigemessen werden muss, lässt sich leicht daran erkennen, dass in vielen Ländern durch Korruption und Amtsmissbrauch, durch Vertragsbrüche und leere Versprechungen der innere Frieden in erheblichem Maße gefährdet ist.

Zu den natürlichen Pflichten zählen sowohl die „negativen“ Pflichten, niemanden zu schädigen und dem Unschuldigen nichts anzutun, als auch die „positiven“ Pflichten, den anderen in seiner Würde zu achten und seine Rechte zu respektieren sowie die soziale und internationale Gerechtigkeit zu suchen, indem die als gerecht ausgewiesenen Institutionen unterstützt und gefördert werden. Innerhalb der eigenen Gesellschaft können sie etwa durch den Einsatz für steuerliche Gerechtigkeit und politische Partizipation sowie gegen soziale Ausgrenzung von Minderheiten und finanzielle Benachteiligung der Schwachen erfüllt werden. Auf globaler Ebene kann ihnen durch den Einsatz für Menschenrechte, die grenzüberschreitend jeder Person unabhängig von

ethnischer Abstammung, nationaler Zugehörigkeit, religiösem Bekenntnis und sozialer Stellung zusteht, nachgekommen werden. Wenn aber – wie in El Salvador –, nach dem Krieg das Bruttosozialprodukt um 34 % gewachsen, der Lebensstandard der allgemeinen Bevölkerung aber gesunken ist, die Gewinne der Unternehmen explodierten, die Löhne dagegen sanken, die oberen 10 % der Bevölkerung ihre Einkommen verdoppeln konnten, die untersten 10 % dagegen mehr als 20 % ihrer Kaufkraft verloren, dann sind die Wohlhabenden ihrer Gerechtigkeitspflicht nicht nachgekommen.

3. Barmherzigkeit und Vergebungsbereitschaft als das verdienstliche Mehr

In „Gaudium et spes“ wird der Friede aber nicht nur als „Werk der Gerechtigkeit“, sondern auch als „Frucht der Liebe“ (GS 78) bezeichnet. Die Liebe umfasst die Gerechtigkeit wie auch alle anderen Tugenden, geht aber über sie hinaus: Gerechtigkeit beschränkt sich auf Normen, die vernünftigerweise von jeder Person eingefordert werden können. Liebe aber zielt auf selbstlose Handlungen, die wegen persönlichen Nachteils oder gar Gefahr nicht verlangt, sondern nur noch erbeten werden können. Gemeint sind Bereitschaft zur Barmherzigkeit und zur Vergebung.

Erst in der freiwilligen besonderen Hinwendung zum Schwachen, zum Marginalisierten, zum Alten, zum Behinderten, kurzum in der Option für den Armen wird

jene barmherzige Praxis realisiert, die den biblischen Vollsinn von Gerechtigkeit ausmacht. Die den Hungrigen sättigen, den Fremden und Obdachlosen aufnehmen, den Nackten bekleiden und den Gefangenen besuchen werden von Jesus wahrhaft als „Gerechte“ bezeichnet (vgl. Mt 25,35-40).

Als unerlässliche Voraussetzung für den Friedensprozess zählt die Versöhnungsbereitschaft. Jesus mahnte den Petrus nicht nur siebenmal, sondern siebenundsiebzigmal zu vergeben (vgl. Mt 18,21-22). Denn wenn an die Stelle der Logik der Vergeltung nicht die Logik der Vergebung tritt, wird der Kreislauf der Gewalt nicht endgültig unterbrochen. Ohne sie bluten die Wunden weiter und nähren in den nächsten Generationen nur die Sehnsucht nach Rache.

Selbstverständlich kann diese Haltung von keinem Opfer eingeklagt werden. Und doch! Erst wenn jede Person – auch jeder von uns – mehr tut, als was gerechterweise von ihm verlangt werden kann, erst wenn er den von Jesus charakterisierten Weg der Gerechtigkeit einschlägt, dann wird die Verheißung des Propheten Jesaja einst wirklich werden: „Wenn aber der Geist aus der Höhe über uns ausgegossen wird, dann wird die Wüste zum Garten, und der Garten wird zu einem Wald. In der Wüste wohnt das Recht, die Gerechtigkeit weilt in den Gärten. Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein, der Ertrag der Gerechtigkeit sind Ruhe und Sicherheit für immer“ (Jes 32.15-17). □

KURZ BERICHTET

Feier des Weltfriedenstages in Berlin und in Hildesheim

Der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky hat die Bundeswehr-Soldaten für ihren Einsatz bei der Bekämpfung des Oder-Hochwassers im vorigen Sommer gelobt. Die Bundeswehr habe gezeigt, dass sie bereit sei zu dienen, wenn sie gebraucht werde, sagte der Erzbischof am 19. März in Berlin bei einem Gottesdienst für die im Erzbistum Berlin stationierten Soldaten. Es sei kein Zufall, dass den

Soldaten bei der Eindämmung der Flutkatastrophe große Sympathie entgegengebracht worden sei.

Sterzinsky betonte, heute diene der Militärdienst der Wahrung der Sicherung des Friedens und der Gerechtigkeit. Die Soldaten seien nötig, damit keine Soldaten für den Krieg gebraucht würden, so der Kardinal. Diese Friedenssicherung könne aber nur im Verbund mit den Nachbarstaaten und nicht in nationalistischer Engführung gelingen.

Der Hildesheimer Bischof Joseph Homeyer bezeichnete beim

Soldatengottesdienst am 5. Februar im Hildesheimer Dom die wachsende Teilnahmslosigkeit der Menschen als ein Grundübel unserer Zeit. Die Schwachen und Benachteiligten zu schützen, sei Aufgabe der Soldaten, meinte der Bischof und appellierte nicht nur an die Soldaten, Augen und Ohren für die Mitmenschen auf dieser Welt offen zu halten. Wörtlich meinte der Bischof: „Kirche ist ein Aufstand des Erbarmens auf der Welt. Sie ist Gottes Aufstand und dies ist der Kern des Friedens.“ (KNA/PS)

FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES IN MÜNSTER

Wo liegen die Wurzeln für die Gerechtigkeit?

Britische, deutsche und niederländische Soldaten beim Friedensgottesdienst mit Bischof Lettmann



Dort, wo Feindschaft, Hass und Intoleranz die Würde des Menschen mit Füßen treten, müssen Soldaten antreten. Ihnen dabei ein „Wertbewusstsein“ mitzugeben, sei Aufgabe der Militärseelsorge, betonte der Münsteraner Bischof Dr. Reinhard Lettmann am 12. März bei einer Begegnung im Collegium Borromaeum, die sich an einen internationalen Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag im Münsteraner Dom anschloss. Dabei berichtete der Kommandierende General des Deutsch-Niederländischen Korps, Generalleutnant Karsten Oltmanns, von seinen Feststellungen in Bosnien: Dort herrsche Unfrieden, weil es keine Gerechtigkeit gebe, und Gerechtigkeit gebe es dort nicht, weil die Würde des jeweils anderen Menschen nicht geachtet werde. Im Bild Bischof Lettmann, General Oltmanns, Wehrbereichsdekan III Rainer Schadt, ein Soldat der Irish Guard und einem deutschen Wehrpflichtigen. Nachfolgend die Predigt des Bischofs:

1. Im Jahr 1648 wurde hier in Münster der so genannte Westfälische Friede geschlossen. Zusammen mit dem Friedensschluss in Osnabrück beendigte er den Dreißigjährigen Krieg, der weite Teile unseres Landes mit seinem Unheil verwüstet hat. Friedensreiter eilten durchs Land, um die Botschaft des Friedens zu verkünden. Ihre Kunde drang zu Menschen, die jahrzehntelang unter der Geißel des Krieges, unter Tod, Verfolgung, Armut, Hunger, Ausbeutung, Krankheit und Not gelitten hatten. Wir können ahnen, mit welcher Freude die Kunde dieser Friedensboten aufgenommen wurde.

2. Das Jubiläumsjahr soll uns – vor allem auch hier in Münster – an unsere Verantwortung für den Frieden erinnern.

Als junger Priester habe ich drei Jahre in Rom gelebt und studiert. Täglich bin ich auf dem Weg zur Universität unter einem Torbogen hergegangen, der die Kirchen S. Maria della Pace und S. Maria dell' Anima verbindet. Auf diesem Torbogen steht in lateinischer Sprache das Wort des Propheten Jesaja: „*Opus iustitiae pax – Das Werk der Gerechtigkeit ist Friede*“ – oder anders übersetzt

„*Gerechtigkeit schafft Frieden*“ (Jes 32,17).

Wo liegen die Wurzeln für die Gerechtigkeit?

3. Wir Menschen leben am Rande eines Geheimnisses. Es ist das Geheimnis des Lebens und des Seins. Es ist nicht fraglos, dass wir leben. Es ist nicht fraglos, dass alles, was ist, überhaupt ist. Hinter dem Geheimnis des Lebens und des Seins ahnen wir das größere Geheimnis Gottes. Wir leben am Rande des Geheimnisses. Mehr noch, wir reichen in dieses Geheimnis hinein. Auf den ersten Seiten der Heiligen Schrift lesen wir, dass Gott den Menschen nach seinem Bild geschaffen hat. Das gibt allen Menschen Würde und Wert.

4. In einem Lied, das häufiger von jungen Menschen gesungen wird, heißt es: „*If God had a name – if God had a face – Wenn Gott einen Namen hätte – wenn Gott ein Gesicht hätte*“. Gott hat einen Namen, Gott hat ein Gesicht. Papst Johannes Paul II. hat die Vorbereitung auf das Jubiläum der Geburt Jesu Christi im Jahr 2000 unter das Leitwort gestellt: „*Jesus Christus, das menschliche Gesicht Got-*

tes.“ Der Dichter Hölderlin sagt: „*Nichts hat seit Anbeginn die Menschheit so geehrt wie die Menschwerdung Jesu Christi*.“ Die Tatsache, dass Gottes Sohn selbst ein menschliches Gesicht hat, ehrt alle, die ein menschliches Gesicht haben. Das gibt jedem Menschen Würde und Wert.

5. Eine Kirche auf dem Ölberg in Jerusalem hält die Erinnerung wach an das Vaterunser, das Jesus selbst seine Jünger gelehrt hat. In vielen Sprachen der Welt ist das Vaterunser an die Wände der Kirchen geschrieben. Menschen aller Sprachen und Rassen, aller Farben und Kontinente bekennen sich damit als Kinder des einen Gottes. Sie alle sagen zu ihm: „Vater“. Die aber zu Gott „Vater“ sagen, sind untereinander Schwestern und Brüder.

6. In diesem Bild vom Menschen liegen die tiefen Wurzeln für die Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit äußert sich in der Achtung und Ehrfurcht vor jedem Menschen, vor seiner Würde über alle Rassen, Klassen, Nationen und Weltanschauungen hinweg. Niemand, kein Volk und kein Mensch, darf über andere Völker oder über andere Menschen nach Willkür verfü-

gen. Die Verwirklichung der Gerechtigkeit führt zur Absage an alle Denk- und Ordnungsmodelle, die den Menschen zum Mittel eines politischen oder wirtschaftlichen Zweckes erniedrigen, ihn als bloße Nummer in einer Masse behandeln oder ihn um eines vermeintlichen Fortschritts willen immer stärkerem, gesellschaftlichem, wirt-

schaftlichem und technischem Zwang unterwerfen. Jedes Volk muss die Möglichkeit haben, entsprechend seiner Kultur zu leben. Jeder Mensch muss die Freiheit haben, seiner Religion und seinem Gewissen entsprechend leben zu können. Je mehr die Gerechtigkeit im Zusammenleben der Völker wie in den einzelnen Völkern geachtet

und verwirklicht wird, umso gesicherter ist der Friede. „Gerechtigkeit schafft Frieden.“

Wir alle, auch und in besonderer Weise Soldaten, tragen Verantwortung für den Frieden. In diesem Gottesdienst wollen wir darum beten, dass Gott unser Bemühen um den Frieden segnen möge. ┘

WELTFRIEDENSTAG DER GKS BONN

Wie brüchig ist die Waffenruhe auf dem Balkan?

Unter diesem Thema hatte die GKS Bonn zum diesjährigen Festakt anlässlich des Weltfriedenstages eingeladen, der unter dem päpstlichen Leitwort „Aus der Gerechtigkeit jedes Einzelnen erwächst der Frieden für alle“ steht. Zahlreiche Gäste, darunter der Apostolische Nuntius Erzbischof Giovanni Lajolo waren aus den Bereichen Politik, Diplomatie, Kirchen, Bundeswehr und Verwaltung erschienen.

Der GKS-Kreisvorsitzende Oberstleutnant Wolfgang Martin fragte zu Beginn der Veranstaltung, was der einzelne zur Gestaltung des Friedens und bei der Schaffung von Gerechtigkeit tun könne? Eine Antwort fand er zufällig in einem Buch über das Wirken von Franz Stock, einem deutschen Pfarrer, der in Paris lebte und arbeitete.

Als Standortpfarrer im besetzten Paris während des II. Weltkriegs hat er etwa 2.000 zum Tode verurteilten französischen Widerstandskämpfern und verurteilten Deutschen vor und während ihrer Exekution beigegeben:

- ohne Unterschied der Nation,
- ohne Unterschied der Religion, ob Christ, Jude oder gar Atheist
- ohne Unterschied der politischen Motivation, ob Nationalist oder Kommunist.

Jedem Einzelnen gab er im letzten Augenblick seines Lebens ein Stück Menschenwürde, ein bißchen menschliche Wärme, einen Augenblick des Friedens - wenn auch keine Gerechtigkeit.

Aus diesem Handeln des einzelnen Menschen Franz Stock entstand nach dem Krieg sehr schnell eine Bewegung vieler Menschen. Besonders für die Angehörigen der französischen Opfer und vieler Deutscher wurde Abbé Franz Stock gleichsam der Katalysator der deutsch-französischen Freundschaft. Das Handeln eines Einzelnen trug bei zur Bewegung der Versöhnung und des Friedens zweier Völker, die einst Erzfeinde waren. Jetzt wuchs neben Begegnung und Vertrauen Gerechtigkeit, deren Ergebnis Frieden ist.

Martin verwies dann darauf dass in vielen anderen Regionen der Welt Unruhen, Streit und Krieg herrschten, d.h. es fehle die Gerechtigkeit. Selbst dort, wo die Waffen schwiegen, fühlten sich Menschen aber ungerecht behandelt,

- sei es durch Unterdrückung eines ethnischen Teils,
- sei es durch Behinderung der Religionsausübung,
- sei es durch Unterdrückung des eigenen kulturellen Verständnisses.

Als Beispiel nannte er das frühere Jugoslawien. Vor diesem Hintergrund lag es deshalb nahe, dass er sich an Brigadegeneral Hans-Otto Budde wandte, nachdem der vorgesehene Referent zum Thema,

Fortsetzung auf Seite 30

Fototermin bei der Feier des Weltfriedenstages der Bonner GKS. Im Bild von links: GenLt Ertmann, MilPfr Dr. Fey, BrigGen Koch, Brig Koch, BrigGen Budde, Nuntius Lajolo, Frau Martin, Oberstlt Martin, GenLt Dr. Olboeter, MilDeakan Schadt.



Gedanken und Erkenntnisse eines Soldaten zu Bosnien-Herzegowina

HANS-OTTO BUDDE

1. Vorbemerkung

Es ist äußerst ehrenvoll für mich, vor Ihnen und anlässlich des Weltfriedenstages zu sprechen - ehrenvoll und verpflichtend.

Es ist aber auch eine große Herausforderungen, in Vertretung von Hans Koschnik über die Stabilität der Waffenruhe auf dem Balkan nachzudenken; steht doch hinter dem konkreten Thema die Frage nach der Chance zu einem endgültigen Frieden in dieser Region. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren ich will es nicht verhehlen, es ist damit eine Herausforderung, die zu überfordern droht. Die Großen dieser Welt suchen nach Lösungen - und die Großen dieser Welt scheinen bisweilen ratlos. Theologen und Politiker, Historiker und Journalisten, Diplomaten und Politologen haben darüber nachgedacht, darüber publiziert. Gerade in diesen Tagen wird das wieder deutlich; das Stichwort Kosovo mag genügen, die Brisanz der Lage auf dem Balkan zu unterstreichen, und die Hilflosigkeit der Welt.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich Ihnen keinen Verschnitt der veröffentlichten Meinungen präsentiere, wenn ich weder den Außenminister zitiere noch Herrn Reismüller, um eine weitere Interpretation des Dayton-Vertrages zu diskutieren.

Ich möchte Ihnen lediglich einige Gedanken und Eindrücke wiedergeben, Gedanken und Erkenntnisse eines Soldaten, der als erster deutscher Kommandeur einer Multinationalen Brigade in Sarajevo Verantwortung trug.

Wiewohl das Gebiet, das meiner Brigade zugeordnet war, nur 7.200 km² betrug - das entspricht etwa der dreifachen Größe des Saarlandes - spiegelte es in seiner politischen und geographischen Struktur und in seiner ethnischen Zusammensetzung die gesamte Situation und Problematik auf dem Balkan wider: mit der großen, muslimisch geprägten Stadt Sarajevo, einer Vielzahl kroatischer Enklaven wie Kisljak, dem Gorazde-Korridor, dem Nordrand von Mostar und Teilen der Republika Srpska im Süd-Osten meines Verantwortungsbereiches.

Als ich im November 1996 von meinem französischen Vorgänger in Lage und Auftrag eingewiesen wurde, war ich mir meiner Meinung sicher: Noch unbeeinflusst von der Realität fiel es mir leicht, die Guten von den Bösen zu unterscheiden, ich wusste, wer die Täter waren und wer die Opfer. Alles war so klar und einfach.

Als ich am 30. Juli 1997 Sarajevo verließ, war ich mir nicht mehr sicher, im Besitz der Wahrheit zu sein. Ich hatte erlebt, wie vielschichtig die Probleme in der Wirklichkeit sind, verdrängen wir doch häufig schon, dass nicht zwei, sondern dass drei Gruppierungen den Konflikt führen.

2. Das Beispiel Mostar

Keine Stadt verdeutlicht dies mehr als Mostar, die Stadt, in der Koschnik wirkte und die ihn noch immer gefangen hält.

Zunächst verteidigten Kroaten und Bosniaken die Stadt gegen die Serben - und als diese dann die Be-

lagerung aufgaben und sich überraschend zurückzogen, begannen die ehemaligen Verbündeten übereinander herzufallen.

Quer durch die Familien ging der Hass, nachdem über Generationen Bosniaken und Kroaten friedlich miteinander zusammengelebt hatte. Unvorstellbar das Ausmaß der Zerstörung - und deshalb sollte diese Stadt der Prüfstein sein, zugleich das Signal für den Frieden. Hier sollte der Beweis geführt werden, dass mit Unterstützung der EU eine friedliche Entwicklung zu realisieren wäre. Aber trotz aller Anstrengungen, trotz großer finanzieller Investitionen - der Versuch scheiterte.

Den 10. Februar 1997 werde ich nicht vergessen. Er zeigte mir die Unberechenbarkeit, den Hass - nicht nur zwischen Bosniaken und Serben, sondern auch zwischen Kroaten und Bosniaken - jeweils unterschiedlich ausgeprägt, mit unterschiedlichen Koalitionen.

3. Unterschiedliche Sichtweise der drei Ethnien

Ja, es sind gerade diese unterschiedlichen, wiewohl verwobenen Dimensionen des Konfliktes, die es so schwer machen, Lösungen zu finden. Da ist zunächst die unterschiedliche Perzeption der Geschichte: Die Serben sehen sich als Retter der abendländischen Kultur, als Verteidiger Europas gegen die Türken.

Wir werden, um das Stichwort Kosovo wieder aufzugreifen, verstehen müssen, dass es den Serben von ihrem Selbstverständnis her betrachtet nicht möglich ist, das Amsfeld aufzugeben - so wenig, wie die Juden den Palästinensern Jerusalem überlassen können. Aber so, wie auch die Albaner geschichtlich begründeten Anspruch auf diese Region erheben, so leiten auch die Bosniaken ihren Anspruch ab. Die geschichtliche Wahrheit? Selbst wenn wir sie kennen würden - hülfe es?

Und natürlich sehen die Kroaten ihre geschichtliche Rolle wiederum gänzlich anders.

Fortsetzung von Seite 29

„Wie brüchig ist die Waffenruhe auf dem Balkan?“

Bürgermeister a.D. und ehemaliger Europäischer Administrator der Stadt Mostar, Hans Koschnik, kurzfristig wegen seiner Schlichtertätigkeit im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes hat absagen müssen. General Budde war im ersten Halbjahr 1997 Kommandeur

der deutsch-französischen Brigade sowie Kommandeur der multinationalen Brigade in Sarajevo gewesen. Damit eignete er sich besonders, seine Eindrücke zum Thema des Weltfriedenstages zu schildern, die wir im folgenden Beitrag wiedergeben. (bt)

Es fällt, wie ich meine, uns Deutschen bisweilen schwer, die prägende, Bedeutung der Geschichte eines Volkes oder einer Nation für das aktuelle politische Handeln zu akzeptieren, wir sollten aber zur Kenntnis nehmen, dass andere Völker dies grundsätzlich anders betrachten.

Ich habe gelernt, dass der derzeitige Konflikt auf dem Balkan nicht 1990 begann – und auch nicht 1914 – und dass die über 600 Jahre, die seit der Schlacht auf dem Amselfeld vergingen, nur ein Wimpernschlag der Geschichte sind.

4. Die Rolle der Religionen

Aber es ist nicht nur die ethnische, geschichtliche Dimension; in gleicher Weise tragen die drei Religionsgemeinschaften zu den Spannungen bei. Und ich erlaube mir, die Rolle der Religionen auch vor diesem Auditorium mehr holzschnittartig zu benennen.

Auf den Fahrten durch meinen Verantwortungsbereich sah ich eine Vielzahl an Ruinen katholischer Kirchen – ebenso sinnlos und mit bornierter Gewalt zerstört wie Moscheen und orthodoxe Kirchen.

Zerstört von der einen wie von den anderen Seiten, um die innere Grundlage der anderen ethnischen Gruppe zu eliminieren, auszulöschen, um die Substanz zu treffen.

Und auf den Fahrten sah ich auch, dass in den kroatischen Enklaven neue Kirchen entstanden waren, so prunkvoll wie die Moscheen in den muslimischen Gebieten und die orthodoxen Kirchen in der Republika Srbska – trotz großer Armut in diesen Gebieten.

Dabei fiel mir in den kroatischen Kirchen auf, dass die Madonnenbilder die Heilige Jungfrau mit einem Schleier mit den Nationalfarben Kroatiens zeigten. Und in den bosniakischen Städten wie Jablanica und Konjic dominierten die Minarette das Bild und der Mudschahedin das Leben. Organisationen der islamischen/arabischen Staaten engagierten sich mit Geld und in der Erziehung in den neu gebauten Koran-Schulen, sie zahlten den Frauen Geld, wenn diese verschleiert gingen.

Das waren nicht mehr die Bos-



Der Vorsitzende des GKS-Kreises Bonn, Oberstleutnant Wolfgang Martin dankt Brigadegeneral Hans-Otto Budde für seine Ausführungen zur und Bewertung der Lage in Bosnien-Herzegowina.

Im Hintergrund Soldaten der Streicherbesetzung des Stabsmusikkorps der Bundeswehr, die den Festakt musikalisch umrahmten. (Fotos: bt)

niaken muslimischen Glaubens aus der KuK-Zeit, viele Beobachter meinen, fundamentalistische Ansätze zu finden.

Und wie unversöhnlich die orthodoxen Geistlichen sein können, hat – wie viele andere Besucher vor ihm – der evangelische Militärbischof Dr. Löwe in einem Gespräch in einem Vorort Sarajevos im Frühjahr 1997 erleben müssen.

Hier scheint der Glaube zu polarisieren, und daran konnte meines Erachtens auch der Besuch des Papstes im April 1997 nur wenig ändern: trotz aller bemerkenswerter Behutsamkeit, trotz des großen, unbestreitbaren Bemühens um Ausgleich und Versöhnung.

5. Wirtschaftliche und soziale Situation

Und zu den ethnischen, historischen und religiösen Dimensionen die noch greifbareren wirtschaftlichen und sozialen: Wer durch die armseligen, zerstörten Dörfer Zentralbosniens fährt, in den traurigen Augen der Kinder Hunger, Angst und Resignation, manchmal aber auch Hass sieht, dem fällt es schwer, sich die Verbrüderung mit den um Kisljak lebenden Kroaten vorzustellen, Menschen aus einer Gegend, die wegen ihrer Prosperität die Schweiz des Balkans genannt wird – und für deren Eigenständigkeit und Schutz während des Krieges die dort lebende Bevölkerung aber auch große Opfer gebracht hat.

Armut und Reichtum aber nicht nur als trennende Kriterien zwischen Serben und Kroaten, zwischen der ländlichen Bevölkerung Bosniens und den Bewoh-

nern Sarajevo's! Armut und Reichtum teilt in scharfer Unterscheidung auch innerhalb der Volksgruppen.

Einerseits ist dies Folge der traditionellen, wirtschaftlich unterschiedlichen Bedeutung.

Andererseits sind es aber auch Ergebnisse des Krieges: Hier reiche Kriegsgewinnler, die auf dem Schwarzmarkt Hunderte von Millionen einnahmen. Dort die Opfer, die zu all dem Leid auch noch Schieber und Mafiachefs reich machten und dies nun zu tragen haben.

6. Flüchtlinge und Vertriebene

An diesem Punkt ist es notwendig, das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen zu bedenken. Menschen, die um ihr Leben zu retten, ins Ausland, nach Deutschland flüchteten; Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden und anderswo einen Platz zum Überleben fanden. Sie weisen auf Dayton hin, auf das verbriefte Recht auf Rückkehr? Rückkehr – wohin? Wohin soll die bosniakische Familie ziehen, die 1992 nur durch Flucht dem Genozid entging und sechs Jahre in Köln lebte? Zurück in ihr Heimatdorf nahe Foca/Srbinje, heute Republika Srpska? Dorthin, wo zurzeit serbische Familien, die ihrerseits vertrieben wurden, in unvorstellbarer Armut leben? Um dort wieder eine Vertreibung auszulösen? Dient das dann dem Frieden?

Oder von Köln nach Bosnien-Herzegowina? In ein Dorf, in dem andere bosniakische Familien unter den erbärmlichsten Bedingungen untergekommen sind, ebenfalls Vertriebene, in Notquartieren, ohne Arbeit? Dazu noch die Rückkehr in eine Umgebung, in der sie sich sozial und wirtschaftlich von den anderen Bewohnern abheben, in eine Umgebung, in der sie dann die Privilegierten, die Rei-

chen sind. Dient das der friedlichen Entwicklung?

Und dann lebt in dieser Familie eine Tochter, die seit dem 10. Lebensjahr in Köln wohnte, bei uns in Deutschland sozialisiert wurde? Ein Mädchen, das die Sprache seiner Heimat ebenso unvollkommen versteht wie die Lebensgewohnheiten.

Und mit dieser Entscheidung zur Rückkehr auf den Balkan muss diese bosniakische Familie zugleich akzeptieren, dass sie dann nicht mehr in der Lage sein wird, die Großfamilie, die in Bosnien hat bleiben können, durch den monatlichen Scheck von 500,- DM zu ernähren. 500,- DM, mühsam in Deutschland erspart, ist in Bosnien-Herzegowina eine ausreichende Lebensgrundlage für drei Familien.

Und all diese Menschen – ob Serben oder Bosniaken oder Kroaten haben unendlich gelitten, unvorstellbare Grausamkeiten erlebt. Wir verdrängen bisweilen, dass auf dem Balkan in den vier Kriegsjahren prozentual mehr Menschen umgekommen sind als im II. Weltkrieg.

Und vor diesem Hintergrund und bei all dem fordern wir das friedliche Zusammenleben – und dies möglichst sofort. 1998 auf dem Balkan – das ist 1948 in Deutschland! Konnten wir uns 1948 ein friedliches Zusammenleben mit den Polen vorstellen?

War damals ein nachbarliches Verhältnis mit den Tschechen denkbar oder gar mit Israel? Konnten wir von einer deutsch/französischen Brigade träumen?

Und 1998 ist die Lage auf dem Balkan noch viel explosiver, denn die Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler sind häufig noch im Amt oder an der Macht. Müssen wir nicht etwas bescheidener mit unseren Ansprüchen sein, mit unseren Vorstellungen?

7. Die Umsetzung von „Dayton“

1998 auf dem Balkan!

Wir haben Projekte entworfen, wir haben Dayton konzipiert und durchgesetzt und wir wollen – oder vielleicht auch müssen – nun Dayton umsetzen. Wir wollen oder müssen die Flüchtlinge zurückführen und dem Land, den Menschen eine Perspektive geben.

Aber: *ES SIND UNSERE VORSTELLUN-*

GEN UND UNSERE PLÄNE; HINTER IH-NEN VERBIRGT SICH UNSERE ART ZU DENKEN.

In einem Gespräch mit Peter Scholl-Latour kam mir eine Fabel in den Sinn, die er in einem seiner Bücher anführt:

Am Ufer eines breiten Stroms sitzt ein Skorpion und ruft einem vorbeischwimmenden Frosch zu:

„Frosch. Ich muss an das andere Ufer. Bitte bring mich über den Strom. – Ich kann nicht schwimmen.“

Der Frosch nähert sich vorsichtig und antwortet, dass er nicht daran dächte, dass er Angst habe, der Skorpion würde ihn stechen und damit töten.

„Unsinn“, daraufhin der Skorpion, „dann ertrinke ich ja.“

Von dieser Logik überzeugt paddelt der Frosch ans Ufer, der Skorpion springt ihm auf den Rücken und so schwimmen sie dem anderen Ufer entgegen. Plötzlich verspürt der Frosch einen stechenden Schmerz. Noch bevor ihn das Gift des Skorpions tötet, wendet er den Kopf und fragt mit sterbender Stimme: „Warum hast du das gemacht? Nun sterben wir beide.“

Der Skorpion antwortet: „Das ist halt der Orient.“

Und – lassen Sie mich hinzufügen – auch der Balkan ist in diesem Sinne der Orient.

Nach vielen Gesprächen, die ich in Sarajevo mit Serben und Kroaten, mit Bosniaken und Diplomaten der Vereinten Nationen, mit Politikern und Vertretern der internationalen Hilfsorganisationen führen durfte, bin ich, ... sehr bescheiden geworden.

Bescheiden, was die Übertragbarkeit meiner Wertvorstellungen auf andere Menschen betrifft. Bescheiden, was meinen eigenen Erkenntnisstand angeht.

8. Eigene Erkenntnisse

Ich glaube – nein, ich weiß – dass ich nicht alles verstehen konnte. Ich weiß, dass meine Art des Denkens nicht zwangsläufig in den Bahnen und Kategorien verläuft, die auf dem Balkan gelten. Ich will die Frage anders formulieren: Basieren nicht unsere Lösungsvorschläge auf unsere Art zu denken, auf unseren Werten, auf unseren Normen?

In einer Gesprächsrunde in Sa-

rajevo wurde mir an dieser Stelle der Unterhaltung die Frage gestellt, ob denn mit einer solchen Erkenntnis unser Einsatz nicht sinnlos wäre.

Es war im Juni 1997.

Ich besuchte mit deutschen und französischen Soldaten meiner Brigade eine Schule in einer armen, vergessenen Stadt. Wir hatten mit Spendengeldern, die die Bürger meiner damaligen Garnisonstadt Müllheim gesammelt und uns geschickt hatten, Spielzeug und Lehrmittel gekauft und übergaben diese Spenden im Rahmen einer kleinen Feierstunde.

Die Lehrer und die Eltern waren versammelt, die Schulkinder sangen ein Lied vom Frieden. Der Schulleiter bedankte sich bei uns, vor Glück und Freude weinte er. Für sie alle, sagte er, wäre dies ein ganz besonderer Tag. Nicht in erster Linie wegen der Geschenke, der Spielsachen und der Musikinstrumente, der Süßigkeiten und der Sportgeräte. Es wäre ein ganz besonderer Tag, weil wir gekommen und wiedergekommen wären; weil wir seinen Kindern das Gefühl vermittelt hätten, noch eine Zukunft zu haben, nicht vergessen zu sein.

Wer das erleben durfte, dem stellt sich eine solche Frage nach dem Sinn des Einsatzes nicht. Wer mithelfen durfte, Gewalt zu verhindern und Hoffnung zu säen, der weiß auch, dass es keine Alternative zum Friedenseinsatz in Bosnien-Herzegowina gibt! Trotz der Komplexität der Probleme, trotz der unterschiedlichen Perzeption der ethnischen Gruppen, trotz unterschiedlicher Parameter des Denkens.

Wer mithelfen durfte, die Rückführung von Flüchtlingen – trotz der dargestellten Schwierigkeiten – vorzubereiten und für viele Zigttausende eine Heimat zu finden, ist von seiner Aufgabe überzeugt. Was unsere Kameraden im CIMIC-Einsatz (*Red.: s.a. Interview mit Oberst i.G. Werner Bös S. 30 f.*) leisten, ist ein großer Schritt auf dem Wege zum Frieden.

Ob die Waffenruhe auf dem Balkan brüchig ist? Ja, die Lage verlangt unverändert den Einsatz von Streitkräften. Aber solange Soldaten der internationalen Staatengemeinschaften mit diesem Mandat und in vergleichbarer

Stärke präsent sind, wird die Waffenruhe halten.

Nur – den Frieden können wir Soldaten nicht bringen. Wir können die Lage so stabilisieren, dass sich der Friede entwickeln kann, wir können den Weg zum Frieden ermöglichen – und wir können dazu beitragen.

Um dem Frieden eine Chance zu geben, sind wir alle aufgefordert: Kirchen und Parteien, Hilfsorganisationen und Staaten, kurz: alle Menschen, die sich dem Frieden verpflichtet fühlen. Jeder hat dabei seine Aufgabe zu erfüllen. Der Soldat und der Angehörige des Roten Halbmonds, der Investor und der Arzt, die Kirche und die politische Partei.

Was wir daneben noch berücksichtigen müssen? Wir brauchen Optimismus und Vertrauen, aber auch die Kraft, immer wieder Rückschläge wegzuz-



„Schwarze“ Gespräche am Rande des Festaktes: Der Apostolische Nuntius Erzbischof Giovanni Lajolo (r) und Militärgeneraldekan Erhard Knauer (l), Leiter des Ev. Kirchenamtes für die Bundeswehr; dahinter der katholische Standortpfarrer Bonn, Dr. Wolfgang Frey (l) und der Kath. Wehrbereichsdekan III, Militärdekan Rainer Schadt.

stecken. Wir brauchen Geduld und Toleranz, nicht immer versteht man uns, nicht immer werden unsere Wertvorstellungen nachvollzogen.

Wir müssen nach Gerechtigkeit streben, auch dann, wenn es mühselig ist, denn ohne Gerechtigkeit ist jeder Friede fragil, brüchig. Aber die irdische Gerechtigkeit allein wird nicht ausreichen: zu ihr gehört auch die menschliche Größe, vergeben zu können, die Fähigkeit zu Trauer und Scham.

Auch hier müssen wir mit Beispiel vorangehen, müssen das Vergeben und das Fertigwerden mit der Schuld vorleben – und Gott darum bitten, dass wir vergeben können, dass die Menschen auf dem Balkan vergeben können. □

Hinweis: Zur Situation in Bosnien siehe auch die Beiträge auf den Seiten 16, 37 f. und 69 in diesem Heft.

Bosnien: Tausende von Minen zurückgegeben, dennoch über 30 Minen-Tote pro Monat

Amnestiekampagne

Tausende von Minen, Granaten und anderen Explosivstoffen sind in den letzten Wochen im Rahmen einer Amnestie-Kampagne von bosnischen Zivilisten an die Behörden zurückgegeben worden. Wie die SFOR-Truppen am 17. März 1998 in Sarajevo mitteilten, wurde den Besitzern Straffreiheit zugesichert, wenn sie ihre Waffen bis Mitte April abliefern. Die Anfang März begonnene Aktion, die auch von den Militärs beider bosnischer Teilrepubliken unterstützt wird, soll den Bestand an Waffen in der Krisenregion massiv senken.

Nach Angaben der SFOR wurden mehr als 1.700 Anti-Personen-Minen, 82 Anti-Panzer-Minen, 3.000 Granaten, mehr als 2.000 Kilo Sprengstoff und über 100.000 Patronen zurückgegeben.

Ab April soll eine weitere derartige Amnestie-Aktion für Feuerwaffen beginnen.

Personenminen töten in Bosnien immer noch 30 bis 35 Personen pro Monat. Die Zahl der Todesop-

fer könnte mit der Rückkehr zahlreicher Flüchtlinge in die ethnischen Grenzgebiete zudem weiter ansteigen, wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) in einer ebenfalls im März in Genf und Budapest veröffentlichten Studie mitteilen.

DRK: In Bosnien sind noch 20.000 Minenfelder unentdeckt

Nach Schätzungen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) gibt es in Bosnien-Herzegowina noch 20.000 unentdeckte Minenfelder. Der DRK-Minenexperte Thorsten Fabritz meint, insgesamt seien rund drei Millionen Minen noch nicht entschärft. Fabritz führt derzeit bundesweit Aufklärungskurse zur Minengefahr für Bosnien-Rückkehrer durch. Kinder seien wegen ihres Spieltriebs besonders gefährdet. Der Experte riet, fremde Gegenstände nicht zu berühren und unsichere Gebiete zu meiden.

Besonders stark vermint seien Gebiete in der Nähe des ehemali-

gen Frontverlaufs, erläuterte Fabritz. Dort seien auch Sprengfallen eingesetzt worden, die in Kofferradios, Taschen oder scheinbar liegen gelassenen Alltagsgegenständen versteckt seien. Probleme machten außerdem Kunststoffminen, die auch mit einem Metalldetektor nicht mehr zu finden seien. Wegen der schwierigen Landschaftsstruktur werde es noch Jahrzehnte dauern, bis die Minengefahr in Bosnien beseitigt sei. Die Waffen könnten mindestens 70 bis 100 Jahre im Boden überdauern und auch dann noch explodieren, sagte Fabritz.

IKRK und UNHCR fordern die internationale Gemeinschaft deshalb auf, die Minenräumung in Bosnien zu verstärken und deren Finanzierung weiter sicherzustellen. Die Personenminen hätten nicht nur auf die direkt betroffenen Opfer enorme Auswirkungen, sondern auf die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Landes. Sie verhinderten unter anderem die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Arbeiten. Dringend notwendig sei neben der Räumung der Minen deshalb auch eine bessere Kennzeichnung der mit Minen verseuchten Gebiete.

(PS/KNA)

Friedensethik und der Auftrag der Bundeswehr

KLAUS LIEBETANZ

Gefährlich zugespitzte Krisen, bewaffnete Auseinandersetzungen und mit unerbittlicher Grausamkeit geführte Kriege, „ethnische Säuberungen“ und Völkermord, massenhafte Flüchtlingsbewegungen und Hungersnöte fordern ein gründliches Durchdenken der bisherigen friedensethischen Orientierungen. Ebenso wird die Entwicklung neuer friedenspolitischer Konzepte und Instrumente notwendig. Mit diesen Fragen setzt sich der Autor in seinem zweiteiligen Beitrag auseinander. Zunächst berichtet er über eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum in Zusammenarbeit mit dem Militärdekan II, Ulrich Jung, vom 9.–11. Januar 1998 zum Thema „Friedensethik und der Auftrag der Bundeswehr“. Eingeladen waren Kommandeure und Stabsoffiziere der Bundeswehr und Persönlichkeiten aus unterschiedlichen zivilen Verantwortungsbereichen.

Gemeinsam mit anderen Tagungsteilnehmern hat K. Liebetanz ein Faltblatt entworfen, das auf die ethischen Fragen eingeht, welche bei den Auslands-Friedenseinsätzen der Bundeswehr als Grenzfragen auftreten können. Diese „tröstlichen Gedanken“ werden hier ebenfalls wiedergegeben.

Ein Tagungsbericht

Konflikt: Deutsche Interessen
contra Ethik

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Dr. Klaus Rose (CSU) unterstrich in seinen Ausführungen u.a. die friedenssichernde Wirkung der europäischen Einigung. Ferner ging er auf das entschlossene Handeln der NATO zur Beendigung des heißen Krieges in Jugoslawien ein. Auf die Frage eines Teilnehmers, warum die Bundesregierung militärisch und politisch nichts unternommen hätte, als in Ruanda ca. 500.000–800.000 Frauen, Kinder und alte Menschen monatelang fast ausschließlich in Kirchen abgeschlachtet wurden, erklärte Dr. Rose die Prinzipien der Bundesregierung für den Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen der internationalen Krisenbewältigung:

1. Unser Hauptinteresse und unsere Hauptverantwortung liegen in Europa und in seinem unmittelbaren Umfeld.
2. Deutsche Soldaten dürfen nicht Ursache oder Anlaß zur Problemverschärfung sein. Entscheidend ist, ob sie helfen können, Problemlagen zu lösen.
3. Wesentliche Interessen Deutschlands müssen berührt sein. Eine Teilnahme liegt um so näher, je mehr unsere Bündnisse, vor allem die NATO, engagiert sind.

Ein weiterer Teilnehmer entgegnete Dr. Rose, die Bundesregierung solle bei diesen Prinzipien besser auf eine ethisch-moralische Verbrämung ihrer Friedenseinsätze verzichten, wenn sie ohnehin nur bei wesentlichem Eigeninteresse handle.

Peace-Keeping aus einem Guß

Ferner unterstrich Dr. Rose die hervorragende Zivil-Militärische Zusammenarbeit (CIMIC) der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina bei der Flüchtlingsrückführung. Sie unterstütze mit rund 50 Soldaten die zivilen Maßnahmen des Dayton Abkommens. Rose räumte allerdings ein, daß es noch Defizite und Profilierungsversuche in der Zusammenarbeit der deutschen Bundesministerien gäbe. Der CSU-Politiker wolle sich in Zukunft um eine verbesserte Abstimmung und Zusammenarbeit aller Teilnehmer an den Friedensmaßnahmen kümmern.

Psychologische Grundlagen von Friedensethik und Friedenspolitik

Prof. Dr. Klaus Winckler, Theologe und Psychotherapeut von der Kirchlichen Hochschule Bethel führte aus, daß Ambivalenz als Grundmuster der Seele aufgefaßt werden könne. Sie entspräche einem intrapsychischem Widerstreit

der Kräfte. Die Lösung verlange eine „erwachsene“ psychische Konstitution. Es bedürfe seelisch-geistiger Kräfte und daraus entwickelter Verarbeitungsmöglichkeiten. Wenn die innere Spannung auf die Außenwelt projiziert werde, würde das Umfeld in „gute“ und „böse“, liebenswerte und hassenswerte Wirkfaktoren aufgespalten. Dann stünde sehr schnell „Gottes eigenes Land“ einem „Reich des Bösen“ gegenüber. Winckler empfahl u.a. zwei Prinzipien:

1. Friedenspolitik mit ihren Konfliktregelungsstrategien hat um so mehr Aussicht auf Erfolg, je deutlicher sie im Hinblick auf das einzelne Individuum und auf das Kollektiv den Ambivalenzcharakter aggressiven Erlebens bis hin zum offenen Krieg als emotionale Realität begreift und nicht durch rationale Argumente aufzuheben versucht. Friedensethik hat die entsprechenden Ambivalenzen nicht zu diskriminieren, sondern mit ihnen zu rechnen.
2. Friedenspolitik mit ihren Konfliktregelungsstrategien hat um so mehr Aussicht auf Erfolg, je mehr sie damit rechnet, daß alle Idealbildung ideologisierend missbraucht werden kann und dass nicht erreichbare Ziele mit der Zeit zwangsläufig in „enttäuschter“ Resignation enden. Deshalb ist Friedensethik um ihrer Wirksamkeit willen darauf angewiesen, Idealbildungen differenzierend zu behandeln und ständig auf ihre praktische Durchsetzbarkeit hin zu überprüfen.

Kultur des Friedens schaffen

Der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Prof. Dr. Wolfgang Huber, begann seine Ausführungen mit dem folgenden Zitat aus der Präambel der UNESCO: „Da Kriege im Geiste des Menschen entstehen, so müssen auch im Geiste des Menschen die Werke der Verteidigung des Friedens errichtet werden.“ Bischof Huber verurteilte den wachsenden Umfang unkritischer Gewaltdarstellung in den Medien. Es sei sehr schlecht um die Kultur des Friedens bestellt, wenn die Medien Gewalt als Mittel der Unterhaltung

benutzen. Die Kultur des Friedens beziehe sich dagegen auf folgende universalistische Prinzipien:

- Gewaltfreiheit im Austrag von Konflikten;
- Respekt vor der gleichen Würde jeder menschlichen Person
- Anerkennung der Menschenrechte;
- Bejahung der Demokratie;
- Toleranz gegenüber anderen Überzeugungen und Lebensweisen.

Frieden sei mehr als nur die Abwesenheit von Gewalt. Deshalb müssen Peace-Keeping-Aktionen konsequent eingebettet sein in ein Konzept humanitärer Friedenspolitik.

Abschied vom friedensethischen Absolutismus

Die persönlichen Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien haben Bischof Huber in der Auffassung bestätigt, daß

1. die Androhung militärischer Gewalt unausweichlich sei, um die faktisch ausgeübte Gewalt einzudämmen, und daß
2. die militärische Gewalt zum Aufbau tragfähiger Friedensstrukturen als solche nicht fähig seien.

Angesichts der Konflikte in Osteuropa, Asien und Afrika erschiene es nicht sinnvoll zu Clausewitz klassischen Satz zurückzukehren, der besage, daß Krieg als Fortsetzung des politischen Verkehrs unter Einmischung anderer Mittel zu verstehen sei. Vielmehr sei Krieg als Ausdruck gesellschaftlicher Konfliktlagen zu begreifen. Notwendig sei daher ein ziviler Friedensdienst, der mittels ausgebildeter Fachkräfte, Gewalt vermeidend und Gewalt mindernd auf die Konfliktparteien einwirke.

Hohe ethische Verantwortung der militärischen Führer vor Ort

Unter der Gesprächsführung von Oberstleutnant i.G. Dr. Vad diskutierte ein Arbeitsgruppe „Friedensethische Orientierungen im Einsatz der Streitkräfte bei friedenssichernden und friedensschaffenden Operationen“. Es wurde sehr schnell festgestellt, dass Einigkeit der Gesprächsrunde bestand, solange man sich im Be-

reich theoretischer ethischer Prinzipien befand. Im konkreten Einzelfall zeigte sich allerdings, wie schwierig es ist, eine ethisch gerechtfertigte Entscheidung zu treffen. Diskutiert wurden u.a. die Entscheidungen sowohl des niederländischen Kommandeurs in Srebrenica als auch des militärischen Führers von zehn belgischen Blauhelmsoldaten, der auf Befehl seiner Vorgesetzten die Waffen an ein Hutu-Kommando übergeben ließ und anschließend mit seinen Soldaten grausam verstümmelt und getötet wurde. Es scheint ethisch nicht in jedem Fall gerechtfertigt zu sein, sich an die „Rules of engagement“ zu halten. In der Gesprächsrunde befand sich auch der Leitende Rechtsberater des Zentrums Innere Führung, Os-

kar Matthias Freiherr von Lepel, der den Teilnehmern ein lebendiges Bild vermittelte, was einem militärischen Führer bei der anschließenden Gerichtsverhandlung geschehen könne, wenn er leichtfertig gegen die „Rules of engagement“ verstieße und deswegen eine schwerwiegende Folge für den Friedensprozess verursacht habe (s.a. von Lepel, „Im Zweifel für die Obrigkeit“, AUFTRAG 231, S. 63 ff.).

Den Teilnehmern war anschließend klar, welche enorme Verantwortung auf den militärischen Führer vor Ort zukommt, und daß diese Verantwortung von keinem anderen abgenommen werden kann. Dies setzt umsichtige und ethisch gefestigte Soldatenpersönlichkeiten voraus.

Warten auf den Jüngsten Tag oder Mitarbeit an einer humanen Welt

Tröstliche Gedanken für Soldaten der Bundeswehr

Was hat der christliche Glaube mit Krisenreaktionskräften zu tun?

Eine auch unter Christen weit verbreitete Auffassung geht davon aus, daß sich unsere Welt nicht zum Besseren entwickelt. Die Medien bestätigen mit ihren täglichen Horrormeldungen diese Weltsicht: Zunehmende Bürgerkriege, ethnische Auseinandersetzungen, Menschenrechtsverletzungen, wachsende Flüchtlingszahlen, Hunger, Armut und steigende Kriminalität selbst in den sogenannten Wohlstandsstaaten.

Diese pessimistische Grundauffassung findet sich leider auch heute noch zum Teil in der *traditionellen christlichen Glaubensüberzeugung*: Diese Welt sei ein Tal der Tränen und ein Ort der Prüfung für den Menschen. Jener habe mit Hilfe der Gnade Gottes diese Prüfung zu bestehen. Am Jüngsten Tag werde diese verderbte Welt vergehen, und Gott werde eine neue, andere Welt schaffen. Eine wesentliche Verbesserung dieser Welt sei nicht möglich, insbesondere nicht durch Streitkräfte. Eine pazifistische Glaubensbewegung ging sogar soweit, der Bundeswehr die Existenzberechtigung abzusprechen. Infolge der

anfänglich in Jugoslawien in skandalöserweise unterlassenen effektiven Hilfeleistung durch die Staatengemeinschaft ist diese weltfremde Auffassung rückläufig.

Eine *neuzeitliche, befreiende Theologie beider großer Kirchen* geht davon aus, daß Christus die Welt durch seinen Tod am Kreuz erlöst hat. Mit dem Beginn seiner Auferstehung ist sein Siegeszug bis zur Vollendung der Welt nicht aufzuhalten. Alle Christen und alle Menschen guten Willens (auch Muslime, Buddhisten und Atheisten) sind aufgefordert als Glieder der einen Menschheit an der Vollendung der Welt *hier und jetzt* je nach ihren Fähigkeiten mitzuarbeiten, um so mit der Gnade Gottes eine humanere Welt nach dem Willen Gottes aufzubauen. Die zukünftige Aufgabe der Soldaten wird wie folgt definiert:

„Wer als Soldat Im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er zur Festigung des Friedens bei.“ (*Gaudium et spes* Nr. 79)

Die Prophetien des Alten Testaments erfüllen sich bereits in dieser Welt und nicht erst am Jüngsten Tag (z.B. „Schwerter zu

Pflugscharen umzuschmieden!“). Nach dieser Tradition ist es nicht der Wille Gottes, daß es Völkermord, Kriege, Unterdrückung, Armut und Unterentwicklung gibt. Diese Übel sind vom Menschen verursacht.

Diese vermeidbaren Übel sind mit vereinten Kräften im Auftrag und mit der Hilfe des Dreieinigen Gottes aus der Welt zu schaffen. Es handelt sich um keine sinnlose Sisyphusarbeit mit tragischem Ausgang: *Christen glauben an Gott, den liebenden Vater und nicht an einen böswilligen Despoten.*

Das Wirken Gottes in den Christen ist bereits hier und heute trotz aller noch bestehender Mängel zu erkennen:

- Die heutige verbesserte Zusammenarbeit der christlichen Kirchen (Ökumene).
- Die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland (z.B. die Soziale Marktwirtschaft).
- Die friedliche und gewaltlose Wiedervereinigung Deutschlands, die kaum jemand mehr erwartet hat.
- Die europäische Einigungsbe-
wegung zur Verhinderung weiterer furchtbarer Bruderkriege.
- Das positive Wirken der Vereinten Nationen auf politischem, wirtschaftlichem, ökologischem und kulturellem Gebiet, trotz schwerer Rückschläge.

Mitwirkung der Bundeswehr an einer humaneren Welt

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 12. Juli 1994 wurden weltweite Einsätze der Bundeswehr im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse für verfassungsgemäß erklärt, sofern der Deutsche Bundestag mit einfacher Mehrheit zustimmt. Der erweiterte Auftrag der Bundeswehr lautet nunmehr: „Dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit in Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu dienen, Katastrophenhilfe zu leisten, Menschen aus Notlagen zu retten und humanitäre Aktionen zu unterstützen“ (Weißbuch 94; Nr. 515). Für diese friedensunterstützenden Maßnahmen und Einsätze im Rahmen weltweiter kollektiver Sicherheitsstrukturen und humanitärer Hilfeleistung werden Krisenreaktionskräfte aufgestellt und ausgerüstet.

Vorrang ziviler Maßnahmen

Grundsätzlich haben politische, wirtschaftliche und humanitäre Maßnahmen klaren Vorrang für die Sicherung und Stärkung des Friedens. Militärische Zwangsmaßnahmen sind stets nur das äußerste Mittel. Der unparteiisch gewährten humanitären Hilfe kommt eine besondere konfliktentschärfende Funktion zu.

Peace-Keeping aus einem Guss

Bei der internationalen Friedenssicherung gibt es seit Jahren eine kontroverse Diskussion: Die einen ziehen ein knallhartes militärisches Vorgehen vor und setzen auf die Androhung von Waffen, während andere den Einsatz von militärischen Mitteln kategorisch ablehnen und nur mit reinen zivilen Maßnahmen operieren wollen. Der goldene Mittelweg ist in der „*Agenda for Peace*“ vorgesehen: Um die Nachhaltigkeit der Frie-

denbemühungen sicherzustellen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und zivilen Hilfsorganisationen und eine konzentrierte Aktion aller relevanten Bundesministerien dringend erforderlich.

Wichtige Rolle der Militärseelsorge

Neben der individuellen Betreuung hat sie die Aufgabe den Soldaten auch die geistige Ausrüstung für ihren Friedenseinsatz zu vermitteln und kritisch auf Fehlentwicklungen in der politischen Führung und in der Bundeswehr selbst hinzuweisen.

Die veränderte religiöse Sicht der Welt ist geeignet, die gewaltigen, teilweise verwirrenden Herausforderungen unserer Zeit gelassen und mit tiefer Zufriedenheit anzugehen. Mit Dank Gottesdienst zu feiern und freudig zu hoffen, daß Gott das Begonnene auch vollenden wird. □

KURZ BERICHTET

„Zeitplan für Vernichtung der Chemiewaffen nicht zu halten“

Die vorgesehene Vernichtung aller Chemiewaffen in der Welt bis zum Jahr 2007 ist nach Einschätzung der zuständigen internationalen Organisation nicht machbar. Es werde eine Aufweichung dieses Zeitplanes geben müssen, sagte der Generaldirektor der Organisation zur Vernichtung der Chemiewaffen, Jose Bustani, am 17. März 1998 vor dem Abrüstungsausschuss des Europaparlaments in Brüssel. Bustani zeigte sich zugleich optimistisch, dass Länder wie Nordkorea, Libyen und der Irak der Konvention zur Vernichtung chemischer Waffen in Zukunft beitreten könnten.

Der Generaldirektor meinte, dass sich in den zehn Monaten seit Aushandlung der UNO-Konvention über die Vernichtung der Chemiewaffen rund 160 Staaten der Erde dem Abkommen angeschlossen hätten, sei ermutigend. Er sei daher zuversichtlich, dass auch die noch fehlenden Länder sich anschließen würden, selbst wenn sie gegenwärtig dem Vertrag noch skeptisch gegenüberstünden.

Bustani äußerte die Erwartung, dass Russland trotz vorhandenen politischen Willens bei der Umsetzung des Abkommens in Verzug geraten werde. Präsident Boris Jelzin habe bereits erklärt, er erwarte, dass sich die internationale Gemeinschaft mit 20 bis 25 Prozent der Kosten an der Vernichtung der Chemiewaffen in Russland beteiligen werde, auch wenn nach dem Abkommen die entsprechenden Mittel von den waffenbesitzenden Staaten selbst aufgebracht werden müssen. Zufrieden zeigte sich Bustani mit dem Erfolg der bisherigen Kontrollinspektionen. Die Vernichtung der chemischen Waffen wird nach seiner Auffassung auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus leisten, weil es für Terroristen zunehmend schwieriger werde, sich chemische Waffen oder ihre Grundprodukte zu besorgen. (KNA)

DAS INTERVIEW

Kein Widerspruch zwischen militärischem Auftrag und christlicher Überzeugung

Fragen an Oberst i.G. Werner Bös, Vorsitzender der Zentralen Versammlung,
zu seinem Einsatz in Bosnien-Herzegowina

AUFTRAG: Herr Oberst Bös, ich bitte Sie zunächst, sich unseren Lesern kurz vorzustellen.

Werner Bös: Ich will das mit kurzen Stichworten machen: Geboren 1944 in Erbach/Taunus; verheiratet; ein Sohn und eine Tochter. 1964 Eintritt in die Bundeswehr, Ausbildung zum Offizier der Panzertruppe. 1976 Generalstabsausbildung an der FüAk in Hamburg, Stabsverwendungen; 1983–85 Kommandeur Panzerbataillon 63 in Arolsen/Hessen. Danach Verwendungen im BMVg und im Ausland. Seit 1995 Abteilungsleiter G 5 im HFüKdo Koblenz.

Seit 1993 bin ich Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs (kurz ZV genannt) und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

A: Sie waren von Juni bis Dezember 1997 in Bosnien-Herzegowina (BiH) und haben sich dort als Leiter der im Rahmen von SFOR eingesetzten deutschen Gruppe für zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC-Gruppe) mit Fragen der Flüchtlingsrückkehr sowie des Wiederaufbaus beschäftigt. Was muss man sich darunter vorstellen?

W.B.: Ein ganz wesentlicher Bestandteil der zivilen Implementierung des Dayton-Abkommens in BiH ist die Rückkehr der insgesamt ca. 1,2 Mio. Flüchtlinge in ihr Land. Davon hatte Deutschland alleine etwa 350.000 aufgenommen. Soldaten der CIMIC-Gruppe erkunden das Land Großgemeinde (Opstina) für Großgemeinde und beschreiben die Verhältnisse in einem „Bericht für die Flüchtlingsrückkehr“, der national (in



Der Militärbischof, Erzbischof Dr. Johannes Dyba, Militärdekan Prälat Walter Theis, der bischöfliche Beauftragte für die Zentrale Versammlung (ZV) der Laien in der Militärseelsorge, und der gerade wiedergewählte Vorsitzende der ZV, Oberst i.G. Werner Bös, im April 1997 bei der 37. Woche der Begegnung in der „Wolfsburg“/Mülheim. (Foto: F. Brockmeier)

Deutsch) und international (in Englisch und Bosnisch) für jedermann zugänglich verbreitet wird. Diese Berichte enthalten auch wichtige Daten, konkrete Hinweise und Empfehlungen zu notwendigen Maßnahmen des rückkehrbegleitenden Wiederaufbaus. Sei es im Bereich Infrastruktur, Wohnungsbau, Versorgungssystem, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit, Arbeitsplätze und andere Lebensbereiche.

Maßnahmen für den Wiederaufbau zu ergreifen, ist eine staatliche Aufgabe, aber auch Aufgabe der internationalen Organisationen und der Hilfsorganisationen vor Ort. Unsere CIMIC-Gruppe unterstützt mit Bauingenieurkapazitäten und begleitet selbst Projekte des Wohnungsbaus und der Infrastruktur.

A: Neben ihrer militärischen Funktion sind Sie ehrenamtlicher Vorsit-

zender der Zentralen Versammlung (ZV). Sie stehen damit an der Spitze der Laienorganisation in der Kirche unter Soldaten.

Kann man im Zusammenhang mit Ihrem Einsatz in BiH von einer glücklichen Verknüpfung Ihrer soldatischen Aufgabe mit Ihrem Engagement als Christ sprechen?

W.B.: Dem stimme ich voll zu. Bei dieser Aufgabe stand das soldatische Helfen für mich ganz im Vordergrund. Diese Aufgabe bedarf keiner Rechtfertigung, sondern ist im Gegenteil sittlich und moralisch verpflichtend.

A: Waren Ihr militärischer Auftrag und das aus Ihrer christlichen Werteeinstellung abgeleitete Gebot zur Hilfe für notleidende Menschen immer in Einklang zu bringen oder mussten Sie sich manchmal zurücknehmen, obwohl Sie mehr hätten tun wollen?

W.B.: Ich kann mich an keine Konfliktsituation erinnern. Die hohe Motivation in der Gruppe wurde in der vollen Einsatzbereitschaft jedes Einzelnen sichtbar. Sicher hätten wir gerne mehr getan, z.B. in direkter humanitärer Hilfe, dem waren aber einfach physische Belastbarkeitsgrenzen gesetzt.

A: Gab, bzw. gibt es über das militärische Alltagsgeschäft hinaus überhaupt die Möglichkeit, sich vor Ort als engagierter Christ einzubringen?

W.B.: Immer und überall ist es möglich, in seiner Lebensführung Zeugnis abzulegen.

Engagement als Christ war allgemein in der Unterstützung unserer sich aufopfernden Militärpfarrer möglich und konkret an der Mitgestaltung der Gottesdienste und Gesprächskreise, dem Singen im Chor,

dem Errichten eines Glockenturms im Lager Rajlovac, bis hin zu Gottesdiensten/Auftritten in der Kathedrale von Sarajevo.

A: *Meinen Sie, dass Ihre christliche Werteinstellung Einfluss auf Ihre Arbeit in BiH hatte?*

W.B.: Eine solche Nähe zwischen meinem militärischen Auftrag und meinen christlichen Überzeugungen habe ich wohl erstmals erlebt. Ich darf unser Tun am Gebot praktischer Nächstenliebe festmachen, was uns beflügelte und uns die Kraft zum Durchstehen aller Widerigkeiten gab.

A: *Hat Ihnen Ihr Christsein dabei eher geholfen oder gab es auch Momente, in denen Sie den lieben Gott am liebsten vergessen hätten?*

W.B.: Momente des Hasses, Zornes, des Wunsches nach Rache und Vergeltung musste ich selber glücklicherweise nicht durchleben. Wurde ich aber mit solchen Gefühlen bei anderen konfrontiert, war es das christliche Fundament, das tragfähige Lösungswege anbot.

A: *Sicher haben Sie während Ihrer Zeit in BiH eine Fülle persönlicher Eindrücke und Erfahrungen gesammelt.*

Was davon wird Ihnen nachhaltig in Erinnerung bleiben?

W.B.: Wie unglaublich schwer es für betroffene Menschen ist, Leiden zu verzeihen und sich zu versöhnen, selbst bei aller rationalen Einsicht in die Notwendigkeit.

A: *Gab es Momente und Begegnungen, in denen Sie den Eindruck hatten, dass die Menschen nicht nur den Oberst Werner Bös, sondern Sie auch bewusst als Mensch und Christ wahrgenommen haben?*

W.B.: Ich denke, bei allen Begegnungen/Veranstaltungen im Rahmen der Seelsorge/im kirchlichen Umfeld und in Einzelgesprächen trat der Soldatenstatus deutlich in den Hintergrund.

A: *Hat diese Einsatzerfahrung möglicherweise auch für Ihre Arbeit zu Hause am Schreibtisch neu motiviert und beflügelt?*

W.B.: Ja und das Erlebte schlägt sich ganz konkret in den Führungsmaßnahmen hier in der Heimat nieder.

A: *Findet dies vielleicht auch seinen Niederschlag in Ihrem Engagement als Vorsitzender der Laien-*

organisation katholischer Soldaten?

W.B.: Wir katholischen Laien in der Kirche unter Soldaten waren schon immer von dem Wunsch getragen, unsere Seelsorger in ihrer Aufgabenwahrnehmung zu unterstützen. In diesem Bemühen und in der Einsicht in die Notwendigkeit hat mich die Zeit in BiH bestärkt. Gleich ob im Einsatz oder Zuhause, wo die Einsatzbegleitung der Militärseelsorger Lücken reißt, wollen sich die organisierten Laien in dem Verband der GKS und den Räten einbringen.

A: *Angesichts des nach wie vor großen Misstrauens bis hin zum Hass unter den Menschen in BiH, erscheint vielen Skeptikern die Wiederaufbauarbeit wie ein Kampf gegen Windmühlen. Teilen Sie diese Skepsis?*

W.B.: Auch heute findet man bei allen Ethnien Machsanspruch, Hass, Uneinsichtigkeit und Verweigerung von Ausgleich und Versöhnung. Gegen diese Haltung gewichtiger Gruppen sind noch große Aufgaben zu erfüllen, um einen stabilen und funktionierenden Staat zu schaffen. Wenn man aber in der Rückschau sieht, was schon seit Kriegsende unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft geleistet werden konnte, so macht mich das für die Zukunft zuversichtlich. Vielleicht sollten wir unsere Erwartungen zeitlich realistischer einschätzen.

Unicef: Zwei Millionen Kinder Kriegsopfer im letzten Jahrzehnt

Zwei Millionen Kinder sind in den letzten zehn Jahren Opfer von Kriegen geworden. „Niemand in der Geschichte mussten die Kinder eine derartige Last im Krieg tragen“, heißt es in einem im März veröffentlichten Bericht des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (Unicef). Nach Angaben der Studie werden vier Millionen Mindejährige ihr Leben lang behindert und zwei Millionen durch ihre Verwundungen körperlich entstellt bleiben. Allein die Anti-Personen-Minen würden jeden Monat etwa 800 Kinder in aller Welt töten oder verstümmeln.

Der Unicef-Bericht weist ferner darauf hin, dass mit dem Fortschreiten der Bürgerkriege und inter-ethnischen Konflikte insbesondere in Afrika bis zu 90 Prozent der Todesopfer oder Verletzten Zivilisten seien – davon allein 40 Prozent Minderjährige. Deshalb sei bei den 28

A: *Wie ist Ihre persönliche Prognose für den Frieden in BiH?*

W.B.: Die bisherige Strategie von IFOR/SFOR hat das Schießen weitgehend verhindert und erste Schritte für einen zivilen Wiederaufbau ermöglicht. Eine großartige Leistung, die aber noch keinen wirklichen Frieden herbeigeführt hat. Radikal nationalistische Kräfte und Kriegstreiber einerseits und die zu geringe Versöhnungsbereitschaft der Menschen andererseits stehen dem entgegen.

Die Ersteren werden auf dem Weg zum Frieden entmacht werden müssen. Die noch wichtigere Einstellungsänderung der Menschen braucht Zeit und das Engagement der Politik, der verschiedenen Religionsgemeinschaften, Friedensdiensten usw.

A: *Gibt es eine persönliche Botschaft, die Sie unseren Lesern mit auf den Weg geben wollen?*

W.B.: Wir Soldaten sind ganz im Sinne der Aussage des II. Vatikanischen Konzils in *Gaudium et spes* „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“. Hier erschließt sich das Selbstverständnis von uns Soldaten für unsere Auftragserfüllung. Hierauf wollen wir stets wachsam achten.

A: *Herzlichen Dank für das Interview.*

*Das Interview führte
Ludger Terbrüggen.*

größten Konflikten in den letzten Jahren der Begriff der „Wehrlosen“ nicht mehr gebraucht worden. Es habe sich hier um so genannte „schmutzige“ Kriege mit Massakern, Terror- und Guerilla-Methoden gehandelt. So seien bei den Konflikten in Ruanda, Burundi, Bosnien oder Algerien keine Unterschiede zwischen Feinden, Männern, Frauen, Jugendlichen oder Kindern gemacht worden.

Die Wehrlosigkeit der Kinder sei bei diesen Konflikten zum Teil sogar bewusst ausgenutzt worden, stellt Unicef fest. So seien die Kinder und Jugendlichen bei den Auseinandersetzungen an den Großen Seen in Afrika bevorzugte Opfer bei Massakern gewesen. Auch in Bosnien sei die Vergewaltigung junger Mädchen als „systematische Waffe“ angewandt worden. Am meisten seien die Kinder in Konfliktregionen aber durch Hunger und Unterernährung bedroht, so das Kinderhilfswerk. Beim Ausbruch eines Krieges steige die Sterblichkeitsrate von Minderjährigen in armen Ländern allgemein um das 25fache. (KNA)

„Gegen jeden Krieg zu kämpfen, gebieten Vernunft und Erfahrung eines Generals“

Hessischer Friedenspreis geht an Ex-General Alexander Lebed

Alexander Lebed (47), russischer Generalleutnant a.D. erhält den Hessischen Friedenspreis 1998. Lebed werde dafür ausgezeichnet, dass er den Krieg in Tschetschenien beendet habe, gab das Kuratorium Hessischer Friedenspreis im Februar in Wiesbaden bekannt. Die mit 50.000 Mark dotierte Auszeichnung werde am 25. Juni im Hessischen Landtag überreicht.

In der Begründung des Kuratoriums heißt es, dass der am 12. Mai 1997 unterzeichnete Friedensschluss in der Kaukasusrepublik dem zwischen Lebed und dem stellvertretenden tschetschenischen Generalstabschef Maschadow am 30. August 1996 geschlossenen Waffenstillstand zu verdanken sei. „Was niemandem vor ihm gelang, hat General Lebed durchgesetzt: die Einstellung des über mehr als zwei Jahre hin geführten erbitterten Krieges, der Tausende das Leben gekostet hat“, so das Kuratorium.

Diese Pressemeldung vom Februar stieß bei nicht wenigen „Friedfertigen“ auf Widerspruch oder zumindest auf Unverständnis, weil hier ein General ausgewählt wurde und nicht solche Menschen und Gruppen, die im humanitären Raum bedeutende Leistungen erbringen.

Der Leiter des Hessischen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung, Professor Dr. Ernst-Otto Czempel, Mitglied im Kuratorium Hessischer Friedenspreis, hat in einem Leserbrief in der FAZ am 12. März begründet, nach welchen Kriterien der Hessische Friedenspreis verliehen wird und warum das Kuratorium sich in diesem Jahr für General Lebed entschieden hat:

„... Der Hessische Friedenspreis wurde vom ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald und der nach ihm benannten Stiftung 1993 ins Leben gerufen

und wird jährlich vom Kuratorium Hessischer Friedenspreis vergeben. Der Preis ist exakt dazu bestimmt, Friedensstifter auszuzeichnen. Er soll diejenigen würdigen, die einen Krieg beziehungsweise einen Bürgerkrieg beendet oder sein Ende maßgeblich vorbereitet haben.

Der erste Preis ging 1994 an **Dr. Marianne Heiberg, Oslo**, weil sie Israelis und Palästinenser zusammengebracht und damit den **Friedensvertrag von Oslo** vorbereitet hatte. Der zweite Preis, 1995, würdigte **Dr. John Hume**, den britischen Parlamentarier für seine erfolgreichen Versuche, einen **Waffenstillstand in Nordirland** herbeizuführen. 1996 wurde der **Weihbischof von El Salvador, Monseñor Gregorio Rosa Chavez**, ausgezeichnet für seinen maßgeblichen Beitrag zur **Beendigung des Bürgerkrieges** in seinem Land. 1997 wurde **Hans Koschnick** ausgezeichnet, weil er mit seiner Arbeit in Mostar versucht hat, Muslime und Kroaten wieder miteinander zu versöhnen und der **Föderation Bosnien-Herzegowina eine neue politi-**

sche Basis nach dem Bürgerkrieg zu verschaffen.

Das Kuratorium Hessischer Friedenspreis der Albert Osswald-Stiftung hat einstimmig, beschlossen den Friedenspreis 1998 an den früheren russischen **General Alexander Lebed** zu verleihen, weil er den **Frieden in Tschetschenien** herbeigeführt hat. Was keinem russischen Politiker (und keinem westlichen Kritiker) gelang, hat Alexander Lebed durchgesetzt, und zwar nicht nur gegen den Widerstand der tschetschenischen Rebellen, sondern auch gegen den zahlreichen russischer Minister, die den Krieg lieber weitergeführt hätten, als ihn mit der potentiellen Zustimmung zur Autonomie Tschecheniens zu beenden. Es ist Alexander Lebed zu verdanken, dass dieser zweijährige unendlich grausame und blutige Bürgerkrieg zu Ende ging. Dass Lebed früher russischer Fallschirmjägergeneral und an zahlreichen russischen Kriegen aktiv beteiligt war, sich dann aber zum Vorkämpfer des Friedens gewandelt hat, hat das Kuratorium Hessischer Friedenspreis besonders aufmerksam registriert. Lebeds Wahlspruch: „Ich werde gegen alle Kriege kämpfen; Vernunft und Erfahrung eines Generals gebieten das“ wird gewiss von vielen seiner früheren Kollegen, gerade auch im Westen, geteilt – jedenfalls sollte er über jeder militärischen Karriere stehen. ...“ (PS)

GEFUNDEN

Südvietnamesischer Soldat jahrelang in Höhle versteckt

Nach neunzehn Jahren allein in einer Höhle ist ein früherer Soldat der südvietnamesischen Armee jetzt wieder in sein Heimatdorf zurückgekehrt. Der Mann hatte sich in der Provinz Ninh Thuan so lange versteckt, weil er die Verhaftung durch die im Vietnamkrieg siegreichen Kommunisten fürchtete, berichteten Zeitungen Anfang März. Bereits zweimal war der heute 54 Jahre alte Mann nach Kriegsende 1975 aus Umerziehungslagern geflohen. Der Mann lebte als Jäger und Sammler nur wenige Kilometer von seiner Frau und seinen Angehörigen entfernt in einem unwegsamen, bergigen Waldgebiet. Als er einmal am Tage eine Mahlzeit kochte, wurde ein Dorfbewohner auf den Rauch aufmerksam und spürte den Einsiedler auf. (DT/dpa)

GEFUNDEN

Eine ehrenrührige Gesinnungsprüfung für Soldaten

Carsten Kießwetter, Pressereferent im Bistum Erfurt und Reserveoffizier, setzt sich in einem Leserbrief in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.02.1998 zu dem Artikel „Führen ist nicht gleich Verwalten“ von Karl Feldmeyer, 19.01.1998 mit der Stimmung in der Truppe und den Reaktionen auf fremdenfeindliche bis rechtsextremistische Vorkommnisse in der Bundeswehr kritisch auseinander. Der Leserbrief wird mit freundlicher Genehmigung des Autors nachfolgend wiedergegeben.

Karl Feldmeyer hat mit seiner Lageanalyse- und -beurteilung über den Zustand der Bundeswehr recht: „Die Stimmung in der Bundeswehr ist schlecht. ... Ihre Stimmung wird auch durch Weisungen nicht besser, die die Soldaten dazu veranlassen wollen, jede Äußerung, die als ‘fremdenfeindlich’ gewertet werden könnte, als ‘Anzeichen für radikale Einstellungen’ anzusehen und zu melden ...“ Denn die Vorgesetzten sind beim Verdacht und vor allem bei Denunziationen, die nun zwangsläufig vorkommen werden – der (wirkliche!) Bundeswehrskandal um den Fall „Krause“ wird beileibe kein Einzelfall bleiben – in schlimmen persönlichen Zwangslagen, die an Szenen aus Bertholt Brechts „Furcht und Elend...“ erinnern. Und für den einzelnen Soldaten wird es fatal, sollten sich die Vorgesetzten zu Überreaktionen verleiten lassen, um nicht selbst als rechtsradikal oder zu weich verdächtigt zu werden.

Wie weit ist es in diesem Land gekommen, wenn verzweifelte Kommandeure sich an einen Redakteur der FAZ wenden müssen, damit dieser für sie einen Hilfschrei an die Öffentlichkeit sendet? Die Angst geht in der Truppe um!

Die Stimmung wird auch dadurch nicht besser, dass die oberste militärische Führung ihre Soldaten zurzeit einer Gesinnungsüberprüfung unterzieht, als seien die „Vorfälle der letzten Zeit“ ein Tendenzindikator für die Gesinnung der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften.

Seit einigen Wochen müssen alle Soldaten bei ihrem Disziplinavorgesetzten antreten, um sich über die Folgen von Rechtsextremismus belehren zu lassen, und diese Belehrung schriftlich bestäti-

gen. Die Belehrung wird in der Personalakte abgeheftet. Ein Exemplar erhält der Soldat ausgehändigt. Jeder Soldat wird darüber belehrt, dass jegliche rechtsextreme Aktivität wie das Zeigen und Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren, Disziplinararrest und unter Umständen fristloser Entlassung geahndet wird. Bei jedem neu versetzten Soldaten wird die Personalakte überprüft, ob die Belehrung erfolgt ist. Bei Zweifeln wird die Belehrung nochmals vorgenommen.

Es wird damit von der obersten militärischen Führung dieses Landes ein Generalverdacht ausgesprochen, den nicht wenige Soldaten von sich weisen. Diese überzogene Reaktion und die unhaltbare Praxis ihrer Durchführung zeigt, wie die bisher überwiegend in den Medien und vor allem im Deutschen Bundestag geführte Diskussion über rechtsextremistische Aktivitäten in Kasernen nun zunehmend in der Bundeswehr selbst geführt wird.

Die Gesinnungsprüfung und die ehrverletzende Unterschrift sind unnötig, denn der Soldat hat nach den Bestimmungen des Soldatengesetzes in und außer Dienst politische Zurückhaltung zu wahren. Diese rechtliche Grundlage reicht als Maßstab aus.

In der Bundeswehr mag es fünfzig oder mehr Soldaten geben – unter 340.000 – die man als rechts-extrem anfällig ansehen kann. Mit der Unterschrift wird heute nahezu jeder Soldat und besonders jeder Unteroffizier und Offizier verdächtigt, ein verkappter Nazi zu sein. Um sich des Ausmaßes dieses (wirklichen!) Bundeswehrskandals bewusst zu werden, stelle man sich vor, der Rektor einer Grundschule

müsste alle seine Lehrer über Kinderschänderei belehren und sie auffordern, diese Belehrung durch Unterschrift zu bestätigen, also quasi zu versichern, keine Kinderschänder zu sein.

Ein weiterer wirklicher Bundeswehrskandal ist zu beklagen. Den Soldaten der Bundeswehr ist von ihrer Führung grundsätzlich untersagt worden, außerhalb des Dienstes in der Öffentlichkeit den gefleckten Kampfanzug zu tragen. Dies gehe, so die Zeitschrift „Loyal“, das offizielle Mitgliedsblatt des Deutschen Reservistenverbandes vom Oktober 1997, auf eine Anregung der Wehrbeauftragten Claire Marienfeld zurück. Damit solle erreicht werden, dass Auseinandersetzungen zwischen ausländischen Jugendlichen und Soldaten, wie im Frühjahr in Detmold geschehen, vermieden werden. In Detmold waren Bundeswehrsoldaten in „Flecktarn“ von ausländischen Jugendlichen angegriffen und verletzt worden, da diese sich durch die Flecktarnuniform gestört fühlten. Der Kampfanzug – so die Begründung der Wehrbeauftragten – löse bisweilen Missverständnisse oder unterschwellige Ängste aus. Seit dem Frühjahr mehrten sich Meldungen über verbale und physische Attacken meist türkischer Jugendlicher auf Soldaten.

Die Verordnung schlug auch tatsächlich Ende Oktober 1997 in der Truppe auf. Die Empörung muss so groß gewesen sein, dass sich die Führung der Bundeswehr noch in derselben Woche per Fernschreiben genötigt sah, das „Tragen von Flecktarn in der Öffentlichkeit bis auf weiteres zu erlauben“.

Es stellen sich hier die Fragen: Wie lässt es sich mit dem Selbstverständnis der Armee eines demokratischen Staates vereinbaren, wenn man sich inzwischen offensichtlich seiner eigenen Soldaten in der Öffentlichkeit schämt und ihnen generell misstraut? Wie kann eine Institution wie die Bundeswehr einerseits größten Rückhalt in der Bevölkerung genießen und andererseits „Missverständnisse und unterschwellige Ängste auslösen“, wenn sich ihre Soldaten in ihrer Berufskleidung öffentlich zeigen? Vom Begriff des Staatsbürgers in Uniform ist man damit abgerückt. □

Voreilige Schritte von der Hardthöhe

Auch Linksextremisten versuchen, die Bundeswehr zu beeinflussen

JÜRGEN LIMINSKI

Bundesverteidigungsminister Rühe platzte der Kragen. Das sei „Unsinn“ meinte er zu den Vorwürfen, die die Wehrbeauftragte Claire Marienfeld in ihrem Jahresbericht gegenüber der Bundeswehr erhob. Es gäbe zu wenig Distanz zur Wehrmacht und zu viel rechtsextreme Vorfälle, hieß es dort. Der „Unsinn“ bezog sich auf die Distanz-Diagnose. Wer will so etwas messen? Und war die Wehrmacht als ganze eine verbrecherische Armee? Woher kamen denn die Männer des 20. Juli, von denen Churchill 1946 im britischen Unterhaus sagte, sie gehörten zu „dem Edelsten und Größten, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne jede Hilfe von innen oder außen – einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens“. Rühe hat Recht mit seinem Urteil, auch wenn es barsch klingt.

Aber Rühe muss sich selbst auch manche Frage gefallen lassen. Denn er hat die Bundeswehr nicht immer gegen Anfeindungen geschützt. Das hat seinem Ansehen in der Truppe geschadet. Die Soldaten sind verunsichert. „Wozu noch tapfer sein?“ lautet der Titel eines von Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof verfassten Buches. Offensichtlich versteht man auf der Hardthöhe diesen Titel überwiegend als rhetorische Frage. Verlangt doch die veröffentlichte Meinung derzeit den Kampf gegen Rechtsextremisten mit allen Mitteln. Widerstand gegen das als Netz für Stimmenfang ausgemachte Meinungsklima erscheint dem politischen Generalstab mit dem Verteidigungsminister an der Spitze zwecklos.

Selbstverständlich muss man gegen Rechtsextremisten vorgehen. Aber dabei sollte man sich nicht zu voreiligen Schritten hinreißen lassen. Zum Beispiel die Werbung für das Buch des Gene-

ralmajors in der Zeitschrift „Die Bundeswehr“ einzustellen, nur weil in einer Fernsehsendung ein Beamter des Verfassungsschutzes von Baden Württemberg den anerkannten und bei der Truppe immer noch hochangesehenen Soldaten in die Nähe des rechten politischen Randes rückte. Das ist voreiliger Gehorsam gegenüber den Meinungsmachern. Der Generalmajor will gegen diese Verleumdung vorgehen.

Damit steht er nicht allein. Und er hat gute Argumente. Zum einen kann der Vorwurf, er sei Autor einer als rechtsextrem abgestempelten Zeitung, auch auf etliche Politiker aus CDU, FDP und SPD angewandt werden. Sie alle haben in derselben Zeitschrift, der „Jungen Freiheit“, geschrieben oder Interviews gegeben. Schultze-Rhonhof gab ein Interview, Autor ist er damit nicht. Das hat mittlerweile auch der Verfassungsschutz zugestanden. Auch der Journalist Ulrich Wickert, der den General in das braun-trübe Licht tauchen wollte, hat in derselben Zeitschrift ein Interview gegeben. Ist Wickert, der ein Buch über Tugenden in Deutschland geschrieben hat, deshalb ein Rechtsextremist? Gewiss nicht. Sein Buch heißt: Der Ehrliche ist der Dumme. Nun war er unehrlich – und ist trotzdem der Dumme.

Das Ganze hat den Hautgout einer Hetzjagd. Wie bei solchen Ereignissen üblich, hat die Meute nur ihre Beute im Sinn. Die will sie nur noch auf der rechten Seite wittern. Aber das ist einäugig. Denn am linken Rand tut sich auch eine ganze Menge. Und zwar mitten in der Truppe. Ein Professor für Politik an der Bundeswehr-Universität in Hamburg, Wolfgang Gessenharter, hat mit zwei weiteren Mitarbeitern seines Instituts und gemeinsam mit Mitgliedern oder Sympathisanten der DKP, des Kommunistischen Bundes, der

PDS sowie Autoren linksextremistisch gesteuerter Publikationen an einem „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“ mitgewirkt, dessen Ziel es offenbar ist, alle möglichen Politiker und Persönlichkeiten mit dem braunen Faschismus-Stempel zu versehen. Dazu gehören Alfred Dregger, Wolfgang Schäuble, Edmund Stoiber, Otto von Habsburg, Hans Apel, Joachim Fest, Manfred Kanther, Michael Wolffsohn, Konrad Löffel, Christa Meves, Rudolf Wassermann, Steffen Heitmann, Eckhard Jesse, Noelle-Neumann, und viele andere.

Das Buch liest sich wie ein Verzeichnis all jener, die sich einmal kritisch zum Marxismus geäußert haben. In einem weiteren Buch („Deutschlands Mitte – aber rechts daneben“) wird auf Gessenharter ausdrücklich Bezug genommen. Das von kommunistischen Funktionären eingeleitete Buch wurde übrigens mit zwanzigtausend Mark von der Europäischen Union gefördert.

Der Professor und Rechtsanwalt Eberhard Hamer hat Verteidigungsminister Rühe schriftlich darauf aufmerksam gemacht, dass das Handbuch der Bundeswehrlehrer den Tatbestand der Volksverhetzung und der Vorbereitung krimineller Handlungen erfülle – Beispiele hat er gleich mitgeliefert – und beantragt, dass gegen diese Bundeswehrangehörigen unter Führung von Professor Gessenharter strafrechtliche und disziplinarische Maßnahmen ergriffen werden. Die Bundeswehr müsse nicht nur von rechtsextremen, sondern auch von linksextremen Elementen frei gehalten werden. Man darf gespannt sein, ob solche Warnungen und Anträge auf der Hardthöhe dazu führen, auch mal das zweite Auge zu öffnen. Tapfer müsste man dafür schon sein. Wenigstens ein kleines bisschen. Vielleicht war das Wort vom Unsinn über die Distanz-Diagnose der Wehrbeauftragten schon ein erstes Zeichen der Besinnung und Ermahnung auf der Hardthöhe. Die Bundeswehr hätte es verdient.

(Aus DT vom 07.03.1998)

„Die größte Rettungstat der Kunstgeschichte“

Späte Ehrung für den Retter von Montecassinos Schätzen

HELMUT S. RUPPERT (KNA-Korr.)

Nun hat er endlich seine Ehre erfahren. Julius Schlegel, ehemaliger Angehöriger der deutschen Wehrmacht, wurde von der italienischen Stadt Cassino für seine Verdienste um die Rettung der Kunstschatze des süditalienischen Benediktinerklosters Montecassino posthum geehrt. Der Bürgermeister der Stadt, Tullio di Zuzza, würdigte den gebürtigen Österreicher Mitte März bei einer Feierstunde im Wiener Stephansdom. Dabei liegt Schlegels Engagement über 50 Jahre zurück.

September 1943: Nach dem Untergang der VI. deutschen Armee vor Stalingrad hat der Zweite Weltkrieg seinen Wendepunkt überschritten. Die deutschen Streitkräfte sind an allen Fronten in schwerer Bedrängnis. In Kalabrien, dem Südpfeil Italiens, sind alliierte Invasionsstreitkräfte gelandet. In einem Jahr, so hofft man im Stabsquartier des britischen Generals Alexander, werden die alliierten Panzerspitzen vor den Toren Roms stehen.

Italien gleicht in seinen Umrissen bekanntlich einem Stiefel, und dort, wo der Stiefel von der „Fessel“ zur „Wade“ übergeht, rennt sich Ende 1943 der alliierte Angriff fest. Quer durch das Land haben hier die deutschen Truppen unter dem Oberbefehl von Generalfeld-

marschall Albert Kesselring einen Abwehr-„Riegel“ errichtet, die so genannte „Gustav-Linie“, hinter der sie sich verschanzen. Ziemlich genau in der Mitte dieser Linie liegt ein Berg, dessen Name mit anderthalb Jahrtausenden europäischer Kultur- und Kirchengeschichte eng verbunden ist: der Montecassino.

Wiege des abendländischen Mönchtums

Auf dem Gipfel des Berges erhebt sich festungsgleich ein strahlend weißes Gebäude: die Erzabtei Montecassino, das Mutterkloster des Benediktinerordens. Hier ließ sich im Jahr 529 der heilige Benedikt als Einsiedler nieder und versammelte hier später seine erste Mönchsgemeinschaft um sich. Von hier aus ging die Benediktus-Regel, die das gesamte abendländische Mönchtum prägte, um die Welt.

Anderthalb Jahrtausende benediktinischen Mönchtums – das waren zugleich auch anderthalb Jahrtausende gesammelter Schätze von Wissenschaft, Gelehrsamkeit und schönen Künsten. Generationen von Mönchen hatten in 14 Jahrhunderten einen bedeutsamen Beitrag zum Geistesleben Europas geleistet.

Nun rückte der mörderische Materialkrieg von Tag zu Tag näher an die Abtei heran. Für die Offiziere im deutschen Generalstab stand fest: „Hier ist der An-

gelpunkt der Abwehrlinie.“ Der deutsche Generalleutnant Conrad zog hieraus in einer Besprechung der Kommandeure militärisch-kühl seine Schlussfolgerung: „Hier ist der hartnäckigste Widerstand zu leisten!“

Ein Oberleutnant der deutschen Wehrmacht, der bei der Lagebesprechung zugegen war, horchte auf. Dieser Mann, Julius Schlegel, stammte aus Wien. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Jahr 1938 war er in die deutsche Wehrmacht übernommen worden.

Gewissen gegen Befehl

Was Generalleutnant Conrad da scheinbar ohne jede Gemütsbewegung als taktische Maßnahme forderte, bedeutete, so erkannte Schlegel sofort, dass eine tausendjährige Bibliothek mit über 1.200 einmaligen Handschriften bedroht war. Gemälde und Schnitzwerke, Kleinodien der Goldschmiedekunst und kostbare Reliquiare würden möglicherweise unter Bomben und Granaten untergehen. Oberleutnant Schlegel beschloss in diesem Augenblick zu handeln.

Schon erste vorsichtige Sondierungsversuche Schlegels stießen allerdings auf eine Mauer der Ablehnung – auch vonseiten des Klosters selbst. Der greise Erzabt von Cassino, der 80-jährige Bischof Gregorio Diamare, wollte die Gefahr nicht sehen. Montecassino, meinte er, werde von der Kriegsmaschinerie ausgespart werden – schon um der Ehrfurcht willen, die dieser Name gebiete.

Auch das deutsche Oberkommando durfte von Schlegels Sondierungen und Plänen nichts erfahren. Um vor der zivilisierten Welt nicht als Gefährder des Klosters und seiner Schätze dazustehen, hatte Generalfeldmarschall Kesselring, ungeachtet der Verteidigungspläne, den Berg selbst mit der Abtei zur entmilitarisierten Zone erklärt, die kein deutscher Soldat betreten durfte. Doch der „kleine Oberleutnant“ Schlegel wusste, dass dieser Plan wenig realistisch sein würde. Kein Befehl der Welt würde Ferngeschosse und



Am 15. Februar 1944 ließ der neuseeländische General Freyberg über 250 Bomber in zwei Wellen einen Großangriff auf Montecassino fliegen. Fast 600 Tonnen Bomben fielen auf das Klosterareal. Von der Abtei blieben nur Ruinen übrig.

Bomben aufhalten können, wenn die Alliierten zu dem zwar irrigen, aber in seinen Auswirkungen katastrophalen Schluss gelangen sollten, auf diesem militärisch exponierten Berggipfel müssten einfach deutsche Beobachter sitzen. Schlegel sollte Recht behalten.

Er beschwor den Erzabt, sein Einverständnis für eine Evakuierung von Montecassino zu geben. Schweren Herzens gab Diamare endlich seinen Widerstand auf. Ein erster Transport ging probeweise zu nächtllicher Stunde in Wehrmachts-Lastwagen nach Rom. Zwei Patres, die die kostbare Fracht begleiteten, konnten am nächsten Tag das sichere Eintreffen im Vatikan melden. Nun gab Erzabt Gregorio endgültig „grünes Licht“: Die Rettungsaktion konnte in großem Stil beginnen.

Karawane in die Ewige Stadt

120 feldgraue Lastwagen wurden nachts auf Schlegels eigenmächtigen Befehl von einer kleinen Schar eingeweihter Soldaten seiner Reparatereinheit und den Mönchen gepackt und mit abgedunkelten Scheinwerfern in die „Ewige Stadt“ gefahren. Dort wurden sie im Vatikan, der Engelsburg, der Benediktinerabtei St. Paul vor den Mauern und in der Benediktinerhochschule Sant' Anselmo abgeladen. Schlegels militärische Vorgesetzte wären über die einsame Entscheidung, die nun scheinbar reibungslos verwirklicht wurde, vielleicht nie unterrichtet worden, wäre nicht mitten in das Rettungswerk eine „Bombe“ ganz anderer Art geplatzt.

„Die Deutschen plündern Montecassino“, meldete plötzlich der Rundfunk der Alliierten. Bis heute weiß niemand, woher diese Information eigentlich stammte. Schlegel wurde ins Hauptquartier von Feldmarschall Kesselring zitiert. „Missachtung des eindeutigen Befehls, Montecassino nicht zu betreten, und Entzug von Transportmitteln und Benzin für die Front“, lauteten die Vorwürfe, denen gegenüber er sich rechtfertigen sollte. Beide Anklagepunkte reichten, wie jeder deutsche Soldat wusste, für Kriegsgericht und Todesurteil aus. Doch wider Erwarten gelang es dem Oberleutnant, die militärische Führung von der Notwendig-

keit der Rettungsaktion zu überzeugen.

Die nächtlichen Transporte durften weitergehen. Zuletzt verließ der Reliquienschrein mit den Gebeinen des heiligen Benedikt die Abtei: Montecassino war leer. Am 1. November 1943 feierte Erzabt Gregorio mit den Soldaten einen Dankgottesdienst in der kahlen Abteikirche. Dann zogen die „Feldgrauen“ ab. War die Bergungsaktion voreilig? War sie gar unnötig? Zweieinhalb Monate geschah um Montecassino herum nichts. Das militärische Geschehen konzentrierte sich jetzt weiter nordwestlich. Bei Anzio und Nettuno, südlich von Rom, waren die Alliierten im Rücken der deutschen Front gelandet und trafen die Vorbereitungen für einen Zangenangriff auf die „Gustav-Linie“.

Doch dann, am 15. Februar 1944, ließ der neuseeländische General Freyberg über 250 Bomber in zwei Wellen völlig überraschend einen Großangriff auf Montecassino fliegen. Fast 600 Tonnen Bomben fielen auf das Klosterareal. Wo Benedikts Abtei stand, blieben Trümmer, Staub, Asche und Ruinen zurück. Die Mönche waren gerade zur zweiten Morgenandacht versammelt, als das Dröhnen krepierender Granaten die Mauern bersten ließ. Stunden später waren Basilika und Kloster ein einziger Schutthaufen.

Von den Menschen, die sich aus der Stadt Cassino und den Dörfern der Umgebung in den Schutz der Abteimauern geflüchtet hatten, blieben nach Angaben der Mönche fast 400 unter den Trümmern. Tot. Aus dem rauchenden Schutthaufen ragte einzig und allein noch die Statue des heiligen Ordensgründers empor. Der Kopf der Figur war abgerissen. Ein symbolträchtiges Bild.

Das blutige Ringen um den Berg dauerte freilich noch Monate. Über 25.000 Deutsche, Polen, Amerikaner, Franzosen, Neuseeländer, Südafrikaner und Inder starben. Mehrfach wurden einzelne Anhöhen genommen – und mussten wieder geräumt werden. Jede Handbreit Gelände wurde von Bomben und Granaten umgepflügt. Erst am 18. Mai zogen sich die Deutschen, die unmittelbar nach dem ersten Bombardement den Berg besetzt hatten, zurück.

In alter Schönheit wiedererstanden

Bereits 1945 begann der Wiederaufbau. Das Kloster und die Abtei entstanden nach alten Plänen wieder. Mäzene aus aller Welt trugen durch Stiftungen zur Wiedergeburt von Montecassino bei. Unter ihnen war auch der erste deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer. Wenig erinnert heute noch an die furchtbaren Wochen und Monate des Jahres 1944. Über den zugeschütteten Bombentrümmern ist Gras gewachsen. Nur unten im Tal reihen sich um das Bergmassiv die Gräber der Toten: 12.000 auf dem deutschen Friedhof, 7.000 auf dem polnischen, 4.000 auf dem britischen ... Gräber, Gräber, Gräber.

Oberleutnant Schlegel, der „Retter von Montecassino“, starb Ende der fünfziger Jahre in seiner Heimatstadt Wien. Sein Werk wird von Fachleuten als die größte einzelne Rettungstat der Kunstgeschichte bezeichnet. Von ihm selbst sprach fast niemand mehr. Kurz vor seinem Tod meinte er, er sei dankbar, dass es ihm vergönnt gewesen sei, der Menschheit Kulturgüter von unschätzbarem Wert zu retten. Bescheiden hatte er hinzugesetzt: „Viele hätten an meiner Stelle so gehandelt wie ich...“. □

Montecassino:
Blick auf das in den Jahren 1950 bis 1954 wiederaufgebaute Benediktinerkloster. Im Vordergrund eine Erinnerungsstätte an die Kämpfe im Zweiten Weltkrieg.



Das Bedürfnis nach Zeichen und Ritualen heute

Psychologische Hintergründe

KARL-HEINZ DITZER

In den großen christlichen Kirchen hat sich Verwirrung breit gemacht: einerseits werden in der Gesellschaft Defizite in der Bewältigung von Problem- und Grenzsituationen ausgemacht, die Akzeptanz kirchlicher Hilfen und Sakramente schwindet und ..., andererseits erwarten selbst Kirchenferne eine kirchliche Trauung, in den neuen Bundesländern ist das Interesse an der Jugendweihe ungebrochen, anlässlich des gewaltsamen Todes von Prinzessin Diana bricht sich kollektive Trauer Bahn mit spontanen Riten und Symbolen, Fußballspiele werden regelrecht zelebriert und gewonnene Meisterschaften versetzen ganze Regionen in Euphorie. Lässt sich Licht in die Verwirrung bringen? Wie sollen sich Kirchen einstellen? Ich will versuchen, einige Problemfelder zu skizzieren, denn ohne die Realitäten wirklich zu würdigen, wird sich keine Lösung finden lassen.

1. Menschen auf der Suche nach religiösen Riten? – keine soziologische Eindeutigkeit

Schaut man in die soziologischen Analysen unserer Gegenwart, so kann man nach einiger Zeit etwas verwirrt Berge von Büchern und Aufsätzen zur Seite schieben, weil man sich immer noch kein Bild darüber machen kann, ob Menschen nun Zeichen und Symbole, insbesondere religiöse, für sich suchen oder nicht. Man hat viele in sich sehr widersprüchliche Informationen bekommen, die sich gegen einen Ordnungsversuch sperren. Unter den Autoren verweisen die einen auf Teddybären, Turnschuhe u.a. Andenken an die Kindheits- und Jugendzeit, die Jugendlichen viel bedeuten und die sie so sammeln, andere verweisen auf die Werbung, die selbst vor religiösen Symbolen wie Engeln, Kreuzen, dem Abendmahl von da Vinci und Ähnlichem nicht halt

INHALT

1. Menschen auf der Suche nach religiösen Riten? – keine soziologische Eindeutigkeit
2. Zurzeit keine Anzeichen für eine „Wiederverzauberung“ der Welt
3. Widersprüchlichkeiten
4. Menschen sind auf Gemeinschaft mit Kommunikation und Zeichen und Riten angelegt – Die sozio-psycho-physiologischen Grundlagen
5. Problemanzeiger: „Modernisierungsverlierer“
6. Menschen suchen Vergewisserungen – aber auch im Religiösen?
7. Bedeutung für andere haben – zwischenmenschliche Beziehungen
8. Schuld – Vergebung – Versöhnung
9. Wie gehen Kirchen mit dem Befund um (sollten sie umgehen): Traditionsabbruch, Tradierungskrise oder mehr?
10. „Du selbst bist die Botschaft!“ – „Kirche kann sich sehen lassen, wenn sie sich sehen lässt – und Kirche kann sich sehen lassen, wenn sie die Menschen sieht“
11. Pastoralpsychologische Anmerkungen, die zu berücksichtigen wären
12. Riten und Symbole

machen, um ihre Produkte zu vermarkten, oder auf bestimmte Musikvideos, die christliche Erlösungssymbole rigoros für sich ausschachten. Es ließen sich sicher viele Beispiele finden, wenn man den heutigen Markt der Möglichkeiten danach absuchen würde. Menschen, auch junge, brauchen und haben anscheinend noch

Symbole, Zeichen und Rituale und sprechen auch darauf an, sonst würde die Werbung ja nicht funktionieren. Einige Autoren sehen darin verdeckte religiöse Aufbrüche. Schaut man allerdings diejenigen genauer an, die z.B. auf die in der Werbung verwandten Symbole ansprechen, so kann es einem fraglich werden, ob der ursprüngliche z.B. christliche Gehalt hier angesprochen hat oder was es sonst ist, was den Kaufimpuls ausgelöst hat. Wer vor Weihnachten über die Weihnachtsmärkte schlenderte, konnte erstaunt sein über die Menge von Menschen, die sich da zwischen den Buden drängelte – und zwar von der ersten Eröffnungsminute an. Was suchten die Menschen dort? Die Sankt-Martins-Umzüge konnten sich auch in diesem Jahr wieder eines guten Zuspruchs erfreuen. Wenn so ein Umzug in der Kirche begann, wartete man draußen vor der Kirche mehr oder weniger geduldig, bis das kleinere Häufchen aus der Kirche herauskam und es endlich los ging. Ja, Brauchtum – oder was man dafür hält – ist wieder in. Sind Menschen aber deswegen schon auf der Suche nach religiösen oder religiös-orientierten Riten?

2. Zurzeit keine Anzeichen für eine „Wiederverzauberung“ der Welt

Andere Autoren, insbesondere Kirche und Religion distanziert Gegenüberstehende, vertreten die These von der Entzauberung der Welt. Sie meinen damit, dass die Menschen in dem Maße, in dem es ihnen möglich wurde und wird, die Ereignisse in der Welt durch menschliches Zutun zu kontrollieren und zu gestalten, immer weniger daran glauben, dass diese Ereignisse durch Geister, Götter oder übernatürliche Kräfte verursacht seien. Auch ich glaube nicht, dass die Welt eine Marionette Gottes

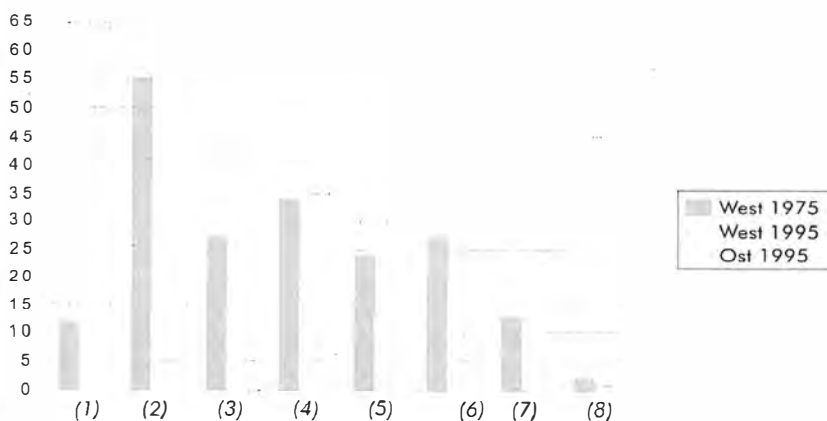
ist, er der Puppenspieler, wir und die Natur die Puppen. Und so wird niemand bestreiten wollen, dass im Verlauf der letzten Jahrhunderte Entzauberungsprozesse dieser Art stattgefunden haben. Die Frage bleibt allerdings, ob diese Entzauberung alle oder nur bestimmte Lebensbereiche erfasst und ob sie ein irreversibler Prozess ist. Positivistisch orientierte Soziologen wie Comtes und Marx oder auch Psychologen wie Freud und andere in ihrer Gefolgschaft erwarteten und hofften, in der modernen Gesellschaft werde eine rationale, rein diesseits gerichtete Weltbetrachtung an die Stelle der irrationalen religiösen Vorstellungen treten. Aber es scheint doch eher, wenn man auf die heutigen so genannten neuen religiösen Bewegungen, die Esoterik Welle und die New Age-Bewegung schaut, Max Weber Recht zu bekommen, der davon ausging, dass sich die Rationalisierung auf bestimmte Handlungssphären, auf Ökonomie, Technik, Politik und Wissenschaft beschränken und vermehrt das Bedürfnis nach Enklaven zunehmen würde. Man sollte sich aber auch in diesem Punkt nicht täuschen: So viel Aufsehen die diversen Gruppierungen dieser Enklaven machen, so klein ist prozentual gesehen ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Deren u.U. erfolgreicher Rückgriff auf den Religionsbegriff dient im Allgemeinen dazu, das eigene Selbstverständnis gerade auch im Unterschied zu den christlichen Kirchen zu be-

stimmen. Sie versuchen, Religion als autonome Sinnsuche von einzelnen zu verstehen. Dabei wird nicht einmal auf den Gottesbegriff als konsensfähigem Symbol zurückgegriffen. Für einzelne Gruppierungen, die sich zum Atheismus bekennen, ist folgende Formulierung kennzeichnend: „Religion bedeutet uns Daseinsorientierung mit dem Ziel, dem Leben einen Sinn zu geben.“ „Freie Religion ist die persönliche Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Glaubens- und Gewissensfreiheit ist für ihre Entfaltung Voraussetzung.“⁽¹⁾ Bestimmte Personenkreise, insbesondere Theologen, reden mit Verweis auf Erscheinungen aus dem esoterisch-neugnostischen Dunstkreis gerne von einer „Renaissance des Religiösen“ und/oder von einer „Wiederverzauberung“, wobei unterstellt wird, dass es sich um eine Rückkehr zu jenen Vorstellungen handelt, mit denen die Menschen früher die Ereignisse in der Welt erklärten. Aber daran kann man auch seine Zweifel haben. Soziologische Analysen, wie z.B. die von Gerhard Schmidtchen, 1997, *Wie weit ist der Weg nach Deutschland?*⁽²⁾, machen deutlich, dass die Menschen nicht wieder mehr als früher an die traditionellen christlichen Vorstellungen, an einen „persönlichen“ Gott und an andere übernatürlichen Wesen, die auf das Leben im Diesseits und im Jenseits Einfluss nehmen, glauben. Ich bin mit Franz Höllinger, Volksreligion und Herrschaftskirche⁽³⁾, der Meinung, dass es sich

„bei den als ‘Wiederverzauberung’ bezeichneten Phänomenen ... um Reaktionen auf das Unbehagen in einer hochgradig technisierten und rationalisierten Gesellschaft (handelt). Der New Age-Bewegung geht es um die Rückbesinnung auf das ‘ganzheitliche’, esoterische Wissen früherer Zeiten und anderer Kulturen. Dieses Denken bezieht sich nicht auf die Existenz übernatürlicher Wesen oder Mächte, sondern versucht, die Vorgänge in der Welt aus natürlichen Kräften und Prozessen zu erklären, die nicht im Widerspruch zur modernen Wissenschaft stehen.“ Dies schließt nicht aus, dass unter den Anhängern dieser Richtung ein gewisser Prozentsatz zu finden ist, von dem seine Kritiker sagen, dass deren Esoterik-, Magie- und Astrologiegläubigkeit eine quasireligiöse Ideologie sei und sie versuchten, ihre Verantwortung für das eigene Leben an ‘höhere’ Mächte zu delegieren. Aber auch hier sind ‘höhere Mächte’ auf keinen Fall im Sinne eines ‘persönlichen Gottes’ zu verstehen, sondern als ‘Naturkräfte’ i.w.S.. „Es hat ... den Anschein“, schreibt Höllinger, „dass die Entritualisierung und Entmystifizierung der Religion in großen christlichen Konfessionen kontinuierlich voranschreitet. Hieraus ist allerdings nicht zu schließen, dass das Bedürfnis nach religiöser Erfahrung und Sinngebung gänzlich abhanden kommt. Als Reaktion auf die Verweltlichung der Religion bilden sich einerseits innerhalb der Kirchen fundamentalis-

Gottesbegriffe

Es gibt ja verschiedene Vorstellungen von Gott. Welcher Standpunkt auf dieser Liste kommt Ihrer eigenen Ansicht am nächsten?
Sie können auch mehrere angeben.



- (1) Es gibt keinen Gott. Die Welt, die Natur und was dort alles vor sich geht, kann wissenschaftlich erklärt werden.
- (2) Weltschöpfer: Man kann zwar die Natur wissenschaftlich erklären, aber nicht, wie alles entstanden ist. Es muß deshalb einen Weltschöpfer geben, denn der Mensch hat sich nicht selbst erschaffen.
- (3) Gott ein bildhafter Ausdruck: Geist und Seele heben den Menschen über die Natur hinaus. Gott ist ein bildhafter Ausdruck für die Möglichkeit des Menschen, nach dem Guten und Vollkommenen zu streben.
- (4) In der Natur ist Gott überall gegenwärtig u. in ihren Gesetzen für uns sichtbar.
- (5) Aus der Bibel wissen wir von Gott und sollen nach seinem Willen leben.
- (6) Gott ist der Herr der Welt, unser Schicksal liegt in seiner Hand.
- (7) Gott ist ein strenger und gerechter Richter. Wer nicht nach s. Geboten lebt, wird beim Jüngsten Gericht bestraft.
- (8) Keine Angabe

tische Gegenbewegungen, die an den traditionellen religiösen Vorstellungen und Werten vehement festhalten. Andererseits sucht heute eine zunehmende Zahl von Menschen ihre religiösen Bedürfnisse, den Wunsch nach außeralltäglichen, sinnlich-ekstatischen Erfahrungen, nach dem Charisma eines Gurus und nach magischen Hilfen zur Daseinsbewältigung, außerhalb der etablierten christlichen Kirchen zu befriedigen, da ihnen der erstarrte und vielfach auf einen reinen Wortkult reduzierte Ritus der Kirchen diese Erfahrungen nicht ermöglicht.⁴⁴⁾

Es ist sinnvoll, sich einige Ergebnisse soziologischer Untersuchungen anzuschauen. Eine Grafik, die nach der Untersuchung von Gerhard Schmidtchen⁵⁾ erstellt ist, weist aus, dass 1995 im Westen 20 % und im Osten 64 % angaben, es gebe für sie keinen Gott. Die Welt, die Natur und was dort alles vor sich geht, kann wissenschaftlich erklärt werden, meinten sie. 43 % im Westen und 17 % im Osten glaubten an einen Weltenschöpfer: Man kann zwar die Natur wissenschaftlich erklären, aber nicht, wie alles entstanden ist. Es muss deshalb einen Weltenschöpfer geben, denn der Mensch hat sich nicht selbst erschaffen.

25 % im Westen und 19 % im Osten sind der Überzeugung, Gott sei nur ein bildhafter Ausdruck für die Möglichkeit des Menschen, nach dem Guten und Vollkommenen zu streben. Für 18 % im Westen und 8 % im Osten ist Gott in der Natur gegenwärtig und in ihren Gesetzen sichtbar. 12 % im Westen und 5 % im Osten meinen, wir wüssten von Gott aus der Bibel und sollen deshalb nach seinem Willen leben. Dass unser Schicksal in Gottes Hand liege, glauben 11 % im Westen und 4 % im Osten. 3 % im Westen und 2 % im Osten meinen schließlich, dass Gott ein gestrenger und gerechter Richter sei. Wer nicht nach seinen Geboten lebe, würde im jüngsten Gericht bestraft. 1 % bzw. 2 % konnten keine Angabe machen.

3. Widersprüchlichkeiten

Pünktlich zum 1. Advent wurde, wie man den Nachrichten entnehmen konnte, in Dresden der berühmte „Striezelmarkt“ eröff-

net. Ein Weihnachtsmarkt, den auch zurzeit der DDR die damaligen Regierungen nicht abschaffen konnten und auf dem es von Engeln – damals wie heute – wimmelte(e), die ihren Namen beibehielten, obwohl Funktionäre sie gerne in Jahresendzeit-Flügelpuppen umbenannt hätten, um ihren christlichen Ursprung zu verdecken. Obwohl nach einer Untersuchung des World Value Survey 1991 im Osten nur 17 % an einen leibhaftigen Gott und 18 % an ein höheres Wesen glauben⁶⁾, 46 % dezidiert nie glaubten (nach dem ISSP-1991 sogar 49 %) – und dies seit Generationen –, strömen Jahr für Jahr ein Vielfaches der „Gläubigen“ dort hin. Was suchen diese a-christlichen Menschen dort, denen seit Generationen, wie mir gute Bekannte dort glaubhaft versichert haben, niemand vom christlichen Glauben etwas Näheres erzählt hat. Man wusste zwar, dass es Christen gibt, aber weder die Oma noch die Urgroßoma und geschweige denn die Eltern haben den jetzigen Eltern etwas Diesbezügliches vermittelt – und auch die jetzigen Eltern vermitteln ihren Kindern nichts: woher denn und wozu denn? Sie sehen keinen Bedarf. ‘Neben der Schule ist Fußball wichtig (natürlich inklusive der Fan-Artikel), da erleben Kinder Gemeinschaft und gleichzeitig sportliche Ertüchtigung.’ Weihnachtsmarkt?: ‘Aber ja fahren sie zum Striezelmarkt, das tut so gut fürs Herz. Doch, sie basteln auch etwas Zuhause: Strohsterne u. Ä. – und gebacken wird.’ Ich fürchte, wenn Sie auf einem Westdeutschen Weihnachtsmarkt die Besucher nachfragen, können Sie ähnliche Antworten in sehr großer Zahl bekommen.⁷⁾ Weihnachtsmärkte passen in unsere Zeit, sie sind ein fester Bestandteil unserer so genannten Erlebnisgesellschaft. Von ihrem religiösen Ursprung und Brauchtum abgelöst, sind sie gut fürs Gemüt, ein Erlebnis im Erlebnispark der besonderen Art, das einen in eine besondere Stimmung versetzt, die einen etwas unbestimmtes Anderes erleben lässt – mit etwas Kribbeln im Bauch, das einen aber nicht besonders bindet. Selbst „religiöse Angebote dienen als zusätzliche Dekoration des Lebens ...“, stellte Hansjörg Hemminger in einem Gespräch

mit Ulrich Ruh schon 1993 fest.⁸⁾ In diese Feststellung paßt ein weiterer soziologischer Befund, nach dem 66 % der Westdeutschen und 40 % der Ostdeutschen eine kirchliche Trauung wünschen, darunter 25 % derjenigen Westdeutschen und 9 % der Ostdeutschen, die über keine religiöse Praxis verfügen, eine Beerdigung wird von 75 % West und 52 % Ost (ohne religiöse Praxis 32 % West, 21 % Ost / ohne Bekenntnis 25 % West, 31 % Ost) gewünscht⁹⁾. Wenn ein Kommentator in der Zeitschrift „Christ in der Gegenwart“ (28/1994) schrieb: „Hinter all den Verwirrungen, Süchten, Obszönitäten, Aufdringlichkeiten, Verlogenheiten und Effekthaschereien scheint die Erlebnisgesellschaft (weiterhin) zu ahnen, dass es Ereignisse gibt, die nicht beliebig zu inszenieren, zu wiederholen, zu machen sind. Erlebnisse hinter den Erlebnissen, die den Gang der Welt und des Individuums auch in einer Stadt ohne Gott bewegen“, dann muss man sich davor hüten, dieses „Ahnen“ in einem religiös-christlichen Sinn zu interpretieren. Hans-Joachim Höhn glaubt zwar auszumachen, dass unsere Gesellschaft geradezu „religionsproduktiv“ sei¹⁰⁾, muss allerdings zugeben, dass es eine Art von frei flottierender Religiosität sei, welche sich auf dem europäischen Kontinent im Kult eines oberflächlichen Individualismus auslebe. An die Stelle des geschichtlich überlieferten Glaubens sei eine konsumgerechte „Instant-Religion“ getreten. Gestützt auf die Europäische Wertestudie beobachtete Zulehner¹¹⁾ in der europäischen Gesellschaft – ungeachtet der neo-religiösen Gestimmtheit – eine durchwegs „angestrenzte Diesseitigkeit“, welche die liberalistische Sinnsuche begleite und stärke: Die „maßlose Sehnsucht nach dem Himmel“, die dem Menschen zutiefst innewohne, werde unter gegebenen Umständen nicht mehr als solche erkannt und nötige viele dazu, gewissermaßen rücksichtslos, „den Himmel auf Erden zu suchen“.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in allen untersuchten Ländern die Ergebnisse ausweisen, dass diejenigen Menschen, die sich als Nichtchristen bezeichnen und eine entsprechende religiöse Praxis bzw. Nicht-Praxis aufwei-

sen, auch ein vollkommen diesseitig orientiertes, säkulares Weltbild vertreten. An die Stelle des Glaubens an einen persönlichen Gott ist ein expliziter Atheismus bzw. Agnostizismus getreten – wenn gleich häufig sehr religionsfreundlich. Und selbst bei denjenigen, die sich selbst noch unter die Christen einreihen, ist häufiger die Vorstellung eines unpersönlichen höheren Prinzips vorhanden denn die eines persönlichen personalen Gegenübers, dem man u.U. sogar noch Verantwortung schulde, was unter den Oberbegriff der „Entfremdung“ zu subsumieren sei. Zulehner meint, dass sich der europäische Mensch zu Recht aus Unmündigkeit und servilem Gehorsam emanzipiert habe, aber er habe leider zugleich mit den alten autoritären Bindungen oft auch die soziale Grundbindung überhaupt abgestreift und stehe nun, quasi zum Solisten geworden, mit seiner Identitätssuche allein: Er sei „vom Untertan zum Freiheitskünstler“ avanciert.

Im Hinblick auf die Fragestellung des Themas muss man also wohl lernen zu unterscheiden zwischen religiösen Bedürfnissen, Bedürfnissen nach Riten und Bedürfnissen nach religiösen Riten, nach Sinnsuche und nach religiös orientierter Sinnsuche. Bedürfnisse nach Riten, Zeichen und Symbolen allgemein lassen sich leicht psychologisch nachvollziehen. Wir wollen sie uns im nächsten Schritt einmal anschauen, auf die Sinnsuche komme ich später nach diesem Exkurs zu sprechen.

4. Menschen sind auf Gemeinschaft mit Kommunikation und Zeichen und Riten angelegt – Die sozio-psycho-physiologischen Grundanlagen

Menschen sind konstitutiv, also von ihrer Anlage und Struktur her, auf Gemeinschaft und Interaktion in ihr angelegt und auf sie angewiesen. Erst kürzlich hat der Direktor des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung in Frankfurt, Prof. Wolf Singer¹³⁾, in einem Vortrag vor der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

darauf hingewiesen, dass „menschliches Bewusstsein nicht isoliert, sondern nur in Wechselwirkung mit anderen Ideen entstehen kann.“ Wenn aber ein Dialog zwischen Gehirnen stattfinden soll bzw. stattfindet und dort gleichzeitig protokolliert und reflektiert wird, dann kommt es notwendiger Weise zur Ausprägung psychischer Repräsentanzen oder Symbole wie auch zur Schaffung eines so genannten „konsensuellen Raumes“. Ein gemeinsamer (sozial-kommunikativer) Raum, in dem Konsens, Übereinstimmung, herrscht bezüglich der Interpretation und Bedeutung von Signalen und Vorgängen sowie Handlungsabläufen. Im

Bestimmte Verhaltensweisen, die sich bewährt haben und für unverzichtbar gehalten werden, werden zur allgemeinen Norm erhoben. Diese Normen sind zwar immer wieder zu überprüfen und an die Situationen und Erfordernisse anzupassen, aber zunächst sind sie für jeden als verbindlich erklärt.

kommunikativen Prozess werden Zeichen, Zeichenketten, Handlungen, Handlungsketten mit (emotionalen) Bewertungen und Bedeutungen, Symbole und Symbolhandlungen weitergegeben und neue vereinbart. (Man kann nicht an jeder Straßenkreuzung erst beginnen, Vereinbarungen zu treffen.) Da das Individuum, wie die soziale Gruppe, der es zugehört, einerseits auf Überleben wie auf Weiterentwicklung angewiesen sind und andererseits im Hinblick auf Zukunftsgestaltung immer ins Ungewisse hinein handeln müssen, sind das Streben nach Sicherung des Kommunikationserfolges und Optimierung des Kommunikationsprozesses ebenfalls vorgegeben. Handeln im sozialen Kontext setzt „Erwartungssicherheit“ voraus. Möchte ich mit jemand reden, ihm etwas mitteilen, mit ihm zusammen etwas tun oder dergleichen, dann setze ich voraus, dass die Signale, die ich aussende, um eine entsprechende Aktion in Gang zu setzen, auch von dem angesprochenen Interaktionspartner verstanden werden (können). Ich setze also voraus, dass wir ein Repertoire von gemeinsamen Zeichen und ihren Bedeutungen haben. Ebenso muss der Gesprächspartner die Sicherheit haben, dass er mit Recht erwarten kann, dass ich

über einen gewissen gemeinsamen Fundus an Zeichen und Symbolen verfüge und sie auch vereinbarungsgemäß verwende. Dies gilt auch für die Bewertung von Handlungen und Verhaltensweisen. Immer wieder neu werden sie „moralisiert“, d.h. bestimmte Verhaltensweisen, die sich bewährt haben und für unverzichtbar gehalten werden, werden zur allgemeinen Norm erhoben. Diese Normen sind zwar immer wieder zu überprüfen und an die Situationen und Erfordernisse anzupassen, aber zunächst sind sie für jeden als verbindlich erklärt. Je geschlossener eine Gruppe und ihr Weltbild ist, umso relativ größer ist die Gemeinsamkeit in diesem sog.

„konsensuellen Raum“, je offener eine Gruppe und ihr Weltbild ist bzw. je mehr Weltbilder parallel nebeneinander her in ihr bestehen, desto relativ geringer ist die Dichte der allen gemeinsamen Zeichen und Symbole in so einem Kommunikations- und Handlungsraum. Dies aber bedeutet für den letzteren Fall, dass mehr Kommunikationsaufwand zur Verständigung betrieben werden muss und das heißt hohe Investitionskosten. Investieren tun Menschen und Gesellschaften aber nur, wenn sie die Erwartung haben können, dass es sich für sie lohnt, und/oder keine anderen Gründe oder Umstände dagegen stehen. Die Bewertung, ob sich etwas lohnt oder nicht, hängt von der individuellen Wertmatrix ab.

5. Problemanzeiger: „Modernisierungsverlierer“

‘Andere (entgegenstehende) Gründe’ könnten z.B. Unsicherheiten und Ängste sein. Je individueller, pluraler und multikultureller eine Gesellschaft strukturiert ist, desto mehr Wagnis und Leistung muss in jeder Hinsicht investiert werden. Was von starken Persönlichkeiten mit genügend Ressourcen als Herausforderung begriffen wird, wird von anderen als Überlastung angesehen und gewertet. Letztere suchen entweder die geschützten Räume mit möglichst geschlossener Kommu-

nikation (z.B. alle in irgendeiner Weise fundamentalistisch orientierten Gruppen) oder setzen alles auf eine Karte, weil sie ohnehin nichts mehr zu verlieren haben, sie sind Grenzgänger, Risikosucher, probieren alles aus, was sich bietet und reizvoll erscheint. Da sie aus ihrer Sicht nichts zu verlieren haben, können sie nur etwas gewinnen: einen neuen Reiz, einen neuen Kick – immer in der Hoffnung, dass er es vielleicht ist, der Lebensbestätigung gibt. Wichtig ist ihnen vor allem das „Jetzt“-Erleben – und dies möglichst intensiv, sie haben wenig Zeit. Die Techno-Party und das „Musik-Duschen-Erlebnis“ überhaupt lässt sie den Alltagsfrust vergessen und verdrängen. Allerdings mit dem zweifelhaften Erfolg, dass ihre Investitionsfähigkeiten und -möglichkeiten immer geringer werden, weil sie immer weniger Ressourcen zur Verfügung haben. „Modernisierungsverlierer“ werden sie etwas geringerschätzt von einigen Soziologen genannt.

Allein monetär Orientierte setzen allein auf den EURO, sie denken und handeln nur in den gängigen Formeln „Globalisierung“, „Flexibilisierung“, „Dynamisierung“ und „größtmögliches Wachstum“. Der Totalanspruch des Wirtschaftlichen auf Weltdeutung und Weltgestaltung hat längst mythische Züge angenommen. Eine gelungene Aktienspekulation macht ihnen einen „Kick“. Alle Mitglieder dieser Spielarten haben ihre eigenen Zeichen- und Symbolsysteme, mit denen sie sich untereinander mehr oder weniger gut verständigen, und ihre je eigenen Weltbilder mit den zugehörigen Wertsystemen, über die man mit ihnen aber kaum reden kann. „An jeweils ihrem Wesen muss die Welt genesen“. Soziologische Untersuchungen der jüngeren Zeit können mit ihren Daten diese Erkenntnisse gut und breit illustrieren.¹³⁾

6. Menschen suchen Vergewissungen – aber auch im Religiösen?

Menschen suchen Vergewissungen – wenn schon nicht in einer Sekte oder sonstigen fundamentalistisch orientierten Gruppierung, so doch in der eigenen

Erlebnisqualität.¹⁴⁾ Der Sinn des Lebens bestimmt sich durch die Qualität der augenblicklichen Glückserfahrung: man will ein schönes, interessantes, angenehmes, faszinierendes Leben. Der Grad des Erregungszustandes ist die Versicherung der gelingenden Selbstentfaltung – und zwar jetzt oder in absehbarer Zukunft, aber nicht irgendwann in der Zukunft. Beruflicher Erfolg, der erst in weiterer Zukunft eintritt, oder gar eine langfristig angelegte Persönlichkeitsentfaltung ist nicht in ihrer Perspektive. Insbesondere ist das Jenseits für sie keine kalkulierbare Größe. Eugen Biser meint, dass das Prinzip Hoffnung allzu sehr von der modernen Fortschrittsidee verdrängt und überlagert worden sei: „Der Fortschritt drängt voran; er bedeutet Antrieb, aber nicht Perspektive. Nur die Hoffnung macht hell-sichtig; sie erhebt und weitet den Blick, sie macht zukunfts-fähig.“¹⁵⁾

Nun könnte man sagen: so sind doch nicht alle Menschen und Jugendlichen. Gerhard Schmidtchen¹⁶⁾ fragte daher in seiner Untersuchung nach den Dimensionen der Sinnfrage unter den 15 bis 30-jährigen Jugendlichen und konnte mittels statistischer Verfahren vier Dimensionen eruieren:

- (1) Persönlichkeitsentwicklung und Engagement,
 - (2) Leistung, Anerkennung, Lebensfreude,
 - (3) Familie und
 - (4) Bewährung vor Gott,
- wobei der letzte Faktor nur von 5% der Jugendlichen zwischen 15 und 30 Jahren (Ost wie West) als für sie wichtig gewählt wurde. Entsprechend fielen die Lebensziele aus:
- (1) kreative Gesellschaft und Gemeinschaft,
 - (2) Leistung und Wohlstand,
 - (3) Familie,
 - (4) Freiräume.

Immerhin gehört „einen festen Halt im Glauben zu haben“ für 18 % zur Erfüllung des Ziels „einen kreativen persönlichen Lebensstil zu entwickeln“ und in einer entsprechenden Gemeinschaft zu leben (Faktor 1). Aber auch hier zeigt eine genauere Analyse dieser Daten eine ausgesprochene „Hier-und-Jetzt“-Orientierung.

Schon der ALLBUS 1992¹⁷⁾, der auch schon für Gesamtdeutschland die Frage nach dem Gottes-

bild und die nach dem Lebenssinn aufgenommen hatte, hatte deutlich gemacht, dass „die Ablehnung des Gottesglaubens in der westdeutschen und in der ostdeutschen Gesellschaft nicht dazu zu führen (scheint), dass die Sinnstruktur von Wirklichkeit und menschlichem Leben überhaupt geleugnet wird, viel eher scheint Sinn als natürliche Ordnung und menschliche Aktivität verstanden zu werden, aber als solche auch konsensfähig akzeptiert zu sein. So wenig der Glaube an einen persönlichen Gott in der deutschen Gesellschaft konsensfähig ist, so sehr er speziell in der ostdeutschen geradezu abgelehnt wird, so sehr haben sich Äquivalente des Gottesbegriffes, wenn man von dieser Interpretation einmal ausgehen darf, als lebensweltlich anerkannt gehalten.“¹⁸⁾ In einer faktorenanalytischen Einzeluntersuchung bilden den zweiten Faktor die Aussagen über „selbstverantwortliche Sinnkonstitution“. „Diese Aussage ist relativ unabhängig von Aussagen über den Gottesglauben, d.h. Menschen, die an einen persönlichen Gott glauben, können trotzdem diesen Aussagen zustimmen. Am relativ deutlichsten lädt auf dieser Dimension auch die naturgesetzliche Interpretation der Wirklichkeit.“¹⁹⁾

Die Orientierung, wie sie Gerhard Schmidtchen bei den Jugendlichen herausgefunden hat, ist für das Überleben in unserer Gesellschaft wichtig und so an sich nicht per se zu verurteilen. Im Hinblick auf unser Thema und die Diskussionen in den Kirchen, in denen immer wieder darauf verwiesen wird, dass fast alle Menschen in kritischen Lebensphasen sich religiös rückbesinnen würden, wird man sich – angesichts der soziologischen Daten – unterm Strich wohl der Erkenntnis beugen müssen, dass dem nicht so ist, und sich der Feststellung von Klaus Arntz anschließen²⁰⁾: „Gemeinhin stoßen Menschen in den seltensten Fällen im Rahmen einer streng philosophisch-anthropologischen Reflexion auf die Grundfragen des menschlichen Lebens. Überlieferte Standards und festgefahrene Überzeugungen, vermeintliche Sicherheiten und Bequemlichkeiten blockieren vielfach die indispensable Aufgabe, nach dem Sinn und dem Ziel

des eigenen Lebens zu fragen sowie die Bedingungen für dessen Gelingen verantwortlich in die Hand zu nehmen. Bei vielen Menschen könnte die Dispens von der Sinnfrage auch Folge einer augenscheinlichen Alltagserfahrung sein. Denn jene, 'die für sich nicht nur keinen letzten Sinn gefunden haben, sondern ihn auch gar nicht einfordern und suchen, scheinen nicht erkennbar unglücklicher zu leben als diejenigen, die dies tun' (K. Nientiedt, HK 49, 1995, 338)²⁰ Nicht wenige Krankenhausseelsorger und Seelsorger in Alten- und Seniorenheimen leiden unter dieser Erfahrung. Sie tun sich schwer damit, Menschen zu begleiten, die auch im Alter oder in einer Krise ausgesprochen diesseitig ihr Leben zu gestalten suchen. Noch bedrückender wird es für Christen im Rahmen der Hospizarbeit, wenn ein Sterbender begleitet werden soll, der sein Leben ohne einen Gottesbezug vollenden möchte.

Wir Christen neigen zu der Unterstellung, dass Menschen an der Frage nach Gott brennend interessiert sein müssten. Spätestens beim Problem des eigenen Todes müsste sie doch hochkommen.²¹ Nun ist es zwar richtig, dass Sterbende über den eigenen Tod hinaus Bedeutung haben möchten, wobei es ihnen nicht auf einen glänzenden und pompösen Grabstein ankommt. Aber dieses „Bedeutung zu haben“ hat doch einen spezifischen Sinn: sie möchten so gelebt haben, dass andere sich an ihnen, ihrem Leben, orientieren können. In diesem Sinne möchten sie Bedeutung für andere haben und gehabt haben. Und so versuchen sie, sich bei ihren Angehörigen zu vergewissern, ob diese dies beständigen können – sofern sie noch Beziehung zu Angehörigen haben. Häufig ist es der „Begleiter“, der diese „Funktion“ zu übernehmen hat und vermitteln muss, dass ihr Leben sinnvoll war, dass es gut ist (und war), dass es sie gibt, dass es sich lohnt, für sie da zu sein, dass ihr Leben Bedeutung für andere hat und von daher bedeutungsvoll ist. Es scheint die letzte Rechnung zu sein, die offen und zu begleichen ist, bevor sie die letzte zu erbringende Leistung erbringen können: den endgültigen Verzicht auf die „Selbst-Gestaltung“, die Einwilligung in eine

Verwandlung, die sie selbst nicht mehr in der Hand haben, Abschied von der eigenen Aktivität, vom Selber-Machen-Wollen. Unsere grundsätzliche Gemeinschaftsbezogenheit und die Verantwortung für sie wird in diesem Geschehen sichtbar, aber nur für den Religiösen, den Gottgläubigen, kommt Gott in dieser Phase ins Spiel – positiv wie negativ, je nachdem welches Gottesbild er sich im Laufe seines Lebens erworben hat. Menschen, die ein positives Verhältnis zu Gott haben, können neugierig und in froher Erwartung der Begegnung mit ihm entgegensehen und auch die Lösung der noch offenen Fragen von ihm erwarten. Menschen mit problematischem Gottesbild tun diesen Schritt nur mit Zagen und Zittern. Menschen ohne Gott hoffen auf das „ehrende Angedenken“, ihr „Sinn“ ist ihr Leben in der Vergangenheit, Re-Biographisierung ist von daher für sie wichtig, „Lebenssinn über den Tod hinaus“ wird in rückwärts gewandter Perspektive gesucht. Manchmal fragen sie nach dem Gott des/der „Begleiters(in)“ und seinem/ihrer Glauben, manche sterben auf diesen Glauben hin, viele verbleiben im Bedauern, dass sie so nicht glauben konnten.

Alle diese Menschen suchen und suchten Vergewisserung – wenngleich nicht alle im Religiösen sondern jeweils in den Dimensionen, die sie sich in ihrem Leben erschlossen haben bzw. die ihnen erschlossen worden sind.

7. Bedeutung für andere haben – zwischenmenschliche Beziehungen

Wenn wir also davon ausgehen (und ausgehen müssen), dass Menschen Vergewisserungen suchen, so werden wir auch realisieren müssen, dass sie diese nicht (mehr überwiegend) im religiösen Bereich suchen – nicht einmal im Tod bzw. im Angesicht des Todes. Auch für die Angehörigen thematisieren Krisen, Krankheiten und Tod zwar die eigene Zerbrechlichkeit und Endlichkeit, aber nicht notwendigerweise das Jenseits. Wenn diese die Problematik nicht verdrängen können, denn nach wie vor sind die Themen Krankheit und Tod in unserer Gesellschaft tabuisiert (es wird nur von der Ge-

sundheit und vom Jungsein geredet und darauf hat man einen Rechtsanspruch), so suchen sie Sicherheit im Bereich der Technik (z.B. der Medizin-Technik i.w.S.²²), auch wenn hier die Skepsis bei vielen schon sehr groß geworden und das blinde Vertrauen geschwunden ist. Sicherheit wird unter diesem Aspekt auch wieder im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen gesucht. Wem kein soziales Netz zur Verfügung steht, sucht Hilfe bei den Professionellen – nur immer weniger bei den Kirchen, ihren Institutionen und ihren Vertretern.²³ Bestattungsunternehmer erklären ganz offen, dass diejenigen Bestatter mehr Kunden haben, die neben den üblichen Leistungen auch noch Trauerseminare und Trauerbegleitungen anbieten können.

Ein durchaus positives Nebenprodukt dieser Sicherheitssuche im zwischenmenschlichen Bereich ist die Aufwertung der Familie, sie hat sich als ein Stabilitätsfaktor erwiesen.

8. Schuld – Vergebung – Versöhnung

Mit der größeren Beachtung der zwischenmenschlichen Beziehungen ist aber zugleich ein anderer Problemkreis ins Blickfeld geraten. Unter dem Druck, sich darstellen und Aufmerksamkeit für sich erringen zu müssen: man möchte ja schließlich Beziehungen haben (auch die Singles sind nicht so beziehungslos und einsam, wie ihnen landläufig unterstellt wird), und da die Konkurrenz groß ist, wächst die Angst, den Erwartungen, die man bei anderen weckt und geweckt hat, nicht genügen zu können. Man ist sich nicht sicher, wie groß die Toleranz der anderen gegenüber nicht erfüllbaren Erwartungen ist, sowie deren Fähigkeit, mit der je Andersartigkeit umzugehen. Auch bereitet die Rolle des Schauspielers mehr und mehr Unbehagen. Man spielt anderen etwas vor, was man nicht ist und nicht sein kann. Die Frage nach der eigenen Identität meldet sich und nicht wenige fühlen sich vor sich selbst schuldig. Man möchte ja nicht sein Gesicht verlieren – weder vor sich noch vor anderen. Vergebung, Vergebungsbereitschaft und Versöhnung werden

zunehmend nicht nur als wichtige Technik der Psychohygiene von Psychotherapeuten thematisiert, auch Jugendliche bringen sie wieder ins Spiel sowie Menschen der Lebensmitte.

Auf der Basis von Mythen oder der Verkündigung im Christentum hatten frühere Generationen ihre Riten und Symbolhandlungen, um das Problem der Schuld zu lösen. Zum einen ließ das Bewusstsein, bei und von Gott vollendet zu werden und bei ihm aufgehoben zu sein, leichter die Widrigkeiten des Alltags ertragen und die erlittenen Blessuren in der zwischenmenschlichen Kommunikation und Interaktion verschmerzen. Wer das „Jetzt“ relativieren kann, kann leichter auf einen anderen zugehen und sich auch leichter versöhnen. Zum anderen gingen die Menschen davon aus, dass der allmächtige Gott zu ihrem eigenen Versagen immer eine Alternative hat und von daher den Schaden ausgleichen kann und ausgleicht. In der Teilnahme an den Versöhnungs- und Entsündigungsriten oder in der „Gemeinschaft des Brotbrechens“ konnte man sich entweder des Wohlwollens der Götter bzw. Ahnen versichern oder – wie im Christentum – „mit Christus, der Gemeinschaft und seinen Beistand verheißen hatte“ eine neue Gemeinschaft eingehen und einen neuen Anfang machen. Dies ist für die Mehrheit unserer Bevölkerung nicht mehr gegeben, selbst wenn es noch einen „irgendwie Gott“ gibt, so glauben sie doch nicht mehr daran, dass er noch in diese Welt eingreift oder hier etwas richten kann. So stehen sie mit ihrer „Schulderfahrung“ allein da. Darüber hinaus stellte schon 1983 Prof. Karl König (Göttingen) in einem Vortrag über die Ursachen der Angst und über Angstbewältigung fest, „dass es der Mensch in einer Gesellschaft ohne Gott schwer habe, mit der Angst fertig zu werden und leicht dazu neige, seine Mitmenschen als Gottersatz zu nehmen und sie damit zu überfordern.“⁽²⁴⁾ An dieser Feststellung scheint sich nichts geändert zu haben. Allerdings hat die Lagefeststellung dieser Situation nicht dazu geführt, dass Gott und seine Begleitung des Menschen wieder mehr in den Horizont menschlicher Bestimmung gekommen

wäre, er ist nicht zu einem neuen Existential geworden. Die Zahlenverhältnisse bei der Abstimmung über die Wiedereinführung des Buß- und Bettags in der Nordelbischen Kirche spiegeln ziemlich genau wider, für wie viele Gott und Kirche noch eine solche Bedeutung haben, dass sie bereit wären, dafür auch etwas zu investieren. Es scheint so, als ob Menschen noch nie so konsequent versucht hätten, ein Leben ohne Gott zu leben und es zu gestalten.

Meines Erachtens lässt sich aber nur in dem Klienteler, für die Gott noch eine Bedeutung hat, von religiösen Symbolen und Zeichen reden. Es sei denn, man vernimmt alles als religiös, was Menschen im kommunikativen Prozess an Ritualisierungen und Symbolisierungen vornehmen. Meiner Einschätzung nach ist die kollektive Trauer um Lady Diana, die wir in diesen Tagen miterleben konnten, eher eine Problemanzeige denn ein Zeichen eines „religiösen Aufbruchs“.

9. Wie gehen Kirchen mit dem Befund um (sollten sie umgehen): Traditionsabbruch, Tradierungskrise oder mehr?

Von einigen Theologen wird in Bezug auf diese in Stichworten angedeutete Situation u.a. vom Abbruch der Tradition gesprochen. Und in der Tat kann man selbst in den ursprünglich mehrheitlich katholischen Gebieten, in denen zwar das katholische Brauchtum gepflegt wurde, feststellen, dass über mindestens zwei bis drei zurückliegende Generationen inhaltlich vom Glaubensgut nichts oder nur sehr wenig in den Familien weitergegeben wurde. Die Glaubensunterweisung hatte man den offiziellen Vertretern der Kirche und ihren Mitarbeitern überlassen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung fand nicht oder nur spärlich statt: man glaubte, was die Kirche lehrt – ‘egal, ob’s wahr ist oder falsch’, wurde in manchen Kreisen persifliert, und man tat, was man sollte, mehr oder weniger überzeugt, oder so zu tun gewohnt war. Dies ist die eine Seite, die andere ist: Menschen glauben, die ‘Hypothese von einem Gott’ angesichts der sog. ‘naturwissenschaftlichen Erkenntnisse’ nicht mehr

annehmen zu können, auch wenn renommierte Naturwissenschaftler damit keine Schwierigkeiten haben oder zumindest die ‘Ergebnisse’ viel differenzierter und eingeschränkter sehen. Die Vorstellungswelt der so genannten Intelligenz des vergangenen Jahrhunderts ist bis in die untersten Schichten abgesunken und eine ernst zu nehmende Auseinandersetzung hat nur unzureichend stattgefunden. Die Zeichen, Symbole und Riten der Kirche sind für diese Menschen nicht mehr transparent auf die Transzendenz hin. Der alleinige und schnelle Rückgriff auf alte Deutungsmuster – ohne Transfer in die Gegenwart – und Texte, die ein Weltbild voraussetzen, das nicht mehr dem heutigen korrespondiert, geht an den Menschen vorbei. Die Bibel z.B. ist für viele ein Märchenbuch geworden, das zwar Lebensweisheiten enthält wie andere Märchen auch, aber nicht mehr.⁽²⁵⁾ Dass diese Bibel Glaubenserfahrungen von Generationen mit einem lebendigen Gott enthält, ist diesen Menschen – jedenfalls nicht so ohne weiteres – nicht nachvollziehbar. Dies muss nicht heißen, dass dies so bleiben müsse und von daher die Bibel abzuschaffen sei. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass die Heiligen Schriften durchaus für heutige Menschen eine zentrale Orientierung werden können. Aber dazu muss man sie erschließen, durch reine Rezitation ist nichts gewonnen – außer dass man Suchende noch mehr ver- und abschreckt.⁽²⁶⁾ Ich würde mich daher Josef Herberg⁽²⁷⁾ in seiner Besprechung des Buches von Hans-Joachim Höhn „Gegen-Mythen“ anschließen, wenn er u.a. schreibt:

„Die Diagnose ‘Tradierungskrise’ für die religiöse Gegenwertsituation greift viel zu kurz; sie ist nicht imstande, zu der Erkenntnis zu führen, dass für die meisten Zeitgenossen die Plausibilität der kirchlichen Tradition verloren gegangen ist und folglich gar kein Grund mehr zur Tradierung eines für sie mittlerweile irrelevant gewordenen zentralen ‘Glaubensgutes’ vorliegt. Einen neuen Relevanznachweis kann das Christentum erbringen, wenn es die Funktion der religiösen Kontingenzverarbeitung auf der Höhe des globalen Risikobewusstseins der Ge-

sellschaft übernimmt. Dazu müsste es sich verstärkt auf den politisch-ethischen Feldern engagieren, also Beiträge zu einem neuen Weltethos erarbeiten, und sich zugleich als spirituell kompetent und produktiv erweisen. Das mystische und das politische Moment müssten in ihrer Unauflöslichkeit und in ihrem gegenseitigen Bedingungsverhältnis dargestellt werden. Noch mehr als die Antreffbarkeit des Christentums unter den Menschen ist die 'Intelligibilität seiner Gehalte' (143) angefragt. Es muss seine Weltdeutung den von einem Denken nach dem Ende der Metaphysik geprägten Zeitgenossen intellektuell überzeugend vermitteln, wozu eine 'genuin theologische Hermeneutik der Moderne' (143) zu erarbeiten und vermittlungsfähig zu formulieren ist.“

**10. „Du selbst bist die Botschaft!“ -
„Kirche kann sich sehen lassen,
wenn sie sich sehen lässt – und
Kirche kann sich sehen lassen,
wenn sie die Menschen sieht“**

Die Kirche, die Gemeinschaft der Christen, muss sich überlegen, wie sie sich darstellen will oder muss, damit Menschen wieder neugierig werden, nach 'ihrem Gott' zu fragen. Es wäre z.B. fatal, wenn die Bibel in der Wahrnehmung der Menschen nur ein Märchenbuch bliebe. Sie würden einen wesentlichen Zugang zu ihrer Kultur- und Freiheitsgeschichte und damit zu ihrer Identitätsgenese verlieren. Aber dazu müsste der Gott wie in der Bibel als ein Gott ins Blickfeld kommen, der nicht Konkurrent menschlicher Freiheit, sondern als ein die Freiheit erst ermöglichender und zur Freiheit befreiender Gott ist.²⁸⁾ Die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit ist ungebrochen. Leben und Lebensgestaltung der Christen sollte andere nach dem Grund ihrer Freiheitserfahrung und ihres Freiheitserlebens fragen lassen. Oder um es mit Walter Fürst zu sagen, der in seinem zweiten Teil seines Beitrages „Eine Seele für Europa“ schreibt: „Die Kirche muss sich in ihren Lebensvollzügen fortwährend selbst neu 'evangelisieren', bevor sie sich als glaubwürdige Zeugin des Evangeliums 'sehen lassen' kann. Ein Wortspiel Hermann Stengers fällt

mir hier ein: 'Kirche kann sich sehen lassen, wenn sie sich sehen lässt - und Kirche kann sich sehen lassen, wenn sie die Menschen sieht'. ... Nichts ist für die Glaubwürdigkeit der Kirche und ihrer Botschaft heute entscheidender als die Frage, wie sie konkret mit den Menschen umgeht, sie wahr- und ernst nimmt oder aber sie gering achtet, gar instrumentalisiert. Es geht darum, wie (und als was) sie 'Menschen ansieht'. Das eigene 'Image', das die Kirche 'hat', ist nicht primär eine Frage der pastoralen Handlungskonzepte und Methoden, vielmehr und zuerst hängt es von der Art und Weise ab, wie sie sich im Geist des Evangeliums zu sich selbst und der Menschenwelt verhält. Entscheidend ist Form und Stil ihrer ekklesialen Präsenz und Existenz. ... Man könnte sagen, – natürlich unter Vorbehalt der Analogie – was für jeden Seelsorger und jede Seelsorgerin gilt: 'Du selbst bist die Botschaft' (M. Gmelch)!²⁹⁾ ... „Wenn jemand Lebendigkeit, Geborgenheit, Wärme und Güte auf andere ausstrahlt, so sagen wir gern, er sei 'eine Seele von einem Menschen'. Im Diognetbrief heißt es in Analogie dazu: 'Was die Seele im Leib, das sind die Christen in der Welt'. 'Beseelen' meint, der biblischen Schilderung von der Schöpfung des Menschen folgend, 'Leben einhauchen'. Martin Buber kleidet daher den 3. Vers des 23. Psalm (der meist mit 'du stillst mein Verlangen' übersetzt wird) in die Worte: 'Du gibst mir meine Seele zurück!'. Wird die Kirche eine Lebensgestalt finden, die nicht nur den vielen 'obdachlosen Seelen' Heimstatt bietet, sondern sich selbst – durch Stil und Struktur ihrer eigenen Praxis glaubwürdig – im Eintreten für eine humane Gesellschaftsentwicklung und gerechte Sozialpolitik, überhaupt durch personal, sozial und kulturell schöpferische Impulse, dazu beiträgt, das gesellschaftliche und politische Leben, ja die Kultur insgesamt zu erneuern und zu 'beseelen', sodass sie zurecht genannt werden kann: eine 'Seele für Europa'.“³⁰⁾

**11. Pastoralpsychologische Anmerkungen,
die zu berücksichtigen
wären**

Mir scheint, es kommt wesentlich darauf an, dass wir Christen unseren Auftrag ganzheitlich sehen. Betonen wir nur den Aspekt der Diakonie, verzehren wir uns im sozialen Engagement, so werden wir – wie schon in der Vergangenheit³¹⁾ – als eine Dienstleistungsinstitution für Soziales registriert, angesehen und gefordert. Dabei produzieren wir notwendiger Weise 'Frust' bei unserer 'Klientel' zum einen, weil auch wir selbst als eine ideale Gemeinschaft nicht alle vorhandenen und entstehenden sozialen Bedürfnisse erfüllen und alle 'Löcher' stopfen könnten. Zum anderen aber auch deswegen und wesentlicher, weil wir die Menschen auf ihre 'extrinsische Motivation'³²⁾ und damit ihre äußeren Bedürfnisse festlegen sowie entsprechende Erwartungen fördern würden, Gott selbst aber bei ihnen nicht ins Blickfeld kommt. Nur eine gleichzeitige 'intrinsische Glaubensmotivation', aus der heraus die Menschen ihr Leben von Gott her zu sehen versuchen und von ihm her und im Vertrauen auf seine Solidarität ihren Alltag zu gestalten und zu bestehen trachten, würde ihnen die gewünschte Lebensqualität und das Vertrauen in ihr Leben vermitteln, sowie im Vollzug gleichzeitig eine Stärkung ihres Glaubens an Gott als das entscheidende Existential.³³⁾

Betonen wir nur den Aspekt der Liturgie, ziehen uns auf den Gottesdienstraum zurück, so mögen wir zwar prachtvolle 'Gottesdienste' feiern, eine bestimmte 'Klientel' befriedigen, die es liebt, in alten Riten und Gesängen, in ihrem 'Schonraum Kirche' oder Gemeinde, die Wunden der Gesellschaft zu vergessen. Für sie würden wir sicher eine 'Wohlfühl-Kirche' schaffen, ob wir aber in unseren 'Feiern' noch Gottes Handeln – auch heute – noch verkündigen, deuten und feiern würden, darf eher bezweifelt werden. Gott, der auch mit der Menschheit heute noch etwas im Sinn hat und für sie relevant ist, kommt so nicht ins Blickfeld. Unsere 'symbolischen Handlungen' mögen für alles Mögliche ein Symbol sein, nur nicht für Gottes Tun heute, für das Wirken des Heiligen Geistes jetzt, von dem wir Zeugnis ablegen sollten.

Wenn wir im Glauben beken-

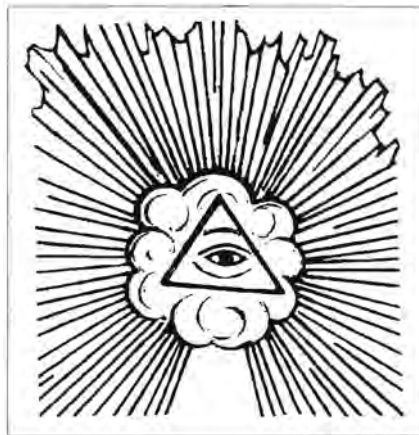
nen, dass Menschen auf Gott hin angelegt sind und er zu jedem von uns eine Beziehung aufrecht erhält, dann sollten wir uns auch erinnern, dass die dadurch in uns entstandene 'psychische Repräsentanz', dieses psychische Symbol (der Interaktion zwischen Gott und dem Menschen), – wie bei jeder Interaktion – durch den je eigenen menschlichen Filter der Identifikation (Deutung und Bedeutung) sowie der Integration in die jeweilige Persönlichkeitsstruktur hindurch muss, um für den Betreffenden wirksam und fruchtbar werden zu können. Zu dieser Leistung greifen wir auf die 'Kultur' zurück, d.h. auf die Deutungsleistung unserer Mitmenschen. Wenn in dieser 'Kultur' Gott nicht vorkommt oder keine Bedeutung hat, werden wir nur schwerlich in der Lage sein, dieses „Gottessymbol“ in uns als ein solches zu identifizieren und als für uns bedeutsam in unsere Struktur interaktiv zu integrieren. Auch Gott 'braucht' (im Normalfall) die Zeugenschaft – vielleicht ist es dieser Sachverhalt, der die neutestamentlichen Autoren so viel Wert auf die 'qualifizierte Zeugenschaft' legen lässt.

12. Riten und Symbole

Wie auch immer: aus psychologischer Sicht bedarf der Mensch, wenn er sich der Existenz eines Gottes sicher werden will, der deutenden Zeichen, Riten, Symbole und Symbolhandlungen. Aber sie müssen aus zwei Gründen tatsächlich den Menschen in seinem Leben Gottes Handeln und seine Wirksamkeit erleben lassen, deuten und bekräftigen. Zum einen: Zeichen, die ihren Inhalt nicht erlebbar, plausibel und nachvollziehbar machen, sind wie leere Hülsen. Einem Eingeborenen, der nie im Leben ein elektrisch-funktionierendes Gerät in seiner Funktion gesehen und elektrischen Strom erlebt hat, ist nicht vermittelbar, was Elektrizität und ihre Kraft ist. Gott, der nicht in seiner Existenz und Wirksamkeit in Menschen erfahrbar wird, wird bald – theoretisch – 'als solcher' in dieser Kultur nicht mehr vorkommen, selbst sein tatsächliches Wirken würde anders interpretiert werden. Praktisch scheint dies in der Menschheitsgeschichte nicht

vorgekommen zu sein, irgendwie hat Gott immer Propheten, qualifizierte Zeugen, gefunden, die von ihm Kunde gegeben und ihn in seinem Wirken interpretiert haben. Es ist an uns Christen, uns unserer Zeugenschaft wieder bewusst und ihr adäquat gerecht zu werden. Dies allerdings setzt auch Suchbewegungen voraus und nicht die Restauration alter Formen.

Zum anderen gilt sich es daran zu erinnern, dass Deutung und Interpretation menschliche Leistungen sind. Es ist sorgfältig zu unterscheiden zwischen der psychischen „Gottesrepräsentanz“, dem Niederschlag der Interaktion zwischen Gott und Menschen in der Psyche des Menschen, und den sie bewirkenden Interaktionspartnern. Um es am Beispiel zu erläutern:



Gottessymbol: Das Auge im Dreieck als Symbol des dreifaltigen Gottes. (aus: Herder Lexikon der Symbole)

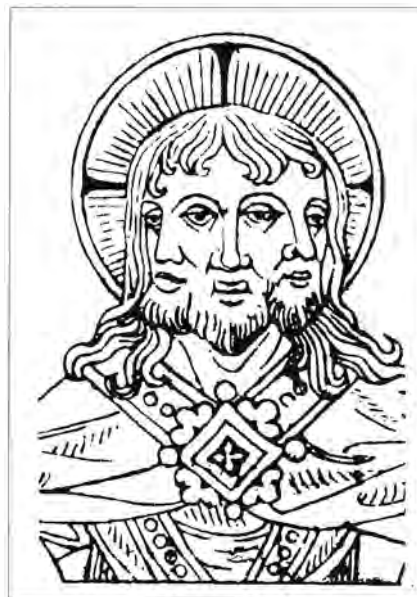
Wenn wir in der Kommunikation und Interaktion zwischen Menschen davon reden, dass es als Folge dieser Interaktion in der Psyche der jeweiligen Interaktionspartner jeweils psychische Repräsentationen dieser Interaktionspartner gibt, die mit bestimmten Qualitäten belegt werden, dann ist gleichzeitig eindeutig, dass die psychisch gespeicherten Repräsentanzen oder Symbole der Interaktionspartner nicht die Aktionspartner selbst sind: das Muttersymbol ist nicht die Mutter selbst, das Vatersymbol nicht der Vater selbst, das Partnersymbol nicht der Partner selbst usw. Dies ist allen Beteiligten (theoretisch) klar, auch wenn jeder Einzelne mit diesen Symbolen so umgeht, als seien es die Partner selbst. Die

Symbole (von Menschen und Welt / Wirklichkeit) steuern unseren Umgang mit Menschen und Welt / Wirklichkeit. Wir gehen nie mit der realen Welt / Wirklichkeit direkt um, sondern immer nur mit der Welt, die wir im Kopf haben, d.h. mit dem, was wir von ihr erfasst und gespeichert haben, was wir als Symbol von ihr angelegt haben. Dieser Funktionszusammenhang ist zwar für uns sehr hilfreich für die Gestaltung unserer Existenz in dieser Welt, aber auch sehr reich an Fallen, wenn wir uns dieses Sachverhaltes nicht bewusst bleiben und im Denken und Handeln berücksichtigen. Es bedarf immer dieses wissenschaftlichen Vorbehalts, damit wir unser Denkmodell nicht für die Realität ausgeben und uns bewusst bleiben, dass die „Wahrheit“ bezogen auf die Realität nur eine relative ist und von daher überprüfungsbedürftig. Oder anders formuliert: Wenn unser Handeln wirklichkeitsbezogen und -gerecht sein und bleiben soll, sind wir immer auch auf die geistige Anstrengung der kognitiven Bewältigung von Situationen und Gegebenheiten sowie auf Lernen verwiesen.

Diese für die menschliche Existenz im Allgemeinen konstitutiven Prozesse gelten auch für die religiös-psychischen Prozesse. Das „Gottessymbol“ z.B. ist „nur“ die psychische Repräsentanz der Interaktion zwischen Gott und dem Menschen und nicht Gott selbst. Es ist das, was von der Interaktion im und von dem Menschen in ihm angelegt worden ist. Wenn man häufig in neuerer geistlicher Literatur die Aufforderung lesen kann: bei einer Reise nach innen, Gott in sich und im Selbst den „Gott in dir“ zu entdecken, dann sind dies (zumindest) sehr missverständliche Formulierungen. Bei spirituellen Übungen können wir zwar unser Selbst entdecken und es wäre auch schön, wenn wir unsere psychische Repräsentanz von der Interaktion zwischen Gott und dem betreffenden Menschen und vor allem seine Präsenz und Wirksamkeit in unserer Selbstorganisation entdecken würden (weil wir dann besser damit umgehen könnten), aber es ist nicht Gott selbst, sondern nur das, was wir von ihm „erfasst“ und in unsere psychische Struktur integriert haben, er

selbst bleibt uns ein Gegenüber und immer unverfügbar. Die Aufforderung im Alten Testament³⁴⁾: „Macht euch kein Bild!“ heißt auch: bleibt euch des Unterschiedes bewusst. Wir kommen zwar scheinbar nie ohne „Bilder“ (in unseren Denk- und Informationsverarbeitungsprozessen) aus, aber es sind „unsere Bilder“ und immer revisionsbedürftig. Gleiches gilt für den Bereich der Emotionen oder – in unserem Bezug – der religiösen Gefühle. Interaktionen sind immer mit Gefühlen (als Bewertungen) verbunden und entsprechend in den zugehörigen psychischen Repräsentanzen mit abgespeichert. Wenn man sich nicht bewusst bleibt und sich bewusst macht, dass z.B. bei Gruppenprozessen – aber auch im individuellen Bereich – die begleitenden Gefühle auch den gruppenspezifischen Prozessen unterliegen und von ihnen mitgestaltet sind, dann kann leicht passieren, was bei manchen so genannten neuen „religiösen Bewegungen“ gang und gäbe ist – aber nicht nur bei ihnen –, dass das „Gruppenfeeling“ als religiöses Gefühl ausgegeben oder von manchen sogar „als das Wirken des Heiligen Geistes“ interpretiert wird. Es ist also auch Wachsamkeit geboten. Oder anders formuliert: eine begleitende (theologische) Reflexion ist unverzichtbar. So sehr Gefühle von Bedeutung sind – und ich hoffe, ich werde nicht in dem Sinne missverstanden, als wolle ich die Gefühle abschaffen –, so sehr müssen sie auch im kognitiven Bereich verankert werden bzw. dort zurückgebunden bleiben. Die vielerorts beobachtbare Reduktion religiöser Tuns und Verhaltens auf den emotionalen Bereich, ist eine Reduktion und damit gefährlich – und zwar nicht nur für eine psychische Gesundheit. Zeichen und Riten sollen zwar nonverbale Deutungen sein – und sie sind auch die geeigneten Mittel vor allem dann, wenn die zu vermittelnden Inhalte sehr komplex sind und sich der begrifflichen Fassung entziehen –, aber sie können ihre Funktion nur erfüllen, wenn der emotional-kognitive Inhalt bewusst ist. Liebe z.B. lässt sich als Begriff zwar mitteilen, aber als Nur-Begriff bewirkt sie nichts, ebenso wäre eine nur-rituelle Handlung ihrerseits

ebenfalls mehrdeutig und ließe im ungünstigsten Falle (wenn z.B. die Situation nicht weitere Schlüsse zuließe) auf alles Mögliche schließen, nur eben nicht auf die Liebe. Symbole, symbolische Handlungen, Riten usw. bedürfen eben auch der Vermittlung ihres emotional-kognitiven Horizonts und Hintergrunds, der auch die „Erfahrungsebene“ umfasst, wenn sie denn ihre Funktion erfüllen sollen. Das Mahl z.B. kann nur in dem Umfang Symbol für eine Gottesgemeinschaft sein, als es auch im zwischenmenschlichen Bereich mit der Erfahrung von (kommunikativer) Gemeinschaft verknüpft ist. Bei den Menschen, bei denen „Mahl“ nur Bedürfnis-



Gottessymbol: Trinitätsdarstellung als Einheit dreier Personen, Holzschnitt, Paris, 1524. (aus: Herders Lexikon der Symbole)

befriedigung, Nahrungsaufnahme – isoliert, zwischen Tür und Angel etc., ist, wird „Mahl“ nur schwerlich ein Symbol werden bzw. sein können für Gemeinschafts-, Geborgenheits-, Annahme-, Hingabenerfahrung usw. – auch wenn sie theoretisch wüssten, dass das Mahl als Symbol dafür stehen sollte. Soll also „Mahl“ als Symbol für Gemeinschaft weiterhin genutzt werden können und nicht zu einem sinnentleerten Ritus werden, muss die Grunderfahrung von Mahl als Gemeinschaftserfahrung erst wieder erlebbar gemacht werden. Ähnliches gilt für den Vollzug einer symbolischen Handlung.

Manche sind so formalisiert, dass sie ihre Auslöser- und Transferfunktion nicht mehr wahrnehmen können und so ebenfalls zu sinnentleerten Handlungen geworden sind. Auch diese psychologischen Erkenntnisse sind im Umgang mit religiösen Riten und Symbolen zu beachten.

Nehmen wir nach diesen Zwischenbemerkungen den Impuls „du selbst bist die Botschaft!“ mit der Aufforderung nach Selbst-Evangelisierung wieder auf, dann kann man auf dem skizzierten Hintergrund vielleicht erahnen, dass diese Aufforderung viele Dimensionen unserer Lebensgestaltung und unserer religiösen Praxis umfasst. Gefordert ist der Einzelne wie die Organisation Kirche und betroffen sind die emotionalen und kognitiven Ebenen wie die religiösen Praktiken und Riten. In der Pastoral z.B. wäre meines Erachtens – je nach Situation – die Kinder-Sakramenten-Pastoral (z.B. Kommunionkinder-Vorbereitung) zu ergänzen um eine entsprechende Erwachsenen-/Familien-Pastoral. Denn es ist fraglich, ob diejenigen Kinder, die aus religiös-fernstehenden Elternhäusern kommen und von den Eltern eher eine Praxis der Ablehnung oder Bedeutungslosigkeit bzw. Umdeutung des zu erwartenden Geschehens der Erstkommunion erleben, eine Beziehung zu den Inhalten, die ihnen Katechetinnen und Tischmütter /-väter nahe zu bringen suchen, herstellen können. Zumindest wäre der Versuch zu machen, denjenigen Müttern und Vätern ein entsprechendes Angebot zu machen, die ihren Kindern zwar gern etwas mehr vermitteln möchten, es aber aufgrund ihrer eigenen Sozialisation nicht können.

Menschen, die Christen nach deren eigener Grundlage ihrer Lebensgestaltung fragen, sollten von diesen eine Antwort bekommen können, die für die Fragenden auch plausibel ist. Der Apostel Paulus fordert von seiner Gemeinde, zwar im Hinblick auf die Zungenredner, dass die Gottesdienste so gestaltet seien, dass auch ein Fremder an ihnen mit Verständnis teilnehmen könne. Heute beklagen auch Dogmatiker, dass die Liturgiereform stecken geblieben sei. Die sprachliche For-

mulierung und manche Inhalte von Gebeten und Liedern z.B. lasen Jugendliche und Erwachsene eher gruseln. Viele Gemeinden bekommen es nicht mit – oder wollen es nicht wahr haben –, dass mehr und mehr Gemeindemitglieder sich andere Gemeinden suchen, in denen sie sich von der sonntäglichen Liturgie mehr angesprochen fühlen. Die oben zitierten Erlebnisorientierten sind auch diejenigen, die nur ihren „religiösen Ge-

schmack“ gelten lassen – und dies u.U. noch als die wahre Frömmigkeit ausgeben.

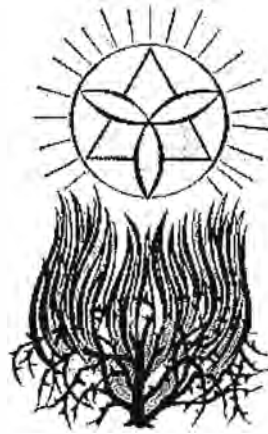
Nach Matthäus ist es die Berufung der Christen, Stadt auf dem Berge zu sein, Licht auf dem Scheffel, Gott zu bekennen als den, der „erlöst“, der Freiheit ermöglicht, auf dessen Liebe man – wie Jesus – in Freiheit antworten kann ... nicht mehr und nicht weniger. Auch Christen heute, meine ich, haben nur die Verantwortung,

ihr persönliches Leben und das in der Gemeinschaft der Gemeinde so zu gestalten sowie darüber Auskunft geben zu können, dass sie diese Funktion der Orientierung für andere (Suchende) noch oder wieder sein können. Als Boten der Hoffnung sollen sie Menschen helfen, dass diese ihre Größe und Verantwortung auch leben können, und sie entsprechend ermutigen – sowohl im privaten wie im politisch-gesellschaftlichen Bereich.

Anmerkungen

- 1) Überarbeitete Fassung eines Vortrags im Rahmen der Akademietagung „Sehnsucht nach Zeichen“ der „Thomas Morus Akademie“ Bensberg (13.-14.12.1997)
- 2) Punkte 1 und 2 der Leitsätze der früheren Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen. Zitiert nach: Karl-Fritz Daiber, Religion unter den Bedingungen der Moderne. Die Situation in der Bundesrepublik Deutschland (Diagonal-Verlag), Marburg 1995, S. 135
- 3) Gerhard Schmidtchen, 1997, Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt. (Leske + Budrich) Opladen
siehe auch die Weltbildumfrage 1992, die Umfrage des EMNID-Instituts im Auftrag des evangelischen Sonntagsblatts 1992: Was glauben die Deutschen?, ALLBUS 1992, die Weltbildumfrage 1997: Wer ist Ihr(e) Lieblingsheilige(r)?
- 4) Franz Höllinger, 1996, Volksreligion und Herrschaftskirche. Die Wurzeln religiösen Verhaltens in westlichen Gesellschaften (Leske + Budrich) Opladen, S. 13
- 5) Höllinger, S. 44, 45
- 6) G. Schmidtchen, 1997, Tab. 39
- 7) zitiert nach Höllinger, S. 89 Tabelle 6, der sich bei den Daten auf die Analysen zweier großer internationaler Surveys stützt: World Value Survey (WVS), der 1990–1991 in 42 Ländern erhoben wurde, und dem International Social Survey Program (ISSP) über Religion, das 1991 in 15 Ländern durchgeführt wurde.
- 8) Die Zeitschrift „Playboy“ beauftragte im Oktober 1996 das Emnid-Institut mit einer Umfrage zu Weihnachten: „Was wird an Weihnachten gefeiert?“. Die Antworten sind bezeichnend: 61,4 % der Befragten gaben an: Christi Geburt, 3,4 % Christi Auferstehung, 11% feiern ein Familienfest, 25% irgend etwas anderes oder wußten keine Antwort.
- 9) HK, 1993, 47. Jg, S. 344-34
- 10) WVS-1991, zitiert nach Höllinger, Tab. 5, S. 85
- 11) Hans-Joachim Höhn, City-Religion. Soziologische Glossen zur 'neuen' Religiosität, in: Orientierung 53, 1989, S. 102-129; ders., Gesellschaft im Übergang - Theologie im Wandel. Theologische Positionen im Streit um die Moderne, in: Theologie der Gegenwart 32, 1989, S. 83-94; ders., Gegen-Mythen. Religionsproduktive Tendenzen der Gegenwart. Freiburg, Basel, Wien 1994, bes. 121 f. „Wir leben nicht in einer positivistisch-säkularen Gegenwart, sondern in einer Zeit voller quasi- und pseudoreligiöser Mythen. Sie sind hervorgetreten als Lückenbüßer für den Zentralmythos der Moderne, den Fortschritt. Ist dieser zerbrochen, so treten die Risiken, welche die Moderne hervorgebracht hat, in den Vordergrund des gesellschaftlichen Bewußtseins und verlangen nach einem kompensierenden Glauben. Die Moderne hat vor allem ein neues Kontingenzerleben hervorgebracht; das nicht nur aus den individuellen Lebensrisiken und -zufällen, sondern aus der gesellschaftlichen Situation des globalen Risikos herrührt.“
- 12) Paul M. Zulehner, Die Lage des Christentums in Europa: Konsequenzen für die neue Evangelisierung, in: Katechetische Blätter 118, 1993, S. 533-556; hier: 554; siehe auch Zulehner, Paul M.; Denz, Hermann; Beham, Martina; Friesl, Christian, Vom Untertan zum Freiheitskämpfer. Eine Kulturdiagnose anhand der Untersuchungen „Religion im Leben der Österreicher 1970 bis 1990“ – „Europäische Wertestudie - Österreichteil 1990“, Wien, 1991
- 13) vgl. Zeitschrift: bild der wissenschaft, 1997, 7, S. 68 f.: „Dialog der Gehirne“ „Erst durch diesen Dialog zwischen Gehirnen, bei dem jedes dem anderen seine Sicht der Welt vermittelt, erfährt der Organismus, daß er Individualität besitzt, ein mit Absichten ausgestattetes Wesen ist, jemand, der zu subjektiven Empfindungen fähig ist, entscheiden kann, Bewußtsein hat. Bewußtsein ist nach dieser Vorstellung das Ergebnis der geistigen Reflexion in Bezug zu einem Gegenüber. Das Entstehen von Bewußtsein ist in diesem Sinne nicht mehr gleichsam wie das Auftauchen eines isolierten Gehirns aus dem Meer von Unbewußtem, es ist ein Phänomen, das nur durch die Wechselwirkung mit anderen Gehirnen entstehen kann. Damit aber wird Bewußtsein zu einem Teil des sozialen Miteinanders. Bewußtsein ist dann aber nicht mehr anders zu denken als im Zusammenhang mit anderen Menschen. Und mehr noch: Weil die am Dialog mit dem werdenden Gehirn teilhabenden Bezugspersonen ihrerseits wieder stark von den Menschen und der Kultur geprägt sind, die ihnen selbst einmal zu Bewußtsein verholfen haben, erhält Bewußtsein zusätzlich eine historische Dimension. Bewußtsein, das 'Sich-gewahrsein seiner Selbst', wird in dieser Betrachtungsweise zu einem Produkt nicht nur der biologischen, sondern auch der kulturellen Evolution. Daraus folgt, daß unsere Art, uns zu erfahren, uns unseres Selbst bewußt zu sein, kulturspezifische Merkmale aufweisen muß.“ (S.69)
- 14) z.B. die schon genannte Jugendstudie von Gerhard Schmidtchen, siehe aber auch Zulehner, Paul M. und Denz, Hermann, 1993, Wie Europa lebt und glaubt. (Patmos) Düsseldorf; siehe auch meinen Beitrag, 1996, „Psychologische Aspekte des religiösen Fundamentalismus“ in: Bringmann, Jürgen (Hrsg.): Soldatischer Dienst im Wandel - Zwischenrufe zu aktuellen Fragen. Gesellschaftliches und soldatisches Umfeld, Selbst- und Führungsverständnis, Führen in Krisen. (Echter) Würzburg
- 15) siehe auch Gerhard Schulze: Erlebnisgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart. (Campus) Frankfurt a.M., New York, 1992, 2. Aufl.
- 16) zitiert nach Walter Fürst: „Eine Seele für Europa“. Die gegenwärtige Lage des Glaubens und der Auftrag der Kirche im Kontext der europäischen Einigung. Betrachtungen zum Martinusjahr. 1. Teil, in: Pastoralblatt, 1997, 49. Jg., H. 11, S. 323-333, hier S. 329;
- 17) G. Schmidtchen, 1997, Tabelle 40: Dimensionen der Sinnfrage, S. 163 und Tabelle 2: Dimensionen der Lebensziele (S. 49)
- 18) Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)
- 19) Karl-Fritz Daiber, Religion unter den Bedingungen der Moderne. 1995, S. 47-51, hier S. 48.
- 20) ebenda, S. 48
- 21) Klaus Arntz „Vom 'Ufer der Verlorenen' zum See von Tiberias“. Lebensinn als Lebensqualität. In: ThG 40, 1997, 162-171, hier 165

- 22) Nach den Ergebnissen der internationalen Vergleichsstudie (ISSP 1991) bekommt man auf die Frage nach dem Glauben an ein Leben nach dem Tod sehr eindeutige Antworten. „Höchste Zustimmungen finden sich in katholischen Ländern und den USA, größte Differenzierung zwischen Ablehnung und Zustimmung in den protestantischen und zumindest bikonfessionellen Ländern, wobei sich in Ungarn eine besonders hohe Quote von Ablehnungen findet. Extrem eindeutig in der Ablehnung votieren die Befragten in Ostdeutschland. Hier sagen annähernd 72%: nein, ich glaube nicht an ein Leben nach dem Tod. Auffallend ist fast durchgängig hier der Anteil derer, die sich nicht entscheiden können oder eine Antwort verweigern.“ (Daiber, op. cit. S. 53) Siehe auch Daiber a.a.O. Tab. 15. In Westdeutschland sprechen sich definitiv 24,4% dafür und 26,5% dagegen aus, der Rest: vielleicht ja (29,4%), vielleicht nein (19,7%).
- 23) „Man hat ja schließlich einen Anspruch auf Gesundheit“. Krankenhausprozesse sprechen auch in dieser Hinsicht eine beredte Sprache. Und noch nie waren so viele Menschen – Männer wie Frauen – Kunden von Schönheitsfarmen u.ä. FFF (Fit for Fun) ist auch bei „den Alten“ die Devise – wenigstens in der Werbung. Da viele diesem Menschenbild der Werbung nicht entsprechen, tun sich hier eigene Problemfelder auf: „Wenn ich nicht mehr so kann, will ich nicht mehr leben. Ich habe doch ein Recht auf meinen eigenen Tod.“
- 24) In der Skala „zu wem man Vertrauen in Krisen hat“ rangieren die großen Kirchen soweit unten wie noch nie, solange es entsprechende Umfragen gibt.
- 25) zitiert nach Seeber, David A.: Karl König „Eine neue Qualität von Angst“ in: HK 37. Jg., 1 (Januar), S.35-39, 1983
- 26) Nach Angaben der Pastoralsoziologischen Arbeitsstelle Hannover, 1992, kennen 40% (42% Ost) die Bibel überhaupt nicht, aber immerhin 50% (38% Ost) sagen, daß die Bibel in Notsituationen Trost und Hilfe gibt.
- 27) Selbst Kindern läßt sich biblisches Beten nahebringen. Kaplan Bernhard Roosen beschreibt in der Zeitschrift PASTORALBLATT, 49. Jg., 1997, H. 12, S. 369-374, wie der Religionslehrer und der Kinder der Klassen 4 a/c einer Gemeinschaftsgrundschule Schöpfung und Psalmen nahegebracht haben.
- 28) Religionsproduktive Tendenzen der Moderne von Josef Herberg in Ztschr.: STIMMEN DER ZEIT, 213. Bd., 120. Jg., H. 6 (Juni 1995), S.424-426;
- 29) siehe dazu meine früheren Ausführungen aus den 80er Jahren in der Ztschr. MILITÄRSEELSORGE: Das Menschenbild der Bibel, Freiheit und Gewissen, Im Rausch der Freiheit u.a. oder neuerdings: Michael Bongardt, Freiheit – Grund und Ziel unserer Erlösung. Anstöße zu einer engagierten Hoffnung. In: PASTORALBLATT, 50. Jg., 1/1998, S. 3-10
- 30) Walter Fürst, „Eine Seele für Europa“ Die gegenwärtige Lage des Glaubens und der Auftrag der Kirche im Kontext der europäischen Einigung. (Fortsetzung) In: PASTORALBLATT, 49. Jg.



Gottessymbol über dem brennenden Dornbusch (Ex 3,2 ff.): Kreis als Symbol der Einheit und Vollkommenheit, gleichseitiges Dreieck als Harmonie Zeichen und christliches Trinitäts-Symbol, drei sich überschneidende Kreise als Zeichen der Personenverschiedenheit und Wesenseinheit Gottes. So konnte Moses „Jahwe, den Gott eurer Väter, den Gott Abrahams, den Gott Isaaks und den Gott Jakobs ..“ sicher noch nicht erkennen und begreifen.

1997, H. 12, S. 355-359; hier S. 355

31) ebenda S. 357

32) vgl. Kaufmann, Franz-Xaver, Religion und Modernität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Tübingen (J.C.B. Mohr – Paul Siebeck), 1989

33) In der Führungswissenschaft ist seit Jahrzehnten das Begriffspaar: extrinsische – intrinsische Motivation bekannt. Extrinsische Motivation meint: in strenge mich an, ein Ziel zu erreichen oder eine Leistung zu erbringen, wenn ich dafür eine mit anderen vergleichbare Belohnung erhalte bzw. eine Bestrafung vermeiden kann. Eine intrinsische Motivation liegt vor, wenn ich eine Leistung erbringe, für die ich keine (äußere) Belohnung erwarten kann. Die Anreize liegen in der Sache selbst.

34) Reanalysen älterer empirischer Untersuchungen und neue Untersuchungen zur Bedeutung des Glaubens für die Gesundheit bzw. Gesundung machen z.B. deutlich, daß Menschen mit intrinsischer Glaubensmotivation, d.h. Menschen, die fest auf ihren Gott bauen, von ihm her ihr Leben deuten und sich ihm anvertrauen, schneller gesunden bzw. resistenter gegen gesundheitliche Belastungen sind. Menschen mit extrinsischer Glaubensmotivation, die vielleicht sogar ein direktes Eingreifen erwarten, sind u.U. sogar schlechter dran als Nichtgläubige.

35) Ex 20,4: Du sollst dir kein Gottesbild machen und keine Darstellung von irgend etwas am Himmel droben, auf der Erde unten oder im Wasser unter der Erde.

KURZ BERICHTET

„Ungeheures Interesse an Religion außerhalb der Kirchen“

Außerhalb der Kirchen sieht der englische Religionswissenschaftler John Hick ein „ungeheures“ Interesse an religiösen Fragen. Die Formen, die dieses Interesse annehme, seien jedoch „konfus“ sagte Hick in einem Interview des in Frankfurt erscheinenden „Börsenblattes für den Deutschen Buchhandel“. Die Menschen griffen irgendwelche Ideen auf, ohne sie kritisch zu überdenken. Die Kirchen seien mit ihrem Angebot gescheitert. Nach Hicks Ansicht braucht die moderne Gesellschaft religiöse Denker, die außerhalb der Kirchen zu den Menschen sprechen. Der Anspruch der christlichen Religion auf Allgemeingültigkeit sei veraltet. In religiöser Hinsicht lasse sich die Welt auf verschiedene Weise interpretieren. Für welche Religion sich der Einzelne entscheide, hänge von der individuellen Umgebung und dem ethischen Umgang der Menschen miteinander ab. (KNA)

Zahl älterer Menschen steigt um 9,5 Millionen bis 2030

Die Anzahl älterer Menschen in Deutschland wird nach Einschätzung der Bundesregierung bis zum Jahr 2030 um 9,5 Millionen auf über 26 Millionen steigen. Damit vergrößert sich der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung von 20 auf 36 Prozent. Die Zahl der hilfs- und pflegebedürftigen Menschen werde ebenfalls zunehmen. Das Hilfspotential innerhalb der Familien nehme hingegen ab. Deshalb sei der Aus- und Aufbau der sozialen Infrastruktur besonders wichtig. (KNA)

DOKUMENTATION ZUR „LAIENTRUKTION“

1. Dokument:

Die Sicht des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zum Selbstverständnis der katholischen Laienarbeit in Deutschland vor dem Hintergrund der Instruktion

Vereinigungen von Katholiken: Bürgerliches oder kirchliches Koalitionsrecht?

FRIEDRICH KRONENBERG

Die am 13. November 1997 in Rom veröffentlichte Instruktion zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester hat nur wenig Zustimmung und Unterstützung gefunden. Auch Bischöfe sind in unterschiedlicher Weise ungewöhnlich deutlich auf Distanz gegangen.

Der Präsident des ZdK, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, nannte den Tag der Veröffentlichung der Instruktion einen „dunklen Tag“, weil die Instruktion geeignet sei, „die seit Jahren praktizierte vertrauensvolle pastorale Zusammenarbeit von Priestern und Laien in Deutschland in Frage zu stellen und zwischen Laien und Priestern neue Grenzen zu ziehen, für die es nach dem II. Vatikanischen Konzil und nach der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Pastoral synode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR keine Grundlagen mehr gibt“.

Diese Feststellung wurde am 21. November 1997 vom Hauptausschuss des ZdK ausdrücklich unterstrichen, gleichzeitig bekräftigte der Hauptausschuss den Aufruf, den rückwärts gewandten Bestimmungen der Instruktion zu widerstehen, an der Lehre des II. Vatikanischen Konzils über das gemeinsame und das besondere Priestertum treu festzuhalten und in Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit den innerkirchlichen Dienst der Laien fortzusetzen.

Dieser Aufruf wurde am 24. November 1997 vom Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz entschieden zurückgewiesen: „Wir teilen die Sorge der Instruktion, dass die sakramentale Dimension der Kirche und ihres Weiheamtes durch Missbräuche oder Eigenwilligkeiten verdunkelt werden kann. Wir bitten alle, mit uns Sorge zu tragen, dass die verschiedenen Dienste und Ämter in ihrem

je eigenen Profil gestärkt und in ihrem das kirchliche Leben bereichernden Miteinander weiter entfaltet werden. Deshalb sind nicht Aufrufe zu Boykott und Widerstand angesagt, sondern zu vertrauensvoller Zusammenarbeit in der Gemeinschaft der Weltkirche.“

Perspektiven für die Zukunft zeigen

Bereits am 14. November 1997 hatte die Gemeinsame Konferenz von Bischofskonferenz und ZdK eine Arbeitsgruppe von Bischöfen und Laien gebildet, „die den Auftrag hat, eine Erklärung zur Zusammenarbeit von Priestern und Laien in Deutschland auf der Basis von Konzil, Codex, Synoden und besonders dem päpstlichen Schreiben ‘Christifideles laici’ vorzubereiten und in diesem Zusammenhang auch die von der Instruktion genannten Missstände präzise zu bestimmen. Die in Auftrag gegebene Erklärung soll die Grundlagen für die Zusammenarbeit von Bischöfen, Priestern, Diakonen und Laien bekräftigen und die Perspektiven für die Arbeit in der Zukunft, insbesondere im Blick auf die Pfarrgemeinderäte und Verwaltungsräte, zeigen.“

Die Arbeitsgruppe von Bischöfen und Laien wird über die Fragen der allgemeinen Bewertung der Instruktion hinaus auch konkrete Einzelfragen aufgreifen müssen. Wahrscheinlich gelingt es, Aussagen zu formulieren, die viele aufgeworfene Fragen gegenstandslos machen oder zumindest entscheidend relativieren. Sicher ist das

nicht, wie in diesen Tagen eine Äußerung des Kurienerzbischofs Paul Josef Cordes, der viele Jahre Vizepräsident des päpstlichen Laienrates war, zeigt. Laut Pressemeldungen sagte er, dass „auch die Leitung von Pfarrgemeinderäten eindeutig zu den Aufgaben des Priesters“ gehört. Trotzdem: Vermutlich gelingt es, problematische Aussagen der Instruktion in einen Zusammenhang zu stellen, der ein Widerstehen ohne Widerspruch ermöglicht.

Kirchliche Freiheitsrechte sichern

Schon heute lässt sich aber die Frage beantworten, in welcher Weise das organisierte Laienapostolat in Deutschland von der römischen Instruktion betroffen ist.

Unmittelbar sind das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die Katholikenräte in den Diözesen und die Pfarrgemeinderäte von der römischen Instruktion nicht betroffen, weil sie als Gremien des Laienapostolats nach dem Konzilsdekret über das Apostolat der Laien eigenständige und primär nicht auf das Amt bezogene Zusammenschlüsse sind. Dies entspricht auch einer Entwicklungslinie, die der deutsche Katholizismus vor 150 Jahren in einer sich rasant ändernden Gesellschaft begonnen hat.

Die damals entwickelten gesellschaftlichen Formen, die teilweise heute noch bestehen, haben das bürgerliche Koalitionsrecht zur Grundlage, weniger das kirchliche Koalitionsrecht, das damals noch wenig entwickelt war und das eigentlich erst durch das Zweite Vatikanische Konzil ausdrücklich anerkannt wurde. Vereinigungen von Katholiken entstanden, die sich nicht als kirchliche Zusammenschlüsse verstanden, sondern als Vereinigungen katholischer Bürger.

Noch heute ist das bürgerliche Koalitionsrecht eine wesentliche Grundlage unserer Laienarbeit. Die katholischen Organisationen, die Katholikenräte und das ZdK sind in erster Linie Zusammenschlüsse von Katholiken und dann im Sinne des Kirchenverständnisses des Konzils auch Vereinigungen von Laien in der Kirche.

Eine Zeit lang konnte es scheinen, dass bürgerliches und kirchliches Koalitionsrecht in der nachkonziliaren Kirche für die Begründung der freien Initiativen im Laienapostolat austauschbar würden. Heute, insbesondere nach der jüngsten Instruktion, wissen wir die unanfechtbare Basis des bürgerlichen Koalitionsrechtes neu zu schätzen. Denn auch heute noch bedürfen wichtige kirchliche Freiheitsrechte der Sicherung durch gesellschaftliche Regelungen, staatliche Rechtsordnungen und durch staatskirchenrechtliche Bestimmungen.

Pfarrgemeinderäte: Weltauftrag der Laien

Das ZdK und die Katholikenträte in den Diözesen sind von der Instruktion nicht betroffen; wie steht es aber um die Pfarrgemeinderäte? Auch die Pfarrgemeinderäte sind Gremien gemäß dem Laiendekret und haben demzufolge den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Weltdienst. Das ist ja auch der Grund dafür, dass Laien den Vorsitz im Pfarrgemeinderat aus-

üben.

Gleichzeitig sind die Pfarrgemeinderäte allerdings auch Pastoralräte; sie sind dies aber nur zusätzlich zu ihrer Bestimmung, Räte des Laienapostolats zu sein, weil es eine unvertretbare Überorganisation bedeuten würde, auf Pfarrebene zwei verschiedene Räte einzurichten zumal darüber hinaus noch ein eigener „Vermögensverwaltungsrat“ existiert.

Die Pfarrgemeinderäte sind also zunächst für den Weltauftrag der Laien da, für das Glaubenszeugnis des Christen in unserer Gesellschaft, und daher handelt es sich um ein grundlegend anderes Gremium, als es der in der Instruktion genannte Pastoralrat ist. Diese Tatsache muss vielleicht zukünftig noch deutlicher werden.

Nicht selten haben sich Pfarrgemeinderäte in die kirchliche Innenarchitektur verliebt, sodass sie in der Gefahr stehen, als eine „Laienspielschar“ im pastoralen und liturgischen Geschehen wahrgenommen zu werden. Vielleicht sollte das ZdK zum nächsten Katholischen Kongress die Pfarrgemeinderäte mit dem Ziel einladen,

den Weltauftrag der Laien in der Arbeit der Pfarrgemeinderäte ausdrücklich zu thematisieren.

Die Gemeinsame Konferenz von ZdK und Bischofskonferenz hat zuletzt 1987 ausdrücklich festgestellt, „dass die Pfarrgemeinderäte gegenüber dem Pastoralrat des CIC/1983 ein Aliud darstellen.“ Bei dieser Feststellung muss es so lange bleiben, bis die Kirche auf der Grundlage des konziliaren Kirchenverständnisses in der Lage ist, ihre Verfassung unter wirklicher Berücksichtigung synodaler Formen zu ordnen.

Vor allem ehrenamtlich tätig

Das ZdK repräsentiert die Pfarrgemeinderäte, die Katholikenträte in den Diözesen und die katholischen Organisationen, die im Sinne des Laienapostolats in Deutschland ihren Dienst tun. Das ZdK ist nicht „die Interessenvertretung der hauptamtlichen Laienmitarbeiter der Kirche“, wie Heinz Joachim Fischer am 1.12.97 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung meint. Wer so spricht, will die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter im Laienapostolat der Kirche in Deutschland nicht wahrhaben.

Die katholischen Organisationen haben etwa fünf Millionen Mitglieder. Mehr als eine halbe Million Katholiken sind in der Arbeit der Pfarrgemeinderäte, der Vermögensverwaltungsräte und der sonstigen Laienarbeit auf Pfarrebene ehrenamtlich engagiert. Selbst im ZdK sind mehr als zwei Drittel der Mitglieder ehrenamtlich in der Kirche tätig; ein hoher Anteil, wenn man bedenkt, dass große Verbände, Aktionen und Hilfswerke nicht ehrenamtlich geführt werden können und dass die Priester und Ordensleute zu den Hauptamtlichen gerechnet werden.

Betroffen, obwohl nicht betroffen

Wenn die Zusammenschlüsse und Gremien des Laienapostolats auf die römische Instruktion betroffen reagieren, obwohl sie unmittelbar nicht betroffen sind, so gibt es dafür mehrere Gründe. Einmal hat die Instruktion durch ihre mangelhafte, ja verfehlte Form den Eindruck erweckt, sie

Aufbruch: Eine Meinung zum Geschrei um die „Laieninstruktion“

HELMUT FETTWEIS

Wenn eine Verlautbarung aus dem Vatikan erscheint, bricht in der Presse zunächst immer ein großes Geschrei aus. Eilfertige Leserbriefschreiber dreschen munter auf Papst und Kurie ein. Leider scheinen die meisten die Verlautbarung nicht gelesen zu haben. So wird eine Rückkehr hinter das II. Vatikanische Konzil behauptet, während im Originalschreiben gerade das II. Vatikanische Konzil als Ausgangspunkt genommen wird.

Im Übrigen haben an diesem Papier acht päpstliche Institutionen, die jeweils eine Eigenverantwortung tragen, mitgewirkt. Der Papst hat diese Instruktion dann approbiert und zur Veröffentlichung freigegeben.

Das Papier verweist auf die theologischen Prinzipien und leitet daraus die Aufgabe des Priesters ab und die Aufgaben der Laien. Das Schreiben enthält in der Tat

nichts Neues. Es weist nur darauf hin, dass in der Vergangenheit sehr oft Überschreitungen der Kompetenzen stattgefunden haben und, dass die Kirche sich weltweit an die durch Glaube und Lehre gegebenen Vorgaben halten muss. Bei der massiven Kritik etlicher Laien, vermisste ich den brüderlichen Geist und vor allen Dingen das Wirken dieser engagierten Männer und Frauen nach außen.

Es ist nun einmal die Hauptaufgabe der Laien, ihren Glauben in die Welt zu tragen und ihn sichtbar zu praktizieren.

Die Mithilfen in den Bereichen, die der Priester heute nicht abdecken kann, sind genau formuliert und bringen daher die notwendige Klarheit für die weitere Arbeit.

Es ist also sinnvoll, das Schreiben zu studieren und dann danach zu verfahren.

Für mich ist dieses Schreiben eine gute verlässliche Richtlinie. □

Fortsetzung auf Seite 58

2. Dokument: Die sakramentale Grundstruktur der Kirche

„So aber gibt es viele Glieder und doch nur einen Leib“

JOACHIM KARDINAL MEISNER

Die jüngst veröffentlichte vaticanische „Instruktion zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester“ hat ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Um was geht es eigentlich wirklich bei dieser Diskussion?

Vor dem Hintergrund der Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils beleuchtet die Instruktion die gegenseitige Zuordnung der christlichen Berufung aller Getauften auf der einen Seite und des speziellen, sakramentalen Dienstamtes (Bischöfs-, Priester- und Diakonenamt) auf der anderen. Seit mehr als einem halben Jahrhundert gibt es hauptsächlich in der katholischen Kirche in Deutschland den Einsatz von hauptberuflichen Laienkräften in der Seelsorge; heute werden sie Pastoral- und

Gemeindereferent(inn)en genannt. Ihre Aufgabe ist es, in Zusammenarbeit mit den geweihten Amtsträgern – Bischöfen, Priestern und Diakonen – beim Aufbau der Kirche zugunsten der Welt mitzuwirken. Diese Dienste machen Pastoral- und Gemeindereferent(inn)en aber nicht zu Hirten: Nicht eine Aufgabe oder Funktion konstituiert das Amt, sondern das Sakrament der Weihe. Nur das Weisakrament gewährt den Amtsträgern eine besondere Teilhabe am Priestertum Christi und bevollmächtigt sie dazu, diesen als das Haupt und den Hirten der Kirche zu repräsentieren.

Das Zweite Vatikanische Konzil sowie die Apostolischen Schreiben „Christifideles laici“ (1988) und „Pastores dabo vobis“ (1992), die

jeweils das Ergebnis von Weltbischofssynoden über die Laienchristen und Priester sind, zeigen eine ganze Reihe von Möglichkeiten auf, gemäß den jeweiligen Ämtern, Diensten und Begabungen am Aufbau der Kirche mitzuwirken. Auch das derzeitige, ebenfalls vom Zweiten Vatikanum inspirierte Kirchenrecht bietet ein weites Spektrum der Mitarbeit. Dabei legen die einzelnen Dokumente und Bestimmungen großen Wert darauf, die Unterschiede der jeweiligen Dienste ebenso klar zu nennen wie ihre gegenseitige Zuordnung, denn der eine Dienst profiliert den anderen. Die Fülle der Hirten-sorge ist den Bischöfen anvertraut, die sie in abgestufter Weise ihren Helfern, den Priestern und den Diakonen, weitergeben. Wenn auch die Laienchristen keinen direkten Anteil an dem besonderen Dienst oder Weiheamt der Kirche haben, können sie doch auf verschiedene Weise unmittelbar mit der Hierarchie zusammenarbeiten und dabei mit bestimmten kirchlichen Aufgaben betraut werden, die zu einem geistlichen Zweck auszuüben sind, obwohl das nicht ihr ursprüngliches Einsatzfeld ist. Das ist und bleibt die Welt mit ihren vielfältigen Sachgebieten. Hier ist der Kleriker Laie. Nebenbei bemerkt garantiert der Zölibat die bleibende Verbundenheit der Bischöfe und Priester mit den Laienchristen, da sie ihre Herkunft nicht aus klerikalen Familienclans haben, sondern aus ganz normalen Verhältnissen kommen.

Während alle getauften Christgläubigen die Glieder des Leibes Christi sind, repräsentiert der geweihte Amtsträger Christus als das Haupt seines Leibes, der die Kirche ist. Hier liegt die tiefste Begründung priesterlicher Existenz – noch vor allen Funktionen und Vollzügen. Der Priester wird nicht nur für bestimmte Tätigkeiten, sondern mit seinem ganzen Leben zu besonderem Dienst der Stellvertretung Jesu Christi bestellt. Dabei ist das Wesentliche nicht die Höhe der persönlichen Qualifikation, sosehr man sie sich auch wünscht: Selbst der begabteste Priester wäre hoffnungslos über-

Fortsetzung von Seite 57

„Vereinigungen von Katholiken: Bürgerliches oder kirchliches Koalitionsrecht?“

würde auch auf die Räte des Laienapostolats zielen.

Ein Grund liegt auch darin, dass in einigen Diözesen die Räte nicht gemäß den Beschlüssen der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland gebildet worden sind und sie möglicherweise durch die Instruktion in Frage gestellt werden können, weil ihr Charakter, Räte des Laienapostolats zu sein, nicht deutlich genug wird.

Schließlich wirkt die gedankliche Substanz der Instruktion trotz aller anders lautenden Bemühungen und Beteuerungen auf viele Leser erschreckend, weil letztlich der Laie vor allem als Nicht-Priester gedeutet wird, vergleichbar dem Versuch, den Staatsbürger als Nicht-Beamten zu definieren.

Nicht zuletzt haben die Gremien des Laienapostolats auch die Stimme für die Laien im pastora-

len und im liturgischen Dienst erhoben; sie sind die im engeren Sinn Betroffenen der Instruktion. Wer wie Fischer diese Laien als „Pastoralassistenten“ diffamiert, die „zu teuer“ ist, weil sie „mit Kindergeld und Umzugshilfen für Kommunionhelfer und Predigterersatz überall zu entgelten“ ist, betreibt Brunnenvergiftung. Denn diese Laien sind – bis auf wenige hauptamtliche – ehrenamtlich tätig; ohne ihre ehrenamtliche Mitarbeit würde in vielen Pfarrgemeinden kein pastorales und liturgisches Leben mehr stattfinden.

Den Laien braucht niemand durch Instruktionen oder Erklärungen etwas zugestehen. Die Laien haben ihren eigenen Auftrag, weil sie Glieder des Volkes Gottes sind. Sie „werden alle vom Herrn selbst durch Taufe und Firmung bestellt“ (II. Vat., Dogmatische Konstitution über die Kirche, n. 33). □

fordert, käme es ausschließlich auf ihn als Menschen an. In der Weihe nimmt Christus ihn ganz in Dienst und schenkt ihm Anteil an seiner Existenz.

Am deutlichsten wird das in der Liturgie, und hier wieder in der Feier der heiligen Eucharistie: Sie ist die sakramentale Vergegenwärtigung unserer Erlösung durch Christus, keine Eigenleistung oder gar Theateraufführung des Priesters. Priesterlicher Dienst erweist sich daher gerade nicht als Herrschaftsanspruch, sondern als das Gegenteil: als demütiges Sichselbst-Zurücknehmen des Menschen, das Jesus Christus in den Vordergrund treten lässt. Deshalb ist auch der Priester nicht der eigenschöpferische Gestalter der Liturgie, sondern Diener einer Ordnung, in der die Kirche sich selbst ausdrückt.

Die verschiedenen Mitarbeiter in der Pastoral – geweihte und nicht geweihte, haupt- und ehrenamtliche – müssen in ihren Ämtern, Diensten und Begabungen zusammenwirken und einander ergänzen. Der Heilige Geist „führt die Kirche in alle Wahrheiten ein, eint sie in Gemeinschaft und Dienstleistung, bereitet und lenkt sie durch die verschiedenen hierarchischen und charismatischen Gaben“ (Vatikanum II., Kirchenkonstitution, n.4).

Im Lauf der Kirchengeschichte hat die Klarstellung der von Christus geschenkten Vollmacht zur Doppelgestalt von Weihe- und Leitungsvollmacht geführt (Ordo und Jurisdiktion). Bedenklich wurde es, als man kirchliche Leitung von der sakramentalen Bevollmächtigung für abtrennbar hielt. (So gab es noch in der Neuzeit, wenn auch gegen kirchliche Forderungen, Bischöfe mit Regierungsgewalt, die die Bischofsweihe nicht empfangen wollten.) Das Zweite Vatikanische Konzil hat solche möglichen Missbräuche konsequent abgelehnt und deutlich unterstrichen, dass jemand nur dann eine Gemeinde leiten kann, wenn er auch über die in der Weihe verliehene sakramentale Vollmacht verfügt, „in persona Christi capitis“ der Eucharistiefeier vorzustehen.

Dieser Sachverhalt bringt gerade die nicht klerikale Machtstreben zum Ausdruck – die neue Instruktion hebt dies ausdrücklich hervor –, sondern die sakramentale Grundstruktur der Kirche. Ihr geistlicher Reichtum speist sich wesentlich aus der durch den Dienst des Amtes geleiteten und geeinten Vielfalt verschiedener Dienste und Aufgaben. Diese typisch katholische, organische „Einheit in Vielfalt“ des Leibes Christi darf nicht einseitig aufgelöst werden, indem man entweder die Einheit oder die Vielfalt verabsolutiert. Verschiedene Gaben und Vollmachten bedingen verschiedene Dienste und Ämter; nicht jeder kann, soll oder muss alles tun. Auch dem Wirken des kirchlichen Amtsträgers sind Grenzen gesetzt: Er darf sich beispielsweise weder als Politiker noch als Arzt betätigen.

Den Mitarbeitern des Priesters können einzelne Aufgabenfelder in der Verkündigung, der Liturgie und der Caritas übertragen werden. Das Kirchenrecht öffnet hier weit die Türen. Es sollte aber bedacht werden, dass nicht einem Mitarbeiter alles aufgegeben wird, was rechtlich möglich ist. Da das funktionalistische Denken in unserer heutigen Gesellschaft weit verbreitet ist, würden viele eine solche Aufgabendikulation als faktische Gemeindeleitung im Sinn eines „Amtes ohne Weihe“ missverstehen. Genau da, wo solches praktiziert wird, geht man aus den oben genannten Gründen hinter das Zweite Vatikanische Konzil zurück. Ja, dieser Weg führt uns in eine Kirche, die sich selber „macht“ und sich nur noch nach Funktionen definiert.

Wenn man von Kirche spricht, darf man nicht nur den Altarraum des Gotteshauses im Blick haben, sondern auch die ganze Welt.

Das große Feld eigentlichen und typischen Laienapostolates, die christliche Verantwortung für Staat, Gesellschaft und Umwelt, ist in der gegenwärtigen Diskussion überhaupt nicht im Blick. Dabei wird diese sowohl in den kirchenamtlichen Dokumenten als auch in der kirchlichen Praxis besonders betont. Wie nötig eine solche verstärkte Mitarbeit der Laien-

enchristen ist, zeigt die gegenwärtige dramatische Wertediskussion. Auch die Bedeutung der Mitarbeit von Laien im innerkirchlichen Raum stellt die Instruktion heraus. Das Dokument will nur Fehlentwicklungen aufzeigen, die dann gegeben sind, wenn Laien im spezifisch sakramentalen Bereich priesterliche Aufgaben übernehmen. Dabei ist es unerlässlich, diese Fehlentwicklungen auch beim Namen zu nennen. Die Kirche muss einerseits den Weltcharakter der Laienchristen schützen und andererseits den speziellen Dienstcharakter des Weiheamtes.

Wenn man rechtliche Regelungen der Laienarbeit innerhalb der katholischen Kirche zurückweist – womöglich noch mit öffentlich zur Schau gestelltem Pathos der Empörung – und ihre Notwendigkeit feierlich bestreitet, übersieht man, dass die Kirche nicht nur bei Klerikern, sondern bei allen Gläubigen, die sich engagieren, dafür sorgen muss, dass ihr Einsatz durch ihren persönlichen Glauben, ihre lebendige Verbindung zur Kirche und damit auch durch ihre Loyalität gegenüber dem kirchlichen Leitungsamte gedeckt wird.

Jeder, der in der Kraft des Glaubens überzeugend seine persönliche Berufung lebt und bekundet, trägt zum Aufbau der lebendigen Kirche zugunsten der Welt bei. Die vielen Mitarbeiter, die sich auf den verschiedenen Feldern der Kirche an der Seite der Priester und Diakone haupt- und ehrenamtlich dem Dienst für Gottes Herrschaft widmen, sind ein Segen für die Kirche und die Welt. Deshalb gilt: Hierarchisches Amt, pastoraler Laiendienst und das Zeugnis in der Welt ergänzen einander. Kein Amt, kein Dienst, keine Aufgabe ist in der Kirche einfach ersetzbar. „Wären alle zusammen nur ein Glied, wo bliebe dann der Leib? So aber gibt es viele Glieder und doch nur einen Leib. Das Auge kann nicht zur Hand sagen: Ich bin nicht auf dich angewiesen. Der Kopf kann nicht zu den Füßen sagen: Ich brauche euch nicht“ (1 Kor 12, 19–21). Diesen Worten des Apostels Paulus ist auch die neue Instruktion verpflichtet. □

„Gebt Zeichen von eurer Hoffnung“

Die Katholische Militärseelsorge auf dem 93. Deutschen Katholikentag

Der 93. Deutsche Katholikentag findet in der Zeit vom 10.06. bis 14.06. 1998 in Mainz statt.

Unter dem Leitgedanken „*Gebt Zeugnis von eurer Hoffnung*“ werden die Besucher/innen sich in verschiedenen Veranstaltungen den vielfältigen geistigen, politischen, religiösen und gesellschaftlichen Fragen und Auseinandersetzungen der heutigen Zeit stellen und nach Wegen und Möglichkeiten zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft im eigenen Land und weltweit suchen.

Auch die Katholische Militärseelsorge beteiligt sich aktiv am 93. Deutschen Katholikentag:

1. Zelt auf der Kirchenmeile

Auf der sogenannten Kirchenmeile in der Mainzer Innenstadt können die katholischen Verbände, Institutionen, Initiativen, die kirchlichen Hilfswerke und Diözesen sich und ihre Arbeit in der Öffentlichkeit präsentieren.

Das Zelt der Katholischen Militärseelsorge (am Ballplatz) steht unter dem Thema: „*Militärseelsorge ist Seelsorge an der Grenze / über Grenzen und Zeugnis unserer Hoffnung an vielen Orten.*“ Konkrete Aufgabengebiete und Alltagssituationen aus der Arbeit der Katholischen Militärseelsorge als einer Seelsorge der Begegnung und Begleitung sollen thematisiert und dargestellt werden. Militärgeistliche, Pastoralreferenten Pfarrhelfer und engagierte Laien sowie „VIP's“ stehen den Besuchern zum Gespräch zur Verfügung. Ebenfalls wird die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) im Zelt über ihre Arbeit informieren.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) als katholischer Verband gestaltet ein eigenes Zelt (auch am Ballplatz), um ihr Profil und ihre Aktivitäten zu zeigen.

2. Tag der Katholischen Militärseelsorge

Ein besonderer Höhepunkt soll der „Tag der Militärseelsorge „ am Freitag, den 12. Juni werden. Der Katholische Militärbischof feiert um 12 Uhr in der St. Peter-Kirche ein Pontifikalamt, zu dem Soldaten und andere Katholikentagsteilnehmer eingeladen sind. Anschließend findet die „Stunde der Begegnung“ statt. Hier besteht die Möglichkeit bei Erbseneintopf und kleinem musikalischen Unterhaltungsprogramm miteinander ins Gespräch zu kommen. In Verbindung mit der Stunde der Begegnung ist ein Podiumsgespräch geplant, das sich thematisch mit dem neuen Auftrag der Bundeswehr und dem Ethos des Soldaten befassen soll. Zum „Tag der Militärseelsorge“ werden neben den Dauerteilnehmern aus dem Bereich der Katholischen Militärseelsorge auch viele Tagesbesucher, insbesondere aus den Seelsorgebezirken im Wehrbereich IV erwartet.

3. Großforum „Auf der Suche nach einer Internationalen Ordnung, die Frieden sichert“

Im Themenkreis: „Völkergemeinschaft / Europa / Eine Welt“ wurde durch das Institut für Theologie und Frieden (Direktor Dr.



Heinz-Gerhard Justenhoven) dieses Großforum konzipiert.

Hier soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, welche Aufgaben die Vereinten Nationen bzw. regionale Zusammenschlüsse übernehmen müssen. Teilnehmer sind u.a General Eisele und Prof. Dr. Kirchhoff. Zeitpunkt der Veranstaltung ist Donnerstag, 11.06.1998, 19.30 bis 22.00 Uhr.

4. Werkwoche für Soldaten

Das Katholische Militärbi-schofsamt veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Wehrbereichsdekan IV über die Dauer des Katholikentages eine Zentrale Werkwoche für Soldaten. Sonderurlaub und die Ausstellung einer Militärdienstfahrkarte können hierfür beantragt werden. Die Unterbringung erfolgt unentgeltlich in Bundeswehreinrichtungen. Die Kostenbeteiligung beträgt für Wehrpflichtige DM 40,—, für Berufs- und Zeitsoldaten DM 60,— Weitere Informationen erteilen die Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge. Teilnahmewünsche sollten baldmöglichst dort angemeldet werden.

(Dipl.-Theol. Manfred Heinz, KMBA)

Wo findet was statt?

- **Bibelzentrum:** kath. Fachhochschule, Saarstraße
- **Christl.-islam. Dialog:** Bürgerhaus Hechtsheim
- **Christl.-jüd. Dialog:** Frankfurter Hof u. Ketteler-Schule
- **Eine Welt/Weltkirche:** Volkssch. am Karmeliter-Pl. u. in St. Quintin
- **Familie:** Maternussch., Weißliliegasse
- **Frauen:** Theresianum, Nähe Volkspark
- **Männer:** Willigis-Gymn.
- **Medien:** ev. Altmünstergde
- **Geistl Zentrum:** Maria-Ward-Gymn. am Ballplatz
- **Jugend / j. Erw.:** Gelände des Jugendwerks, Ketteler-Kolleg, Kirche St. Albertus
- **Ökumene:** ev. Auferstehungsgde
- **Schutz des Lebens:** Philosophicum der Universität
- **Sekten u. Heilslehren:** im Schloss
- **Soziale Dienste:** Philosophicum der Universität

Männerzentrum hat Premiere

Erstmals wird es im Rahmen des offiziellen Programms
ein Männerzentrum geben

Was will das Zentrum? Welche Angebote sind vorgesehen?

Viele Männer sind durch die Veränderung früher festgelegter Normen und Werte in Gesellschaft und Kirche – auch durch das wachsende Selbstverständnis der Frauen – im Blick auf sich selbst und ihr eigenes Rollenverständnis in den letzten Jahren erheblich verunsichert worden. Ferner kann eine zunehmende Distanz von Männern zu Religion und Kirche festgestellt werden.

Eine wesentliche Ursache für die reservierte und distanzierte Haltung der Männer gegenüber Kirche und Religion liegt überwiegend im traditionellen Männerbild, in der einseitigen Festlegung des Mannes auf die Berufsrolle und damit in der Überbewertung der Aktivitäts- und Macherrolle als Ziel der Erziehung zum Mann. Mit dieser Erziehung ist den Männern vor allem die Religion gründlich ausgetrieben worden. Sie leben – wie eine empirische Studie unter Führungskräften der Wirtschaft und Verwaltung zeigte – deshalb tendenziell areligiös oder höchstens eine unsichtbare, ihre Berufsrolle nicht beeinträchtigende Religiosität.

„Was der Religion gesellschaftlich widerfährt (nämlich ins Private zurückgedrängt zu werden)“, so beschreibt Paul M. Zulehner diesen Vorgang, „passiert ihr auch im Leben und im Bewusstsein des Mannes. Sie wird ausgeblendet oder umgedeutet. Solange sie störungsfrei bleibt, wird sie behalten. Ansonsten wird sie an den Rand des Bewusstseins und den Rand des (öffentlichen) Lebens abgedrängt.“

Trotzdem, mehr und mehr Männer versuchen bewusst, nicht nur von Veränderung zu reden, sondern in der Tat ihr Leben zu verändern, indem sie z.B. sich mehr als bisher der Innenwelt ihrer Gefühle öffnen, indem sie sich mehr als bisher für die Gestaltung und Pflege ihrer Partnerschaft verantwortlich wissen, indem sie mehr als bisher den Lebensraum der Familie als Familiengestalter und nicht bloß Familienerhalter zurückzugewinnen suchen.

Im Männerzentrum wollen wir Männer ansprechen und ihnen Gelegenheit bieten, sich mit diesen Themen und Fragen auseinander

zu setzen. Dies soll vor allem in den geplanten Workshops geschehen, in denen Männer Weggemeinschaft erfahren und erleben können. Unsere Erfahrungen aus der kirchlichen Männerarbeit zeigen, dass dies einen „geschützten Raum“ erfordert, in dem Männer unter sich bleiben können. Aus diesem Grunde sind die Workshops „nur für Männer“ offen. In der Zeit, in der die Workshops stattfinden, werden im Männerzentrum Kinder betreut, deren Väter an Workshops teilnehmen.

Drei Vortragsveranstaltungen bieten interessierten Frauen und Männern unter unterschiedlichen Aspekten die Möglichkeit der Annäherung und der Auseinandersetzung mit den Männerthemen. Zu den vorgesehenen Gottesdienst- und Gebetszeiten während des Katholikentages sind im Männerzentrum spezielle geistliche Angebote für Männer vorgesehen. Ein kulturelles Angebot rundet die vom Arbeitskreis vorgeschlagenen Veranstaltungen im Männerzentrum ab.

Ausgehend vom Leitwort des Katholikentages „Gebt Zeugnis von eurer Hoffnung“ wollen wir im Männerzentrum Männer dazu einladen, einander Hoffnung zu machen, neues „Lebensland“ zu erkunden und damit Zeugnis zu geben von der Zuwendung Gottes zur Welt und zu uns Menschen als Männer und Frauen.

(Arbeitsstelle Männerseelsorge)

PROGRAMM DES MÄNNERZENTRUMS IM WILLIGIS-GYMNASIUM

DONNERSTAG, 11. JUNI	FREITAG, 12. JUNI	SAMSTAG, 13. JUNI
<ul style="list-style-type: none"> 14.00 h: Eröffnung des Männerzentrums 15.00 h: Vortrag: Männliche Spiritualität im Alltag. P. Dr. Anselm Grün 17.00 h: Workshops (nur für Männer) <ul style="list-style-type: none"> Männer und Kirche Der Vatergott und was es heute heißt, ein guter Vater zu sein Wozu sind Väter gut? Warum Kinder ihre Väter brauchen Männer und Gewalt. Gewalt als Ausdruck von Männlichkeit 20.00 h: Mann oh Man(n). Eine Reise in die Männerwelt. Kabarett mit Otmar Traber 22.30 h: Kraft aus der Stille. Halbstündige Kontemplation für Männer 	<ul style="list-style-type: none"> 8.30 h: Trommeln 8.30 h: Bibelarbeit mit Männern 9.00 h: Männerfrühstücksmatinee 10.00 h: Podiumsdiskussion: Hauptsache Arbeit. Männer zwischen Beruf und Familie. Teilnehmer: Dieter Schnack (Mitautor des Buches „Hauptsache Arbeit“), Dr. Hermann Kues MdB, Conrad Fetsch BKU 14.30 h: Workshops (nur für Männer) <ul style="list-style-type: none"> Männerleben – heilig und brutal wie im Kino. „Das Leben nach dem Tod in Denver“ (USA 1995) Die Sehnsucht des Mannes nach der Mutter in der Frau Männer im dritten Lebensabschnitt Wenn die Arbeit weg ist ... Zur Bedeutung der Arbeit für Männer Gesundheit, Mann! Männer zwischen Beruf und Familie Feuer im Bauch – Perspektiven für Männer Ein Mann ist ein Mann – bitte keine weiteren Fragen 20.00 + 23.00 h: Männerfilmnacht 22.30 h: Kraft aus der Stille. Halbstündige Kontemplation für Männer 	<ul style="list-style-type: none"> 8.30 h: Trommeln 8.30 h: Bibelarbeit mit Männern 9.00 h: Männerfrühstücksmatinee 10.00 h: Vortrag: Unterwegs zum Neuen Mann? Pastoraltheologische Folgerungen aus der empirischen Männerstudie der GKMD und Männerarbeit der EKD. Prof. DDR. Paul M. Zulehner 14.30 h: Workshops (nur für Männer) <ul style="list-style-type: none"> Männerleben – heilig und brutal wie im Kino. „Das Leben nach dem Tod in Denver“ (USA 1995) Wetten, dass ich meinen Vater/Sohn mitbringe... Zwischen Lust und Last. Männer und ihre Sexualität Wo Mann singt... Männer sind nicht alle gleich. Homo- und heterosexuelle Männer im Gespräch König, Krieger, Liebhaber, Magier. Bilder von Männern in Märchen, Film und Bibel Leitbilder für uns? Starke Männer braucht das Land. Männer zwischen Kraft und Gewalt Jungen spielen nicht mit Puppen 18.00 h: Männergottesdienst 22.30 h: Kraft aus der Stille. Halbstündige Kontemplation für Männer

KIRCHE UND MEDIEN

Kirche und Religion in ARD und ZDF 1998

Bei den kirchlichen Fernsehsendungen wird unterschieden zwischen verkündigenden und journalistischen Beiträgen. Zu den verkündigenden gehören „Das Wort zum Sonntag“ samstags nacht in der ARD und Gottesdienstübertragungen zu Feiertagen in der ARD und jeden Sonntag – evangelisch und katholisch im Wechsel – im ZDF. Journalistische Beiträge werden von den Redaktionen ohne kirchliche Mitarbeit verantwortet. In ihnen werden Kirche und Religion zu „Objekten“ journalistischer Berichterstattung. Die ARD bietet solche Themensendungen sonntags um 17.30 Uhr an, das ZDF integriert sie in die „37 Grad“-Reihe dienstags um 22.15 Uhr. Und einmal im Monat ist auch sowohl bei ARD und auch ZDF der Dokumentationstermin donnerstags um 23 Uhr religiösen und kirchlichen Themen vorbehalten.

Ein Überblick über die Planung der Themensendungen in ARD und ZDF für 1998 lässt als Schwerpunkte der religiösen und kirchlichen Berichterstattung vier eigene Bereiche erkennen. Der Erste sind so genannte Anlasssendungen wie

zum Beispiel 40 Jahre Misereor (ARD, 01.03.), 150 Jahre deutscher Katholikentag, der vom 10. bis 14. Juni in Mainz zum 93. Mal stattfindet (ARD und ZDF werden darüber berichten), 50 Jahre Weltkirchenrat (ARD, 17.09.) und 150 Jahre Diakonie (ARD, 20.09.). Diverse (unverbindlich) geplante Beiträge tendieren in Richtung Spiritualität als Formen religiösen Lebens. Hierzu gehören etwa unter anderem ein Bericht über Laien im Burgund, über spirituelle Krisen und über Klöster ohne Mauern (alle im Ersten für den Juli und Oktober vorgesehen) und „Fastfood für die Seele“ und „Damit ich nicht fertig werde“ (Arbeitstitel für geplante ZDF-Beiträge, der eine für den 19.05., der andere für den 14.07.), aber auch Beiträge wie zur Tauferneuerung (ARD, 22.03.) oder „Sündenregister“ (ARD, 15.11.) und andere gehören hierzu.

Andere Beiträge widmen sich Menschen, die für „die“ Kirche stehen oder die sozusagen religiöses Leben als vorbildlich personifizieren. So sind etwa in die ARD-Planung „Schwester Waltraut“ von Renovabis, der Propst von

Wladiwostok und „Jelzin und der Patriarch“ (war schon für 1997 vorgesehen) aufgenommen (für Mai und Juni), und das ZDF will u.a. von einem früheren Model aus Bangladesch berichten, das sich heute für die Ärmsten der Armen in ihrer Heimat engagiert. Der weitaus größte Teil im religiösen und kirchlichen Themenangebot kann jedoch im weitesten Sinne dem Bereich Lebenshilfe/-fragen und Ratgeber zugerechnet werden, wobei eine Vorliebe für „grüne“ Themen auffällt, wie etwa bei „Bio und der liebe Gott“ (ARD, 16.08.), „Tierisch gut“, „Eselsasyl“ und „Frauen in der Landwirtschaft“ (alle im ZDF, 28.07., 18.08. und 24.11.), bis zu „Wer richtig speist, kommt Gott näher“ (ARD, 19.04.). Auch klassische Themen in diesem Bereich wie Behinderte (ARD, 02.08.; ZDF, 11.08.), Trauer (ZDF, 24.03.), Tod (ZDF, 14.04.), Scheidung (ZDF, 28.04.) und Gewalt (ZDF, 23.06.) sind vorgesehen.

Alles in allem liegt der Hauptakzent der religiösen Themensendungen 1998 in der Verbindung von Spiritualität (die auch als soziales Handeln aus dem Glauben zu verstehen ist) und Leben (mag es krisenhaft oder vorbildlich sein).

(Peter Kurath im „FERNSEH-Dienst“ Nr. 7/98, nach GKP-Inno II/98)

Steigende Nutzerzahlen kennzeichnen die Bilanz des Internet-Angebots des Bistums Würzburg nach einem Jahr im Netz. Inzwischen sei die Diözese mit mehr als 3.000 Textseiten vertreten, sagte der Würzburger Internet-Beauftragte Walter Sauter. Nach seinen Angaben sind etwa 280.000 Dokumente vom Rechner des Bistums abgerufen worden, seit Bischof Paul-Werner Scheele am 13. Januar 1997 das Netzangebot freigeschaltet hatte. Nutzer aus 65 Ländern der Erde, eine übertragene Datenmenge von mehr als vier Gigabyte sowie 1.000 e-mails und 200 Eintragun-



Bistum Würzburg
online

Bistum Würzburg kommt im Internet gut an

gen ins Gästebuch seien „überaus erfreulich“, so der Beauftragte. Die Internet-Surfer stammten aus allen Teilen Deutschlands, aber auch aus Australien, Chile, Ghana, Indonesien, Japan, Mexiko, Südafrika und den USA. In die Verästelungen des diözesanen Angebots begeben sich nach den Worten von Sauter nicht nur kirchliche „Insider“. Die elektronischen Briefe belegten, dass sich gerade von der Kirche eher distanzierte Menschen freuten, ihr

in einem „nicht angestaubten Angebot“ zu begegnen. Großes Interesse hätten die Nutzer an aktuellen Informationen. Die Homepage mit ständig aktualisierten Nachrichten aus dem kirchlichen Leben im Bistum Würzburg sei rund 14.000 Mal angewählt worden. Aus den Abrufzeiten könne vor allem auf Interesse bei professionellen Nutzern in Büros, Universitäten oder Medienredaktionen geschlossen werden.

(aus: GKP-Info II/98)

Altötting wird 1.250 Jahre alt

Eine Geschichte von Glauben, Elend und höfischem Glanz

PRISKA SAUER-LONGINOTTI (KNA-Korr.)

Die unglaubliche Kunde verbreitete sich in Windeseile über ganz Europa. Im bayerischen Altötting kam ein ertrunkenes Kind auf Bitten an die Muttergottes wieder ins Leben zurück. Ein anderes, von einem Fuhrwerk zerquetscht, wurde wieder ganz gesund. Die beiden Wundergeschichten von 1489 begründeten den Ruhm und eine Wallfahrt, für die Altötting noch heute berühmt ist. Jährlich strömt eine Million Pilger zur Schwarzen Madonna in der Gnadenkapelle. Doch die Kreisstadt, die idyllisch im Herzen des altbayerischen Landes liegt, steht nicht nur für Pilgerfahrten und Volksfrömmigkeit. Ihre Geschichte reicht viel weiter zurück. In diesem Jahr feiert der Wallfahrtsort sein 1.250-jähriges Bestehen und zugleich die Erhebung zur Stadt vor 100 Jahren.

Archäologische Funde ergaben, dass an dem Ort der heutigen Gnadenkapelle Menschen schon vor 6.000 Jahren siedelten. Die christlichen Anfänge hingegen sind nicht genau zu datieren. Fest steht aber, dass der achteckige Grundriss der Gnadenkapelle auf eine uralte Taufstätte aus dem achten Jahrhundert zurückgeht, welche die Überlieferung mit dem Missionsbischof Rupertus von Salzburg verbindet. Die erste schriftliche Erwähnung verdankt Altötting einer Schenkung, die ein Edler namens Wilhelm dem Kloster Mondsee machte. Die Übergabe wurde in einer Urkunde festgehalten, ausgestellt am 10. Juli 748 in der „villa publica Autingas“, dem Herzoghof Altötting.

In der Folgezeit avancierte die Siedlung zu einer der wichtigsten karolingischen Königspfalzen in Bayern und sogar zum Residenzort eines Königreiches von Bayern und dem langobardischen Italien. Die politische Prominenz jener Tage liebte und schätzte Altötting. Karl der Große hielt sich vermutlich 803 dort auf. Sein Urenkel Karlmann residierte hier und legte den Grundstein für das erste Chor-

herrenstift und eine Basilika an der Stelle der heutigen Stiftskirche.

50.000 Votivtafeln und viel Silber

Von den Ungarn verwüstet, wurde es für drei Jahrhunderte still in Autingas. In den Mittelpunkt rückte es wieder nach den bekannt gewordenen Wunderheilungen. Von da an war es Ziel für Abertausende von Pilgern, die aus Ländern jenseits des Rheins, der Alpen und sogar aus Kroatien und Ungarn kamen. Sie erfluchten Hilfe in Hungers- und Kriegsnot oder Heilung von Krankheit und Seuchen. Die Wallfahrt machte Altötting reich. Nicht nur insgesamt rund 50.000 Votivtafeln zeugen von der Dankbarkeit für erhörte Bitten. Auch andere Opfergaben spendeten die Pilger, allein im Jahr 1492 im Gegenwert von 120 Zentner reinen Silbers. Die Gelder in der Wallfahrtskasse wurden nicht nur für Kirchenbauten verwendet, sie dienten auch zur Finanzierung von Kriegen der bayerischen Herzöge. Ein Beispiel dafür ist das „Goldene Rössl“, wertvollstes Stück des Altöttinger Kapellschatzes und spätmittelalterliches Meisterwerk französischer Goldschmiede- und Email-Kunst. Die Figurengruppe kam 1509 als Entschädigung für Kriegsanleihen an die Schatzkammer der Gnadenkapelle in Altötting.

Der Wallfahrtsort blieb bis in die Gegenwart, mal mehr, mal weniger, ein Ziel einfacher Leute und bildete auch für die „Großen der Welt“ einen Treffpunkt. In der Reformationszeit predigte der Luther-Anhänger Wolfgang Ruß gegen den „heidnischen Kult der Schwarzen Madonna“. Im 30-jährigen Krieg knapp hundert Jahre später galt die Stiftshofmark Altötting als geistiger und religiöser Sammelplatz der Fürsten für die katholische Sache gegen den Protestantismus. Der katholische Kaiser-Verbündete Graf Tilly verehrte das Bildnis der Madonna so sehr, dass er es in seinen Schlachten mit sich führte. Glanzvolle



„Das mütterliche Gnadenbild“ von Altötting (Foto: Altötting“, 1970)

Tage erlebte Altötting, als Kaiser und Könige hier mit ihrem Gefolge Station machten und für das Glücken politischer Ziele beteten. Bis in das 20. Jahrhundert hinein haben die bayerischen Wittelsbacher Herrscher ihre Herzen der Schwarzen Madonna buchstäblich zu Füßen gelegt. Sie ruhen in Silberurnen im Boden oder in Wandnischen der Gnadenkapelle.

Neue Wege

Für Aufschwung sorgte 1897 der Anschluss an die Eisenbahn, unterbrochen nur von den beiden Weltkriegen. Die Zeit der Massenvallfahrt mit Sonderpilgerzügen begann. Heute hat sich das Bild erneut verändert. Immer mehr reisen mit dem Auto an und verbringen nur wenige Stunden in der Stadt. Für die Wallfahrtsverwaltung stellt der individuelle Wallfahrtstourismus eine Herausforderung dar. Sie will deshalb künftig neue Wege einschlagen. Dazu gehören die Öffnung für Menschen anderer Konfession und Religion, neue Angebote für junge Pilger und mehr Mitwirkung von Laien im Wallfahrtsgeschehen. Nachwuchssorgen hat Bayerns berühmtester Marienwallfahrtsort indes nicht. Das Pilgerziel erfreut sich bei jungen Leuten wachsender Beliebtheit. Sie denken allerdings eher ökologisch und kommen in Scharen zu Fuß, ganz wie einst. □

Mehr Wiedereintritte in die Kirche

Die Zahl der Rückkehrer steigt –

Vier Bistümer informieren mit Faltblatt über die erneute Aufnahme

Ein Sinken der Zahl der Kirchenaustritte und eine wachsende Zahl von Wiedereintritten in die Kirche stellen derzeit zahlreiche Bistümer in Deutschland fest. So haben sich etwa in der Diözese Augsburg im vergangenen Jahr 580 Erwachsene um die Aufnahme beziehungsweise Wiederaufnahme in die Kirche bemüht – 67 Personen mehr als im Jahr 1996.

Auf diesen Trend, der in weiten Teilen Deutschlands festzustellen ist, haben jetzt die Bistümer Limburg, Mainz, Speyer und Trier mit einer besonderen Aktion reagiert. Um den Rückkehrwilligen eine Hilfe an die Hand zu geben, haben sie ein gemeinsames Faltblatt erarbeitet, das über den Weg zum Wiedereintritt in die Kirche informiert. Es trägt den Titel: „Zurück in die Kirche“.

Im Jahr 1992 hatte die Einführung des Solidaritätszuschlages für die neuen Bundesländer als ungewollten und unvorhersehbaren Nebeneffekt eine Welle von Kirchenaustritten ausgelöst.

Kehrten damals im Bistum Speyer 400 Katholiken (das sind knapp 0,7 Prozent der Kirchenmitglieder) ihrer kirchlichen Gemeinschaft den Rücken, so ist die Zahl der jährlichen Austritte inzwischen wieder auf fast die Hälfte gesunken. Im Erzbistum Hamburg verließen 1997 1.704 Katholiken die Kirche, elf Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Kirchenaustritte in Hamburg ist damit im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit 1990 gesunken, als 1.544 Katholiken ihren Austritt erklärten.

Auch in der Diözese Würzburg sind die Zahlen der Kirchenaustritt wieder auf den Stand zu Beginn der neunziger Jahre zurückgegangen. 1997 verließen dort 2.380 Personen die katholische Kirche, womit ungefähr wieder das Niveau des Jahres 1991 erreicht ist und die hohen Austrittszahlen der Jahre 1994 und 1995 unterschritten wurden.

Parallel dazu steigt seit 1992 von Jahr zu Jahr die Zahl derer, die wieder in die Kirche eintreten. In den vier Bistümern Limburg, Mainz, Speyer und Trier zusammen waren dies in den Jahren 1993 bis 1996 mehr als dreitausend Wiedereintritte, die Steigerungsrate lag bei etwa dreißig Prozent. Im Bistum Speyer hat sich die Zahl von 110 Rücktritten im Jahr 1993 auf 225 im Jahr 1996 sogar verdoppelt, die bis zu einhundert jährlichen Übertritte aus anderen Glaubensgemeinschaften nicht eingerechnet. Wie erste Rückmeldungen aus den Pfarreien zeigen, setzte sich dieser Trend auch 1997 fort.

Die Gründe für einen Wiedereintritt sind vielfältig: Bei den einen ist es die Begegnung mit glaubwürdigen und überzeugenden Christen, bei den anderen der Wunsch nach einer kirchlichen Eheschließung oder Taufe ihres Kindes, bei wieder anderen sind es Schicksalsschläge oder auch er-

freuliche Erlebnisse, welche religiöse Fragen wieder wach werden und nach einem neuen Lebenssinn suchen lassen.

Wie das jetzt herausgegebene Faltblatt deutlich macht, erfordert der Wiedereintritt – im Unterschied zum Kirchenaustritt – einen persönlichen Kontakt zur Kirche. Die Rückkehrwilligen sollen deshalb das Gespräch mit dem Pfarrer oder einer anderen Person ihres Vertrauens suchen, die in der Gemeindeseelsorge oder zum Beispiel in einem Kloster tätig ist.

Zum Wiedereintritt selbst ist die Mitwirkung eines Priesters erforderlich. Die Wiederaufnahme geschieht dann normalerweise in Form einer schlichten Feier zusammen mit dem zuständigen Pfarrer sowie zwei Zeugen. Dabei bekennt der Wiedereintretende sich zum Glauben der Kirche, worauf der Pfarrer im Auftrag des Bischofs die Aufhebung der Exkommunikation und die Wiederaufnahme erklärt.

Die zweifarbig – grün und blau – gestalteten Faltblätter werden über die Pfarrämter der vier Bistümer verteilt. Sie können auch jetzt schon bei den Pressestellen der Bistümer angefordert werden.

(is aus: DT vom 21.02.1998).

KURZ BERICHTET

Biser: Kirche muss die jungen Frauen zurückgewinnen

Seelsorge für junge Frauen muss nach Ansicht des Religionsphilosophen Eugen Biser ein Schwerpunkt für die Kirche sein. Ihn beunruhige die „bittere Situation“, dass sich gerade diese Gruppe von der Kirche distanzieren, sagte Biser am 1. April 1998 in der Katholischen Akademie Hamburg vor Kommandeuren der Bundeswehr. Als Mütter seien die Frauen die „geborenen Glaubensvermittlerinnen“. Auch ein noch so guter Religionsunterricht könne ihr Wirken nicht ersetzen. Daher müssten die jungen Frauen zurückgewonnen werden – unabhängig davon, ob ihre Partnerschaft kirchlich eingese-

net sei oder nicht.

Biser sprach sich ferner dafür aus, auch in der Militärseelsorge einen Schwerpunkt zu setzen. Die Jungen Rekruten seien in der Bundeswehrzeit aus ihrer gewohnten Umgebung herausgelöst. Für viele junge Männer bedeute dies eine Art „Schockerlebnis“. Gerade in derartigen Grenzsituationen seien Menschen besonders aufgeschlossen, sagte Biser. „Da wird die Ansprechbarkeit plötzlich auf eine neue Weise freigesetzt“, meinte der Religionsphilosoph. Das gelte auch für religiöse Fragen. Das Christentum könne hier Orientierungs- und Lebenshilfe bieten. (KNA)

Bundeskanzler Kohl: Pflicht des Staates zum Schutz des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit

Fortsetzung der kirchlichen 218-Konfliktberatung

Bundeskanzler Helmut Kohl will, dass die katholische Kirche ihre Schwangerschaftskonfliktberatung „wie bisher“ fortsetzt. Er „hoffe sehr“, dass die Bischöfe einen Weg fänden, auf dem eine Beratung im gesetzlichen System auch künftig möglich sei; dies entspreche „im Übrigen ja auch dem Anliegen des Papstes selbst“, sagte Kohl in einem Interview der in Bonn erscheinenden Zeitschrift „Jugend im Aufbruch für Christus und Kirche“ (J.A.C.K.). Das Blatt mit einer Druckauflage von 2.000 Stück wird von der „Pro JUGEND im Erzbistum Köln“ herausgegeben.

Kohl verteidigte zugleich die derzeitige rechtliche Regelung des Paragraphen 218 StGB. Sie orientiere sich an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und unterstreiche ausdrücklich die Pflicht des Staates zum Schutz des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Zwar hätte er sich wie andere auch 1993 eine „bessere Regelung“ gewünscht, dafür sei aber keine Mehrheit des Bundestages erreichbar gewesen. Mit einer „Totalverweigerung“ hätte die Union 1993 aber dem Ziel eines umfassenderen Lebensschutzes eher geschadet als genutzt.

„Glücksfall Staat-Kirche-Verhältnis“

Kohl bezeichnete das „in Deutschland gewachsene partnerschaftliche Verhältnis zwischen Staat und Kirche als Glücksfall in der Geschichte unseres Landes“. Es habe sich in vielen, auch in schwierigen Situationen bewährt. Die Kirche sei vielfältig an der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben beteiligt, ihre Dienste leisteten „segenreiche Arbeit“ und

seien im sozialen Bereich „lebensdiges Vorbild an tätiger Nächstenliebe“. Kohl weiter: „Wenn die Kirchen dies auch nur zum Teil aufgäben, dann wäre dies ein falsches, ja verhängnisvolles Signal. Damit würde letztlich denjenigen Kräften Vorschub geleistet, die seit langem das christlich geprägte Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates auszuhöheln trachten.“

Das „C“ im Namen der Partei

Kohl verteidigte zudem das „C“ im Namen seiner Partei, mit dem sich aber kein Alleinvertretungsanspruch verbinde. Generell bedeute es, dass sich die CDU zum christlichen Menschenbild als Kompass ihrer Politik bekenne. „Es ist ein hoher Maßstab, und

selbstverständlich wissen wir, dass wir als fehlbare Menschen diesem Maßstab oft nicht gerecht werden“, so der CDU-Vorsitzende. Seine Partei, so Kohl weiter, sei „politische Heimat“, aber nicht „Glaubensheimat. Das sind und bleiben die Kirchen.“ Niemand solle den Eindruck erwecken, als sei das Evangelium „ein politisches Programm“. Die Bibel sei kein Rezeptbuch zur Lösung politischer Tagesprobleme. Die Bibel lehre aber, „nicht das Goldene Kalb, sondern die Zehn Gebote in den Mittelpunkt unseres Zusammenlebens zu stellen“. Er persönlich habe Politik nie als seelenlosen Pragmatismus verstanden; allerdings lehne er religiösen und ideologischen Fanatismus entschieden ab.

(KNA 02.04.1998)

STICHWORT: SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTBERATUNG

Nach der im August 1995 vom Bundestag verabschiedeten Reform der Abtreibungsgesetzgebung ist in Deutschland eine Abtreibung ohne Indikation bis zur zwölften Woche straffrei möglich, wenn auch rechtswidrig. Voraussetzung dafür ist eine Beratung in einer anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle sowie die Ausstellung eines Beratungsscheins. Nach dem staatlichen Beratungs- und Schutzkonzept, das die Verantwortung der Frau, des Arztes und des sozialen Umfelds betont, soll zur Annahme des Kindes ermutigt, aber ergebnisoffen beraten werden.

Demgegenüber betonen die „Vorläufigen Bischöflichen Richtlinien für katholische Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen“ vom Dezember 1995, dass die ungeborenen Kinder in jedem Stadium der Schwangerschaft ein unveräußerliches Recht auf Leben haben. Die Frau soll zur Annahme ermutigt werden, und die Beratung soll Perspektiven eröffnen, die Not- und Konfliktlage zu überwinden. Die bundesweit mehr als 260 katholischen Beratungsstellen stellen bislang Beratungsscheine aus, dürfen aber keine Anträge auf Finanzierung eines Abbruchs auslegen und nicht auf Ärzte oder Krankenhäuser hinweisen, die Abbrüche vornehmen.

Die Mehrheit der deutschen Bischöfe hat sich in den letzten Monaten wiederholt für den Verbleib der kirchlichen Beratungsstellen im staatlichen System ausgesprochen, auch wenn sie den Lebensschutz als ungenügend kritisierte. Der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba hatte demgegenüber Ende 1993 als einziger Ortsbischof den Ausstieg der Beratungsstellen seines Bistums aus dem staatlichen Beratungssystem veranlasst, weil die Beratungsscheine eine „Lizenz zum Töten“ seien. (KNA)

KURZ BERICHTET: JESUIT KNAUER MACHT VORSCHLAG ZUM BERATUNGSSCHEIN

Der Frankfurter Jesuit Peter Knauer hat einen Formulierungsvorschlag für den umstrittenen Beratungsschein gemacht, um der katholischen Kirche den Verbleib im staatlich anerkannten Schwangerenberatungssystem zu ermöglichen. Die katholischen Stellen sollten weiterhin die Scheine ausstellen, durch einen Zusatz auf dem Formular aber dem Mißverständnis wehren, es "berechtige" zu einer straffreien Abtreibung, schreibt Knauer in der April-Ausgabe der in München erscheinenden Jesuitenzeitschrift "Stimmen der Zeit". Darin stellt er einen Text zur Diskussion, der den Frauen bei der Aushändigung des Schein auch vorgelesen werden könnte.

Nach dem Vorschlag soll die Kirche klarstellen, dass die Ausstellung der Bescheinigung "in keiner Weise eine Billigung der Abtreibung oder eine Zustimmung zu ihr" bedeute. Weiter heißt es in dem Entwurf: "Auch eine Handlung, die nicht bestraft wird, kann dennoch der Verantwortung für das Leben widersprechen". Ein Schwangerschaftsabbruch, für dessen Straffreiheit man eines Beratungsscheins bedürfe, "bleibt auch nach staatlichem Recht trotz der Bescheinigung rechtswidrig".

Die Jesuitenzeitschrift versteht den Beitrag des Fundamentaltheologen Knauer als "Lösungsvorschlag" an die von den Bischöfen eingesetzte Arbeitsgruppe. Diese soll nach Wegen suchen, wie der "eindringlichen Bitte" von Papst Johannes Paul II. entsprochen werden kann, dass in katholischen Beratungsstellen keine Scheine über die erfolgte Beratung mehr ausgestellt werden. (KNA)

Konfliktberatung: Experten streiten über Haltung der Kirche

Der Verbleib der katholischen Kirche in der gesetzlichen Schwangerenkonfliktberatung bleibt unter Experten umstritten. Am Mittwoch votierte der katholische Bonner Sozialethiker Lothar Roos in Freiburg für einen Ausstieg aus dem „Schein-System“. Damit könne die Kirche das Rechtsgewissen der Bürger schärfen und letztlich mehr Kindern das Leben retten. Der Freiburger Strafrechtler Albin Eser und der Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Walter Bayerlein, warnten vor den Folgen eines Ausstiegs für das Verhältnis von Staat und Kirche und den Lebensschutz im Ausland.

Roos kritisierte vor dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU), in einigen Bundesländern sei der Beratungsschein „so leicht zu haben“, dass die Entscheidung über Leben und Tod des Kindes im Mutterleib „faktisch privatisiert“ worden sei. Nur ein Ausstieg könne das öffentliche Gewissen mobilisieren. Der Sozialethiker verwies auf Umfragen in den USA. Dort habe sich die öffentliche Meinung in den letzten zehn Jahren „bemerkenswert“ von einer allgemeinen Akzeptanz wegbewegt. Die

Hälfte der Bevölkerung betrachte Abtreibung inzwischen als Mord. Dieser Wandel sei vor allem ein Erfolg der von der katholischen Kirche unterstützten Pro-Life-Bewegung, sagte Roos. Die Kirche in Deutschland sollte sich durch angedrohte Zuschusskürzungen nicht erpressen lassen.

„Rückzug würde Lebensschutz im Ausland behindern“

Der Leiter des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Eser, betonte, in kaum einem anderen Land schütze ein Verfassungsgericht das ungeborene Leben so weitgehend wie in Deutschland. Daher „müsste sich die Kirche verpflichtet fühlen“, den staatlichen Schutzauftrag „so weit wie möglich zu unterstützen, statt ihn zu boykottieren und damit zu schwächen“, sagte Eser der Freiburger Monatszeitschrift „Herder-Korrespondenz“. In den meisten Ländern verlagere sich das Abtreibungsstrafrecht von der Indikationsregelung zu Fristen- und Beratungsregelungen. Das gelte mit Ausnahme Polens auch für katholische Länder. Ein kirchlicher Aus-

stieg hierzulande würde das Bemühen um einen wirksamen Lebensschutz gerade in katholischen Ländern „eher behindern als fördern“, meinte Eser.

Bayerlein mahnte, ein Rückzug der Christen „in den Binnenraum herzlich Gleichgesinnter“ sei keine Alternative. Über kurz oder lang würden Kirchensteuer, Militär-, Polizei- und Gefängniseseelsorge, Religionsunterricht und theologische Fakultäten an staatlichen Hochschulen in Frage gestellt, schreibt Bayerlein in der Herder-Zeitschrift „Anzeiger für die Seelsorge“. Eser und Bayerlein äußerten sich skeptisch zu den Chancen der bischöflichen Arbeitsgruppe, die Alternativen zum Beratungsschein finden soll. Die bisherigen Ansätze führten nicht weiter, sagte Eser. Eine telefonische Rückfrage des abtreibenden Arztes komme nicht in Frage. Das Gesetz verlange eine schriftliche Bestätigung. Laut Bayerlein stehen einer Rückfrage der Datenschutz und die Anonymität der Beratung entgegen. Eine eidesstattliche Versicherung der abtreibungswilligen Frau dagegen „höhlt das Beratungskonzept aus“. Ein „Beraterbrief“, der einer anderen Stelle gestatte, den Schein auszustellen, verlagere nur das Problem. Es bleibe die Option, „den jetzigen Zustand zu belassen“, so der ZdK-Vize. (KNA 01.04.1998)

KURZ BERICHTET

US-Umfrage: Priester kein Trost beim nahen Tod

Für die Mehrheit der US-Amerikaner kann ein Priester beim Herannahen des Todes keinen Trost spenden. Nach einer Umfrage des Gallup-Instituts möchten nur 36 Prozent der US-Bürger einen Priester zur Seite haben, 57 Prozent wären im Angesicht des Todes jedoch besorgt, ob Gott ihnen ihre Sünden vergibt. 38 Prozent der Befragten erklärten, beim Herannahen des Todes über religiöse Dinge nachdenken zu wollen, während 21 Prozent mehr praktische Probleme im Auge hätten. 19 Prozent meinten, in erster Linie emotionale Fragen zu durchdenken, 19 Prozent würden sich mit gesundheitlichen Problemen auseinander setzen. (KNA)

Die Krise des Priestertums

Der Primat des Sozialen vor der Person zerstört das Sakrale

Gianni Baget Bozzo ist eine nicht leicht einzuordnende Gestalt Italiens. Ehemals aktiv in der „Democrazia cristiana“, dann ein Schützling und enger Mitarbeiter von Kardinal Siri von Genua und Chefredakteur mehrerer kirchennaher Zeitschriften, wurde er später zu einem Anhänger des Sozialisten-Chefs Bettino Craxi (den er allerdings nicht ganz zu Unrecht als „letzte christdemokratische Führergestalt auf der Linie des Antikommunismus von Karol Wojtyła“ bezeichnete). Jedenfalls zog er für die italienischen „Sozialisten“ ins Europäische Parlament ein. Baget Bozzo schreibt heute für große Zeitungen und ist ein kenntnisreicher Buchautor in Sachen Kirche und Politik. In seinem jüngsten Werk („Il futuro del cattolicesimo. La Chiesa dopo papa Wojtyła“ - Die Zukunft des Katholizismus. Die Kirche nach Papst Wojtyła) befasst er sich auch mit der Krise des Priestertums. Im Folgenden veröffentlichen wir den entsprechenden, von der Redaktion ins Deutsche übersetzten Abschnitt, der die Debatte um die Stellung des Laien in der Kirche von einer ganz anderen Seite her beleuchtet.

Den katholischen Priester hat die Säkularisierung in ihrer ganzen Wucht getroffen. Er hat seine Sakralität verloren. Was ist der Priester heute? Er ist Organisator der Kirche als soziales Gebilde: der Leiter der Gemeinde. Der säkularisierte Priester ist vergemeinschaftlicht, zum Funktionär der Gemeinde geworden. Er ist zugleich ihr Herr und Diener, aber nicht ihr Priester. Der Priester hat seine priesterliche Gestalt abgelegt, sie ist nicht mehr das Eigentliche seines Priestersseins. Die negativen Folgen des Bruchs mit dem Gedächtnis der Überlieferung und der Säkularisierung sind hier besonders spürbar geworden.

Der Priester als sakrale Gestalt ist Glied des Leibes des auferstandenen Christus, der unsere Erlösung gewirkt hat, uns sich einverleibt und uns den Heiligen Geist sendet. Der Leib ist ebenso leibhaftig wie die Sakralität. Der erklärte Leib Christi ist der gekreuzigte Leib, weil er uns mit seinem Blut befreit hat. In ihm ist die Sakralität des leiblichen und seelischen Schmerzes der ganzen Menschheit vereint. Der Priester setzt das erlösende und vergöttlichende Handeln Christi fort. Er ist als Person die Fortsetzung des heilbringenden Wirkens in seiner zweifachen Dimension: Befreiung aus der Macht Satans und Mitteilung des Lebens der Dreifaltigkeit.

Die Säkularisierung des Priesters ist deshalb in der Kirche eine

bis heute offene Wunde. Das Wort, das die Gestalt des Priesters als sakrale Person, als Stellvertreter Christi des Erlösers und Vergöttlichers am stärksten getroffen und verletzt hat, ist das so schöne Wort Pastoral. Der Priester ist zu einem Subjekt ohne Autonomie geworden, das von der Diözese, den Verbänden, den Pastoralplänen gelenkt wird.

Die Gnade des Heiligen Geistes wirkt in den Personen. Ihr Wirken hängt immer von der Entscheidung des Einzelnen ab. Das Papsttum und der Episkopat sind Zeichen des Prinzips der Person in der Institution. Jesus Christus ist eine Person und handelt durch Personen. Warum zerstört man im Priestertum diese Dimension der sakralen Person, die auf dem Gebiet des Rechts die Fähigkeit besitzt, das zu tun, was der Herr ihr eingibt? An die Stelle des antiken römischen Prinzips, des Rechts, ist im katholischen Raum die Soziologie getreten: die Organisation hat in der Tat die Freiheit ersetzt, die das Kirchenrecht verleiht. Das Recht setzt die Einzelnen als freie Subjekte voraus, die nur an die Norm, an die Grenzen der Norm gebunden sind. Die Organisation ersetzt das Recht. Das Recht ist immer Ausdruck eines Handlungsraums der Person. Die Soziologie und die Organisation machen den Priester dagegen zu einem Funktionär. Die Diözese ist keine Gemeinschaft mehr, sondern nun-

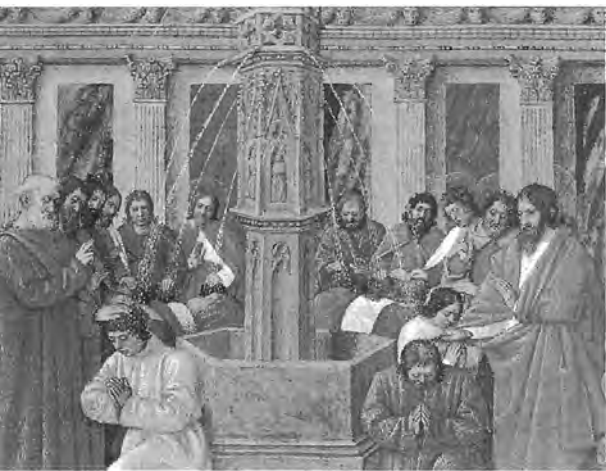
mehr eine Organisation. Die „pastorale Liebe“ ist eine Soziologisierung der Liebe.

Jesus Christus als Prinzip, auf dem die Kirche gründet, ist eine Person, und seine Werkzeuge sind Menschen als Personen. Da Christus auch weiterhin als Sohn aus der Ewigkeit wirkt, weckt er immer wahre Berufungen zum Priestertum. Da eine als Ideologie sich gebärende Interpretation des Konzils und die Säkularisierung zu einer Entstellung der Kirche geführt haben, vollziehen sich die Berufungen nicht mehr gemäß ihrem personalen Wesen, das von Christus her kommt, sondern sie müssen ihm eine unangebrachte Gestalt überstülpen, die aus den Pastoralplänen entspringt. Dazu kommt es, obgleich die persönliche Sinnfrage das bedeutendste Phänomen in der Gesellschaft unserer Zeit ist.

Wenn nun die Sakralität des Priesters als Person und als Werkzeug in Vereinigung mit dem Wirken des einzigen Priesters, nämlich Christus, verloren gegangen ist, dann fällt ganz offensichtlich auch der Zölibat als Grundmerkmal des Katholizismus als Institution. Die Pastoralplanung kann den Zölibat nur damit rechtfertigen, dass Priestersein ein Full-time-Job ist; sie kann ihm aber keine spirituelle Dimension verleihen, die mit der Beziehung zu Christus zusammenhängt. Der Pastoral ist das grundlegende Wort „Berufung“, das Wirken Christi in der Seele dessen, den er zum Priestertum beruft, unbekannt. Die Kirche kann die Berufungen nur in dem Maß pflegen, in dem sie zur Anbetung, zur inneren Gemeinschaft mit Christus führt, der das Geschenk seines Priestertums in den Leib, die Seele, den Geist einprägt. Deshalb muss dem Priester sein Priestertum, der Charakter einer sakralen Person, eines alter Christus im wahren und eigentlichen Sinn zurückgegeben werden. Denn darin besteht die priesterliche Autorität.

Die Säkularisierung innerhalb der Kirche hat deren Wirklichkeit tiefgreifend verändert. Die Säkularisierung ist aber Frucht einer

Fortsetzung auf Seite 69



Durch Gebet und Handauflegen übertrugen die Zwölf Apostel sieben Männern - von gutem Ruf und voll Geist und Weisheit aus der Mitte der Gemeinde gewählt - den Dienst an den Tischen (Apg 6,1-7). Die Sieben sind nicht „Diakone“ im Sinn des späteren kirchlichen Amtes, eher kann man ihre Tätigkeit als Sozialarbeit bezeichnen, doch haben sich zumindest Stephanus und Philippus als Prediger und Missionare hervor getan. (Aus dem Stundenbuch des Étienne Chevalier von Jean Fouquet, 15. Jh.)

Derzeit sind weltweit 22.390 Männer als Ständige Diakone im Einsatz. Mehr als die Hälfte davon entfallen auf die katholische Kirche in den USA und knapp ein Drittel auf Europa. Nur drei Prozent der Diakone wirken in den klassischen Missionsgebieten Afrika und Asien. Diese geringe Zahl begründete der Präfekt der Bildungs-Kongregation, Kardinal Pio Laghi, am 10. März bei einer Pressekonferenz im Vatikan mit der vor allem in Afrika starke Präsenz von Laien-Katecheten. Laghi gab ferner an, dass mehr als 90 Prozent der Ständigen Diakone verheiratet seien. Die nicht Verheirateten gingen mit ihrer Weihe die Verpflichtung ein, zölibatär zu bleiben.

Anlass der Pressekonferenz war die Vorstellung neuer vatikanischer Richtlinien für die Ausbildung und das Leben der Diakone in der katholischen Kirche. Die beiden Dokumente tragen die Titel „Grundsätzliche Normen für die Ausbildung der Ständigen Diakone“ und „Direktorium für das Amt und das Leben der Ständigen Diakone“. Herausgeber sind die jeweils zuständigen Kongregationen für die Bildung beziehungsweise für den Klerus. Während sich die Ausbildungsnormen nach Auskunft von Kardinal Laghi im Wesentli-

Vatikanische Dokumente zum Dienst der Diakone

Weder „erhöhter Laie“ noch „halber Priester“

chen an der jetzigen Ausbildungspraxis in den USA orientieren, gibt das 65 Seiten umfassende „Direktorium“ erstmals eine umfassende Einordnung des vom Zweiten Vatikanischen Konzil eingeführten Diakonats vor dem Hintergrund der Erfahrungen von 30 Jahren.

Stellung und Dienst des Diakons

Das „Direktorium“ betont die spezifische Berufung des Diakons, der nach den Worten des Präfekten der Kleruskongregation, Kardinal Dario Castrillon Hoyos, weder ein „erhöhter Laie“ noch ein „halber Priester“ sein soll. Der Kardinal betonte, zum Diakonats gehöre eine eigene Spiritualität, eine besondere kirchenrechtliche Stellung und ein spezifischer Dienst.

Mit Blick auf die Sakramente erklärt das „Direktorium“, dass die Feier der Eucharistie, die Beichte und die Spendung des Krankensakraments dem Priester vorbehalten bleiben. In der Liturgie stelle der Diakon das „Binglied“ zwischen der Gemeinde und dem Priester dar. Wenn es um die Aufrechterhaltung der Seelsorge gehe, hätten die Diakone im Falle von akutem Priestermangel stets Vorrang vor Laien. Die Predigt in all ihren Formen gehöre zu ihren Aufgaben, ebenso die Spendung der Taufe, die Austeilung der Krankenkommunion, die Feier der Trauung und die Leitung von Begräbnissen. Ausdrücklich ausgeschlossen wird die Mitgliedschaft der Diakone im Priesterrat der Diözese, da dieser nur den Priestern vorbehalten sei. Die Bischöfe verpflichtet das Dokument, den Diakonen klare seelsorgerische Kompetenzen zu geben, sodass sie ihren besonderen Dienst ganz ausfüllen können und nicht nur für „besonders engagierte Laien in der Kirche“ gehalten werden. Anders als die Priester dürfen sich Diakone dem Direktorium zufolge auch unmittelbar in Parteien engagieren und politische Ämter beklei-

den. Verboten ist ihnen allerdings die Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften, die sich auf „Ideologien, Praktiken und Zusammenschlüsse gründen, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind“. Anders als die Priester sind die Diakone laut dem Dokument „nicht gehalten“, eine besondere Klerikerkleidung zu tragen.

Keine Zulassung von Frauen zum Diakonats

Nach Auskunft von Castrillon plant der Vatikan derzeit nicht, Frauen zum Diakonats zuzulassen. Der Kardinal betonte, es bestehe derzeit kein Grund, die kirchliche Lehre und Tradition in diesem Punkt zu ändern. Der Dienst der in frühchristlicher Zeit bezeugten „Diakoninnen“, die durch Handauflegung für bestimmte Aufgaben in der Gemeinde bestimmt wurden, könne nicht mit dem heutigen kirchlichen Diakonats und seinem sakramentalen Charakter gleichgesetzt werden.

Der Kardinal erklärte weiter, für die katholische Kirche sei das Diakonats ein Sakrament, das „in innigster Weise und substantiell mit dem Priestertum Christi verbunden“ sei. Der ordinierte Diakon handle, wenn auch mit einem unterschiedlichen Schwerpunkt, ebenso wie der Priester „in persona Christi“, und da Jesus Christus ein Mann gewesen sei, könnten nur Männer dies tun. Castrillon Hoyos unterstrich, dass es in den neuen Dokumenten jedoch nicht um theologische Grundsatzfragen gehe, sondern um praktische Richtlinien, die 30 Jahre nach der Wiedereinrichtung des Ständigen Diakonats in der Weltkirche einheitlich geregelt werden sollten.

In Deutschland hatten sich in den vergangenen Jahren katholische Verbände und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken wiederholt für die Zulassung der Frauen zum Diakonats ausgesprochen. Auch verschiedene Bischöfe hatten die Weihe von Frauen zu Diakonen für die Zukunft nicht ausgeschlossen. (PS nach KNA)

Gottesdienst in den Katakomben

Bosnien: Katholische Kirche vor einem schwierigen Neubeginn

Dieter Klink (KNA-Korr.)

Die Kirche ist zerstört, plattgebombt, ausgeräuchert. Der Steinaltar steht noch, das Holzkreuz hängt, wo es immer hing. Und dennoch ist nichts wie früher. Brüchige Außenwände lassen erahnen, welch schönes Gebäude hier einst zur Messe lud – Überreste einer in Stein gemauerten Frömmigkeit. Ordensschwester Emanuele Tutic erinnert sich mit Wehmut und Wut: „Sie kamen über Nacht und warfen Dynamit in die Kirche. Das Pfarrhaus haben sie insgesamt dreimal angezündet, alle Räume zerstört. Einfach schrecklich.“

Der schreckliche Ort heißt Trn und liegt 15 Kilometer nördlich von Banja Luka in Bosnien. „Sie“, das sind in diesem Fall serbische Plünderer. Katholische Kroaten gehören hier zur Minderheit, vor dem Krieg stellten sie die Mehrheit in der Stadt. Doch die Namen der Ortschaften und die Geschichten sind austauschbar. Die Akteure auch. Hier die Kroaten, dort die Serben, mal sind sie Opfer, mal sind sie Täter, mal beides zugleich, je nachdem auf welchem Teilgebiet. Trotz des Friedensabkommens von Dayton und den 35.000 im Lande stationierten SFOR-Soldaten prägen noch immer geplünderte Häuser und vertriebene Menschen das Bild in dem kleinen Land. Zerstörte Kirchen und Moscheen gibt es überall in der Region, nicht nur in Trn. Dort aber geht die Angst um. Schwester Emanuele weiß, woher diese Furcht stammt: „In diesem Dorf sind nur die ganz alten Bewohner zurückgeblieben. Sie sind seit den Plünderungen völlig verunsichert, leben in der Angst, dass die Verbrecher zurückkommen und noch einmal ihre Häuser überfallen.“ Auch den Pfarrer von Trn hätten sie angegriffen. „Aber der hat sich gewehrt, sprang durch das geschlossene Fenster, seine einzige Chance“, schwärmt die resolute Frau, die dem Orden der Anbetung des Blutes Christi angehört. Und sie fragt weiter: „Ist das denn in Ordnung, so eine Abschlachterei?“

Die katholische Kirche ist seit dem 6. Jahrhundert in der Region Bosnien-Herzegowina verankert. Vor dem Krieg von 1991 bis 1995 lebten etwa 830.000 Katholiken auf dem Gebiet (etwa 18 Prozent der Bevölkerung), heute nur noch die Hälfte. Viele Pfarreien sind ausgestorben, Priester wurden ermordet oder vertrieben. Immer wieder starteten die Bischöfe des Landes Hilferufe, bitten die Weltöffentlichkeit um Beistand. Wie etwa in einem Appell vom November 1994: „Wir können nicht akzeptieren, dass wir verschwinden müssen.“ Nur wenige harrten aus. Jetzt steht die Kirche wie das ganze Land vor einem Trümmerhaufen und vor einem Neuanfang. Den Muslimen auf serbisch-bosnischem Gebiet geht es nicht besser. Allein in Banja Luka sind 16 Moscheen zerstört worden.

Dennoch: Die verbliebenen Katholiken halten an ihrem Glauben fest, mehr denn je. „Wir versammeln uns jetzt eben zum Gottesdienst in den Katakomben, so wie wir das schon getan haben, bevor wir unsere Kirche hatten“, erklärt Pfarrer Dujo Ljevar – der Priester, der sich todesmutig durch das geschlossene Fenster stürzte und nur so überlebte. Die Gemeindemitglieder erzählen diese Geschichte immer wieder. Ein bisschen Stolz ist schon dabei – stolz sind sie auf ihren mutigen Pfarrer, und ein bisschen auch auf sich selbst, auf ihr Durchhalten. Aber dann verfliegt das Hochgefühl wieder, und Trauer über das schwierige Leben macht sich breit. Trauer – auch beim Sonntagsgottesdienst in Trn ist sie zu spüren. 70 Gläubige, zu meist alte Frauen, sitzen dicht an dicht in dem engen Keller, senken die Köpfe. Emanuele spielt auf dem kleinen Harmonium und animiert die Gemeinde zum Singen. Der Gesang durchdringt den kleinen Raum – mit einem bemerkenswerten Unterton. Alle Lieder, ob Lob, ob Dank, klingen hier nach einer Anklage – hart, verbissen, vorwurfsvoll.

Die Übergangs-Kirche in Trn ist ein bescheidener, notdürftig mit Holzbänken ausgestatteter Keller-raum. An der Wand hängt ein Plakat vom Papst-Besuch in Sarajevo 1997, zu dem die Menschen von Trn mit so vielen Hoffnungen gefahren sind. Aber auch dies ist Wirklichkeit: Neben den 70 alten Mädchen schauen fünf junge Mädchen auf den Kirchenbänken fröhlich drein, wechseln sich mit Lesung und Fürbitten ab. Figuren des Neubeginns. Für Schwester Emanuele eine Keimzelle für die Zukunft.

„Diese Mädchen sind unsere Hoffnung. Es wird mit uns wieder aufwärts gehen.“ □

Fortsetzung von Seite 67

„Die Krise des Priestertums“

Konzilsideologie. Die Konzilsideologie hat zu einem Verlust der geheimnisvollen und mystischen Sprache geführt, die das Konzil eigentlich einführen wollte. Das Prinzip des Primats des Sozialen vor dem Personalen, des „großen politischen Apparats“ vor der Schwachheit der Person, hat sich rücksichtslos wie eine große Maschine in der ganzen Kirche durchgesetzt.

Das Pontifikat Pauls VI. stand im Brennpunkt dieses Konflikts zwischen den Texten des Zweiten Vatikanischen Konzils und dieser Konzilsideologie. Der Papst richtete seine Bemühungen auf die Bewahrung des Konzils in Fortsetzung der von Pius XII. begonnenen Erneuerung. Paul VI. bemühte sich, den Anstoß, den das Zweite Vatikanische Konzil verliehen hat, in Kontinuität und Tradition zu bewahren. Doch die Konzilsideologie hatte in der Kirche mehr Macht als die Autorität des Papstes. Es war das Drama des Pontifikats Pauls VI. Er wollte alles in der Kirche vereinen: den Traditionalismus, der das Konzil nicht anerkannte, und die extremsten Strömungen der Säkularisierung. (aus: DT vom 17.02.1998, ohne Autorenangabe)

Kein Ende der Gewalt in Kolumbien

Kirche hofft auf internationalen Druck

GEORG STOLL (KNA-Korr.)

Die Präsidentschaftswahlen vor zwei Wochen haben es gerade wieder deutlich gezeigt: Die Gewalt in Kolumbien lässt nicht nach. Selbst der Einsatz von einer Viertelmillion Soldaten und Polizisten konnte nicht verhindern, dass 17 Menschen bei mehr als 100 Anschlägen linksgerichteter Guerillagruppen ums Leben kamen. Doch ein Menschenleben scheint ohnehin nicht viel zu zählen in diesem Land, in dem minderjährige Kinder als Killer arbeiten und jeder vierte Einwohner eines gewaltsamen Todes stirbt.

Zehn Menschen werden Tag für Tag Opfer allein politisch motivierter Gewaltanschläge. Die meisten Morde, Einführungen, Massaker und Folterungen gehen auf das Konto rechtsgerichteter paramilitärischer Gruppen (rund 75 Prozent) und der Guerillagruppen RARC und ELN (rund 20 Prozent). Seit einiger Zeit sind auch die regulären Streitkräfte wieder verstärkt in Gewaltakte verwickelt. Dazu kommt die kriminelle Gewalt etwa im Zusammenhang mit dem Drogenhandel: 30.000 Tote im Jahr sind das makabre statistische Resultat der Gewaltbilanz.

Die katholische Kirche, zu der sich mehr als 90 Prozent der Bevölkerung bekennen, zählt zu den wenigen Institutionen, die noch über ausreichend Glaubwürdigkeit verfügen, um als Vermittler und Mahner ernst genommen zu werden. Direkt nach der Parlamentswahl haben sich die Bischöfe Mitte März in Santa Fe de Bogotá versammelt, um über eine „Pastoral für den Frieden“ zu beraten. In ihrer Schlussklärung halten sie fest, dass der bewaffnete Konflikt sich weiter verschlimmert habe durch „Drogenhandel, Entführung, Erpressung, Bestechung, selektive Morde, Massaker und zahlreiche andere Menschenrechtsverletzungen, die uns mit Abscheu und Scham erfüllen.“ Die Bischöfe fordern einen entschiedenen Einsatz für Gerechtigkeit und Entwicklung. Hoffnung setzen sie vor al-

lem auf internationale Aufmerksamkeit und Solidarität.

In diesem Anliegen haben die Bischöfe noch auf ihrer Vollversammlung Unterstützung erhalten. Auf Einladung der Kolumbianischen Bischofskonferenz hat eine internationale Kirchen-Delegation in den letzten Tagen Kolumbien besucht, die zeitweise auch an der Vollversammlung teilnahm. Die kirchlichen Vertreter aus Spanien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada und den USA unter Leitung von Erzbischof Paul Josef Cordes, Präsident des päpstlichen Rates „Cor Unum“, sollten sich aus erster Hand informieren und der kolumbianischen Kirche in ihren Friedensbemühungen den Rücken stärken.

Man habe, so der Lateinamerika-Experte Martin Bröckelmann-Simon vom bischöflichen Hilfswerk Misereor, nicht nur mit Vertretern von Politik, Kirche und Nichtregierungsorganisationen, sondern auch mit Gewaltopfern gesprochen. Ein immer wiederkehrender Aspekt in den erschütternden Berichten sei die Straflosigkeit der Täter. Oft kennen die Überlebenden die Identität ihrer Peiniger. Doch nur in seltenen Ausnahmefällen und nur auf internationalen Druck hin ist es bisher zu einzelnen Verurteilungen gekommen. 97 Prozent der Täter gehen straffrei aus, schätzen Nichtregierungsorganisationen. Während das Risiko für Mörder und Folterer gering ist, zählen die Menschenrechtsgruppen selbst inzwischen zu den bevorzugten Zielen der Anschläge. Auch zwei Mitarbeiter einer Partnerorganisation von Misereor sind im vergangenen Jahr ermordet worden.

Fakten wie diese lassen die wiederholten Beteuerungen der Regierung von Präsident Ernesto Samper, dass staatliche Stellen nicht in die Gewaltakte verwickelt sein, sondern im Gegenteil gegen die Paramilitärs vorgehen, als



Worthülse erscheinen. Bischof Jorge Ivan Castano von Quibdo konstatiert „mit einer gewissen Traurigkeit“, dass die soeben im Amt bestätigte Regierung unter einem enormen Verlust an Glaubwürdigkeit leide. Und auch an die Präsidentschaftswahlen im August habe er keine Erwartungen, jedenfalls keine guten.

Bischof Castano ist im vergangenen Jahr selbst mit dem Tod bedroht worden. Durch ihre basisnahe Arbeit, in deren Zentrum Bildung und Organisation der Landbevölkerung stehen, gerät die Kirche ganz von selbst in Konfliktzonen. Im Choco, der an Panama grenzenden Region von Bischof Castano, macht sich das deutlich bemerkbar. Die Regierung plant einen Kanal zwischen Atlantischem und Pazifischem Ozean, zahlreiche multinationale-Firmen sind an den Holz- und Goldvorkommen sowie an der enormen Artenvielfalt des Choco interessiert. Die einheimische Bevölkerung, zu 95 Prozent Afro-Kolumbianer und Indigenas, stört und wird kurzerhand vertrieben, 20.000 Menschen allein im vergangenen Jahr. Landesweit gibt es eine Million Binnenflüchtlinge in Kolumbien – einer von 40 Einwohnern. Gegenwärtig sind die Augen von kirchlichen und nichtkirchlichen Menschenrechtsgruppen nach Genf gerichtet, wo die UN-Menschenrechtskommission tagt. Bisher hat die kolumbianische Regierung nur verbal auf die Forderungen der Vereinten Nationen reagiert. Nun hoffen Kirche und Menschenrechtler auf mehr Druck aus Genf. □

Forschungsminister befragt Orakel

Visionen von einer „schönen neuen Welt“? - Delphi-Bericht vorgestellt

SEBASTIAN SANDER

Im Jahr 2014 kommt der Strom nicht mehr aus der Steckdose, sondern aus den Fensterscheiben, wo transparente polymere Solarzellen großflächig als Fensterglas eingesetzt werden. Die heute gefeierten Chipkarten an Bankautomaten und Türschlössern sind bereits im Jahr 2009 wieder völlig aus der Mode.

Computer erkennen den berechtigten Benutzer dann per Fingerabdruck oder durch Gesichtskontrolle. Von 2011 an wird das Bildtelefon in allen europäischen Haushalten selbstverständlich sein. Um 2008 herum werden die herkömmlichen Schreibtische ausgedient haben. Die Schreibplatten werden dann durch berührungssensible flache Bildschirme ersetzt.

Das ist nicht etwa einer Zeittafel im Anhang eines Science-Fiction-Romans entnommen. Zu solchen und anderen Prognosen kommt der Delphi-Report, den Bundesforschungsminister Rüttgers am 17. Februar in Bonn vorgestellt hat. Der Delphi-Report, benannt nach dem Orakel im antiken Griechenland, ist die größte Expertenbefragung zur Zukunft von Wissenschaft und Technik in Deutschland: Mehr als zweitausend Fachleute aus Unternehmen, Dienstleistung und Verwaltung, aus Hochschulen und Forschungsinstituten haben mehr als eintausend Einzelentwicklungen in zwölf Inhaltsgebieten bewertet.

Die Orakelbefragung durch den Bundesforschungsminister vollzieht sich in zwei Schritten. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie erarbeitet ein Lenkungsausschuss aufgrund der heutigen absehbaren Entwicklung von Wissenschaft und Technik Thesen über zukünftige Entwicklungen auf verschiedenen Feldern, die dann anderen Fachleuten zur Bewertung zugeleitet werden. Deren Antworten werden von dem Lenkungsausschuss gesammelt und ausgewertet und danach denselben Experten noch einmal zugeschiedt.

In dieser zweiten Runde haben die Experten dann die Gelegenheit, ihre Antworten unter dem Eindruck der Einschätzung ihrer Fachkollegen noch einmal zu überdenken und gegebenenfalls daraufhin ihre Meinung zu ändern. Da die gesamte Delphi-Befragung anonym erfolgt, braucht niemand bei etwaigen Meinungsänderungen den Gesichtsverlust in der Gesellschaft zu fürchten.

Japan – wo das System der Delphi-Befragung entwickelt worden ist – praktiziert diese Form der Zukunftsforschung bereits seit dreißig Jahren und hat damit gute Erfahrungen gemacht. Die erste deutsche Delphi-Studie zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik war im Jahr 1993 im Auftrag des Bundesforschungsministeriums vom Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) in Zusammenarbeit mit dem japanischen „National Institute for Science and Technology Policy“ durchgeführt worden. Allerdings waren damals einfach die Thesen einer entsprechenden japanischen Studie ins Deutsche übertragen worden. Für die aktuelle Studie, ebenfalls unter ISI-Leitung, hat der Lenkungsausschuss die Thesen zu siebzig Prozent aus deutscher Sicht formuliert, dreißig Prozent spiegeln eine japanische Sicht der Dinge wieder.

Rüttgers will Delphi zu einem „zentralen Steuerungsinstrument für die mittel- und langfristige Innovationspolitik“ machen. Delphi liefere das notwendige Orientierungswissen. „Delphi-Daten geben eine Informationsgrundlage für Entscheidungen, was jetzt zu tun oder zu lassen ist“, erklärte der Bundesforschungsminister.

Die größten Veränderungen entstehen dem Delphi-Bericht zufolge in Deutschland auf den Gebieten Mobilität und Transport, Information, Dienstleistung und Konsum, Management und Produktion. Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken werden dabei zur Alltags-

technik. Die technische Infrastruktur wird im bereits kommenden Jahrzehnt komplett ausgebaut sein, vermuten die Experten. Im zweiten Jahrzehnt des kommenden Jahrtausend werden die Biochips tausendmal mehr Informationen speichern können, als die heute leistungsfähigsten Halbleiterchips. Im rund um die Uhr geöffneten elektronischen Supermarkt einzukaufen wird genauso zum Alltag gehören wie per Mausklick die Urlaubsreise zu buchen, wobei in beiden Fällen mit digitalem Geld bezahlt wird.

Studenten studieren an virtuellen Weltuniversitäten. Sprachübersetzungssysteme im Taschenformat machen grenzenlose Kommunikation möglich. Bereits im Jahr 2010 gibt es den Monitor für die Handtasche: Neuartige flexible und robuste Kunststoff-Displays lassen sich falten und zusammenlegen.

Von dem Jahr 2015 an halten die Experten die technische Möglichkeiten für ausreichend, ökologische Schäden zu reparieren. So wird etwa die Wiederaufforstung der tropischen Regenwälder für möglich gehalten. Pflanzen sollen wachsen, die eine weitere Ausbreitung der Wüsten verhindern.

Für das zweite Jahrzehnt des Prognosezeitraums werden viele für die Medizin wichtige Innovationen und Erkenntnisse erwartet. Der Erforschung von Krankheiten, die bisher unheilbar sind oder nur symptomatisch behandelt werden können, wird höchste Priorität eingeräumt: etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Aids oder Alzheimer. Allerdings erwarten die Experten mit dem zunehmenden medizinischen Fortschritt auch neue ethische Schwierigkeiten und Fragestellungen.

Das Thema Beschäftigung bleibt nach Einschätzungen der Fachleute eine Achillesferse. Ohne organisatorische Veränderungen in Unternehmen, Flexibilisierung der Beschäftigungszeiten und die Wiedereinführung arbeitsintensiver Dienstleistungen seien positive Beschäftigungswirkungen nicht möglich. Die Kostenfrage betrachten die Experten nicht als die entscheidende. Dagegen wird die Bildung und ihre ständige Aktualisierung für den Einzelnen und seinen beruflichen Werdegang immer wichtiger.

Fortsetzung auf Seite 72, u. li.

Die Mark

Bevor die „Deutsche Mark“ ausgespielt hat
ist ein Blick auf ihre 50-jährige Geschichte interessant

IRMELI ALTENDORF

Als die „Deutsche Mark“ vor 50 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland, in „Westdeutschland“, eingeführt wurde, leitete sie das „Deutsche Wirtschaftswunder“, von aller Welt bestaunt, ein. Sie soll nun bald durch den „Euro“ ersetzt werden. Da ist es interessant, ihre Geschichte, die lange Geschichte der Mark, einmal näher zu beleuchten.

Die „Mark“ ist wohl das ursprünglichste deutsche Münzgewicht, stammt es doch noch von den Römern her, dem römischen Pfund, das elf Unzen betrug, etwa 330 Gramm. Die Franken übernahmen dieses römische Pfund, reduzierten dabei aber das Gewicht auf acht Unzen (oder 240 Gramm). Da die Gefahr bestand, dass sich dieses Gewicht weiter verringerte, drückten frühe Währungshüter den Gewichtsstücken, die bis dahin keine Prägung hatten, eine Marke auf. Sie waren von nun an nur mit dieser Marke gültig. Man nannte sie deshalb „gemarkte“ oder einfacher: Markstücke. Die Bezeichnung „Markstück“ ist uns noch heute geläufig; amtlich jedoch wird unsere gegenwärtige Währung „Deutsche Mark“ bezeichnet.

Man nimmt das Jahre 1048 als das Gründungsjahr der Mark an.

Fortsetzung von Seite 71

„Forschungsminister befragt Orakel“

Rüttgers kündigte an, dass weitere Auswertungen „des riesigen Delphi-Datenschatzes“ folgen werden. Industriezweigen und Wirtschaftsbranchen wolle er die Befragungsergebnisse zur Verfügung stellen. „Delphi-Daten tragen zur Weiterentwicklung der Forschungspolitik zu einer modernen Innovationspolitik bei. Für eine erfolgreiche Entwicklung von Wissenschaft und Forschung wird internationale Kooperation immer vorrangiger“, sagte der Minister. Rüttgers stellte aber klar: „Wir können die Zukunft nicht vorhersagen. Aber wir können Zukunft möglich machen“. Der Delphi-Report helfe, das Tor zum 21. Jahrhundert weiter zu öffnen.

(aus: DT vom 19.02.1998)

Sie wäre also im Jahre 2048 tausend Jahre alt. Aber offenbar wird sie dieses Jubiläum nicht erleben, vielmehr in den „Euro“ eingegangen sein.

Einteilung und Unterteilung höchst kompliziert

Als „Kölnische Mark“ mit 240 Gramm stellte sie noch bis vor 130 Jahren die Einheit des deutschen Münzgewichts dar, nach der alle Währungen im deutschen Raum ausgerichtet waren, wenn sie auch nicht überall dasselbe Gewicht hatten. Für uns hört sich die Einteilung und Unterteilung dieser „Kölnischen Mark“ höchst kompliziert an: 8 Unzen zu 2 Lot und 4 Quäntchen à 4 Pfennig = 256 Sechzehntel zu 2 Hellern von 128 Richtpfennigen = 4020 As oder 4.352 Eschen oder 65.536 Richtpfennige. Als Gold- und Silbergewicht blieb diese Kölnische Mark teilweise bis 1872 in Gebrauch. Im Volksmund kannte man die feine und die raue Mark. Die feine bestand aus Gold oder Silber von hohem Reinheitsgehalt, die raue aus legiertem Edelmetall, wobei der Anteil an Gold oder Silber vorgeschrieben war, „Probiergewicht“ genannt. Endlich gab es noch die „lötige“ Mark die nicht ganz rein war, Unreinheiten in ihr aber unbeabsichtigt entstanden, wie etwa beim Schmelzen des Goldes oder aber beim Vorgang der Prägung durch eingeprägte Schmutzteilchen.

Vielfältige Manipulationen

Schon früh wurde die Mark neben ihrer Gewichtseinheit auch zum Geldgebrauchswert, besonders als durch vielfältige Manipulationen im Edelmetallgehalt die anderen gebräuchlichen Münzsorten, wie der Silberpfennig, in ihrem Kurswert absanken. Man begann



(etwa wie heute in „Weichwährungsländern“ nach Dollar), die Waren nach Mark zu berechnen. Die Mark wurde zur „deutschen Leitwährung“. Endlich, bei Gründung des Deutschen Reiches 1871 galt die Mark als Münzeinheit für die im Reich zusammengeschlossenen Länder. Es wurde (auch aus Prestige Gründen) die Goldmark eingeführt, die 1/1395 Pfund wog, also 1/1395-tel von 500 Gramm 24 karätigem Gold. Unterteilt in 100 Kupferpfennige.

Im Zuge der Währungsreform

Mit Ende des Ersten Weltkrieges wurde allgemein die Goldwährung vom Papiergeld abgelöst, allerdings bei grossen Scheinen schon weitaus früher. Auch die Münzen enthielten, ausgenommen das Fünf-Mark-Stück kein Gold oder Silber mehr. Während das Fünf-Mark-Stück noch bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 einiges an Silber aufwies, besteht es auch heute, wie das Ein-Mark-Stück, aus einer Legierung von 75% Kupfer und 25% Nickel. Diese Legierung hat sich als besonders „grifffest“ erwiesen. 1948 wurde die Reichsmark von den westlichen Besatzungsmächten als Währung außer Kraft gesetzt und die Deutsche Mark als neue Währung installiert. Das geschah im Zuge der so genannten „Währungsreform“. Die neue Währung wurde anfänglich von den Besatzungsmächten graphisch gestaltet und als Papiergeld gedruckt.

Sorgfältig gestaltetes Markstück

1950 endlich wurde die „Papiermark“, die Mark als Papiergeld, durch ihre Münzprägung abgelöst. Dazu musste die Markmünze erst entworfen werden. Das geschah durch Josef Bernhard aus München, der sie – nach entsprechendem eingehenden Rücksprachen mit dem Bundesfinanzministerium – gestaltete. Er bemühte sich eine „gleichzeitig repräsentative wie an-

sprechende, würdige und praktikable Münze zu schaffen, deren Wert nicht nur visuell, vielmehr auch vom Tastgefühl her ebenso leicht zu erkennen sei“. Das ist ihm in der Tat gelungen. Aber die wenigsten Besitzer der D-Mark können sie exakt beschreiben.

D, F, G, J

So beträgt ihr Durchmesser genau 2,35 cm. Das Markstück ist 1,75 mm dick. Es trägt auf der Vorderseite oben, beidseitig von Eichenlaub geschmückt, eine 1, darunter die Aufschrift „Deutsche Mark“ und unter dieser Aufschrift die Jahreszahl der Prägung. Auf der Rückseite befindet sich – vom Betrachter aus gesehen – der nach links blickende Adler mit jeweils vier gespreizten Krallen, umgeben von der Inschrift „Bundesrepublik Deutschland“ und – zu Füßen des Adlers – das Zeichen der Münzprägestalt, wobei D das Bayerische Hauptmünzamt, F – die Staatliche Münze Stuttgart, G – die Staatliche Münze Karlsruhe und schließlich J – die Hamburger Münze bedeuten. Der Münzrand ist erhaben, ragt also über die Vorder- und Rückseite etwas empor und trägt zusätzlich einen Kreis kleiner Punkte oder Perlen. Die Stirnseite des Randes weist ebenfalls Verzierungen auf – als „Arabesken“ bezeichnet.

Eine der begehrtesten Währungen

Die neue Deutsche Mark hat sich – Dank einer klugen, ja perfekten Währungspolitik relativ rasch zu einer der begehrtesten Währungen, weil stabil, in der Welt „herausgemausert“. Neben dem Dollar und dem Schweizer Franken gilt sie als die sicherste und wertbeständigste. Fast in allen Ländern der Erde wurde (und wird sie noch) „unbesehen“ akzeptiert, gilt da „so gut wie reines Gold“. Damit trug sie entscheidend zur Entwicklung des Welt Handels bei. Ihr hohes Ansehen bewirkte nicht zuletzt mit das schließliche Ende des „Kalten Krieges“. Ihr Anteil an der deutschen Vereinigung kann nicht unterschätzt werden.

Wirksame humanitäre Hilfen

Erst durch ihre Stabilität wurde es möglich tatsächlich wirksame

humanitäre Hilfen zu leisten, wie etwa die Entwicklungshilfe, aber auch jene indirekten Hilfen durch den Tourismus, den Welthandel mit dem Warenaustausch in vielerlei Variationen. Die deutsche Mark leitete nicht nur das „Deutsche Wirtschaftswunder“ (1953) ein, das mit Hilfe des Marshall-Planes seinen Anfangsschwung bekam, sie schuf ebenso durch hochmoderne technische Möglichkeiten, von ihr initiiert, den bei Katastrophen schnellen und dadurch wirksamen Einsatz bis „in jeden Winkel der Erde“.

Sie fing Wirtschaftskrisen auf

Ohne ihre Stabilität wäre ebenso wenig der hohe Stand im Gesundheitswesen hierzulande denkbar, wie alle jene Dinge der Lebensqualität, die wir, wenn auch kritisch, hoch schätzen. Wirtschaftskrisen konnten, Dank der D-Mark, aufgefangen und gemildert werden. Mit dieser Mark kann man (fast) alles kaufen. Der Pfennig jedoch ist bedeutungslos geworden,

ebenso das Zwei-Pfennig-Stück. Die Herstellung ist teurer als der aufgeprägte Wert. Zehn- und Fünfzigpfennigstücke, eine Mark, fünf Mark gibt es in Münzen, auch einige Zehn-Mark-Stücke; Fünfzig-, Hundert-, Fünfhundert-, Tausendmark in Scheinen. Sie wurden zunehmend fälschungssicher gemacht.

Humanisierung des Lebens

Die Frage, wie es ohne die stabile Deutsche Mark in der Welt gegenwärtig politisch und wirtschaftlich aussähe, ist nicht konkret zu beantworten. So viel ist gewiss, dass sie Entscheidendes zu Humanisierung unseres Lebens beiträgt, vor allem auch zur Nutzung jener Freiheit, die uns die demokratische Ordnung ermöglicht. □



Ein „Flutzeichen“ im Oderbruch

Kaum war die Gefahr des Juli-Hochwassers 1997 im Oderbruch gebannt, luden das Amt Barnim-Oderbruch, der Landrat des Kreises Märkisch-Oderland, der Bürgermeister der Gemeinde Neuküstrinchen und der Deichgraf zu einem offenen Skulpturenwettbewerb ein. Mit einem „Denk-Mal!“ sollte an die Wochen von existentieller Bedrohung einer 250 Jahre alten Kulturlandschaft und an die geleistete solidarische Hilfe aus allen Teilen Deutschlands erinnert werden. In der regionalen Not war Deutschland ein gutes Stück weiter zusammengewachsen.

Erinnern wir uns

Durch außergewöhnlich starke Regenfälle im Einzugsbereich von Oder, Neiße und Weichsel im südlichen Polen und im westlichen Tschechien wurden im Juli 1997 weite Landstriche überflutet:

In **Polen** kamen mindestens 55 Menschen ums Leben, 16 Städte und 180 Dörfer – insgesamt 650.000 ha Land – wurden überschwemmt; rund 160.000 Personen mussten evakuiert werden.

In **Tschechien** starben 49 Menschen, etwa 500 Städte und Gemeinden wurden überflutet, ein Drittel der Industrieanlagen beschädigt. Die ökologischen Folgen sind noch unabsehbar.

In **Deutschland** war das im Bundesland Brandenburg, nördlich von Frankfurt/Oder gelegene, der Oder durch Eindeichung abgerungene Oderbruch betroffen. Nach Deichbrüchen am 20. Juli bei Brieskow-Finkenheerd und am 24./25. Juli bei Aurith wurde die Ziltendorfer Niederung mit rund 7.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche weitgehend überflutet. Aus diesem Gebiet sowie aus dem gefährdeten oberen Oderbruch (zwi-



„FLUTZEICHEN IM ODERBRUCH“ des drittplatzierten Künstlers Robert Blum, dessen Säule an die Höhe der Flut erinnern soll und auf deren Spitze sich Sandsäcke stapeln. Zum besseren Verständnis wurde das Modell mit Hilfe einer Fotomontage in die Landschaft hinter dem Oderdeich projiziert.

(Foto: Amt Barnim-Oderbruch)

schen Lebus und Hohensaaten) wurden 5.200 Menschen evakuiert (Wiederaufhebung der Maßnahme am 11. August). 50.000 Helfer (Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz und Freiwillige), von denen 14.000 Hilfskräfte ständig im Einsatz waren, konnten die übrigen aufgeweichten Dämme durch Millionen von Sandsäcken stabilisieren. Nach vorläufigen Berechnungen beläuft sich der Gesamtschaden im Oderbruch auf 500 Mio. DM. Allein die Instandsetzung der Deiche soll etwa 130 Mio. DM kosten.

Die Bundeswehr hatte an der Bewältigung der katastrophalen Situation den größten Anteil. Über 40.000 Soldaten mühten sich teilweise unter Lebensgefahr, einen Bruch der Oderdeiche zu verhindern (s.a. Volker Böhler „Ohne die Hilfe der Soldaten wäre alles viel schlimmer geworden“ in AUFTRAG 230, S. 37 ff.). Die Bevölkerung von Schwedt bis Eisenhüttenstadt erlebte militärische Führung und Soldaten aller Ränge als Retter in der Not und Helfer zum Anfassen. Sie erlebten, dass militärischer Dienst sich nicht im Kommandieren und Gehorchen erschöpfte, sondern dass reaktions-schnelle, sachgerechte Führung und selbständiges Handeln die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr insgesamt und die Haltung des Einzelnen bestimmten. „Schützen, Retten, Helfen“ war das Motto der im Oderbruch eingesetzten Truppe.

Wer heute durch das Oderbruch reist und mit den Menschen spricht, spürt ihr Vertrauen, das die Bundeswehr dort errungen hat: Niemand hat Verständnis für die von interessierter Seite Seite vor-

getragenen Angriffe hinsichtlich einer rechtsradikalen Gesinnung. „Wir wissen es besser“, heißt es dort, wir haben die Soldaten und ihre Führer erlebt!“

Skulpturenwettbewerb

Es war eine Frage der Zeit, bis aus der Bevölkerung des Oderbruchs der Wunsch hochkam, durch ein äußeres Zeichen den Soldaten der Bundeswehr und allen anderen Helfern für ihre Leistung zu danken und die Erinnerung an die Bedrohung durch das Wasser wachzuhalten. Es sollte ein Dank-Mal sein, das die Bürger zum Nach-Denken anregt. Dabei sollte insbesondere deutlich werden, dass der Ausspruch Friedrichs des Großen, diese Provinz ohne Verlust

Deichbauten am Oderbruch sind seit Anfang des 16. Jh. dokumentiert. Das obere Oderbruch wurde 1715–35, der mittlere und nördliche Teil 1747–53 unter Friedrich II., dem Großen, trockengelegt und besiedelt. Damals erhielt die Oder streckenweise ein neues Bett, darüber hinaus wurde ein Kanalsystem zur Entwässerung gebaut, wodurch etwa 300 km² Land kultiviert wurden. Heute leben in dem 640 km² großen Gebiet mit rd. 80.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche rd. 19.000 Menschen.

Das **Oderbruch wurde mehrere Male überflutet**. 1736 starben bei einem Hochwasser 171 Menschen. Beim Winterhochwasser 1947 setzte die Oder nach Deichbrüchen fast 60 Dörfer unter Wasser, mindestens 15 Personen kamen ums Leben. Nach einem Eishochwasser im Winter 1981/82 erhöhten die DDR Behörden die 167 km langen Deiche um 80 Zentimeter auf 1,40 Meter.

auch nur eines einzigen Soldaten gewonnen zu haben, nun durch die Feststellung ergänzt werden konnte, dass diese Provinz im Sommer 1997 wiederum durch den Einsatz von Soldaten vor Überflutung gerettet wurde.

In unmittelbarer Nähe der „Beinah-Deichbrüche des Oderdeiches am km 70,5 und 70,3 in der Gemeinde Neuküstrinchen soll eine Skulptur aufgestellt werden. Sie soll unter der Bezeichnung „Flutzeichen“ landschaftsprägend das Areal markieren, Aufmerksamkeit auf sich ziehen und zum Respekt vor den Kräften der Natur und der menschlichen Leistung mahnen.

Schirmherr des Wettbewerbs ist der brandenburgische Umweltminister Matthias Platzeck. Aus 67 eingereichten wählte eine Jury im November 1997 drei Entwürfe aus. Erstplatziert hatte sich der Potsdamer Künstler Christian Roehl, der eine große, an ihrer Spitze zurückweichende Welle aus Metall konstruierte. „Balance der Kräfte“ des Cottbuser Matthias Körner, bei der sich zwei verschränkte Metallblöcke schutzgebend gegeneinander legen, wurde auf den zweiten Platz gesetzt. Dritter ist der Entwurf eines Künstlers aus dem Oderbruch, Robert Blum, dessen Säule an die Höhe der Flut erinnern soll und auf deren Spitze sich Sandsäcke stapeln.

Die Modelle dieser drei Entwürfe sind gegenwärtig zusammen mit einer Fotodokumentation zur Oderflut in der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam zu sehen. Von Potsdam aus geht die Ausstellung weiter nach Bonn und soll dann von der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn) für Präsentationen in verschiedenen Soldatenfreizeitheimen übernommen werden.

Das „Flutzeichen“ soll noch in diesem Jahr errichtet werden. Gegenwärtig werden die technischen, finanziellen und landschaftlichen Bedingungen für seine Realisierung geprüft. Wer das Projekt finanziell unterstützen möchte, wird auf das Spendenkonto hingewiesen:

Kto: 1300022236 bei der Sparkasse MOL, BLZ 170 540 40, Vermerk: „Spende Flutzeichen“. (PS)

Vom endgültigen Niedergang der Kriegsberichterstattung in unserer Zeit

CARSTEN KIEßWETTER

Die Operation „Wiederherstellung der Hoffnung“ oder: Das am schlechtesten gehütete Geheimnis der Militärgeschichte

Östlich des somalischen Hafens Mogadischu zeigen sich die Umrise eines amphibischen Fahrzeuges. Die Vorhut der „Joint Task Force“ kommt – wie bestellt und bezahlt – zur besten Sendezeit. Als sich das amerikanische Fernsehpublikum am Dienstag, dem 8. Dezember 1992 abends, aufmunitiert mit Bierdosen, Chips und was sonst noch für den Fernsehzimmerkrieg von Nöten ist, vor den Geräten versammelt, waten die ersten zwölf von Minenangst geplagten Elitesoldaten der US Navy an den Strand. Sie werden nicht vom Feind, sondern von den Bildmedien sehnsüchtig erwartet. Nicht marodierende Banden verfolgen sie, sondern auf Schritt und Tritt die Journaille, hochgerüstet mit Mikrofonen, Scheinwerfern und Notizblöcken.

Zum Auftakt der Operation „Wiederherstellung der Hoffnung“ sieht sich die Truppe einer Armada von Journalisten als der feindlichsten aller Kräfte gegenüber. Gegen sie kämpfen nicht stark bewaffnete Banden, die sind bereits Tage vorher in sicherer Distanz in Deckung gegangen, sondern eine bestens informierte internationale Journalisteninvasion. Tage zuvor hatten sie aus dem Pentagon Informationen erhalten und hatten genau an der Stelle ihre Operationszentralen aufgeschlagen, an der die schwer bewaffneten Kampfschwimmer, die „Navy Seals“, landen sollten. Die militärischen Führer vor Ort waren jedoch sehr schnell besorgt, dass die so genannte vierte Gewalt, die von der übergeordneten Führung gezielt dorthin delegiert worden war, in der Hauptstoßrichtung herumsteht, zudem setzten die Scheinwerfer der Fernsehkameras die Nachtsichtgeräte außer Gefecht, sodass sich deshalb der Sprecher von Verteidigungsminister Cheney, Williams, zu folgender

Aussage in der nächtlichen Pressekonferenz genötigt sah: „Wenn ihr über ein Fußballspiel berichtet, dann postiert ihr ja eure Leute auch nicht im Strafraum, auch wenn dies der beste Beobachtungspunkt ist. Ihr bleibt vielmehr außerhalb des Spielfeldes.“

Da das Landungsmanöver eines der am schlechtesten gehüteten Geheimnisse der Militärgeschichte gewesen ist, drängt sich der Verdacht geradezu auf, dass die militärische Hilfsaktion für das von einer Hungersnot gezeichnete Somalia ein gigantisches Medienspektakel war, um das Image der USA mit einer augenfälligen Demonstration internationaler Solidarität und humanitär verbrätem patriotischen Pathos zu stärken. Über die politischen Hintergründe, die wirtschaftlichen Verflechtungen und das Versagen der Weltgemeinschaft wurde nicht oder kaum berichtet. Um Somalia ist es in den internationalen Medien ja auch wieder so still geworden, wie vor dem humanitären Strohfeuer im Dezember 1992.

Die Kriegsberichterstattung ist seit dem Golfkrieg auf einem absoluten Tiefstand.

Der erosionsartige Niedergang der Kriegsberichterstattung hatte bereits im Kuwait-Krieg 1990 einen traurigen Tiefpunkt erreicht. Rückblickend wird nun immer deutlicher, wie viel Desinformation während des Golfkrieges betrieben wurde.

So brauchte das Pentagon lange, um der amerikanischen Öffentlichkeit und den Golfkriegs-Veteranen – gut sechseinhalb Jahre nach dem Ende des Kuwait-Krieges – mitzuteilen, dass möglicherweise bis zu 100.000 amerikanische Soldaten bei ihrem Golfkriegseinsatz dem Nervengas Sarin ausgesetzt waren.¹⁾

Noch im April 1994 hatte die gleiche Behörde mitgeteilt, es gebe keinen Hinweis auf die Freisetzung von Giftgasen im Zusammen-

hang mit dem Golfkrieg. Im Januar 1995 hieß es noch, Berichte lägen zwar vor, dürften aber aus Gründen der Geheimhaltung nicht veröffentlicht werden.

Wenige Monate später versuchte der damalige CIA-Direktor Deutch, die Öffentlichkeit zu beruhigen. Er behauptete, Giftgase seien im Golfkrieg nicht freigesetzt worden. Im Juni 1996 verlautete dann jedoch aus dem Pentagon, bis zu 400 amerikanische Soldaten seien „in Schutzbekleidung“ chemischen Kampfstoffen ausgesetzt gewesen. Im Oktober des vergangenen Jahres berichtete man über etwa 20.000 Soldaten, die „ohne Schutzbekleidung“ chemischen Kampfstoffen ausgesetzt gewesen sind. Im Juli 1997 wurden unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Veteranenverbände weitere Einzelheiten bekannt. Schon seit 1983 war die CIA bestens über die irakischen Chemiewaffenlager unterrichtet, hatte diese Erkenntnisse aber im Kuwait-Krieg „versehentlich“ unter Verschluss gehalten. Als dann amerikanische Truppen am 10. März 1991 in der irakischen Stadt Khamisijah ein Waffendepot sprengten, hatten sie keine Kenntnis davon, dass das Depot Granaten mit Sarinfüllung enthielt. Jetzt ist bekannt, dass die in der Golfregion stationierten Soldaten nach dem 10. März noch am entferntesten Einsatzort mindestens 0,13 Milligramm Sarin ausgesetzt gewesen sind. Sarin ist zwar erst ab einer Dosis von 100 Milligramm je Kubikmeter Luft tödlich, eine Konzentration von einem Milligramm führt jedoch bereits zu schweren Dauerschäden des Nervensystems.²⁾

Zehntausende amerikanischer Golfkriegsveteranen müssen nach den Eingeständnissen des Pentagons nun zwar nicht mehr mit dem Vorwurf leben, sie seien Simulanten, „whimps“ (Weichlinge) oder Psychopathen, aber der Umgang mit dem Golfkriegs-Syndrom ist nicht das einzige Beispiel für Vertuschungsversuche im Zusammenhang mit dem Golfkrieg.

**„Das erste Opfer des Krieges
ist die Wahrheit“ oder: Ein Blick
in die Geschichte der
Kriegsberichterstattung**

Ebenso wie bei der Berichterstattung über die Operation „Hoffnung“ in Somalia, stand bei der Golfkriegs-Berichterstattung die politische und vor allem die historische Wahrheit im Dienste der Tagespolitik. Wiederum schien Rudyard Kiplings Feststellung zu gelten: „Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.“⁽³⁾

Zwingend notwendig erscheint dies allerdings nicht zu sein, was ein Blick in die Geschichte des Krieges zeigt.

Chronisten haben seit dem Altertum das Kriegsgeschehen illustriert. Aus der Schule kennen wir alle Julius Caesars „de bello Gallico“, eine von ihm eigens verfasste Kriegsberichterstattung, um die hohen Kosten des Feldzuges zu rechtfertigen. Prokopius hat als Kriegshistoriker den Kampf der Byzantiner gegen die Barbaren in Italien beschrieben, Josephus Flavius in „de bello Judaico“ den römischen gegen die Juden. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert wurden derlei Berichte meist von ehemaligen Offizieren verfasst, die sich als Militärpublizisten betätigten. So auch der junge Winston Churchill im amerikanisch-spanischen Krieg auf Kuba und im Vernichtungskrieg der Engländer gegen die Buren in Südafrika und Ernest Hemmingway, der sich zum Teil durch den spanischen Bürgerkrieg und die Etappe der Schauplätze der alliierten Landung an der Westfront schrieb und soff. Letzterer ist hierfür wohl das bekannteste Beispiel.

Die Engländer, vor allem die ehrwürdige „Times“, verfügten als Erste in der Neuzeit über gebildete, der Wahrheit verpflichtete Kriegsberichterstatte, die das englische „fair-play“ beachteten. Ein Charakterzug, den die englische Massenpresse unseres Zeitalters vollständig auf dem Altar des Mammons geopfert hat. So war die einzige Aufgabe der englischen Boulevardpresse (Sun, Daily Mail) während des Falkland-Krieges (1982) darauf abgestimmt, das englische Volk in unreflektierten „Hurra-Patriotismus“ zu versetzen. Solch aufgeputschte Emotio-

nen wenden sich jedoch schnell gegen besonnene Kräfte im eigenen Lager. Damit verengt sich die eigene politische Handlungsfreiheit.

Der Times-Reporter William Howard Russell wird auf einem nach seinem Tode in der Londoner St.-Pauls-Kathedrale errichteten Epitaph als der erste und größte unabhängige Kriegsberichterstatte der Neuzeit überhaupt genannt. Russell war durch einen Zufall als Sonderkorrespondent auf die ferne Krim geschickt worden. Er berichtete regelmäßig über den Krieg, den die Türken mit Hilfe der Briten und der Franzosen seit Winter 1853/54 gegen das Zarenreich führten. Mit der Schlagzeile „Sturm der leichten Brigade“ gelang Russell der berufliche Durchbruch. Er beschrieb in diesem Artikel ein Gefecht, das am 25. Oktober 1854 bei Balaklawa nahe der strategisch wichtigen Festung Sewastopol stattgefunden hatte. Das von Russell wiedergegebene Gefecht wurde in England zum Sinnbild für die Verantwortungslosigkeit der übergeordneten Führung und der damit verbundenen sinnlosen Menschenopfer.⁽⁴⁾

Russell schrieb: „Unsere Schweren Reiter konnten nichts tun, als zu versuchen, jenes Häufchen von Helden zu decken bei ihrem Rückzug ... Und 35 Minuten nach elf Uhr gab es außer den Toten und Sterbenden keinen britischen Soldaten mehr vor den moskowitzischen Kanonen.“ Rund 600 englische Reiter waren den russischen Kanonen entgegengaloppiert, 426 fielen. Russell zitierte den französischen General Bosanquet, der die Attacke mitverfolgte: „Das war ja ungemein beeindruckend, aber mit Kriegsführung hat sowas nichts zu tun!“ England war empört, denn zum ersten Mal wurde die grausame Seite des modernen Krieges ungeschminkt beleuchtet.

Russell war die Sorte des innerlich und materiell unabhängigen, gebildeten und abenteuernden Kriegsberichterstatte. Die erste Pflicht und Tugend des Militärjournalismus beruhte damals noch auf absoluter persönlicher Integrität und Unabhängigkeit des einzelnen Journalisten. Es verband sich eine distanzierte Haltung gegenüber der Politik – auch gegenüber der des eigenen Landes – mit

einem Mitfühlen für die Akteure – auch für die Gegner – und ein tiefes Wissen um das Wesen des Krieges und einer Sympathie für das Militär.

Mit dem ersten Weltkrieg nahm das Verhältnis von Presse und kriegsführender Politik und dem Militär eine neue Qualität an. Die Ansätze dazu hatten sich bereits im Krimkrieg gezeigt. Die Totalität der Vereinnahmung der Presse zeigte ihr ungeschminktes Gesicht jedoch erst ab dem Jahr 1914. Dies in ausnahmslos allen Ländern der kriegsführenden Parteien. Die alten politischen Weisheiten und abendländischen Gepflogenheiten des *ius ad bellum* und des *ius in bello* begannen in den Materialschlachten, in Ypern, an der Somme, in ganz Flandern und an der Ostfront unterzugehen. Europa verlor nicht nur die Blüte und einen gewichtigen Teil seiner Jugend, sondern auch seine Kunst des Friedens und somit die Weisheit aller Politik. Die Presse war nun zu einem Teil der Kriegsmaschinerie geworden. Auflagenstärke, dummlicher Chauvinismus (nicht Patriotismus!), die Polemik und Lüge bzw. Halbwahrheit waren die Waffen, die man ihr aushändigte. Der einzelne Journalist verlor seine Unabhängigkeit, seine Distanz zum Geschehen – zum Krieg an sich – und damit seine Unabhängigkeit zur politischen und militärischen Führung. Der Militärjournalismus politisierte und prostituierte sich. Ebenso wie die politischen Führungen der Zwischenkriegszeit verlor auch er seine Glaubwürdigkeit. Der moderne und totale Krieg hatte ihm seine Integrität genommen und ordnete ihn zu geschlossenen Reihen einer politischen Kampfpresse.

Der zweite Weltkrieg verstärkte diese Tendenz. Die Identifikation dieses Krieges mit einem oftmals überzogenen und verbrämten pseudo-humanitären Ethos und mit verlogener Gesinnung auf allen Seiten schien alle politischen und historischen Fragen beantwortet zu haben. In einem Weltanschauungskrieg, in dem das „unfehlbare Gute“ gegen das „absolut Böse“ kämpft, stellen sich die Fragen nach den wirklichen Ursachen und den wirklichen Hintermännern eines Krieges nicht.

Die Berichterstattung des Vietnamkrieges oder: Wurde der Vietnamkrieg wirklich am heimischen Fernseher verloren?

Die Berichterstattung über den Golfkrieg war nur ein weiteres Remake in dieser Hinsicht. Fritz Raddatz bemerkte hierzu: „Verglichen mit der Nachrichtenpolitik im Golfkrieg war die Nazi-Wochenschau ein Dokumentarfilm.“ Der Zweite Weltkrieg brachte eine starke Personifizierung des Krieges mit sich. Es wurde vor allem auf alliierter Seite ein platter Personenkult kreiert. Patton, Eisenhower, McArthur wurden zu Kassenschlagern der Lorbeer-Heldenepen aus Hollywood. Bomber Harris und seine Schlichter-gelesen avancierten zu aufrechten Kämpfern für demokratische Freiheit und Recht. Es trat eine Amerikanisierung und Vulgarisierung des Militärjournalismus ein (Lothar Rühl).

Eine Fortsetzung fand dieser platte Massenwahn in der Huldigung des Generals Schwarzkopf durch die Boulevardmedien.⁵⁾

Der plakative Charakter der Boulevard – und Illustriertenpresse mit ihren Oberflächlichkeiten, Plattitüden, Banalitäten, dem Mangel an intellektueller Schärfe, kritischer Distanz und sachlicher Substanz übertrug sich auf die Kriegsberichterstattung. Im Laufe der fünfziger Jahre, in denen sich der Übergang zur totalen Massenkommunikation bzw. Massenmanipulation in großem Stil vollzog, kam die Erkenntnis des alten Clausewitz zu Ehren, „dass das öffentliche Bewusstsein ein strategischer Faktor ist, der im Krieg und im Kampf um den Willen des Volkes wirkt.“

Die Wirkung von ausschnittweisen – damals noch mehr Bild als Fernsehdarstellungen – hatte sich im Ansatz bereits im algerischen Unabhängigkeitskrieg (1954-1962) gezeigt. Es folgte der Vietnamkrieg. Man hat oft behauptet, dieser Krieg sei am Fernseher in den USA entschieden worden. So auch Ex-Präsident Bush, der nach dem militärischen Sieg am Golf behauptet hatte: „Das Gespenst von Vietnam ist endlich begraben! Man hätte auch den Vietnamkrieg bei einer besseren Medienpolitik siegreich zu Ende führen können.“⁶⁾

Larry Heinemann – der in den Sechzigern in Vietnam gekämpft hatte – stellte dagegen fest, dass die Idee, der Vietnam-Krieg hätte gewonnen werden können, eine unhaltbare Spekulation ist und bleibt. Der amerikanische Journalist und Kriegsberichterstatter Dr. George Cord, der als einer der wenigen bis zur 17. Parallele am Ben Hai Fluss vorgestoßen war, prophezeite bereits 1965 dem amerikanischen Botschafter Henry Cabot Lodge in aller Öffentlichkeit: „There is no light at the end of the tunnel“, also der Vietnam-Krieg könne niemals gewonnen werden. Wie dem auch sei, ohne die täglichen Fernsehbilder wäre dieser Krieg in den USA nicht so verhasst, die USA-Politik nicht so umstritten gewesen.⁷⁾

Eine Tendenz wurde damals bereits sehr deutlich: Die emotionale Empfindlichkeit der eigenen Bevölkerung, die weit vom wirklichen Kriegsgeschehen und vom Kriegsschauplatz entfernt saß, wurde bis in das Mark getroffen. Durch die ausschnittsweise und großflächige Dramatisierung eines eh schon dramatischen Geschehens wurde die Aggressivität oder Zustimmung gegen oder für diesen Krieg aufgeheizt. Das Bild schafft ein öffentliches Bewusstsein, und dieser Krieg wurde deshalb zu einem Spektakel der breiten Masse in den USA. Und nicht nur dort – deutsche Studenten zogen damals mit „Ho-Ho Ho-Chi-Min“-Rufen über den „Ku-Damm“ und durch Heidelberg.

Die Kommentare über diesen Krieg wurden weniger von Kennern vor Ort gegeben. Ein enger Mitarbeiter des damaligen Bischofs von Saigon versicherte mir, „es waren ein paar Dutzend Journalisten, von den Militärs gegängelt, die über den Krieg berichteten.“ Die Fiktion dieses Krieges wurde von Multiplikatoren entworfen, die aus der Ferne und vor allem mittels der Bilder Stimmung und Betroffenheit erzeugten und so Politik trieben. Sie erzeugten mittels Bildern – im negativen Sinne von Clausewitz – öffentliches Bewusstsein. Die Wirkung des Bildes hatten die Zensoren der Militärbehörden unterschätzt. Die Technik des Bildes privilegiert den dramatischen Effekt. Bilder sind Momentaufnahmen eines Gescheh-

ens, sie haben eine starke Faszination für den Betrachter, ohne jedoch den Hintergrund näher zu beleuchten. Die Politiker und die Militärs haben daraus gelernt. Vor das – auch nur in Ansätzen mögliche – Dokumentarische wurde eine rigorose Zensur geschaltet. Der Krieg um die Falklands war der erste Krieg ohne Bilder.⁸⁾ Grenada folgte!

Die neue Qualität der Berichterstattung oder: Die Lähmung der Seelen.

Eine neue besondere Qualität hat die Fernsehberichterstattung über den Golfkrieg erfahren. Während des gesamten Kriegsverlaufes erlaubten die Zensoren auf alliierter und irakischer Seite nicht, die Schrecken des Krieges zu zeigen. Es blieb eine technisch abstrakte Ästhetik der vorgezeigten Videobilder aus den Cockpits der US-Kampfflieger. Filme von exakt in das Ziel fliegenden Raketen gaben der tödlich ernstesten Sache den zweifelhaften Unterhaltungswert eines Videospiels. Die Massenmedien trugen im Golfkrieg erstmals total zur Konstruktion von Wirklichkeitsmodellen eines Krieges bei, die von den Zuschauern aufgegriffen wurden und dann fester Bestandteil ihrer eingebil deten, dann so genannten eigenen Weltansicht wurden.

Es sind die Auswahlentscheidungen auf den verschiedenen Stufen des „newsmaking“ und der Produktion, die eine Filterwirkung zwischen Ereignis, Nachricht und Nachrichtenverarbeitung mit sich bringen. In der Krisen- und Kriegsberichterstattung wird diese Auswahl noch um viele zusätzliche Filter erweitert. Die technischen Möglichkeiten in der Nachrichtenaufnahme, -übertragung und -produktion führten zu grundsätzlich neuen Bedingungen. Es ist heute generell möglich, Krisen- und Kriegsereignisse in Echtzeit zu übertragen. Das System von CNN, die Echtzeit zur vorherrschenden Zeit zu machen, erlaubt dem Zuschauer keine kritische Distanz, keine Zeit in der Vorher und Nachher unterschieden werden können. Der Philosoph Paul Virilio stellte fest: „Das Bild der Direktzeitübertragung ist ein

Filter, durch die Bildeinstellung im räumlichen Sinne, aber auch und vor allem im zeitlichen Sinne: es ist ein monochronischer Filter, der nur die Gegenwart passieren lässt ... Wir sind mit einer videoskopischen Technik konfrontiert, mit einer Logistik der Wahrnehmung, die uns alle auf das Korn nimmt und nach und nach vereinnahmt.“

Durch ständiges Umschalten an die verschiedenen Schauplätze eines Konfliktes kann ein Gesamtzusammenhang und eine eigene Dynamik der Ereignisse hergestellt werden. Paul Virilio stellt weiterhin fest: „Die Felder der Geschwindigkeitsexzesse sind von Opfern dieses Gefechts übersät.“ Virilio meint die Lähmung unserer Seelen, denn die Unsichtbarkeit und Nichtwahrnehmbarkeit der Geschwindigkeit und Aktualität entfernter, elementarer und kriegsgerischer Geschehnisse hat uns die Fähigkeit zur Erinnerung und zum Mitfühlen genommen.

Im Dezember 1990 und kurz vor Ausbruch des ersten Golfkrieges hielt ich einen wehrpolitischen Vortrag in Würzburg. In der sich anschließenden Diskussion äußerte sich ein junger Student und Reserveoffizier mir gegenüber wie folgt: „Das, was jetzt zwangsläufig komme (die militärische Auseinandersetzung am Golf), sehe er weniger tragisch. Wir Deutschen seien endlich einmal in der glücklichen Situation, einen Krieg aus der Ferne beobachten zu dürfen. Wir müssten zwar finanziell etwas aufbringen, dafür würden jedoch andere für unser Öl kämpfen. Er hatte als Würzburger von seinen Eltern nicht mehr vermittelt bekommen, was die „flächenmäßige alliierte Bombardierung strategisch wichtiger Ziele“ in der Entschlüsselung bedeutet. Herbert Kremp ließ sich in der Bonner „Welt“ vom 19.01.1991 zu folgendem Zynismus hinreißen: „Er (Saddam Hussein, C.K.) wird immer tiefer amputiert, und es entspricht der Logik des Krieges, dass die chirurgischen Schnitte, die seine Reichweite verkürzen, immer tiefer gehen müssen, auch in die Wohngebiete seiner Städte.“

Die graphische Gestaltung der Fernsehnachrichten stand während des Golfkrieges vielleicht vor ihrer größten Aufgabe. Im Golf-

krieg ging es um die Fähigkeit der Massenmedien, die Nachrichten zu liefern und ihnen auch eine Gestalt zu geben, und um die Fähigkeit von Regierungen, die Nachrichten zu formen und zu kontrollieren. Noch nie war die Berichterstattung über einen Konflikt dermaßen von sorgfältig gestylten elektronischen Bildern dominiert. Es war der erste wirkliche Video-Logo-Krieg; neben den raffinierten Produktionen der Operation „Wüstengraphik“ nehmen sich Filme aus der Vietnamzeit primitiv und altmodisch aus. Und da ein animiertes Gemetzel natürlich nicht in Frage kam, entsprachen die Videobilder hundertprozentig den Absichten des Pentagons, das Töten und den Krieg gegen die zivile Bevölkerung zu verschleiern.

Der moderne Krieg und seine Technologien, präzise und hochgeschwindig, haben allmählich alle emotionalen, betroffenen machenden Effekte in der Betrachtung und Behandlung des Bildes eines Kampfgeschehens abgeschafft. Der totale Krieg mit der totalen Berichterstattung tendiert dahin, den Szenarioeffekt in einem umhüllenden, permanenten, immateriellen, technischen Effekt aufgehen zu lassen. Mit den neuen Misch-, Kommunikations- und Darstellungsmitteln und Systemen verschwindet die Welt im Krieg, und der Krieg als einzelne Erscheinung entschwindet den Augen der Welt. Darin besteht der Effekt der Lähmung, des latenten Psychoterrors und der Beeinflussung der eigenen Bevölkerung. Selbst sonst Besonnene werden mitgerissen. Der Vietnam-Veteran Norman Mailer, vor zwanzig Jahren einer der engagiertesten Gegner des Vietnam-Krieges, stellte zu seiner eigenen unsäglichsten Überraschung fest, dass er gefühlsmäßig für diesen Krieg gewesen sei. Er, Mailer, der eingefleischte Antimilitarist, sei sogar so weit gegangen, den Generalen am TV ein halbes Ohr zu leihen. Mailer erklärte dies mit der katastrophalen Situation seines Landes: „Die Tatsache war, dass Amerika in Misere, Misskalkulation, Sklavengeschichte und Obsession versank. Da hat sich tief in mir jede Eigenzensur entzogen.“

Die Direktübertragung des „chirurgischen Krieges“ lässt

sämtliche Skrupel und Zweifel fahren. Man sieht die „Scud – Raketen“ ja bereits tausende von Kilometern entfernt, bevor sie in Tel Aviv einschlagen oder im Anflug neutralisiert werden – darin liegt eine der Hauptfaszinationen für den Medienkonsumenten. Es ist eine kinohafte Identifikation im Sinne des Scheinbaren. Es ist heute jeder sein eigener kleiner Kriegsschauplatzbeobachter am heimischen Bildschirm. Die Bilder der modernen Kriegspropaganda sind eine Art Studiobilder, sie verweigern jede echte Aussage. Das Wesen und die Geschwindigkeit der modernen Nachrichtentechnologien – das Phänomen der Echtzeit – hintertrifft die Fähigkeit menschlicher Wahrnehmung. Die Bilder verweigern jede Aussage – oder täuschen bewusst, so wie die gesprochenen Nachrichten heute fast bar jedes Informationsgehaltes sind.

Im modernen Krieg sind nicht mehr nur die Akteure vor Ort ausschlaggebend, sondern Millionen von Fernsehzuschauern, mit deren Geld das ganze Spektakel finanziert wird. Es kommt die Macht der Abwesenden in das Spiel. Zurzeit wird der öffentliche Raum durch das öffentliche Bild verdrängt. Der Golfkrieg brachte eine Informationsschwerelosigkeit, hinter deren permanenten Einstellungen die möglichst hohe Auflösung der gesellschaftlichen Wirklichkeit vonstatten ging. Der Krieg ist zum magischen Schauspiel für alle geworden, und der moderne Soldat ist in einer Doppelrolle: Er ist Akteur, und er ist Zuschauer. Zu seinen Waffen gehören die Werkzeuge, mit denen man wahrnimmt. Alles was man wahrgenommen hat, ist auch schon verloren. Mit der Geschwindigkeit der Waffenträger konkurriert die Geschwindigkeit der Präsentation in der Operationszentrale, damit theoretisch und praktisch via Satellit Sekunden später in den heimischen Wohnzimmern.

Die Berichterstattung über den Golfkrieg oder: Die Operation „Wüstenlüge“

Der Golfkrieg von 1991 und dessen Berichterstattung bot einen beklemmenden Anschauungsunterricht, wie Kriegsberichter-

stattung gegen die elementarsten journalistischen Prinzipien verstoßen kann. Beim noch nicht völlig abgestumpften Medienkonsumenten führte die Berichterstattung zu einem endgültigen Glaubwürdigkeitsverlust der internationalen Medien. Der Züricher Professor Dr. Saxer nannte die Golfkriegsberichterstattung darum den „zweiten großen Informationsgau“ des internationalen Mediensystems seit Tschernobyl.“ So wurde permanent gegen die alte Agenturregel verstoßen: „get it first, but first get it right.“⁽⁹⁾

Das Diktat des Aktualitätsprinzips und der von den Medien selbst gesetzte Zwang zur ständigen aktuellsten Nachrichtenproduktion führte zur massenhaften Verbreitung ungeprüfter, durch die Zensur bewusst verfälschter oder erlogener Nachrichten. John Chancellor von NBC traf den Nagel auf den Kopf, als er – wenn auch erst nach dem Krieg – über die Operation Wüstensturm schrieb: „Der Krieg führte einen Tross von Mythen, Missverständnissen und Übertreibungen mit sich. ... Berichte über irakische Gräueltaten wurden fraglos akzeptiert. Es gab die Legende von den Frühgeburten, die in einem kuwaitischen Krankenhaus aus den Brutkästen geworfen und ihrem Schicksal überlassen worden waren. ... Tatsachen wurden nicht wahrgenommen, die Wahrheit wurde verbogen, und es gab einen Wust an Mythen und Missverständnissen.“

Es wäre schön, wenn die Brutkasten-Story das einzige Beispiel einer erfolgreichen Propaganda geblieben wäre. Es gibt jedoch hunderte davon. Auch ein durchaus glaubwürdiges Bild von irakischen Soldaten, die – ohne jede militärische Disziplin – vergewaltigen und plündern, geriet nach dem Krieg in Zweifel. „Paris Match“ brachte am 28. März 1991 ein Foto, das irgendwann während der irakischen Besatzung Kuwaits aufgenommen worden war: Man sah darauf ein irakisches Exekutionskommando, das in Kuwait-Stadt sechs Männer, deren Augen verbunden waren, erschoss. In der Erläuterung zu dem Bild hieß es, das Foto sei am 30. November 1990 bei der Redaktion eingegangen, und man habe angenommen, dass es Iraker bei der Erschießung von

kuwaitischen Widerständlern zeigte. Am ersten Dezember erfuhren die Redakteure, dass es in Wahrheit um die Hinrichtung von disziplinlosen irakischen Soldaten ging, die beim Plündern in Kuwait-Stadt erwischt worden waren.

Ein weiteres Paradebeispiel dieser Desinformationspolitik bot der Medienrummel um die amerikanischen „Patriot“-Raketen, die „ihre schützende Hand“ über Israel und Saudi Arabien gelegt haben sollten. General Schwarzkopf meldete damals „33 von 33 Scud zerstört“.

Militärexperten bezweifeln heute die Wirksamkeit dieses Waffensystems. Theodore Postol, zuständig für Nationale Sicherheit am Bostoner Massachusetts Institute of Technology (MIT), spricht sogar von einem völligen Fehlschlag des Waffensystems. Postol bezweifelt zwar nicht, dass die „Patriots“ eine gewichtige psychologische Rolle im Golfkrieg spielten und der Glaube an den unüberwindbaren Schutzschild letztlich Israel davon abhielt, in den Krieg einzutreten. Wirksam getroffen aber hätten sie kaum. Im Gegenteil: Postol kam bei seinen Video-Analysen zu dem Schluss, dass die Israelis ohne „Patriots“ vielleicht sogar mit weit weniger Zerstörungen davongekommen wären. Aus der anfänglichen Abschussquote von 100 % wurden nun 40 % für die über Israel abgeschossenen Raketen. Die Liste derlei propagandistischer Falsch- und Fehlinformationen ließe sich weiter führen.¹⁰⁾

Auch im Falle des Krieges gegen den Irak hat die Weltpresse wieder einmal jede Spur geschichtlicher Aufklärung vermissen lassen. So brachte „Newsweek“ als erste amerikanische Zeitschrift in der Ausgabe vom 4. Februar 1991 eine ausziehbare Karte vom Kriegsgebiet. Auf einer der vierfarbigen Karten der Region wurde unter dem Titel „Jahrzehnte der Unruhe“ durch kleine Textblöcke innerhalb der einzelnen Länder angeblich die Geschichte des Nahen Ostens seit dem Zweiten Weltkrieg vermittelt. Vor dem Krieg hatte es dort offenbar keine nennenswerten Ereignisse gegeben. So erfuhr die breite Öffentlichkeit natürlich auch nichts darüber, wie willkürlich die Briten 1922 die Grenzen von Irak, Kuwait und Sau-

di Arabien festlegten. Oder über die reizvolle historische Pointe, dass die Berater des kuwaitischen Herrschers 1938 den Zusammenschluss mit dem Irak empfahlen, dieser aber von den Briten verhindert wurde. Kuwait empfand sich in den dreißiger Jahren, als das ganze Ausmaß seines Ölreichtums noch nicht bekannt war, als arm im Gegensatz zum Irak. Ghazi Ibn Faisal, der damalige irakische König, stützte sich auf die wirtschaftliche Ungleichheit und auf jahrhundertlange wirtschaftliche Bindungen, als er die Vereinigung des Irak mit Kuwait und den übrigen Golfstaaten forderte. Eine solche Neuordnung war für die Briten, die in der Region nach dem Prinzip des „teile und herrsche“ vorgingen, nicht annehmbar, und so wurde der kuwaitische Herrscher Scheich Ahmad Al Sabah veranlasst, seine Berater zu entlassen und die Resolution zugunsten einer Vereinigung für ungültig zu erklären. Es kam darauf zu Unruhen in Kuwait, und Ghazi wollte eingreifen und das Scheichtum besetzen. Man setzte ihn unter Druck, davon Abstand zu nehmen. Die ganze Angelegenheit endete im April 1939 abrupt mit einem tödlichen Autounfall Ghazis.

So war auch mit dem Beginn des Golfkrieges vergessen, dass Saddam über viele Jahre ein treuer Freund der USA war, ja, dass er in dem zweifelhaften Ruf steht, jahrelang den amerikanischen CIA unterstützt zu haben und von diesem unterstützt zu werden. Noch im Mai 1990 war Hussein für das Pentagon ein ganz gewöhnlicher nahöstlicher Diktator, der seine politischen Gegner zufällig mit Giftgas umbrachte. Nur vier Monate später stellte ihn die amerikanische Regierung als das beispiellos teuflische Gegenstück zu Adolf Hitler hin, plötzlich und unerwartet fand der irakische Präsident Gefallen daran, Gas gegen ethnische Minderheiten, besonders gegen die Kurden, einzusetzen – und, falls es ihm gelingen sollte, gegen israelische Juden. Bereits im März 1988 hatte der Diktator mittels Giftgas ein bedeutsames Massaker unter den Kurden in Halabdscha angerichtet. Es kamen damals rund viertausend kurdische Zivilisten ums Leben.

Als im Laufe des Sommers 1990

einige Kongressmitglieder den amerikanischen Handel mit dem Irak einer strengeren Kontrolle unterwerfen wollten, wehrte die Bush-Administration diese Bemühungen zynisch ab. Und bei dem Gespräch zwischen der amerikanischen Botschafterin Glaspie und Hussein am 25. Juli 1990 gaben die USA eindeutig zu erkennen, dass sie bei einem Konflikt zwischen Kuwait und Irak nicht intervenieren würden.

Der nächste Wüstenkrieg ist bereits vorprogrammiert. Die Wüste

ist für die moderne Hochgeschwindigkeitstechnologie der am besten geeignete Kriegsschauplatz. Wie in einem schlechten Fortsetzungswestern rüstet sich der Diktator Saddam Hussein erneut mit konventionellen Waffen auf. Auch die gnadenlose Verfolgung von echten und vermeintlichen Regimegegnern wird im Irak munter weiter und im großen Stil praktiziert. Das nächste Remake in Sachen „Wüstensturm“ scheint also gesichert zu sein – dies in garantierter Videoclipzeit.

der weitgehenden Gefügigkeit des größten Teils der Presse während des Vietnamkrieges beschlossen. Amerikas künftige Kriegsplaner, nicht das Risiko einer unzensierten Berichterstattung über ihre Konflikte einzugehen. MacArthur, John, R.; Die Schlacht der Lügen, München, 1993 S. 154 f..

- 8) Die Thatcher-Regierung hatte beim Falkland-Krieg 1982 neunundzwanzig Korrespondenten, Fotografen und Techniker in Pools zusammengefasst und auf Schiffen der Royal Navy, die dem argentinischen Feind im Südatlantik entgegengedampften, untergebracht. Ihre Meldungen wurden damals – und später – einer strengen Zensur unterworfen.
- 9) Als bestes Beispiel kann hier die Propagandalüge der aus den Brutkästen gerissenen Säuglinge dienen. Die Horrorkampagne wurde durch die Werbefirma Hill and Knowlton in Szene gesetzt. Die Kampagne stand bereits lange vor dem Beginn des Golfkrieges fest, eingefädelt hatte sie deren Vorstandsvorsitzender Robert G. Gray, der bei den Republikanern seit vielen Jahren die Fäden zieht, vgl. auch: Ulfkotte, Udo: „Es gab Bilder, die belegen sollten, dass irakische Soldaten bei ihrem Einmarsch in Kuwait Babys aus den Brutkästen gerissen und angeblich auf die Betonböden geworfen hatten. Erst drei Jahre nach dem Ende des Krieges wurde bekannt, dass eine britische Werbeagentur 10,8 Millionen Dollar für diese frei erfundene Geschichte bekommen hatte. Die auf dem verschwommenen Foto zu erkennenden „Babys“ waren in Wirklichkeit Puppen, denen man die Arme verdreht hatte.“; Ulfkotte, Udo; Doch Opfer von Giftgas?, In der Berichterstattung über den Golfkrieg blieb die Wahrheit oft auf der Strecke, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.07.1997.
- 10) „Kaum einen Monat ist es her, dass der amerikanische Rechnungshof (General Accounting Office) einen Bericht über die tatsächliche Schlagkraft der eingesetzten Waffen veröffentlichte. In Wirklichkeit, so erfuhr die Öffentlichkeit, waren die eingesetzten modernsten amerikanischen Waffensysteme weit weniger erfolgreich, als ihr bislang suggeriert worden war. Sowohl die Erfolge der lasergesteuerten Bomben als auch der F-117 Kampfflugzeuge und der angeblich vom Radar nicht auszumachenden Stealth-Tarnkappenbomber waren geschönt worden: 'Der Unterschied zwischen dem, was im Zusammenhang mit dem Luftkrieg bei der Operation Desert Storm behauptet wurde, und dem, was tatsächlich passierte, war manchmal beachtlich', heißt es in dem Bericht. Die Effektivität des Einsatzes sei „begrenzt“ gewesen. Selbst die modernsten westlichen Waffensysteme hätten in nur 41 Prozent ihre Ziele getroffen. Für das Kampfflugzeug F-117 war die Zahl noch geringer, und selbst die angeblich unsichtbaren Tarnkappenbomber wurden von den Irakern beschossen.“ Ulfkotte, Udo; Doch Opfer von Giftgas?, In der Berichterstattung über den Golfkrieg blieb die Wahrheit oft auf der Strecke, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.07.1997.

Anmerkungen:

- 1) vgl. Ulfkotte, Udo; Doch Opfer von Giftgas?, In der Berichterstattung über den Golfkrieg blieb die Wahrheit oft auf der Strecke, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.07.1997.
- 2) ebd.
- 3) Die Erkenntnis wird fälschlicher Weise dem amerikanischen Senator Hiram Johnson zugeschrieben, der diesen Ausspruch 1917 populär machte. Dagobert Lindlau bemerkt hierzu: „Das erste Opfer eines jeden Krieges ist die Wahrheit. Auch damals (1917, C.K.) war das keine Neuigkeit. Es galt genauso im Jahre dreidreißig vor Christus. Inzwischen ist aus Scham und Kalkül eine Industrie der Desinformation geworden, die von eben jenen über die Verteidigungssetats bezahlt wird, die getäuscht werden sollen.“ MacArthur, John, R.; Die Schlacht der Lügen, München, 1993, S. 8.
- 4) MacArthur stellt fest: „Edwin Lawrence Godkin von den Londoner „Daily News“ und William Howard Russell von der Londoner „Times“ haben für die moderne Kriegsberichterstattung hohe Maßstäbe gesetzt, indem sie die Unfähigkeit britischer Offiziere im Krimkrieg enthüllten. Dennoch ist die Qualität des Kriegsjournalismus seit 1853 uneinheitlich gewesen, und einige der erfolgreichsten Reporter und Fotografen haben einfach Glück gehabt: Sie waren zur rechten Zeit am rechten Ort und wuchsen mit der Aufgabe. Bewegungsfreiheit erhöht die Chancen einer guten Berichterstattung, ist aber keine Garantie. Und auf einem riesigen Wüstenschlachtfeld werden die Chancen nicht besser.“ MacArthur, John, R.; Die Schlacht der Lügen, München, 1993, S. 164.
- 5) MacArthur weiß über Schwarzkopf zu berichten: „Im April 1979 hatte Schwarzkopf erstmals einen größeren Fernsehauftritt in dem Fernsehfilm, der das Buch „Friendly Fire“ von C.D.B. Bryan einem breiteren Publikum nahe brachte. Es ging um die unbeabsichtigte Tötung eines Soldaten, der unter Schwarzkopfs Befehl in Vietnam von den eigenen Kameraden erschossen worden war. Im Film trug der einfühlsam porträtierte Schwarzkopf jedoch einen anderen Namen (Oberst-

leutnant Byron Schindler), und so waren es hauptsächlich die Leser von Bryans Buch, die schon von ihm gehört hatten, als er im August in Saudi-Arabien in das Rampenlicht trat. „Storming Norman“, wie ihn die Medien taufen, hatte Glück gehabt, dass er bei der stümperhaften amerikanischen Invasion Grenadas 1983 stellvertretender Befehlshaber war. Richard Gabriel und Paul Savage, ehemalige Offiziere des militärischen Nachrichtendienstes, schrieben 1984 im „Boston Globe“: „Was in Grenada wirklich geschah, war ein Exempel militärischer Unfähigkeit und kläglichster Ausführung.“

MacArthur, John, R.; Die Schlacht der Lügen, München, 1993, S. 122.

- 6) MacArthur verneint diese Theorie: „Solchen Unsinn (der Vietnamkrieg wurde am heimischen Fernseher verloren, C.K.) muss man leider ernst nehmen, denn er war nicht nur die Grundlage einer staatlichen Zensur während des Golfkrieges, sondern er bewahrte darüber hinaus einen Mythos, der in der Praxis den Schutz, den das First Amendment der Presse garantiert, inzwischen stark ausgehöhlt hat. ... Normalerweise, – und das wurde im Golfkrieg erneut deutlich – folgt die Presse dem Beispiel der Politiker und schart sich um die Fahne, wenn dann die Schießerei beginnt. ... Die Presse hat mit anderen Worten in keinem Fall den Ausbruch eines Krieges verhindert, und sie hat in keinem Fall die Regierung gezwungen, einen Krieg zu beenden. ... Nach dieser verdrehten Vorstellung stehen gottähnliche Verleger und Fernsehgewaltige im Zentrum des Weltgeschehens, und unerschrockene Reporter können zu Initiatoren historischer Umwälzungen werden.“ MacArthur, John, R.; Die Schlacht der Lügen, München, 1993, S. 128 f.
- 7) „Für die Operation Wüstensturm hat das Pentagon sicherlich befürchtet, dass es wieder zu einer knieweichen Unentschlossenheit kommen würde, falls die Amerikaner beim Abendessen Bilder von Leichensäcken und verwundenen Soldaten auf dem Bildschirm erleben würden. Trotz der Dürftigkeit des Arguments, dass Vietnam wegen der Presse verloren gegangen sei, und

Begegnungen mit Ernst Jünger

Zum Tode des Schriftstellers

HELMUT FETTWEIS

Als „Romancier und Essayist von hohem Rang“ hat der „Osservatore Romano“ den verstorbenen Schriftsteller Ernst Jünger bezeichnet. Zur Zeit des Nationalsozialismus sei Jünger ein „kritischer Nazi“ gewesen, der Hitler vorgeworfen habe, die Massen zu verführen. Weiter heißt es in der Würdigung des „Osservatore“, Jünger habe sich zeitlebens gegen die „große Technologie-Schwemme und die Massenzivilisation“ gewandt.

Helmut Fettweis war als junger Offizier 1943 bei einer Begegnung in Paris von dem „Pour le mérite“-Träger Ernst Jünger tief beeindruckt. Viele seiner Werke hat er gelesen. Über seine Wertschätzung, die er für diesen Zeitzeugen und distanzierten Chronisten unseres Jahrhunderts empfindet, berichtet Fettweis in seinem Ernst Jünger würdigenden Beitrag.

Der Schriftsteller Ernst Jünger ist am 17. Februar 1998, wenige Wochen vor seinem 103. Geburtstag gestorben. Es ist bemerkenswert, wenn ein Mensch dieses biblischen Alters erreicht. Bedeutsamer allerdings ist, dass er es in geistiger Frische erreichen konnte und in seinen Werken Aussagen macht, die über zwei Generationen an Erfahrung reichen und auch den Kommenden noch Anlass zum Nachdenken gibt.

Zu seinem 100. Geburtstag erinnerte ich mich der persönlichen aber auch der Begegnung mit seinem Wort. Der geehrte und verehrte Meister des Wortes zeigte sich ungewöhnlich vital und geistig von jener Brillanz die man an ihm schätzt. Über solche kleinen Anmerkungen, wie: „ältester Schriftsteller der Welt“ zeigte er sich amüsiert. Solche Dinge treffen den aufgeklärten Geist nicht. Er weiß sich selbst einzuordnen. Er will mit seinen Werken die Botschaft des Lebens an seine Mitmenschen weitergeben. Seine Bücher waren und sind stets Reflexionen, über die das Leben bestimmenden Kräfte, ihre Gesetze, ihr Spiel und das Zusammenwirken aller Einflüsse, die die Sinne bezaubern und den Geist nie zur Ruhe kommen lassen.

Seine Aussagen bewegen den Menschen und bewerten den Menschen in seiner unübertreffbaren Persönlichkeit. Sein Weltbild ist keineswegs überwiegend christlich, aber dennoch von einem christlich beeinflussten Humanismus. So ist auch sein Streben zu verstehen, kein Unrecht zu dulden.

Und dennoch wirft man dem Dichter vor, er habe sich nicht deutlich genug von den Nazis distanziert. Wer die damalige Zeit erleben konnte, weiß, dass das nicht stimmt. Doch damit will ich versuchen, zu meinen „Begegnungen“ überzuleiten.

Als junger Oberleutnant bin ich 1943 auf einer Veranstaltung in Paris gewesen, auf der eine Fülle hochrangiger und hochdekorierten Herren vom Militärbefehlshaber von Frankreich, General von Stülpnagel, eingeladen waren. Damals waren noch relativ „friedliche“ Zeiten in Frankreich. Und ich war zu der Ehre nur dadurch gekommen, dass ein dienstälterer Kamerad etwas Besseres vorhatte. So wurde ich auch wenig beachtet, konnte aber mehr beobachten. Unter dem Stab des Befehlshabers fiel mir ein Hauptmann auf, der von Gestalt eigentlich zart und nicht sehr groß erschien, im Äußeren eine vornehme Haltung mit einer elegant geschneiderten Uniform verband. Er trug den ihm als Leutnant im Ersten Weltkrieg 1918 verliehenen höchsten Militärorden „Pour le mérite“ und fiel auch daher auf. Ich beobachtete ihn den ganzen Abend. Seine unnachahmliche Art mit hohen Generalen umzugehen, aber auch jüngere Kameraden wie mich ins Gespräch zu ziehen, war eindrucksvoll. In seinen Werken war mir Jünger sehr lebendig.

Mit wahren Lesehunger las ich noch in der Schulzeit und später in der Bücherei meiner Schwadron im Jahr 1938: „In Stahlgewittern“. Ich habe das Buch seitdem nicht



Ernst Jünger,
* 29. März 1895, † 17. Februar 1998,
als Hauptmann im Zweiten Weltkrieg

wieder gelesen und wollte es vor diesem Bericht auch nicht lesen.

So hoffe ich, den Eindruck wiedergeben zu können, den das Buch damals auf mich gemacht hatte. Es schilderte mir die Grausamkeit des Krieges. Es klang für mich die Sinnlosigkeit an, wenn um Gräben und Trichter gekämpft, gestorben und oft lange gelitten wurde. Es zeigte sich aber auch, dass der Mensch im größten Leid noch zu Taten fähig ist, die sein Überleben zu sichern scheinen.

Ich besprach den Inhalt mit meinem Vater, der allerdings den Krieg in der Grausamkeit der Materialschlacht nicht erlebt hatte. Er bestätigte aber das Leid, das ein Krieg – welcher Art auch immer verursacht. So war für mich das Werk „In Stahlgewittern“ eher kriegsabschreckend. Später müssen das „Parteibücher“ wohl auch gemerkt haben, denn das Buch wurde „stillschweigend“ aus der Auswahlliste zur Einrichtung von Kompaniebüchereien gestrichen.

Mein nächster Kontakt mit dem Schriftsteller war dann ein Werk „Geheimnisse der Sprache“, das mir ein jüngerer Bruder in einem Heimaturlaub zu lesen gab. Dieses – weithin anscheinend vergessene – Büchlein faszinierte durch die Darstellung der Modulationsfähigkeit unserer Sprache. Der Vokal als der vergänglichere Stoff des Wortes wird ebenso gewürdigt wie der Konsonant, der die besondere Bedeutung zum Ausklang bringt. Die Vokale – so der Schriftsteller – bilden das eigentliche Fleisch der Worte und Sprachen, sie scheinen mehr den

weiblichen Akzent der Worte wiederzugeben. Die Konsonanten bilden das Gerippe, den männlichen Teil der Sprache – Sprachen. Die dazu gebrachten Beispiele sind auch heute noch reizvoll zu lesen. Sie unterscheiden sich wohl tuend von dem vielfach benutzten abgehakten Stil mancher Zeitgenossen – besonders auch im Rundfunk die Sitte – Unsitte, alles in zweieinhalb Minuten zu packen.

Allerdings taucht dabei die Frage auf, ob man heute noch die Muße hat, „Worte zu wägen“ oder über des „Wassers Wogen“ nachzusinnen. Kann man in unserer Zeit noch nachempfinden, welche Fülle an innerer Ruhe fühlbar wird, wenn man hört oder liest: „Abends, wenn der Duft blühender Orangenbäume und der in Marmorbecken eingepflanzten Geraniendbüsche in die Salzluft des Meeres einzuströmen begann, saßen wir gern in der freundlichen Gesellschaft unseres Wirtes hinter einer oder mehreren Karaffen am Tisch.“ (aus „Dalamatiner Aufenthalt“, Geheimnisse der Sprache, S. 47).

In der Not und Drangsal des Krieges hatte ich Zeit, diese Abhandlungen zu lesen und mich wach zu halten für Gedanken, die jenseits von Tod und Vernichtung lagen. „Das Wunderbare ruft in uns kein Erstaunen hervor, denn das Wunderbare ist uns am tiefsten vertraut. Das eigentliche Glück, das uns sein Anblick bereitet, liegt darin, dass wir die Wirklichkeit unserer Träume bestätigt sehen“ (ebd. S. 78/79).

Ich kaufte mir wenig später „Blätter und Steine“. In einer Kurzfassung heißt es: „In den Abschnitten über den Krieg und vor allem in dem über den Schmerz gibt Jünger einer Weltschau Ausdruck, die eine ganze Generation von Deutschen kennzeichnet und bestimmt“. Diese Zusammenstellung hat Jünger 1934 im Harz erarbeitet. Er hat damit als Schriftsteller vorweg genommen, was eine ganze Generation erleben und erleiden sollte. Und der Autor zitiert in einer Fußnote aus Augustinus „Gottesstaat XXI. 3“: „Denn der Seele ist es eigentümlich, Schmerz zu empfinden, nicht dem Leib.“

Weiter führt er seine Überlegungen, die auch beinhalten: „... in

allen seinen Staaten stellt sich ihm (*Red. dem Menschen*) die gegebene Ordnung nur als Grundlage oder als Übergang zu einer künftigen dar.“ – Kein Gedanke an ein 1000-jähriges Reich.

Weihnachten 1942 gewidmet, erreichte mich dann erst Ende Januar ein Buch, das mein Bruder mir sehr ans Herz legte: „Auf den Marmorklippen“. Mein Bruder, der jünger, lebte noch in der Heimat bevor er 1943 in Russland vermisst, niemals wieder aufgetaucht ist. Er hatte etwas mehr Zeit, Bücher zu lesen. Er war von diesem Wort so angetan, dass er mich teilhaben lassen wollte an den Gedanken des Dichters, die seinen so ähnlich waren. Die Widmung war – vielleicht – in Hintergedanken für die Zensur, vorwiegend auf „Schönheit und Erhabenheit der Sprache“ abgestellt. Dennoch mir wurde bald schon deutlich, dass hier die Erzählung „von dem Ansturm dämonischer und anarchistischer Mächte“ einen Bezug zur Realität brachte. Und wenn man dann (z.B. S. 28/29) davon las, dass der „Oberförster“ als großer Herr angesehen und als ein wenig ridicul empfunden wurde, schon allein, weil sein grüner Frack mit goldenen Ilex-Blättern bestickt war, so konnte man schwerlich auf einen Vergleich mit lebenden Personen (Göring?) verzichten. Manche Vergleiche „die alten Kenner, ... die die wieder aufzurichten“ bestrebt waren, lösten Gedankenketten aus, die man nicht so leicht vergessen konnte. Dieses Werk hat Jünger Ende Februar 1939 am Bodensee begonnen, am 28. Juli 1939 in Kirchhorst bei Hannover beendet und im September 1939 beim Heer durchgesehen. Es ist ein prophetisches Buch und enthält all die Phasen des Leides, das wir als Volk erleben mussten.

Nach dem Krieg habe ich mir das Buch „Subtile Jagden“ gekauft. Das Buch im Mai 1967 vollendet, hat der Dichter immerhin mit 72 Jahren verfasst. Es schildert die „Jagd im Bereich des Mikrokosmischen“. Der Autor verfällt nicht der Versuchung seine entomologischen Neigungen allein in die Fachwissenschaft einzubringen, sondern er nimmt sie als Grundlage, zu einer Reflexion über das Leben und alle Kräfte, die die-

ses bestimmen. Er versteht es, die verwirrende Vielfalt der Erscheinungsformen zu entziffern als Elemente einer „Partitur“, die in die Harmonie der Welt führt. Das Buch ist anmutig geschrieben und beschenkt den Leser durch Wort und Inhalt. Noch manches Wort wäre zu den leidenschaftlichen Werken zu sagen, mal wäre der Erzähler zu würdigen, ein andermal der Philosoph. Dahinter aber steht der Mensch Ernst Jünger. Seine Entwicklung vom „Sorgensohn“ zum harten Frontsoldaten des ersten Weltkrieges über den empfindenden und empfindsamen Dichter zu einem beinahe Diplomaten im zweiten Weltkrieg – er war in Paris bei Franzosen und Deutschen bekannt und beliebt – zum prophetenhaften Mahner in der heutigen Zeit ist ein einzigartiger Lebensweg. Er ist auch für uns in der Bundeswehr von Bedeutung. Seiner Überzeugung getreu, „nur die Wahrheit“ zu sagen, wurde er 1944 aus der Wehrmacht „entfernt“. Nur seine große Bekanntheit, sein Ansehen bei den höheren Offizieren und auch Teilen der deutschen zivilen Intelligenz, sowie seiner Tapferkeit in zwei Kriegen verschonte ihn vor dem Volksgerichtshof. Hitler selbst soll dem Präsidenten des Volksgerichtshofs die Anklage untersagt haben.

Das ist ein weiterer Anhalt dafür, dass Hitler es zuweilen nicht wagte, populäre oder höchstgeachtete Menschen umzubringen. Er nahm jedoch Gelegenheiten wahr, wenn sich ein äußerer Anlass anbot – Verwundung von Rommel – oder wenn ihm durch einen populären Heerführer oder Parteiführer – Straßer, Röhm – unmittelbar Gefahr zu drohen schien.

Auch über diese Abgründe menschlichen Denkens geben die Werke Jüngers Anlass zum Nachdenken. Sein Schlusswort am Tage seiner Ehrung zum 100. Geburtstag ist bemerkenswert: „Ich danke meinen Freunden und meinen Gegnern. Beide gehören zum Karma (*Red.: indischer Begriff für das Schicksal des Menschen aufgrund seiner Taten*). Ohne sie kein Profil.“

Übrigens, Ernst Jünger konvertierte in seinen letzten Lebensjahren zur katholischen Kirche. Er ist im Frieden mit Gott und der Kirche sanft gestorben. □

„Mustereinrichtung“ des Grauens

Vor 65 Jahren wurde das Konzentrationslager Dachau eröffnet

PRISKA SAUER-LONGINOTTI (KNA-Korr.)

Die Nacht auf den 24. Januar 1939 war eisig kalt. Im Konzentrationslager Dachau gab es Tote. Die Häftlingsgemeinschaft musste stundenlang nachts zum Appell stehen, weil einem von ihnen die Flucht aus dem Ort des Grauens gelang. Die Schwächsten überlebten die Qual nicht. Kollektivstrafen und willkürliche Ermordungen gehörten zum Alltag im KZ. Die Nazis waren noch nicht einmal zwei Monate an der Macht, als am 20. März 1933, vor 65 Jahren, der damalige Münchner Polizeipräsident Heinrich Himmler die Eröffnung des Dachauer Konzentrationslagers verkündete. Es war das Erste seiner Art und diente den Nazis als „Modell“ für die anderen Arbeits- und Vernichtungslager. In ihm lernte die SS ihre menschenverachtenden Methoden.

Zu den Schachzügen Hitlers auf dem Weg zur Diktatur gehörte es, die politischen Gegner systematisch auszuschalten. Nachdem die Gefängnisse bald überfüllt waren, sollten die Gefangenen in neu geschaffenen Konzentrationslagern „umerzogen“ werden. Bereits am 22. März, zwei Tage nach der Ankündigung durch Himmler, trafen in Dachau die ersten 150 Häftlinge ein. Während zu Beginn vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler inhaftiert waren, befanden sich später auch andere dem Regime nicht genehme Bürger, wie Juden, Geistliche, Zigeuner und Homosexuelle, unter den Gefangenen. Überlebende von Dachau berichten von Schlägen zur Begrüßung und dem „Ritual der SS“, bei dem den Häftlingen die Haare geschoren, die Kleidung und persönliche Habe abgenommen wurden. Fortan waren sie nur noch eine Nummer. Ihre Körper steckten in gestreiften Häftlingsanzügen, die oft zu groß oder zu klein waren. Aufgenähte farbige Winkel kennzeichneten ihr angebliches „Vergehen“.

Rücksichtslos und brutal beutete die SS, unter deren Führung das KZ seit April 1933 stand, die Arbeitskraft der Gefangenen aus. Sie zwang Häftlinge in Handwerksbe-

trieben zur Arbeit, andere schufteten außerhalb des Lagers in Kiesgruben, im Straßenbau und im Moor – an sieben Tagen in der Woche. SS-Bewacher fanden ein Vergnügen daran, in den Steinbrüchen von Flossenbürg und Mauthausen Gefangene zu Tode zu stürzen. In den Kriegsjahren gewann die Arbeit der Häftlinge immer mehr Bedeutung für die deutsche Rüstungsindustrie. Allein rund 37.000 wurden dafür in den 169 Außenlagern eingesetzt. Eine der wenigen Möglichkeiten zum Widerstand war, in solchen Betrieben fehlerhaft zu arbeiten, eine andere, die Arbeit hinauszuzögern – alles unter Lebensgefahr. Die im Priesterblock zusammengepferchten Geistlichen widersetzten sich ihren Quälern, indem sie andere moralisch stärkten und die Messe lasen, manchmal heimlich beim Unkrautjäten. Es ist bekannt, dass Lebensmittel, Medikamente und Hostien ins Lager geschmuggelt wurden, auch mit Hilfe von Kommunisten.

Das KZ in Dachau war bald überfüllt. 1944 drängten sich bis zu 1.600 Insassen in jeder Baracke, die ursprünglich für jeweils 208 Häftlinge konzipiert wurden. Hunger, Erschöpfung und die Launen der Bewacher bestimmten das Dasein. „Ich hatte diese permanente, drückende Angst, was noch alles kommen sollte“, erinnert sich Max Mannheimer, der in Aussch-

witz acht Angehörige verlor, selbst überlebte und dann Dachau durchleiden musste, im Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Auch in Dachau, obwohl nicht als Vernichtungslager geplant, wurde laufend Leben vernichtet.

An den Karfreitagen 1940 und 1941 hängten SS-Bewacher Priester mit nach hinten zusammengebundenen Armen frei in der Luft schwebend auf, für viele ein qualvoller Tod. Ein Priester wurde geißelt, bis das Blut spritzte, und anschließend mit einer Domenkrone verhöhnt. Konnte ein Häftling die ihm zugeachten 25 Schläge auf dem Holzbock nicht mitzählen, weil er das Bewusstsein verlor, wurden sie wiederholt. Durch Pseudo-Experimente der SS-Ärzte starben auch viele polnische Geistliche. In ihrer perversen Neugier beobachteten die Mediziner, wie menschliche Körper reagierten, wenn ihnen Eiter oder Malaria-Erreger gespritzt wurden. Ab 1939 nahmen Seuchen und Krankheiten im KZ erschreckend zu. Der Krankenbau musste von zwei auf 18 Baracken erweitert werden. Die Totenkammer war ständig mit Leichen überfüllt.

Tausende KZ-Häftlinge wurden in den letzten Kriegstagen aus Dachau evakuiert. Auf den Todesmärschen und in den Zügen starben viele an Erschöpfung. Als die Amerikaner im April 1945 die noch 32.335 Häftlinge befreiten, fanden sie Berge von Leichen. Nach Unterlagen des Internationalen Suchdienstes starben von den 206.000 Häftlingen in Dachau mehr als 31.000, nicht mitgezählt die Tausenden exekutierten und unregistrierten Gefangenen. Heute sind Appellplatz, Wachturm und Stacheldraht stumme Zeugen des Grauens. Christen und Juden errichteten Gedenkstätten. Das Karmelitinnenkloster Heilig Blut wurde zum Zeichen der Sühne für die begangenen Gräueltaten. Das Denkmal eines Häftlings erinnert an das, was hier geschah: „Den Toten zur Ehr. Den Lebenden zur Mahnung.“ □



Einer von 31.000 Häftlingen, die im Lager Dachau elendiglich starben: Johannes Schulz, *03.04.1884 in Obervölklingen, †19.08.1942 in Dachau; Feldgeistlicher im I. Weltkrieg, ausgezeichnet mit dem EK II. (Foto: Archiv PS)

POLEN – TSCHIECHIEN:

Erneute Diskussion um den Tod von General Sikorski

JOACHIM GEORG GÖRLICH

Anlässlich des 55. Jahrestages des Absturzes von General Władysław Sikorski (04.07.1943 bei Gibraltar), dem ehemaligen Exil-Premiers Polens, wird die Ursache des tragischen Absturzes dieses Hoffnungsträgers neu hinterfragt. So gelangte der frühere Direktor der polnischen Sektion des einstigen Münchener US-Senders „Radio Free Europe“, Jan Nowak-Jezioranski, zur Ansicht, dass dieser Absturz ein vom Sowjetpion Kim Philby vorbereitetes Attentat gewesen sein könnte. Philby gehörte damals zu den Spitzenkräften des britischen Geheimdienstes, unter dessen Obhut der polnische General stand. Sikorski hatte sich kurz vor seinem Tod mit Stalin wegen des Verschwindens tausender polnischer Offiziere in sowjetischer Kriegsgefangenschaft angelegt. Auch glaubte Sikorski überhaupt nicht daran, dass die Massengräber polnischer Offiziere bei Kartyn auf das Konto der Nationalsozialisten gingen, sondern auf das Stalins. Insofern hatte Stalin Grund genug gehabt, um Sikorski auszuschalten.

Dem widersprach jetzt heftig der bekannte tschechische Histori-

ker, Prof. Dr. Jaroslav Valenta, vom Geschichtsinstitut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag in der Warschauer Zeitung „Polityka“. Er habe alle verfügbaren britischen, sowjetischen und polnischen Quellen überprüft. In Polen und anderswo müsse man sich endlich sagen lassen, dass es beim Absturz von General Sikorski sich um einen der vielen Unfälle in der Luftfahrt handele, bei denen technisches oder menschliches Versagen eben die ausschlaggebende Rolle spielte. Das ändere auch nichts daran, so Valenta, dass der tschechische Pilot E.M. Prchala den Absturz überlebte. Auch die These von Nowak-Jezioranski, die Briten würden sich schämen, dass der Brite Philby hier seine Hand im Spiel hatte, seien mit nichts zu untermauern.

Indirekt erteilte damit Valenta auch dem deutschen Literaten Rolf Hochhuth eine Abfuhr, der in seinem Stück „Soldaten“, vor 30 Jahren die These aufgestellt hatte, dass der polnische General und Oberkommandierende der polnischen Exil-Streitkräfte auf Befehl von Winston Churchill beseitigt wurde, weil dieser gerade seinen

Flirt mit Stalin begann und Sikorski dabei ein gewichtiger Störenfried war.

Damals zog sich Hochhuth nicht nur die Kritik des Londoner General-Sikorski-Forschungsinstituts und britischer Militärhistoriker zu. In der Kritik zogen auch exilpolnische und rotpolnische Militärhistoriker an einem Strang. Hochhuths „Soldaten“ durften in Polen nicht aufgeführt werden.

General Sikorski's sterblichen Überreste sind inzwischen vom polnischen Militärfriedhof in London nach Polen überführt worden. Das Militärinstitut Museum, die seinen Namen tragen, sind an der Themse geblieben. □

KURZ BERICHTET

Spital fordert Einrichtung ziviler Friedensdienste

Der Trierer Bischof Hermann Josef Spital hat erneut die Einrichtung ziviler Friedensdienste in Deutschland gefordert. Die Tragödie in Bosnien zeige, dass neue Wege der Versöhnungsarbeit nötig seien, sagte der Präsident der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ am Mittwoch in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Trier. Soldaten könnten die Menschen zwar hindern, sich gegenseitig umzubringen. Doch das sei noch kein Frieden. Spital bedauerte, dass eine entsprechende Initiative der beiden großen Kirchen bislang bei den Bundestagsparteien ohne Erfolg geblieben sei. – Der Bischof äußerte sich aus Anlass des 50. Geburtstages der deutschen Pax-Christi-Sektion am 27. März.

Spital betonte, die katholische Kirche benötige unbequeme Christen und unbequeme Initiativen wie Pax Christi. Die Gruppe könne „Stachel im Fleisch“ bei der Suche nach Frieden sein. Der Bischof wörtlich: „Ich denke, dass auch Christen, die – wenn man schon diese Kennzeichnung braucht – politisch links sind, deswegen nicht schlechte Christen sind.“ (KNA)

KURZ BERICHTET

Ukraine: 20.000 religiöse Gemeinschaften registriert

In der Ukraine sind derzeit mehr als 20.000 religiöse Organisationen und Gemeinschaften registriert, die 65 verschiedenen Konfessionen angehören. Wie das staatliche Komitee für religiöse Angelegenheiten in Kiew weiter mitteilte, stellen die orthodoxen Kirchen mit 10.600 Gemeinden gut die Hälfte dieser registrierten Gemeinschaften. Unter den drei orthodoxen Kirchen des Landes ist die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats mit 7.500 Gemeinden die bei weitem größte, gefolgt von der ukrainisch-orthodoxen Kirche des Kiewer Pa-

triarchats mit knapp 2.000 und der ukrainischen autokephalen orthodoxen Kirche mit rund 1.100.

Die beiden letzten Kirchen haben sich in den vergangenen Jahren eigenmächtig von Moskau abgespalten, sind aber von der Weltorthodoxie nicht anerkannt. Zweitgrößte Kirche ist nach den Angaben die mit Rom unierte ukrainisch-katholische Kirche mit mehr als 3.200 Gemeinden. Die Zahl der protestantischen Gemeinschaften wird mit etwa 1.050 angegeben. Die römisch-katholische Kirche zählt knapp 800 Pfarreien und Gemeinschaften. (KNA)

SOLDATENBETREUUNG

Zum Festakt im Koblenzer Soldatenfreizeitheim Horchheimer Höhe konnte der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (BAS), Dr. Lothar Weber, rund 200 Gäste begrüßen. In seiner Ansprache dankte er den Vertretern aus dem BMVg, aus den beiden Kirchenämtern, aber auch der Öffentlichkeit und dem Caritasverband, der Träger des Koblenzer Heims ist, für die 40-jährige erfolgreiche Zusammenarbeit und Unterstützung der Betreuungsarbeit. (Foto: KAS)

Immer auf der Höhe der Zeit

Ein Fest zu 40 Jahre n erfolgreicher Arbeit

Sie waren immer auf der Höhe der Zeit, bescheinigte die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, den beiden Arbeitsgemeinschaften für Soldatenbetreuung. In ihrem Grußwort zum 40-jährigen Bestehen der Evangelischen und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS und KAS) führte sie weiter aus, dass die Arbeitsgemeinschaften mit feinem Gespür schon frühzeitig die Auswirkungen politischer Rahmenbedingungen auf das Bedürfnis des einzelnen Soldaten, auch in seiner freien Zeit betreut zu werden, erkannt hätten.

Bei einem Empfang zu diesem Jubiläum am 4. Dezember 1997 im Soldatenfreizeitheim „Haus Horchheimer Höhe“ in Koblenz betonte vor rund 200 Gästen der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung Dr. Klaus Rose, „gerade in den Aufbaujahren der Bundeswehr, als manche im Lande den neu geschaffenen Streitkräften skeptisch oder ablehnend gegenüber standen, haben die Kirchen ihre besondere Verpflichtung gegenüber den Soldaten erkannt“. – Die KAS war 1956 und die EAS kurz darauf im Jahr 1957 als eigenständige Institutionen gegründet worden. Nach ihrem Betreuungskonzept geben sie jedem einzelnen Soldaten außerhalb des militärischen Dienstes Gelegenheit, seine Freizeit individuell, sinnvoll und unter Einbeziehung seiner Familie, seines Freundes- und Bekanntenkreises zu gestalten. – Staatssekretär Rose unterstrich, dass die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften für die Bundeswehr heute unter anderem in 50 Soldatenheimen und mehr

als 30 Objekten der „Offenen Betreuung“ sichtbar werde. „Es ist eine erfolgreiche Entwicklung, die unsere Anerkennung verdient und die von Millionen von Soldaten angenommen wird. Das ist die beste Bestätigung für Ihre Arbeit und für Ihr Engagement“, meinte Rose.

In Vertretung des Generalinspektors stellte der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Hans-Rudolf Boehmer, die eingeschlagenen neuen Wege der Betreuungsarbeit heraus. Als Beispiele nannte Boehmer die „Offene Betreuung“ in den neuen Bundesländern und in Standorten ohne stationäre Soldatenheime, die mobile Betreuung der Einsatzverbände im ehemaligen Jugoslawien und die Teilnahme der Trägerverbände an der Einrichtung von Familienbetreuungscentren. In diesen Zentren werde den Familienangehörigen der Soldaten im Auslandseinsatz die Gelegenheit geboten, sich zu treffen, über den Rahmen dienstlicher Maßnahmen Informationen auszutauschen und Sorgen und Nöte miteinander zu teilen. „Die erfolgreiche und unermüdliche Arbeit der Evangelischen und der Katholischen Arbeitsgemeinschaften für Soldatenbetreuung zeugt von guter christlicher Gesinnung. Sie ist getragen von diakonischem Geist und caritativer Motivation. Sie machen deutlich, dass in Ihrer Arbeit der Mensch im Mittelpunkt steht“, stellte der Vizeadmiral fest. Bezogen auf die gegenwärtige Diskussion um rechte Exzesse unter Soldaten fragte Boehmer, welcher Fahne junge Leute nachlaufen sollten. Seine Antwort lautete:



„Jeder Mensch möchte etwas tun und leisten. Es kommt auf die Orientierung an. Da ist die christliche Orientierung die beste, die wir jungen Menschen geben können.“

Generaldekan Erhard Knauer, der Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, wies in seinem Grußwort darauf hin, dass EAS und KAS im Auftrag dessen handelten, der spreche, „Geht hin ...“, denn dieser Auftrag verlange, dem Menschen an seinen Arbeitsplatz nachzugehen. Die Arbeit der Soldatenbetreuung sei unverzichtbar, weil in ihren von christlicher Atmosphäre geprägten Häusern der einzelne Soldat die Freiheit habe, selbst zu entscheiden, ob und wie weit er sich Gott zuwende. Wer wisse, wie viele Menschen dadurch dem christlichen Geist nahekämen, fragte Knauer.

Der katholische Militärgeneralvikar, Prälat Jürgen Nabbefeld, dankte der EAS/KAS für die „vier Jahrzehnte treuer Weggemeinschaft mit der Militärseelsorge, für faire Partnerschaft und für die stets konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der uns gemeinsam anvertrauten Soldaten und ihrer Familien.“ In der Arbeit von EAS und KAS komme das alte Sozialprinzip der Subsidiarität segensreich zur Anwendung, denn, so Nabbefeld, „Soldatenbetreuung und Soldatenseelsorge begleiten, unterstützen, ergänzen, korrigieren und inspirieren sich gegensei-



tig – immer vom Geist des christlichen Glaubens geleitet, immer im Wissen darum, dass Gott vornehmlich da die Ehre gegeben wird, wo die Sorge um das ganzheitliche Wohl des Menschen als Aufgabe erkannt wird.“

Der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (BAS, unter deren Dach die Trägerverbände der Soldaten-

„Weiter so!“ Mit einem anerkennenden Wort verabschiedet sich der Parlamentarische Staatssekretär beim BMVg, Dr. Klaus Rose, vom Vorsitzenden der KAS, General a.D. Dieter Clauß.

Zufrieden über den gelungenen Festakt schaut Detlef Warwas, Geschäftsführer der BAS, zu. (Foto: KAS)

betreuung zusammengeschlossen sind), Dr. Lothar Weber, ging in seiner Ansprache auf die geänderten Rahmenbedingungen ein, die sich mit der deutschen Einheit nicht nur für die Bundeswehr und die Militärseelsorge, sondern auch für EAS und KAS ergeben hätten. Dies habe die Betreuungsgrundlage verändert und zur Notwendigkeit geführt das Betreuungskonzept zu überprüfen und neue Wege einzuschlagen. Heute genüge es nicht, sinnvolle Angebote für die Freizeit zu machen. Hinzukommen müssten Orientierungshilfen, die den jungen Menschen in der Bundeswehr einen Anhalt für die Gestaltung ihrer Lebenssituation bieten könnten. (KAS)

Den Menschen nachgehen

Soldatenbetreuung – eine dankbare Aufgabe für ehemalige Soldaten

Ein Brief aus Mostar von GÜNTER THYE

Ende September 1993 ging Oberstabsbootsmann Günter Thye (56) in den Ruhestand. Am 2. Januar 1998 zog er für eine viermonatige Wehrübung wieder die Uniform an, um für die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn) die Leitung des Soldatenfreizeitheims „The Bridge“ in Mostar zu übernehmen (s.a. DAS INTERVIEW in AUFTRAG 231, S. 92 f.).

Günter Thye hatte nie vor, seinem „Unruhestand“ als Pensionär zu entfliehen. Aber als die KAS im Herbst 1997 bei ihm vorsprach, verschloss er sich nach Rücksprache mit seiner Frau dieser herausfordernden Aufgabe nicht. Nüchtern meint er dazu: „Ich suche kein Abenteuer, um meinem ‚Ruhestand‘ zu entfliehen. In erster Linie gehe ich als Mensch nach Mostar und möchte als solcher anderen begegnen und für andere da sein. Meine Aufgabe ist es, nach dem Moto der Soldatenbetreuung ‘DEN MENSCHEN NACHGEHEN’, unseren Soldaten bei ihrem Einsatz im Ausland ein Stück Heimat zu bieten.“ Nachfolgend einige Eindrücke, die der „wehrübende Marineveteran“ Günter Thye in einem Brief aus Mostar den Lesern des AUFTRAGS übermittelt:

In einem für mich als ehemaligem Marinesoldat ungewohnten tarngefleckten Kampfanzug verrichte ich nun meinen Dienst in der Betreuung für die hier stationierten Soldaten – ich bin dem Heer zugeordnet. Gleich vorweg: Es ist eine sehr schöne und befriedigende Aufgabe im Camp am Rande der Stadt Mostar.

Mostar zählte bei der letzten Einwohnerzählung 1981 63.264 Einwohner. Die derzeitige Einwoh-

nerzahl ist nicht genau bekannt, es sind erheblich weniger. Doch nach und nach werden Häuser wieder errichtet, renoviert und neu gebaut. Ja selbst Ruinen werden wieder bezogen und der Versuch gemacht, in ein „normales“ Leben zurückzufinden. Das gestaltet sich nicht ganz leicht bei einer Arbeitslosenquote von 86%. Auch der Schmerz und der Hass haben tief greifende Wunden hinterlassen und wirken sich allorts aus.



Der längste Fluss im adriatischen Stromgebiet ist der Neretva (228 km), er entspringt auf dem Berg Jbuka (1.000m). Dieser Fluss teilt Mostar in den kroatischen und muslimische Teil, von einigen Ausnahmen abgesehen. Ein Beispiel: Die Autokennzeichen in Mostar sind fast identisch, aber nur fast. Im muslimische Teil besitzen sie ein kleines blaues Feld – ähnlich wie in Deutschland – im kroatischen Teil das rotweiße Wappen der Kroaten. Möchte jemand eine der wenigen neu errichteten oder provisorisch wieder hergerichteten Brücken zum anderen Teil der Stadt überqueren, so stellt er sein Fahrzeug in der Nähe der Brücke ab, geht zu Fuß, oder steigt in eines der auf beiden Seiten bereitstehenden Taxis. So ist

Das Soldatenfreizeitheim THE BRIDGE im Lager Mostar. Die Außenansicht des Blockhauses mit Blick auf die Terrasse gibt einen Eindruck von der kargen Landschaft des Einsatzortes. Es ist wichtig, hier ein Stück Heimat zu schaffen. (Foto: KAS)



keiner im anderen Stadtteil durch sein Autokennzeichen als „Fremder“ zu erkennen.

Besonders im kroatischen Gebiet ist die Zerstörung noch erheblich, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen, Kaufhäuser, Verkehrsschilder und Straßenlaternen, nichts wurde verschont. Verbrannte und zerbombte Busse und Autos liegen am Straßenrand oder stehen in den Garagen. Ein Bild des Schreckens.

Ich hatte Gelegenheit in Mostar in einer muslimische Universität einer Deutschlesung beizuwohnen, sehr zur Freude des Professors, der den angehenden Juristen sein Wissen vermittelte, doch ein wenig zum Leidwesen der ausschließlich muslimische Studenten, denn, so stöhnte eine bildhübsche Studentin, „In dieser Stunde hat der Professor nur in deutscher Sprache auf uns eingeredet, das hängt mit deiner Anwesenheit zusammen. Doch komme gerne wieder.“

Mostar entstand im 15. Jahrhundert und wurde erstmals 1425 urkundlich erwähnt. Die Osmanen eroberten 1463 die südliche Herzegowina und errichteten den heute ältesten Stadtteil Sinan-Paschas Mahala. Der Islam prägte die Kultur und die Urbanisierung. Andersgläubige zahlten Religionssteuer und Ende des 17. Jahrhunderts waren fast alle Katholiken verschwunden.

Nach dem Ende der osmanischen Herrschaft im 19. Jahrhundert durch den Einfall von Österreich-Ungarn, entwickelten sich nationale Zugehörigkeiten: Orthodoxe – Serben, Katholiken – Kroaten, Muslime – übernational osmanisches Reichsvolk. Von 1878 bis 1918 stand Mostar unter österreichisch-ungarischer Herrschaft. Ein wirtschaftlicher Aufschwung war zu verzeichnen. Bis 1941 schloss sich das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen an, ab 1929 umbenannt in das Königreich Jugoslawien. Nach den Volksbefrei-

ungskriegen übernahm Marschall Tito die kommunistische Führung, alle sollten zu einer jugoslawischen Nation gehören.

Kurz nach Tito's Tod 1980 zerfiel der föderative Einheitsstaat. Vom 12. bis 15. Juni 1992 tobte der erste Krieg der Serben gegen Kroaten und Moslems. Die bosnischen Kroaten riefen bald nach dem Sieg über die Serben die Republik Herzog-Bosnar mit der Hauptstadt Mostar aus. Die Stadt sollte bis zum Fluss Neretva rein kroatisch werden. Am 9. Mai 1993 brach der zweite Krieg aus und im Laufe dieser Kriegshandlungen wurde am 9. November 1993 das Symbol der Stadt Mostar, die Brücke Stari-Most, durch serbische Artillerie zerstört.

Die in Mostar stationierten SFOR-Truppen sind in einem Camp am Rande der Stadt untergebracht. Zwar hatte der Friedensvertrag von Dayton im November 1995 auch in Mostar den Bürgerkrieg formell beendet. Aber die Verhinderung von Gewaltanwendungen zwischen den kroatischen und den bosniakischen Bevölkerungsgruppen durch den Einsatz der IFOR- und SFOR-Truppen hat noch keinen Frieden bewirkt. Es herrscht nur der Zustand des Nicht-Krieges. Überall spürt man das Misstrauen, mit dem sich die Volksgruppen in dieser Stadt begegnen.

Der Tag im Camp ist lang, ein Feierabend im heimatlichen Sin-

ne, gibt es nicht. Die Unterbringung erfolgt in Containern, immer zwei Soldaten auf engstem Raum. Sanitäre Anlagen befinden sich im Lager in ausreichender Zahl, nur der nächtliche Gang zum stillen Örtchen ist bei eisigen Temperaturen möglichst mit warmer Bekleidung anzutreten. Wenn die Strom- und Wasserzufuhr nicht zusammenbricht, ist das Lagerleben zu ertragen. Immer aber ist der Soldat in Gesellschaft Anderer, nie ist er/ist sie allein, eine Privatsphäre gibt es praktisch nicht. Das erfordert gegenseitiges Verständnis und Rücksichtnahme aufeinander.

Jede Nation hat ein Plätzchen geschaffen, wo man sich bei Getränken und Musik entspannen und manchmal auch vergnügen kann. In der Regel bleibt man unter sich. Die Kontakte beschränken sich meist auf die dienstliche Zusammenarbeit. Die Sprache kann trennen, muss es aber nicht. So trafen sich vor einigen Tagen alle Oberstabsfeldwebel/Oberstabsbootsmänner der verschiedenen hier im Camp liegenden Nationen. 26 Soldaten dieser Dienstgradgruppe aus Frankreich, Italien, Österreich und Deutschland kamen zusammen, um alle betreffenden Fragen und Probleme zu besprechen. Der Erfolg liegt auf der Hand: Jetzt, da man sich kennt, werden Schwierigkeiten leichter und schneller beseitigt.

Die „European Christian Homes Organisations for the Services -



E.C.H.O.S.“ hat im Mostaer Lagerbereich ein internationale Betreuungseinrichtung geschaffen, die als ECHOS-Soldierhome „THE BRIDGE“ bei den Soldat(inn)en aller Nationen einen guten Ruf genießt. Nicht zuletzt das reichhaltige Speise- und Getränkeangebot, aber auch Räume der Stille und Besinnung ziehen viele an.

Die Evangelische und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung – EAS und KAS sind Mitglieder von ECHOS – haben in „THE BRIDGE“ gemeinsam die Bewirtung und die Betreuung übernommen. Ich bin für die KAS an der Betreuungsfront. Die Zusammenarbeit mit ECHOS ist nicht ganz einfach. Zu unterschiedlich sind die Organisationsformen der Mitgliedsverbände und ihre Vorstellungen von Betreuungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit der Angebote. Nach dem Personalwechsel zu Jahresbeginn hat sich die Situation jedoch deutlich gebessert.

Die Betreuungsangebote für die Soldaten sind vielfältig, Besichtigungen und Stadtführungen von Sarajevo und Mostar, Tages- und Wochenendausflüge nach Medugorje (Marienwallfahrtsort), Makarska und Dubrovnik. Hier liegt derzeit auch der Schwerpunkt der Vertreter der EAS und KAS, als Reiseleiter und Stadtführer in Zusammenarbeit mit dem Betreuungsoffizier Vorbereitungen zu treffen, Angebote zu erstellen und

die Gruppen zu begleiten. Im Schnitt nehmen 10–12 Soldaten die Wochenendangebote wahr. „Ich kann dann fern ab vom Leben als ‘Doppelpack’ im Container mich entspannen, in Ruhe Briefe schreiben und habe für weniger als 40 Mark im 3-Sterne-Hotel ein Einzelzimmer mit eigener Dusche und Toilette“, begründen die Soldaten ihre Teilnahme. Für die Fahrt werden Kleinbusse der Truppe oder angemietete und aus dem Betreuungsfond bezahlte Reisebusse eingesetzt.

Die wöchentlich angebotenen Stadtrundfahrten durch Sarajevo und durch Mostar sind kostenlos und werden stark frequentiert. Aus dem Betreuungsteam begleitet immer jemand die „Touristen-Gruppe“, als Stadtführer.

Sonntags wird „THE BRIDGE“ für ökumenische Gottesdienste genutzt. Das Interesse hält sich in Grenzen. Mehr als 36 Gottesdienstbesucher – es ist ein harter Kern der Dienstgrade Hauptfeldwebel bis Oberst, der regelmäßig

Im Innern bietet THE BRIDGE eine angenehme Clubatmosphäre, in der sich die Soldaten auch wegen des gepflegten Angebots an Speisen und Getränken zuhause fühlen können. Neben dem Gastraum gibt es noch Lese- und Spieldecken, Fernseh- und Fitnessraum.

(Foto: KAS)

teilnimmt – habe ich noch nicht gezählt. Fairer Weise muss ich aber sagen, dass der Dienst ja auch am Wochenende weiterläuft und viele Soldaten zur Erfüllung ihrer Aufträge unterwegs sind.

Ergänzend bieten die Militärfarrer ihre Rüstzeiten, Werk-Tage und Gesprächsrunden an. Die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung von Militärfarrer und Heimfeldwebel könnte besser sein, wenn die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des Betreuungsteams als selbstverständlich akzeptiert würde. Die Heimfeldwebel sind eben nicht als Pfarrhelfer vor Ort.

Die fast viermonatige freiwillige Trennung von Familie und dem gewohnten Umfeld, ist auch für mich „alten Soldaten“ nicht immer leicht zu ertragen – und doch, die Freude an der selbstgestellten Aufgabe trägt zu Erleichterung bei. Aufgaben, die, wenn sie richtig verstanden werden im Sinne, für die Soldaten vor Ort da zu sein, den Tag ausfüllen und Zufriedenheit geben. Dies umso mehr, wenn auch einmal anerkennende Worte zurückfließen. So bedankte sich Hauptfeldwebel M., der Leiter des Feldpostbüros Mostar: „Die Heimbetriebsfeldwebel der EAS und KAS sind unkonventionell und eigentlich zu jeder Zeit ansprechbar und bereit auch mit kleinen Gruppen Betreuungsmaßnahmen durchzuführen. Das konnte ich feststellen, als eine Gruppe aus Rajlovac hier unversehens vor meiner Tür stand und ich etwas mit ihr unternehmen musste.“ □

KURZ BERICHTET

Beratungen in Wien über Militärdoktrinen

Hochrangige Militärs aus den 54 Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) waren Ende Januar 1998 in Wien zu dreitägigen Beratungen über Militärdoktrinen und internationale Friedenseinsätze zusammengekommen. Im Mittelpunkt der Diskussionen, an denen etwa dreißig Generalstabschefs teilnahmen, standen die Umstellung von Angriffs- auf Verteidigungsarmeen, hieß es. Deutschland war durch Generalinspekteur Hatmut Bagger vertreten. (PS/dpa)

SOLDATENBETREUUNG

Die Sorge um das Wohl der unterstellten Soldaten endet nicht mit dem Dienstschluss und am Kasernentor. Am 10. Mai 1995 machte der damalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Alfred Biehle, dies in Ausführungen vor der Mitgliederversammlung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS Bonn) erneut deutlich, als er darauf hinwies, dass die Pflicht des Dienstherrn, sich um den Soldaten auch in seiner Freizeit zu kümmern, in der Fürsorgepflicht des Soldatengesetzes (§ 10 Abs. 3, § 12 und § 31 SG) geregelt sei. Betreuung ist darüberhinaus ein wesentlicher Aspekt der Inneren Führung, darf aber nicht grundsätzlich mit der Fürsorge gleichgesetzt werden. Während auf Fürsorge ein Rechtsanspruch besteht, ist Betreuung ein Angebot, welches der Soldat annehmen kann oder auch nicht.

In einer Broschüre ihrer gemeinsam herausgegebenen Informationsreihe (Nr 4/Dez 1997) befassen sich die Evangelische und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS und KAS) unter dem Aspekt der in vielen Standorten eingerichteten Freizeitbüros mit der Abgrenzung der Aufgabenfelder Fürsorge und Betreuung, mit den verschiedenen Formen außerdienstlicher Betreuung. Insbesondere aber wird die Konzeption der Freizeitbüros in der Bundeswehr aus der Sicht der Trägerverbände für die außerdienstliche Soldatenbetreuung dargestellt.

Die auf großes Interesse gestoßene Ausarbeitung ist gegenwärtig vergriffen. AUFTRAG übernimmt mit freundlicher Genehmigung der KAS die wesentlichsten Teile

der Veröffentlichung, um das Thema „Freizeitbüro und Freizeitberater – eine Möglichkeit, Soldaten in ihrer Freizeit zu betreuen“ sowohl in der Truppe als auch in einer interessierten Öffentlichkeit bekannter zu machen.

Inhalt

1. Gestern moralischen Verpflichtung – heute Recht auf Fürsorge und Betreuung
 - 1.1 Abgrenzung der Begriffe
 - 1.2 Wandel im Verständnis
 - 1.3 Betreuung, Wirkungsfeld der Inneren Führung
2. Initiative zur Bildung von Freizeitbüros
 - 2.1 Unterschiedliche Betreuungsmaßnahmen
 - 2.2 Erste Ansätze
 - 2.3 Das Ministerium wird aktiv
3. Kooperation bei der Betreuung von Soldaten
4. Konzeption der Aus- und Weiterbildung
5. Bewertung und Ausblick

Anhang

- Hinweis auf dienstliche Vorschriften und Erlasse zum Thema
- Formen außerdienstlicher Betreuung

Freizeitbüro und Freizeitberater

Eine Möglichkeit, Soldaten in ihrer Freizeit zu beraten

PAUL SCHULZ

1. Gestern moralische Verpflichtung – heute Recht auf Fürsorge und Betreuung

1.1 Abgrenzung der Begriffe

Fürsorge und Betreuung sind wichtige Elemente der Inneren Führung. Sie „dienen dem Ausgleich der besonderen Belastungen und Umstände, die durch die Eigentümlichkeit des militärischen Dienstes entstehen. Zielgruppen sind alle Soldaten, unabhängig von ihrem Status, ihrer Verwendung und der Zugehörigkeit zu Truppenteilen und Dienststellen“ (aus: Weißbuch 1994, Nr. 728).

Gerade weil „Fürsorge und Be-

treuung“ häufig gemeinsam verwendet werden, muss der Begriff „Betreuung“ gegen den Begriff „Fürsorge“ abgegrenzt werden. Denn, obwohl der Sinngehalt beider Begriffe das Wohlergehen des Soldaten und seiner Angehörigen ist, beziehen sie sich auf verschiedene Sachverhalte.

Fürsorge umfasst die Summe der Ansprüche des Soldaten auf soziale Leistungen. Diese werden bestimmten anspruchsberechtigten Gruppen nur auf Antrag und im Rahmen geltender Gesetze gewährt. Fürsorge wird somit in aller

Regel in Form von finanziellen Leistungen des Dienstherrn für konkrete Bedürfnisse ausgeübt.

Dies sind z.B.: Besoldungs- und Zulagewesen, Sozialberatung und Sozialarbeit, Unterhaltssicherung, Wohnungsfürsorge, besondere Maßnahmen in Krankheits-, Todes- und Notfällen, Dienstzeitausgleich.

Betreuung ist Ausdruck der Sorgepflicht des Vorgesetzten. Diese verlangt von ihm, daß er durch Initiative und Einfühlungsvermögen die aus der besonderen Belastung erwachsenden Bedürfnisse des Soldaten erkennt und auf sie eingeht. Wie auch in der Zentralen Dienstvorschrift „Innere Führung“ (ZDv 10/1) anschaulich dargestellt, ist Betreuung somit –

Die Betreuungskonzeption der Bundeswehr stellt ein Angebot dar, das für alle aktiven Soldaten (GWDL, SaZ, BS), Soldaten d.R., ehem. Soldaten und Soldaten der verbündeten Streitkräfte gilt. (Grafiken PS)

wie die Fürsorge – Teil des Führungsauftrages und der Führungsaufgabe des Vorgesetzten im Bereich der Inneren Führung. Aber während sich die Fürsorgeaufgabe des Vorgesetzten in Ermangelung einer Entscheidungsbefugnis auf Beratung beschränkt, wird der Vorgesetzte auf dem Gebiet der Betreuung vor konkrete Aufgaben gestellt. Diese nimmt er mit Hilfe von Betreuungsmaßnahmen, Betreuungspersonal, Betreuungseinrichtungen und Betreuungsmitteln wahr.

Der Soldat hat auf Fürsorge einen Rechtsanspruch. Demgegenüber bietet Betreuung Angebote zur Gestaltung der Freizeit, über deren Nutzung der Einzelne selbst entscheidet. „Fürsorge und Betreuung“ sind Wirkungsfelder der Inneren Führung, um bei den Soldaten Motivation zu erzielen: D.h., die Bereitschaft aus Überzeugung treu zu dienen, die Pflichten nach besten Kräften zu erfüllen und dabei die durch das Soldatengesetz auferlegten Einschränkungen der Grundrechte zu akzeptieren.

1.2 Wandel im Verständnis

Es gehört zur Tradition erfolgreicher soldatischer Menschenführung in Deutschland, die Wechselwirkung zwischen Fürsorge, Vertrauen und Gehorsam als Fundament der Disziplin zu betrachten.¹⁾ Gerechtigkeit, Strenge und mit Herz erfüllte Fürsorge wurde vielen Offiziergenerationen als Kriterium preußisch-deutscher Pflichterfüllung als Vorgesetzte eingepreßt. Dabei wurde Fürsorge patriarchalisch aufgefasst, weniger als ein Anspruch des Soldaten sondern vielmehr als Gewährung von

1) Nach: C.-G.v. Ilseman „Die Bundeswehr in der Demokratie – Zeit der Inneren Führung“ Hamburg 1971, S. 186 f.



oben. Das patriarchalische System kannte zwar kaum geschriebene Verpflichtungen zur Fürsorge durch den „Pater“, dafür aber moralische, die schwer wogen.

In § 10, Abs. 3 des Soldatengesetzes (SG) wird Fürsorge als eine besondere Pflicht des Vorgesetzten aufgeführt: „Er hat für seine Untergebenen zu sorgen.“ Mit dieser Bestimmung wird gesetzlich verankert, was gewohnheitsmäßig schon seit langer Zeit vom deutschen militärischen Vorgesetzten erwartet wurde, und was er tatsächlich für seine vornehmste Pflicht hielt. Die Fürsorge wird als Teil des Dienstes, in diesem Fall des Dienstes am Menschen, aufgefasst. Allerdings ergibt sich aus § 10 (3) SG noch kein Rechtsanspruch des Untergebenen auf Fürsorge. Hierfür ist § 31 SG die Grundlage. Dort heißt es, dass der Bund im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl der Soldaten und ihrer Familien zu sorgen hat.

Der Unterschied zur früheren Auffassung von der Fürsorgepflicht ergibt sich aus dem Charakter des heutigen freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates und liegt in der gewandelten Rechtsstellung des Soldaten. Dieser tritt dem Vorgesetzten nicht nur als dienstlicher Untergebener, sondern auch als freier Staatsbürger mit dem Anspruch auf Entfaltung seiner Persönlichkeit und Schutz seiner menschlichen Würde gegenüber.

1.3 Betreuung, Wirkungsfeld der Inneren Führung

Die Betreuung der Soldaten ist ein Element der Fürsorge. Ihr Wirkungsfeld ist die Freizeit der Soldaten. Sie berücksichtigt den Grundsatz der Inneren Führung, dass der Soldat zur Entfaltung seiner Persönlichkeit über seine Freizeit wirklich frei verfügen kann. Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit müssen dem Soldaten gerade in der Zeit nach und außerhalb des Dienstes eingeräumt werden. Die Vorgesetzten werden darin zunehmend unterstützt durch ein vielfältiges Angebot

an Betreuungseinrichtungen. Gemeinschaftsräume, Soldatenfreizeitheimen, Hobbywerkstätten, Sport- und Schwimmhallen sowie Arbeitsgemeinschaften zur gemeinsamen Freizeitgestaltung ergänzen die Möglichkeiten.

Die truppendienstlichen Vorgesetzten, insbesondere die Kommandeure auf Verbandsebene, tragen die Hauptlast der Betreuungsarbeit. Sie wären in modernen, arbeitsteilig organisierten Streitkräften mit ihrem nach rechtsstaatlichen Grundsätzen funktionierenden, differenzierten militärischen und zivilen Verwaltungsapparat aber überfordert, wollte man ihnen die gesamte Last der Fürsorge und Betreuung für die Untergebenen allein zumuten. Da es hierbei außerdem nicht um Einsatz- und Sicherheitsfragen geht, ergibt sich in diesem Aufgabengebiet ein besonderes Feld der Partizipation und des Einübens von Mitsprache- und Mitwirkungsrechten. Aus diesem Grund sind auch immer die Vertrauenspersonen und Personalvertretungen an Betreuungsmaßnahmen und der Bereitstellung notwendiger Mittel zu beteiligen.

Fürsorge und Betreuung sind in der Praxis also nicht von Menschenführung zu trennen. Fürsorge, die über das Beispiel der Vorgesetzten, über seine persönliche Zuwendung, Aufgeschlossenheit und Bemühung um Gerechtigkeit wirkt, schafft Vertrauen und

stärkt bei den Untergebenen den Willen zur Leistung. Im Bereich der Betreuung der Soldaten in der Freizeit ist es wichtig, dass Vorgesetzte und Untergebene in der Ausgestaltung der Angebote eng und vertrauensvoll zusammenwirken.

Die Betreuung spielte immer schon eine bedeutende Rolle dort, wo Soldaten über ihre freie Zeit kaum frei verfügen können, bei Bereitschaftsdiensten und auf Truppenübungsplätzen. Heute erhält sie unter den Bedingungen von Auslands-Friedenseinsätzen ein noch größeres Gewicht. Wenn Soldaten – und hier ist es unerheblich, ob sie Wehrdienst leisten oder freiwillig dienen – sich außer Dienst zu ihrer eigenen Sicherheit nicht (überall) frei bewegen können, so hat dies gravierende Auswirkungen auf die Betreuungssituation.

Betreuungseinrichtungen der Bundeswehr

- Bastelwerkstatt
- Fotolabor
- Freizeitbüro (FZB)
- Grillplatz
- Heimbetrieb (Mannschafts-, Uffz-, Offz-Heim)
- Kegelbahn
- Kfz-Hobbyshop
- Kleinspielfeld für Badminton, Volleyball etc.
- Konditionsraum
- Lese-/Fernsehraum
- PC-Hobbyshop
- Sauna/Solarium
- Sonstige wie Kino, EC-Geldautomat
- Sporthalle
- Sportplatz
- Schwimmbad
- Truppenbücherei

2. Initiative zur Bildung von Freizeitbüros

2.1 Unterschiedliche Betreuungsmaßnahmen

Die Betreuung der Soldaten erfolgt in der dienstfreien Zeit, in Zeiten dienstlicher Bereitschaft und dort, wo die Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden muss. Ein erfolversprechendes und attraktives Betreuungsangebot, das den Bedürfnissen, Erwartungen und Neigungen der Soldaten aller Altersgruppen entgegenkommen will, muss

- ohne Bevormundung,
- unter Förderung der Eigeninitiative,
- unter Anregung und Anleitung erfolgen. Es wird zwischen dienstlichen und außerdienstlichen Maßnahmen unterschieden:

- *Dienstliche Betreuungsmaßnahmen*

zielen auf die Förderung des kameradschaftlichen Zusammenhalts ebenso wie auf die Erholung nach Dienst und die Fortbildung der Soldaten ab. Sie können als Kleingruppenarbeit – z.B. in Freizeit- bzw. Neigungsgruppen – durchgeführt werden oder in Form von Wettbewerben, so bei Spiel und Sport. Dabei orientieren sich die Betreuungsmaßnahmen inhaltlich vor allem am Freizeitverhalten der Hauptzielgruppe junge

Soldaten, indem sie auf deren Neigungen, Interessen und Bedürfnisse eingehen. Die Bandbreite reicht von Personalcomputer-Arbeitsgruppen, Modellbau-, Foto- und Sportgruppen, Sprachkursen bis zu Musik- und Laienspielgruppen sowie Chören.

Ergänzt werden die ortsgebundenen Betreuungsmaßnahmen durch zentrale und überregionale Projekte, z.B. durch den Spielfilmservice und das Verkehrssicherheitsprogramm der Bundeswehr.

- *Außerdienstliche Betreuung*

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (BAS) unterstützt mit den kirchlichen Trägerverbänden Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (EAS) und Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) die dienstliche Betreuungsarbeit durch

- den Betrieb von Soldaten- (freizeit)heimen,
- eine „Offene Betreuung“,
- die Einsatzbetreuung und
- eine Familienbetreuung.²⁾

- *Eine Mischform*

Seit den 80er Jahren werden die dienstlichen und außerdienstlichen Betreuungsmaßnahmen durch

sogenannte „Freizeitbüros“ ergänzt, deren Entstehung und Konzeption nachstehend erläutert wird.

Ein Freizeitbüro (FZB) dient kurz gesagt der Information der Soldaten, der Organisation und Koordination von dienstlichen und zivilen Betreuungsangeboten bzw. von verschiedenen Betreuungsmaßnahmen. Es wird von mindestens einem Soldaten in Zweitfunktion betrieben. Die Entscheidung es einzurichten liegt beim zuständigen Kommandeur.

2.2 Erste Ansätze

Anfang der 80er-Jahre erkannte die „aktion kaserne“³⁾, dass im Bereich der Betreuung der Soldaten in ihrer Freizeit – und dabei vorrangig der der Wehrdienstleistenden – einiges zu verbessern war. Zu sehr war die praktische Freizeitgestaltung dieser Soldaten vom allabendlichen Gang nach Dienst in die vormals noch so genannten „Kantinen“ – heute Heimbetriebe – geprägt. Es konnte auch festgestellt werden, dass die außerdienstliche Betreuung eher als randständige Aufgabe der Vorgesetzten – so quasi nebenbei – erfüllt wurde.

Eine zündende Idee kam aus dem Standort Bad Reichenhall. Dort griff ein S 1-Offizier zur Feder und beschrieb in einer Truppenzeitschrift eine „Freizeitbüro“ genannte Einrichtung an seinem Standort. Die „aktion kaserne“ griff dies auf. Von Anfang der 80er-Jahre an führte sie Tagungen für Wehrdienstleistende durch, die sich bemühten, die Freizeit der Soldaten über den Weg eines Freizeitbüros sinnvoll zu organisieren. Als bald schossen die Freizeitbüros in der Truppe wie Pilze aus dem Boden.

Viele Vorgesetzte erkannten, wie zweckmäßig es sein konnte, über die Einrichtung eines solchen Freizeitbüros an ihrem Standort die Betreuung der Soldaten in der Freizeit zu verbessern. Zusätzlich konnten sie auf das Engagement von Wehrdienstleistenden zurückgreifen. Der Vollständigkeit halber soll darauf hingewiesen werden, dass zum damaligen Zeitpunkt das

2) Die hier genannten Formen außerdienstlicher Betreuung werden in der Anl. 1 (s.S. 87) kurz vorgestellt.



Auch die normale Pause im täglichen Dienst zählt schon zu den Betreuungsmaßnahmen. Eine Selbstverständlichkeit, die nicht besonders betont werden muss. (Foto: Grafikbörse '97)

(zu denen auch eigenbewirtschaftete Mittel zählen) übernommen werden konnten. Es durfte schließlich auch Personal in Zweitfunktion mit

entsprechenden Aufgaben beauftragt werden.

Über die Jahre wurden die Freizeitbüros zu gut funktionierende Anlaufstellen in den Standorten und fanden auch Beachtung auf der Bonner Hardthöhe.

Verteidigungsministerium noch keine Veranlassung sah, Referenten zu den etwas „exotischen“ Tagungen der „aktion kaserne“ zu entsenden. Die Begründung dafür war einfach: „Offiziell gibt es keine Freizeitbüros, und mit Ausnahme in der Teilstreitkraft Marine gibt es dafür auch keine Planstellen“.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages sah das anders. Über seine Teilnahme an den Tagungen der „aktion kaserne“ fand das Anliegen „Freizeitbüro“ Eingang in die jeweiligen Jahresberichte, die der Wehrbeauftragte dem Deutschen Bundestag und damit auch der Öffentlichkeit vorlegt.

Vor diesem Hintergrund wurden im Laufe der Jahre eine Vielzahl, durch Entscheidung der jeweiligen örtlichen Vorgesetzten getragene Freizeitbüros eingerichtet und betrieben. Im Ergebnis stand damit den Vorgesetzten ein vordergründig vielgestaltiges Modul zur Verfügung, dessen Schwächen in der praktischen Durchführung jedoch unübersehbar waren: Es gab dafür weder Personal noch eine materiellen Ausstattung. Gemildert wurde das Dilemma allerdings durch die Möglichkeit, dass notwendige Kosten für Betreuungsmaßnahmen im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel

„Die Informationsweitergabe in der Truppe reicht nicht aus. Wehrdienstleistende wissen oft nach Monaten Dienst noch nichts von der Existenz eines Freizeitbüros in der Kaserne.“
Teilnehmer am Seminar für Freizeitberater in Berlin, Oktober 1997.

Das Ministerium wird aktiv

Das Ministerium unterstützte schließlich – wenn zunächst auch nur zögerlich – das Konzept. Denn nicht erst durch diese Entwicklung war den Verantwortlichen deutlich geworden, dass auf ein verändertes Freizeitverhalten gerade der jungen Soldaten reagiert werden musste. Außerdem stand seit jeher außer Frage, dass die im Soldatengesetz verankerten Pflichten des Soldaten (z.B. die Gehorsamspflicht, die Pflicht zur Kameradschaft oder die Pflicht zur Inanspruchnahme von Gemeinschaftsunterkunft und -verpflegung) und die damit verbundenen Einschränkungen seiner staatsbürgerlichen Rechte an den Soldaten weitergehende Forderungen stellen als an Vertreter

anderer Berufsgruppen. Darüber hinaus führen die Besonderheiten des militärischen Dienstes zu Belastungen der persönlichen Lebensführung für die Soldaten und ihre Angehörigen. Hieraus erwächst der Anspruch des Soldaten, durch eine besondere Betreuung diese Belastungen auszugleichen.

Betreuung fördert außerdem

- die Motivation und damit die Einsatzbereitschaft, die Dienst- und Berufszufriedenheit,
- die Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften,
- die Festigung der soldatischen Gemeinschaft und den kameradschaftlichen Zusammenhalt in der Truppe.

Zugleich ist Betreuung ein Bereich, in dem Beteiligungsrechte der Soldaten nach dem Soldatenbeteiligungsgesetz (SBG) umgesetzt werden können.

Gestärkt durch diese an sich nicht neue Erkenntnis

unterstützte das Bundesministerium der Verteidigung diese Entwicklung mit dem Ziel,

- die personellen und materiellen Grundlagen

als notwendige Systemvoraussetzungen zu verbessern und

- Fragen der dienstlichen Zuordnung und der Unterstellungsverhältnisse innerhalb der zuständigen Teilstreitkraft eindeutig zu regeln.

Im Januar 1993 gab das Streitkräfteamt (SKA) ein „Handbuch für den Freizeitberater“ heraus. Dieses richtet sich an alle Soldaten, die in einem Freizeitbüro Dienst tun, und an deren Vorgesetzte. Das Handbuch ist ein Leitfaden für den täglichen Dienst im Freizeitbüro. In ihm werden Tips für die Einrichtung, Hilfen für die Durchführung und Hinweise für die Verwendung von Betreuungsmitteln gegeben. In einem umfangreichen Anhang werden für die Aufgabenwahrnehmung wichtige Vorschriften und Erlasse aufgeführt, Listen und Muster für die Durchführung von Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

„Das Freizeitbüro muss den Rekruten während der Grundausbildung ausführlich vorgestellt werden, damit alle über die Existenz, den Zweck und die Möglichkeiten dieser Betreuungseinrichtung frühzeitig informiert sind.“
Teilnehmer am Seminar für Freizeitberater in Berlin, Oktober 1997.

3) Die „aktion kaserne“ (ak) ist eine Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige, die von einigen Mitgliedsverbänden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) getragen wird. Ihr Ziel ist die Begleitung junger Soldaten vor, während und nach ihrer Zeit „beim Bund“.



„Die Entscheidung der Aktion Kaserne im Jahr 1982, das Projekt zu beginnen, war richtig. Zwischenzeitlich sind Freizeitbüros eine anerkannte Einrichtung in der Truppe.“

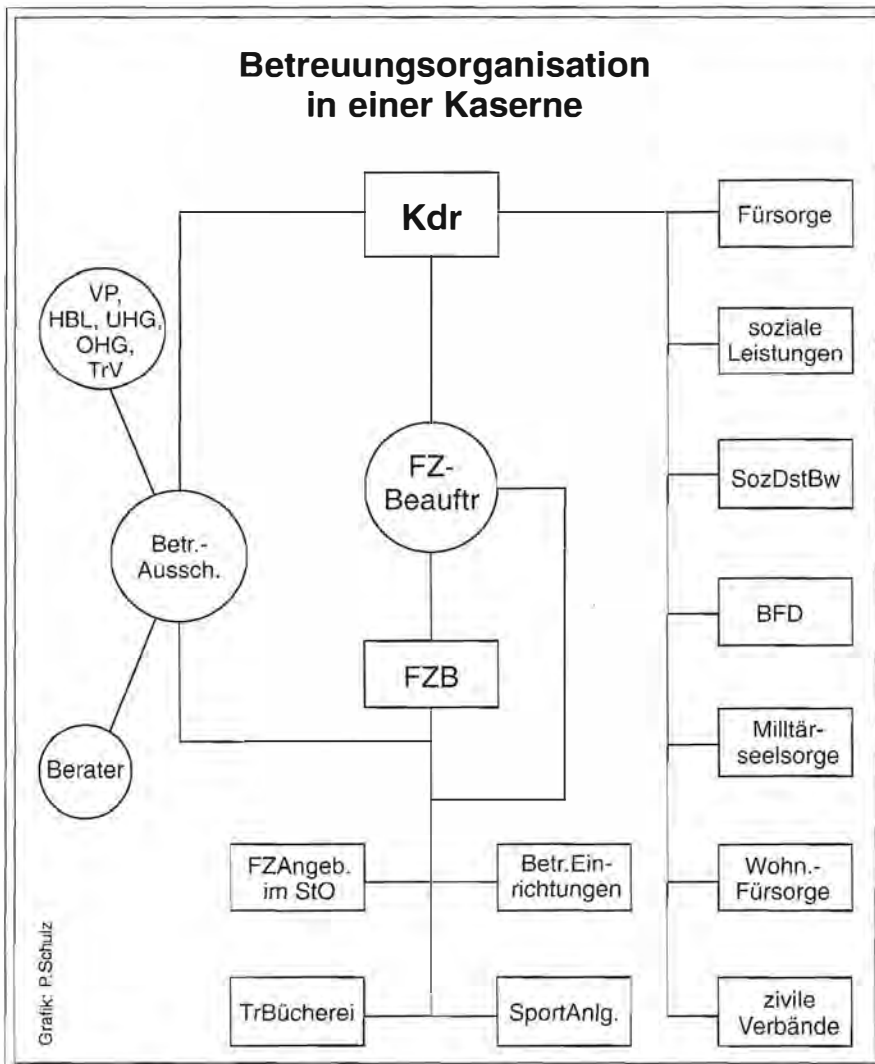
Josef König, Geschäftsführer der Aktion Kaserne (AK) und (Mit-) Initiator der Schulungsseminare, der seit Anfang der 80er Jahre beim Wehrbeauftragten und im BMVg für die Einrichtung der Freizeitbüros (FZB) in der Truppe geworben hatte. „Wir wünschen uns, dass mit unseren Seminaren die Soldaten befähigt werden, ihre Aufgaben in der Betreuung gut zu erfüllen. Bedauerlicher Weise gibt es nach wie vor Vorgesetzte, die noch nicht erkannt haben, dass Betreuung der Soldaten in der Freizeit ein Schwerpunkt ihrer Führungsaufgabe sein sollte.“

Den vorläufigen Abschluss fand diese Entwicklung mit dem 1994 herausgegebenen Richtlinienerlass des Streitkräfteamtes für die Einrichtung und den Betrieb von Freizeitbüros (SKA – G 1/2 – Az: 35-30-30 vom 01.04.1994). Dort ist auch die deutliche Absicht formuliert, die Aus- und Weiterbildung der Freizeitberater gesondert zu regeln (Zif. 4.4.). Der Führungsstab der Streitkräfte (Fü S I 5, heute Fü S I 3) erließ am 31. März 1994 eine „Richtlinien für die Einrichtung und den Betrieb von Freizeitbüros“ (VMBI 94, Seite 82) und regelte damit einen Sachverhalt, der durch die Kraft des Faktischen Realität in der Truppe geworden war. Ein erster Schritt zur „Regelung der Aus- und Weiterbildung der Freizeitberater“ wurde im April 1995 mit dem Seminar-konzept vorgelegt, das gemeinsam vom zuständigen Dezernat im Streitkräfteamt, den Trägerverbänden für die Soldatenbetreuung EAS und KAS sowie der „aktion kaserne“ erarbeitet wurde.

Inzwischen gibt es in rund 240 Standorten und Liegenschaften der Bundeswehr Freizeitbüros (FZB). An 74 Großstandorten der Bundeswehr (70 Heer und 4 Marine) wird das FZB mit einem hauptamtlichen „Freizeitberater“ besetzt. In den übrigen FZB's sind Soldaten in Neben-/Zweitfunktion als Freizeitberater eingesetzt. Sie werden gelegentlich auch „Freizeitlotse“ oder „Freizeitbeauftragte“ genannt.

Die Freizeitberater unterstützen ihre Vorgesetzten – verantwortlich ist in der Regel der Kommandeur – durch

- *Beratung* – ihrer Kameraden in Freizeitangelegenheiten;
- *Information* – ihrer Kameraden über Freizeitangebote;
- *Aktivitäten* – selbst organisierte Freizeitaktivitäten;
- *Bereitstellung* – von Gerät und Material für die Freizeit;
- *Animation* – der Soldaten zu eigenständiger Freizeitgestaltung und Nutzung der in Kaserne und Standort vorhandenen Angebote;
- *Vorschläge* – für die Verwendung von Betreuungsmitteln;
- *Kooperation* – mit Instituten und Fachleuten für Freizeitangebote innerhalb und außerhalb der Bundeswehr.



3. Kooperation bei der Betreuung von Soldaten

Da die personelle Decke im Bereich der Betreuung immer zu kurz sein wird, sind die Freizeitbüros auf helfenden Sachverstand und Unterstützung angewiesen. Wichtige Partner bei der Organisation, Durchführung und Begleitung von Betreuungsmaßnahmen sind die entsprechenden Sach- und Fachverbände. Die Evangelische und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS und KAS) sind diese Trägerverbände für die nicht dienstliche Soldatenbetreuung. Sie haben sich mit dem Deutschen Caritasverband, dem Deutschen Bundeswehrverband und dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr zur Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (BAS) zusammengeschlossen. Inzwischen verfügen sie über 40 Jahre Erfahrung.

Die FZB's können je nach örtlicher Situation sowohl mit den Kuratorien und den Leitern/-innen der stationären Soldaten(freizeit) heime (SH/SFH) zusammenarbeiten als auch mit den Arbeitskreisen „Soldat & Freizeit“ bzw. EAS-Ausschüssen und den Leitern/-innen der Freizeittreffs in der „Offenen Betreuung“. Naheliegender ist es, dass die dienstlichen Freizeit-

berater Mitglieder in den Kuratorien der SH/SFH und Arbeitskreisen/Ausschüssen werden, wenn diese in ihren Standorten eingerichtet sind.

„Die Soldaten der FZB's haben in den Betreuungsreferenten⁴⁾ 'professionelle Kollegen'. Probleme, die bedingt durch die kurze Dienstzeit (W10) der Freizeitbürosoldaten entstehen, können durch enge Zusammenarbeit und durch intensive Beratungen in Freizeitfragen vermindert werden. Auf diese Weise wird die Arbeitseffektivität der betreffenden Soldaten gesteigert. Dies gilt sowohl für

- den Aufbau des Dienstleistungsangebotes durch das Freizeitbüro,
- für Verteilungssysteme von abrufbaren Betreuungsangeboten (Spiele, Zeitschriften, CD's etc.), als auch
- für die effektive Informationsweitergabe, die Öffentlichkeitsarbeit u.v.m.

Die oft fehlende Ausbildung und geringe Vorkenntnisse, die kurze Dienstzeit und der fehlende professionelle bundesweite Hintergrund sowie die Einbindung in die militärische Befehlsstruktur, setzen dem Handlungsspielraum des Freizeitbürosoldaten (besonders dem in Zweitverwendung) enge Grenzen. Gerade im Bereich der

Freizeitarbeit sind diese Voraussetzungen kontraproduktiv. Sie können jedoch aus verständlichen Gründen aufgrund militärischer Gesichtspunkte nicht abgeschafft werden. Eine kontinuierliche und qualifizierte Leistung des Freizeitbüros kann aber durch die kompetente Begleitung des Personals von EAS und KAS weitgehend sichergestellt werden. Dies erfolgt entweder unter Anleitung eines regionalen Betreuungsreferenten oder in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der Leitung eines SFH oder Freizeittreffs.

Die Kombination von EAS/KAS-Mitarbeitern und FZB-Soldaten in der 'Offenen Betreuung' orientiert sich ansatzweise an einer selbstverwalteten Freizeitarbeit. Sie ermöglicht, dass Werte wie Verantwortung, Solidarität und persönliches Engagement von den an den einzelnen Aktionen beteiligten Wehrpflichtigen/Soldaten konkret erfahren werden können.⁵⁾

Das hauptamtliche Betreuungspersonal von EAS und KAS kann auch kurzfristig angesprochen werden. Diese Fachkräfte helfen, den Betreuungsbedarf festzustellen, und stehen bei allen Fragen rund um Freizeit, Begegnung und Kultur Rede und Antwort. Von den ersten Überlegungen über die Begleitung am Veranstaltungstag bis hin zur Nachbereitung von Betreuungsmaßnahmen stehen sie zur Verfügung.

4) Bei der EAS werden diese Betreuungsbeauftragte genannt.

5) Aus: „Zeitgemäße Betreuung der Soldaten“ – Informationen zum Konsultationsprozess; in: Informationsreihe 2/1996, S. 24 ff.; Hrsg. KAS e.V. Bonn.

4. Konzeption der Aus- und Weiterbildung



Auch bei Aus- und Weiterbildung von Freizeitberatern ist es nur zweckmäßig, mit denen die Zusammenarbeit zu suchen, die dafür eine Kompetenz aufweisen und über praktische Erfahrungen

verfügen. Neben den Trägerverbänden der außerdienstlichen Betreuungsarbeit für Soldaten - KAS und EAS - ist dies auch die „aktion kaserne“ (ak). Dieses Konsortium entwarf gemeinsam mit

„Die Selbsthilfeorganisation der Truppe scheitert immer an den gleichen Dingen: Personal, Material und Haushaltsmittel. Deshalb wird die Zukunft der Betreuung bei zivilen Organisationen liegen, die hauptamtlich die Betreuung der Soldaten übernehmen“, meint Dipl.-Päd. Reinhold Brecht, im Streitkräfteamt zuständiger Referent für Betreuungsangelegenheiten. „Der Kommandeur wird die Verantwortung auch weiterhin tragen müssen. Dagegen sind Planung und Durchführung von Betreuungsmaßnahmen die Aufgabe von hauptamtlichen Kräften, die dabei von der Truppe unterstützt werden.

Das Beispiel Storkow zeigt, wie gut dies funktioniert und dass das Modell Zukunft hat. Nach diesem Modell ist Betreuung in der Kaserne verfügbar. Es entlastet den Kommandeur von der Durchführungsarbeit, ohne jedoch seine Verantwortung und seine Zugriffsmöglichkeiten einzuschränken.“

dem Streitkräfteamt (SKA) ein Seminarkonzept für die Aus- und Weiterbildung von Freizeitberatern.

Das Konzept geht davon aus, dass bis zu einer abschließenden Regelung der Aus- und Weiterbildung der Freizeitberater auch die o.g. freien Träger in das Ausbildungskonzept eingebunden werden, um in Kooperation mit der Bundeswehr Tagungen und Seminare für diese Zielgruppe anzubieten und so einen subsidiären Beitrag für die Schulung der Freizeitberater zu leisten. Sie unterstützen damit das Bundesministerium der Verteidigung bei der Erfüllung seiner selbstgesetzten Pflichten.

Dieser Lösungsweg wurde gewählt, damit die Aus- und Weiterbildung der Freizeitberater schnell und unbürokratisch angegangen werden konnte. Zugleich konnten so die bereits vorliegenden langjährigen Erfahrungen aus der Seminararbeit der ak und bei den Trägerverbänden positiv genutzt werden. Die Einführung entsprechender dienstlicher Lehrgänge an Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr wird dagegen noch einige Zeit in Anspruch nehmen, obwohl das Vorliegen eines praktisch erprobten Ausbildungskonzepts diesen Prozess erleichtert. Es bleibt allerdings die Frage, ob aufgrund der Besonderheiten des Aufgabfeldes Betreuung der Kooperation mit den Trägerverbänden und der ak nicht die angemessenere und bessere Lösung ist.

Auf der Grundlage des gemeinsam erarbeiteten Konzepts wurden 1996 vier Tagungen (Georgsmarienhütte, Magdeburg, Lingen, Hülse) mit insgesamt ca. 120 Teilnehmern durchgeführt. Abweichend von den vorliegenden Erfahrungen der ak aus früheren Seminaren, zu denen hauptsächlich die „Soldaten am Tresen“ – also Mannschaftsdienstgrade – entsandt worden waren, meldeten sich jetzt weit mehr die mit der Steuerung von Freizeitbüros beauftragten Vorgesetzten – d.h. Soldaten im Dienstgrad Feldwebel bis Hauptmann, gelegentlich auch Stabsoffiziere – zur Teilnahme an den Seminaren. Dadurch haben sich die Anforderungen an das Niveau der Seminare – auch inhaltlich – wesentlich verändert.

„Mit Amateuren kann man keine Freizeitbetreuung machen“, Kommandeur, der zgl. Vorsitzender eines Betreuungsausschusses ist.

Jede der vier Tagungen des Jahres 1996 bestätigte die Richtigkeit der Konzeption. Die Teilnehmer ermutigten die Initiatoren weiterzumachen und forderten sie auf, den Dienstherrn immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass Freizeitbüros in der Truppe eine zweckmäßige und sinnvolle Einrichtung dann sind, wenn diese mit entsprechendem Personal und Material ausgestattet sind. Dass es hier nach wie vor Defizite gibt, soll nicht verschwiegen werden. Es gibt in der Truppe auch Freizeit-

büros, die bei näherer Betrachtung nicht viel mehr aufzuweisen haben als das Schild „Freizeitbüro“ am Kaserneneingang.

Für die weitere Erprobung der Konzeption wurden im Jahr 1997 weitere vier Seminare durchgeführt (März im Evang. Rüstzeitheim, Hülse; Juni in der Marineversorgungsschule, Sylt; Oktober im In Via Center, Berlin; Dezember in der KAB-Bildungsstätte, Strahlfeld/Oberpfalz). Dazu wurde der Stoffplan erweitert und den neuen Anforderungen angepasst.

5. Bewertung und Ausblick

Die Teilnehmerschaft an den Seminaren hat sich in den letzten zwei Jahren verändert. Früher nahmen fast ausschließlich Wehrdienstleistende, die FZB's nach Weisung und Maßgabe von Vorgesetzten zu betreiben hatten, an der Ausbildung teil. Heute sind mehr Offiziere und Unteroffiziere vertreten, deren Aufgabe es ist, Freizeitbüros zu organisieren, Freizeitaktivitäten zu steuern und als Freizeitberater eingesetzte Soldaten anzuleiten und zu beaufsichtigen. Dies hat zu Forderungen ge-

führt, das Seminarkonzept in Richtung einer größeren Praxisorientierung, insbesondere auch des Austauschs von Erfahrungen über bewährte Betreuungsmaßnahmen, zu verändern.

Einzelne Bausteine der Seminare müssen immer wieder überprüft und den Bedürfnissen der Teilnehmer angepasst werden. Wichtig ist, dass noch während des Seminarablaufs flexibel auf Änderungswünsche eingegangen werden kann. Auch müssen drei volle Seminartage für die Ausbildung zur Verfügung



Eine Arbeitsgruppe im Seminar für Freizeitberater, diskutiert das Thema „Rahmenplan für die Organisation und Durchführung von Veranstaltung des Freizeitbüros“.

stehen, die nicht durch An- und Abreise sowie administrative Maßnahmen eingeschränkt werden.

Als unverzichtbar haben sich die Bausteine erwiesen:

- (1) Einweisung der Seminarteilnehmer in ein funktionierendes Freizeitbüro, hierzu
 - Auswahl des Tagungsorts in Kooperation mit einem Freizeitbüro in erreichbarer Nähe;
 - Besuch dieses Freizeitbüros mit Auswertung;
- (2) Einbringen praxisorientierter Lernthemen, z.B.:
 - Erarbeiten und Durchführen einer Erhebung zum Freizeitbedarf in der Liegenschaft (Bedarfsanalyse).
 - Werbung durch Informationsbroschüre, Plakat und Handzettel: Grundsätze und Beispiele für das Erarbeiten und Herstellen von Werbeträgern des FZB's;

„Der Dienst im Freizeitbüro oder im Freizeittreff ist ein freiwilliger Dienst. Wenn wir keinen Freiwilligen finden, müssen wir einen Soldaten überzeugen, dass es sich lohnt, diesen Dienst freiwillig zu tun.“ Kommandeur, zgl. Vors. Arbkr. „Soldat & Freizeit“

- Erarbeiten eines Rahmens für Organisation und Durchführung einer Veranstaltung zur Betreuung der Soldaten in der Freizeit.

Was können nun Soldaten in der Truppe tun, um die Idee eines Freizeitbüros auch an ihrem Standort zu realisieren? Ganz einfach:

- Das ausgeschriebene, einschlägige Seminarangebot des Streitkräfteamtes nutzen.
- Kontakte zu anderen FZB's suchen und Erfahrungen mit die-

sen austauschen.

- Ideen und Methoden von funktionierenden FZB's übernehmen und auf die eigene Situation übertragen.
- Durch qualifizierte Freizeitberatung die Klientel der Wehrdienstleistenden und die Vorgesetzten überzeugen.

Und noch ein Tip zum Schluss:

Warum sollten nicht z.B. diejenigen Wehrpflichtigen, die aus den Mitgliedsverbänden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) oder der evangelischen Jugendarbeit kommen und Dienst in den Streitkräften leisten, gerade im Bereich der Freizeitbetreuung für die Soldaten die geeigneten jungen Männer für das Freizeitbüro sein? Dieser Personenkreis sollte auf dieses Engagement bei der Bundeswehr und die Möglichkeiten der Truppenwerbung frühzeitig hingewiesen werden.

„Leider wird die Arbeit des Freizeitbüros viel kritisiert. Verbesserungsvorschläge gibt es nur selten. Ein Freizeitbüro kann nur funktionieren, wenn der verantwortliche Vorgesetzte auch dahinter steht.“

S1-Fw, dem ein FZB untersteht.

Anhang:

Hinweis auf dienstliche Vorschriften und Erlasse zum Thema

Dieser Beitrag aus Heft 4/Dezember 1997 der von EAS und KAS herausgegebenen **INFORMATIONSSREIHE** stellt die Konzeption der Freizeitbüros in der Bundeswehr aus der Sicht der Trägerverbände für die außerdienstliche Soldatenbetreuung dar. Wer sich genauer über die Betreuung der Soldaten informieren will, Aufgaben als Vorgesetzter oder als Freizeitberater in der Truppe ausübt sowie als Betreuungsreferent im Freizeitbereich tätig ist, sollte sich an den einschlägigen Vorschriften und Erlassen orientieren.

Grundlage ist der **Erlass „Richtlinien für die Einrichtung und den Betrieb von Freizeit-**

büros“, SKA G1/2 – Az 35 – 30 – 30 vom 01.04.1994.

Das vom Streitkräfteamt – G 1/2 herausgegebene **„Handbuch für Freizeitberater“** ist der Leitfaden für den Dienst im Freizeitbüro. In einem Anhang werden darin alle Vorschriften und Erlasse aufgeführt, deren Kenntnis und Beachtung in diesem Zusammenhang wichtig sind. Es wird dort auch darauf hingewiesen, wo diese Schriften zu erhalten bzw. einzusehen sind.

Das Handbuch wird vom Streitkräfteamt regelmäßig aktualisiert.

Eindrücke

aus einem

Freizeittreff



Formen außerdienstlicher Betreuung

Soldaten(freizeit)heime

Soldaten(freizeit)heime sind Stätten der Begegnung zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung, die einer sinnvollen gemeinschaftsfördernden Freizeitgestaltung dienen. Es sind zentrale, ortsgebundene Einrichtungen, die in Garnisonsstandorten als Freizeit-, Kultur- und Begegnungsstätten im Sinne eines Bürgerhauses von den Trägerverbänden betrieben werden.

Die EAS verwendet den traditionellen Begriff Soldatenheim (SH), während die KAS die Bezeichnung Soldatenfreizeitheim (SFH) für ihre Betreuungseinrichtungen bevorzugt.

„Offene Betreuung“

Die „Offene Betreuung“ wird dort angeboten, wo aufgrund mangelnder Betreuungseinrichtungen und auf Antrag der Truppe ein Betreuungsbedarf durch den Führungsstab der jeweiligen Teilstreitkraft festgestellt wird. Im Gegensatz zum Soldaten(freizeit)heim ist sie nicht an eine Immobilie mit Wirtschaftsbetrieb gebunden. Für die Offene Betreuung wird in einem Standort / in einer Kaserne ein „EAS-Ausschuss“ bzw. ein „Arbeitskreis Soldat & Freizeit“ (KAS) gebildet, der den Betreuungs-, Ausstattungs- und Infrastrukturbedarf feststellt sowie die Betreuungsmaßnahmen festlegt. Dieser hat in der Folge die Aufgabe, eine effektive Betreuung aufzubauen, Einzelmaßnahmen durchzuführen und Freizeitseminare anzubieten.

Darüberhinaus richten die Arbeitsgemeinschaften in verschiedenen Standorten einen sogenannten „Freizeittreff“ ein, der den Ausschuss/Arbeitskreis um ein zeitlich konstantes und räumlich festgelegtes Angebot unter Mitarbeit einer hauptamtlichen Betreuungskraft ergänzt.

Zur Offenen Betreuung gehören:

- Exkursionen
- Besuche kultureller Veranstaltungen
- Freizeitwettbewerbe
- Kino / Filmvorführung
- Geselligkeit
- berufl. Weiterbildung
- Unterhaltungs- / Musikveranstaltungen
- Sportveranstaltungen
- Seminare / Vorträge / Diskussionen

Einsatzbetreuung

Für die Einsatzbetreuung von Truppen im internationalen Friedenseinsatz kann im Rahmen der Offenen Betreuung ein materiell gut ausgestatteter mobiler Betreuungspavillon mit Personal für die Beratung, Organisation und Unterstützung der Betreuung im Einsatzland bereitgestellt werden. Hier arbeiten die Trägerverbände EAS und KAS eng mit der europäischen Betreuungsorganisation ECHOS, dem Bundesministerium der Verteidigung und der Militärseelsorge zusammen.

Der Pavillon bietet eine professionelle gastronomische Betreuung, Freizeitangebote, wie Spiele, Bücherei, TV und Video, Betreuungsfahrten, Fitnessseinrichtungen uam. Die Räumlichkeiten werden gleichzeitig als Zentren der Evangelischen und der Katholischen Militärseelsorge genutzt für Gottesdienste, Gesprächsangebote und Vortragsveranstaltungen der Militärfarrer.

Von der Truppe gut angenommene Beispiele sind die Pavillons „Oase“ in Rajlovac (klimatisierte Zeltkonstruktion) und The Brige in Mostar (Blockhaus; s.a. *Günter Thyse: „Den Menschen nachgehen“ – Ein Brief aus Mostar; S. 86 ff.*).

Familienbetreuung

Die Familien der Soldaten werden in die dienstlichen Betreuungsmaßnahmen für gewöhnlich nicht einbezogen. Nur dort, wo Kapazitäten vorhanden sind, können Familienangehörige an Betreuungsmaßnahmen teilnehmen, wenn keine zusätzlichen Haushaltsmittel in Anspruch genommen werden.

Aber vor allem im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen rücken – durch die Besonderheiten des militärischen Dienstes ausgelöst – Belastungen der Familien immer stärker in das Zentrum der Betreuungsbestrebungen. Mütter, Ehefrauen, Kinder, Freundinnen und Freunde von Soldaten werden durch die Trägerverbände in Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge und den Familienbetreuungscentren der Bundeswehr informiert, beraten, wo es geht unterstützt und in die Arbeit der „Offenen Betreuung“ sowie die Angebotspalette der Soldaten(freizeit)heime einbezogen. Daraus ergibt sich ein neues Feld für die weitgehend gemeinsame Arbeit.

Militärseelsorge in den neuen Bundesländern

„Eine einzigartige Chance, die man nicht vergeben sollte.“

CARSTEN KIEßWETTER

Der Bischof von Erfurt wird immer stiller und nachdenklicher, je näher sich sein Wagen der Erfurter Löberfeld Kaserne in der thüringischen Hauptstadt nähert. Dann bricht es aus ihm heraus: „Wissen Sie eigentlich, was das für mich bedeutet?“, fragt er seinen Begleiter aus dem Westen. „Ich bin das erste Mal in meinem Leben in einer Kaserne. Das war bei uns bis 1989 völlig unvorstellbar. Nun, Sie können das gar nicht erfassen, das ist fast nicht zu glauben! In diesem Moment wird mir eigentlich erst richtig bewusst, was sich mit der ‘Wende’ alles verändert hat.“

Im Februar 1995 hatte der damalige Kommandeur der Panzerbrigade 39 „Thüringen“, Oberst Wolfgang Schneiderhan, den Erfurter Oberhirten zu einem Gespräch mit seinen Soldaten eingeladen. Bischof Wanke hatte die Einladung sofort angenommen, obwohl dies bei nicht wenigen seiner Mitarbeiter Verwunderung und teilweise Unverständnis ausgelöst hatte. „Können Soldaten Christen sein?“, „Gottesdienste für Soldaten und ‘Helm ab zum Gebet’, lässt sich das überhaupt vereinbaren?“

Die Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus und den Angehörigen der Nationalen Volksarmee wirkten hier nach. Christen waren in der DDR eine kleine Minderheit, halb ignoriert, aber stets wachsam kontrolliert, meist ausgebremst, manchmal auch widerwillig respektiert, jedenfalls Menschen, die weit unter der Höhe des Fortschritts und des richtigen Bewusstseins lebten.

Auch die Armee dieses Staates und des Systems, die ungeliebte NVA, in der auch die Christen als Wehrpflichtige zu dienen hatten, verstand sich als Instrument einer Partei, für die der Glaube der Christen ebenfalls ein Überbleibsel einer bereits überwundenen Epoche und mit dem wissenschaftlichen Sozialismus unvereinbar war. Ihre Offiziere hatten als Parteimitglieder aus der Kirche auszutreten.

Ein Kommandeur als bekennender Christ, dessen Stabsoffiziere sich mehrheitlich einer christlichen Kirche zugehörig fühlen, undenkbar!

Die Christen und die Kirchen in der DDR hatten ihre eigenen Erfahrungen gemacht. Diese waren bestimmt von Distanz zwischen ihnen und der Armee und vom festen Zusammenhalt der Christen auch unter den Bedingungen des militärischen Dienstes sowie vom Anschluss der kirchlich gebundenen Soldaten an die Ortsgemeinden der jeweiligen Standorte. Nach der Wende im Jahr 1990, als der Aufbau der Militärseelsorge in den neuen Ländern anstand, war auf dem Gebiet der Soldatenseelsorge nicht einfach leere Steppe da, wie manch einer aus dem Westen glaubte. Auch die „Spatensoldaten“ leisteten Dienst in der NVA, allerdings nicht mit der Waffe. Die Arbeit mit „Spatensoldaten“ und mit den christlichen Wehrpflichtigen in den regulären Einheiten der NVA lief jedoch außerhalb der Kasernen und oft in der Halblegalität ab. 1990 gab es deshalb auf beiden Seiten Missverständnisse, Unverständnis und ein solides Misstrauen sowie massive Vorbehalte: „Ich werde eine Kaserne nie betreten! Wenn ein Soldat will, kann er zu mir in das Pfarrhaus kommen.“ „Aus unserer Jugend waren alle ‘Spatensoldaten’ oder machen heute alle Zivildienst!“ und „...ein anständiger Mensch und Christ ist kein Reserveoffizier!“, war zu vernehmen.

Mit dem Aufbau der Bundeswehr änderten sich dann von heute auf morgen die Bedingungen für die Soldatenseelsorge.

Mit der einladenden Offensive der aus dem Westen zuversetzten Kommandeure und der katholischen Soldaten lösten diese einige Überraschungen aus. Auch die meisten Priester in den Thüringer Standorten zeigten sich überrascht über die Offenheit, mit der alles gezeigt wurde und auch Probleme angesprochen wurden.

Die Militärseelsorge stand im Osten unseres Vaterlandes jedoch vor grundsätzlich anderen Herausforderungen und Bedingungen, als im Westen. Viele aus den Altbundesländern zuversetzte Soldaten, die den Weststandard der Militärseelsorge gewohnt waren, erkannten dies anfangs nicht. Von den Wehrpflichtigen aus den neuen Bundesländern sind vielleicht drei Prozent katholisch, etwa zwölf Prozent sind evangelisch und 85 Prozent (!) sind nicht getauft. Von den Offizieren und Unteroffizieren kommen weit über 90 Prozent der Christen aus dem Westen. Es war deshalb wichtig, dass Pfarrer und Diakone aus Mitteldeutschland diesen Dienst übernommen haben. Sie kennen die Menschen und ihre Geschichte, ihre Gefühle und Probleme besser als ihre Mitbrüder aus den westlichen Bundesländern.

So wie Pfarrer Hartmut Gremmler. Der Geistliche aus dem Bistum Erfurt kam 1991 nach Bad Frankenhausen. Er, der selbst nie als Soldat diente und mehr als zehn Jahre Gemeindepfarrer im Eichsfelder Sperrgebiet war, wurde dort zum ersten Mal mit Kasernenalltag konfrontiert. Er wollte für alle da sein, sagte er damals bei seiner Einführung, „auch für die evangelischen Soldaten und all die Nichtgetauften“. Dieses Versprechen hat er gehalten. Ein Wehrpflichtiger kam in großer Not zu ihm, als seine Mutter schwer krank war, Gremmler half und vermittelte. Andere baten um Rat, weil sie Schulden hatten. Es sind viele ungetaufte Soldaten und alle Dienstgrade, die ihn aufsuchen, die einmal mit dem Pfarrer reden wollen, „weil man da weiß, dass es unter uns bleibt und einer einem wenigstens einmal zuhört“. „Die SÜABKA (die Sündenabwehrkanone)“, wie ihn manche Soldaten scherzhaft nennen, ist mittlerweile ein geschätzter und geachteter Mann, der aus dem Alltag der Bad Frankenhausener „Kyffhäuserkaserne“ nicht mehr wegzudenken ist.

In den katholischen Kreisen spielen die anfänglichen Vorbehalte gegenüber dem Dienst des Soldaten und die Angst, die Seelsorge der Kirche könne vom Staat für seine Zwecke instrumentalisiert werden, kaum noch eine Rolle.

Gremler stellte immer klar: „Ich bin weder der verlängerte Arm der Offiziere noch dafür da, Soldaten zu motivieren“. Er sei ja nicht der Nachfolger des Politoffiziers, fügt er manchmal und nach einer Pause recht nachdenklich hinzu.

Entspannung auf der ganzen Linie also? Nicht ganz, denn Seelsorge im engeren Sinne wendet sich an die Christen. Sie will und kann niemanden vereinnahmen, der keiner Kirche angehört; und heute schon gar nicht unter dem Stichwort Mission. Seelsorge im weiteren Sinne ist jedoch ein Dienst, der sich allen öffnet. Die Kirchen verstehen ihn seit alten Zeiten als Diakonie. Sie bieten jedem ihren Dienst an, der ihn annehmen will. Doch die spezifische Situation der mitteldeutschen Diasporakirche bestimmt die Grenzen.

In einer kleinen Minderheitenkirche gibt es nur wenige hauptamtliche Militärpfarrer – wie etwa Pfarrer Gremler, der der einzige hauptamtliche Militärpfarrer im Bistum Erfurt und damit in Thüringen ist – und diese betreuen einen übergroßen Seelsorgebereich. Bisher sind drei hauptamtliche Pfarrer tätig in Neubrandenburg, Leipzig und Bad Frankenhausen. 27 Standorte in den neuen Bundesländern werden zurzeit nebenamtlich von einem Gemeindepfarrer, einem Kaplan oder einem Diakon versorgt.

Es stellt sich ein weiteres Problem: Wie kann man Gottesdienst feiern, wenn mit den wenigen Gläubigen eine viel größere Gruppe von Nichtchristen in der Kirche sitzt? Die Pfarrer in der DDR kannten ihre Kirchenbesucher. Der Gottesdienst hielt vor allem die katholischen Gemeinden zusammen. Ein fremdes Gesicht weckte die Furcht vor der Stasi.

Auch beim Lebenskundlichen Unterricht bewegen sich Pfarrer und Soldaten auf ungewohntem Gelände. Chance ist für beide in den meisten Fällen eine Gesprächsrunde, in der die Soldaten Gelegenheit haben, den Pfarrer kennen zu lernen. Dann kann das Gefühl der Fremdheit sich auflö-

sen und deutlich werden, dass hier ein offenes Gespräch über Lebensfragen von Soldaten möglich ist. Vor allem an den Lebenskundlichen Unterricht knüpfen sich persönliche Gespräche, in denen vielerlei Sorgen eine Rolle spielen.

Die Gespräche mit den Soldaten entstehen bei Anlässen, Besuchen und Begegnungen, oder sie werden vereinbart. So wird Bischof Wanke in diesem Jahr zum vierten Mal einen zentralen Friedensgottesdienst für die Thüringer Soldaten feiern. Beim sich anschließenden Empfang im Gemeindehaus kann man Vorurteile abbauen. Die Soldaten kommen freiwillig und viele sind das erste Mal in einer Kirche und in einem Gottesdienst. „Ich wollte mir das schon immer mal ansehen und bin deshalb mitgekommen“, bekannte ein Gefreiter gegenüber Bischof Wanke beim letztjährigen Friedensgottesdienst in Bad Salzungen. Dessen Fahrer gegenüber sagte er später, dass der Bischof und die Geistlichen ja ganz nette und vernünftige Menschen seien, mit denen man ja sogar reden könne.

Bekehren wird man bei solchen Veranstaltungen keinen, aber man kann Verständnis für das Christentum und die Kirche schaffen. Das ist für eine Gegend, in der der Ausfall christlicher Traditionen und Bräuche radikal erfolgte, schon eine ganze Menge.

Nach einem abendlichen Gottesdienst in der Cottbuser Edith-Stein-Kirche kam es fünf Jahre nach der Wende zu einer kontroversen Gesprächsrunde mit jungen Christen aus den Umlandgemein-

den. Einer derer, die von den ostdeutschen Bischöfen als Männer der ersten Stunde zu Militärseelsorgern berufen wurden, der Militärpfarrer im Nebenamt für Döbern, Friedrich Quack, betonte damals, die Arbeit der katholischen Soldaten in der Bundeswehr im Zeichen ihres Glaubens, ihr Zeichen als bekennende Christen sei nötig: „Denn es gibt keinen Landstrich auf der Welt, wo die Frage nach Gott so erloschen ist wie in den neuen Bundesländern“.

Dieser radikale Ausfall des Glaubens, christlicher und damit auch abendländischer Traditionen war selbst für die DDR nirgends so absolut und krass gewesen, wie in den „Stiefelghettos“, den Plattenwohnungen der vom Staat privilegierten NVA-Angehörigen und deren Familien. Quack musste es wissen, denn er hatte bereits vor der Wende und damals heimlich Soldaten seelsorgerisch betreut.

Nach sieben Jahren Militärseelsorge in den neuen Bundesländern, einer oft schweren Arbeit für die Pfarrer und die engagierten Laien, ist auf katholischer Seite so etwas wie Normalität eingekehrt. Missen möchten die meisten Soldaten die Militärseelsorge nicht mehr – getauft oder ungetauft. Auch an der Basis wird ihre Notwendigkeit mittlerweile durchwegs anerkannt. Und, so betont Pfarrer Gremler immer wieder: „Hier bietet sich schließlich für die Kirchen eine einzigartige Chance, auch in der ostdeutschen Diaspora Zugang zu vor allem jungen Menschen zu bekommen, die man nicht vergeben sollte.“ □

STICHWORT: „PFINGSTEN“

Pfingsten ist für Christen das Fest des Heiligen Geistes. Der Heilige Geist ist nach kirchlicher Lehre in die Welt gesandt, um Person, Wort und Werk Jesu Christi in der Geschichte lebendig zu erhalten. Im neuen Weltkatechismus heißt es, seit Pfingsten stehe „das von Christus angekündigte Reich allen offen, die an ihn glauben“.

In der Apostelgeschichte wird berichtet, wie die Jünger Jesu durch das Pfingstwunder „mit Heiligem Geist erfüllt wurden und begannen, mit anderen Zungen zu reden“ (Apg 2,4). Die Beschreibung dieses sogenannten

Sprachenwunders will darauf hinweisen, daß die Verkündigung der Botschaft von Jesus Christus sprachübergreifend Bedeutung für die ganze Welt hat.

Bis zum 4. Jahrhundert feierten die Christen an Pfingsten auch die ebenfalls in der Apostelgeschichte erwähnte Himmelfahrt Christi (Apg 1,1–11). Nachdem sich Christi Himmelfahrt zu einem eigenständigen Fest entwickelt hatte, wurde Pfingsten zum Fest des Heiligen Geistes. Mit Pfingsten endet die 50tägige österliche Festzeit. Das Wort Pfingsten leitet sich von „pentekoste“ dem griechischen Begriff für „fünfzig“, ab.

Männer und Männerseelsorge in der Diaspora der neuen Bundesländern

HARTMUT GREMLER

Als Militärpfarrer habe ich hauptsächlich mit Männern zu tun. Jetzt muss ich natürlich sagen, unter dem Stichwort der „Mann in der Diaspora“, rede ich von zwei Richtungen Männern: den Männern aus dem zivilen Leben und den Soldaten. Ich habe bei mir am Standort Bad Frankenhausen nicht nur Männer aus den neuen Bundesländern zu betreuen, sondern auch Soldaten, die aus den alten Bundesländern kommen. Bei diesen Soldaten aus den alten Bundesländern handelt es sich oft um Männer, die entweder kirchlich geprägt oder „getaufte Heiden“ sind, während sich unsere Leute aus den neuen Bundesländern oft gleich als Heiden bezeichnen. Atheistische Soldaten, die aus der NVA übernommen wurden, haben natürlich kein kirchliches Bild. Sie kennen Kirche sehr häufig nur als die Institution, mit der sie offiziell keinen Kontakt haben durften.

Was die Arbeit mit diesen Männern angeht, erlebe ich sie nicht selten als eine viel offenere Arbeit und ein wohlwollendes, unkompliziertes Entgegenreten. Ein „getaufter Heide“ gibt mir zwar irgendwie noch zu verstehen, dass er irgendwann einmal auch zur Kirche gehört hat, aber im zweiten Satz schon sagt er, ein Gottesdienstbesucher bin ich nicht.

Diaspora heißt bei uns in den neuen Bundesländern (im Raum Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen) wirklich 80 - 84 % Nichtgetaufte. So sieht die Situation auch in Bad Frankenhausen aus. Da stehen die Männer, die sich wirklich zur Kirche bekennen, entweder in der Gemeinde ganz aktiv drin und tragen dann auch Gemeinde mit (auf sie ist dann auch 100%-ig Verlass), oder man sieht sie eben nicht.

Ich kann auch nicht sagen, wir haben „Männerarbeit“ in der Gemeinde, sondern es ist eigentlich Familienarbeit. Ich würde auch nicht sagen, dass Bundeswehresoldaten in der „Männerseelsorge“ anzusiedeln sind. Als Militärpfarrer habe ich zwar die Woche über mit den Männern zu tun - arbeitsmäßig an ihrem Arbeits-

platz -, aber ich denke, wenn es um Kirche geht, da spielen auch bei der Bundeswehr mehr die Familien eine Rolle. „Kirchliches Leben“ erlebe ich z.B. da, wo ich die Soldaten (die Männer) mit ihren Familien zu einem Familienwochenende einlade. Bei diesen Gelegenheiten tauchen auch die Männer auf und leben einmal bewusst „Kirche“, Christsein mit.

Aber am Arbeitsplatz, die ganze Woche über, da ist der Pfarrer ein lieber Mensch, der gern gesehen ist, weil er auch hier und da ein wichtiger Gesprächspartner für sie ist - dienstlich und privat -, den sie auch gern in Anspruch dafür nehmen. Diese Gespräche sind nicht nur tiefe religiöse Seelsorgsgespräche, sondern da geht es oft um ganz praktische Lebensfragen, nicht selten auch um Orientierungssuche.

Ich erlebe, dass die Soldaten heute sehr verunsichert sind, auch von ihrem Beruf her. „Heimatsuche“ ist ein wichtiges Thema. Die Soldaten sind vom Lebensstil her in gewisser Weise Vagabunden. Sie haben meistens keine lange Stehzeit am Ort. Wer Berufssoldat ist und die Offizierslaufbahn einschlägt, der ist oft nicht länger als zwei Jahre an einem Ort. Diese „Heimatlosigkeit“ führt dazu, dass ich das, was das eigentliche kirchliche Leben dieser Männer angeht, gar nicht kenne.

Wir wissen ja auch aus unseren Pfarreien, wie zurückhaltend Männer sind, wenn es um religiöse Fragen geht. Ich habe den Eindruck, dass dies bei Soldaten noch stärker der Fall ist. Soldaten sind geprägt von ihrem Beruf, d.h. sie zeigen nicht gern Schwächen, nach außen schon gar nicht. Das gehört so zu ihrer Mentalität, zu ihrem Berufsbild, so dass damit auch nach außen hin das Bild vom „Mann“ stimmt. Unter vier Augen bekomme ich dann allerdings nicht selten zu hören, wie wackelig dieses nach außen hin so feste Bild ist. Da muss ich dann auch feststellen, dass sie von einer Hektik, (die sich aber allgemein in unserer Gesellschaft zeigt) umhergetrieben werden, quer durch das Land, ihre Fa-

milien sehen sie nur noch am Wochenende, wenn überhaupt. Das alles bleibt nicht ohne Spuren und macht ihnen sehr viel zu schaffen. Hilflosigkeit ist dann keine Seltenheit, die aber für einen Vorgesetzten doppelt problematisch sein kann.

Wenn dann jemand so eine Heimat wie die Kirche hat, fühlt er sich da eben auch gut aufgehoben. Ich spüre sehr deutlich, Männer, die eine Kirchenbindung haben, suchen auch vor Ort Gesprächspartner in der Kirche. Ob das nun der Pfarrer ist oder jemand anderes ist unwesentlich. Die anderen Männer aber, die nicht christlich gebunden sind, also auch keine Religion haben, die müssen mir (dem Pfarrer) viel stärker zeigen, dass sie eigentlich im Leben stehen und nicht wackelig sind. Sie können vor mir nicht ohne weiteres zugeben, dass sie Schwächen haben. Denn das haben sie nicht gelernt. Sie sind in den vergangenen DDR-Jahren so erzogen worden: ein sozialistischer Mensch, der steht seinen Mann. Kirche war etwas für Schwächlinge, für diejenigen, die im Leben nicht zurechtkommen. So wurde es in der DDR den Menschen (und besonders den Parteigenossen) beigebracht.

Wenn so ein Mann (aufgrund irgendeines „Zufalls“ oder warum auch immer) mit dem Pfarrer ins Gespräch kommt, dann spüre ich sehr oft, wie es mir erst gestern wieder begegnet ist, dass jemand sagt: „Sie können mir glauben, ich habe jetzt (seitdem ich Kontakt zu einer Kirchengemeinde gefunden habe), meinen ganzen Bekanntenkreis geändert, ich habe nie gewusst, dass Kirche etwas ist, was Lebensfragen beinhaltet. Ich habe immer gedacht, das ist etwas ganz Stinklangweiliges, nur fromme Gottesdienste und lahme Predigten.“ Dass in der Kirche Lebensfragen eine ganz wichtige Rolle spielen und auch mit Hilfe des Glaubens beantwortet werden, das ist ihm jetzt erst aufgegangen in einem Freundeskreis, der mit Kirche zu tun hat.

Fazit: Ich erlebe die Diasporasituation unter Soldaten als sehr belastend, aber auch als hoffnungsvoll. Soldaten sind nicht anders als zivile Gemeindemitglieder: entweder sie sind aktiv in der Kirche tätig, oder aber sie sind unauffällige oder abständige Kirchenmitglieder. □

Christentum im zusammenwachsenden Europa

Politikergespräche im Katholischen Militärbischofsamt (KMBA)

Militärdekan Michael Weihmayer, KMBA, begrüßte am 25. März im Gästehaus des Militärbischofs in Bonn die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Frau Helene Fischer, vor Gästen der Laienorganisationen der Militärseelsorge, der Kurie und Vertretern von Institutionen des Bundes zu einer Gesprächsrunde. Hierzu hatte der Militärgeneralvikar, Prälat Jürgen Nabbefeld, – inzwischen in guter Tradition – eingeladen. Seit den achtziger Jahren gibt es diese Treffen mit Vertretern der politischen Parteien aus Bonn. Als Moderator führte Brigadegeneral Friedhelm Koch, Luftwaffenamt, er ist auch Mitinitiator diese Gespräche, durch die Veranstaltung.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Fischer berichtete am Anfang ihrer Ausführungen von einem Treffen mit dem Präsidenten Rest-jugoslawiens, Milosevic, das in der vergangenen Woche stattgefunden hatte. Das wichtigste Ergebnis daraus war, dass es der größte Wunsch der Serben sei, wieder in die europäischen Strukturen einbezogen zu werden. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass die Europäische Union (EU) das Unabhängigkeitsstreben der Kosovo-Albaner wegen der zu befürchtenden, unabsehbaren, kriegesischen Auseinandersetzungen nicht unterstütze.

Zur Rolle des Europarates sagte Leni Fischer, es komme kein Staat in die EU, der nicht vorher in den Europarat aufgenommen sei. Dieser umfasse derzeit vierzig Mitglieder, wobei die Türkei

Gründungsmitglied ist. Die langen Fristen für die Aufnahme in die EU dienten dazu, die Bewerber auf den EU-Standard anzugleichen. Dabei unterstütze der Europarat die aufnahmewilligen Länder zum Beispiel beim Aufbau demokratischer Staatsformen (im westlichen Verständnis). Der Europarat achte auf die Einhaltung der Menschenrechte auf der Grundlage der christlich-abendländischen Werte. Menschenrechtsverletzungen müssten bei allen angeprangert werden – auch in Deutschland. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass Folterungen in der Türkei vor allem auf den Polizeistationen stattfänden und weniger in den Gefängnissen.

In Europa komme derzeit immer mehr eine Wertediskussion auf christlicher Grundlage in Gang. Die soziale Marktwirtschaft sei heute Gedankengut beider großer Parteien in der Bundesrepublik. Die christliche Soziallehre bedeute aber mehr, da sie die Wirtschaft und den Menschen im Blick habe (z.B. Sozialpflichtigkeit des Eigentums). In den nächsten Jahren werden Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts (soziale Kohäsion) Schwerpunkt für die Hilfe der Westeuropäer an die Staaten im Osten Europas sein. Dabei sei zu berücksichtigen, dass dort ein anderer politischer Ansatz gelte – z.B. große Unterschiede zwischen Arm und Reich, mafiose Organisationen usw. –, erklärte die Präsidentin.

Es sei jetzt wichtig, wirkliche Solidarität mit den Ländern des Ostens zu zeigen, um einen Zustrom von Menschen von dort zu verhindern. Frau Fischer schloss ihre Ausführungen mit dem Appell, bei unseren Bürgern das Gefühl der sozialen Verantwortung für alle Menschen zu wecken. (bt)



Militärdekan Michael Weihmayer, Refratsleiter Personalangelegenheiten im KMBA, bedankt sich mit dem Kreuz der Militärseelsorge bei der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Helene Fischer (MdB CDU), für das informative Hintergrundgespräch zum Geschehen in und um Europa.

(Foto: bt)

KURZ BERICHTET

„Ungeheures Interesse an Religion außerhalb der Kirchen“

Außerhalb der Kirchen sieht der englische Religionswissenschaftler John Hick ein „ungeheures“ Interesse an religiösen Fragen. Die Formen, die dieses Interesse annehme, seien jedoch „konfus“, sagte Hick Anfang März in ei-

nem Interview des in Frankfurt erscheinenden „Börsenblattes für den Deutschen Buchhandel“. Die Menschen griffen irgendwelche Ideen auf, ohne sie kritisch zu überdenken. Die Kirchen seien mit ihrem Angebot gescheitert.

Nach Hicks Ansicht braucht die moderne Gesellschaft religiöse Denker, die außerhalb der Kirchen

zu den Menschen sprechen. Der Anspruch der christlichen Religion auf Allgemeingültigkeit sei veraltet. In religiöser Hinsicht lasse sich die Welt auf verschiedene Weise interpretieren. Für welche Religion sich der Einzelne entscheide, hänge von der individuellen Umgebung und dem ethischen Umgang der Menschen miteinander ab. (KNA)

Ein Lehrgang für angehende Ruheständler?

Soldaten sind gewohnt, dass es für neue Aufgaben und Tätigkeiten Lehrgänge, zumindest eine Einweisung gibt. Wenn aber jemand in den Ruhestand geschickt wird, kommt es vor, dass er das Gefühl hat, in ein tiefes Loch zu fallen; denn er ist als Ansprechpartner für die vielen Fragen, um die er sich jahrelang kümmerte, nicht mehr gefragt. Im Dienst – da war er noch wer, doch nun? Nun leidet die Ehefrau darunter, dass ihr Mann ständig zu Hause ist, ihr stets helfen will, über die Schulter schaut und sich überall einmischt. Nach vielen eigenständigen Ehejahren hat sie plötzlich einen „Vorgesetzten“.

Der Ruhestand ist also überhaupt nicht das, was das Wort bedeutet, er ist vielmehr eine Herausforderung, mit der man sich zumindest gedanklich rechtzeitig auseinander setzen sollte. Zu einer solchen Auseinandersetzung lädt ein Seminar ein, das die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) in Zusammenarbeit mit dem Kardinal-von-Galen-Haus in der Zeit vom 03.-07.06.1998 in Stapelfeld bei Cloppenburg für angehende Pensionäre der Bundeswehr und ihre Ehepartner durchführt. (Gleiche Seminare werden für die südlichen Wehrbereiche in Nürnberg angeboten, s.a. Hdb der GKS Ziff 2.3.2)

Diese Seminare stehen unter der Überschrift „Be-

wältigung der dritten Lebensphase“. Man kann wohl nicht davon reden, dass ein Soldat, der im Al-

ter zwischen 52 und 60 Jahren pensioniert wird, nun sich anschickt, seinen Lebensabend zu verbringen. Es beginnt dann eine neue, andere Lebensphase, die nicht weniger lebenswert ist als die vorausgegangenen. Die „Dritte Lebensphase“ muss von Jedem persönlich angenommen, gestaltet und bewältigt werden. Das gilt nicht nur für neue Aufgaben, für die Lebenserfüllung, sondern auch für das Lösen von Problemen, die Annahme von Freud und Leid.

Der Beginn der „Dritten Lebensphase“ ist auch der Beginn vieler neuer Möglichkeiten für den einzelnen wie für die Ehepartner gemeinsam. Aufbauend auf Lebenserfahrung und gewachsener Gemeinsamkeit gilt es, die Zukunft positiv anzugehen. Das Seminar der GKS in Stapelfeld soll dazu einen Beitrag leisten.

Zur Teilnahme eingeladen sind Berufssoldaten mit ihren Ehefrauen, die bis zu drei Jahre vor ihrer Pensionierung stehen. Anmeldungen sind zu richten an:

Katholischer Wehrbereichsdekan II,
Hans-Böckler-Allee 18, 30173 Hannover
oder: Referent beim Bundesvorstand der GKS, Oberst a.D.
Jürgen Bringmann, Breite Straße 25, 53111 Bonn.

(Heinrich Havermann)



WEHRBEREICH II: GKS AACHEN

GKS-Kreis Aachen mit einem eigenen Stand beim Tag der offenen Tür in der Lützow-Kaserne. Anlass war das 40-jährige Bestehen der Instandsetzungstruppe und der Technischen Schule des Heeres/Fachhochschule des Heeres für Technik. Der gemeinsame Stand von evangelischer, katholischer Militärseelsorge und Laienverband erfreute sich eines großen Besucherinteresses. Jung und Alt, Aktive und Reservisten, deutsche und ungarische Soldaten kamen und wollten sich über die Kirche unter Soldaten informieren. „Unseren Glauben können wir doch nicht am Kasernentor abgeben“, war die Botschaft der katholischen Soldaten, die auf Tafeln, mit Broschüren und noch mehr im persönlichen Gespräch ihr Engagement darstellten. (Foto: GKS Aachen)



**G K S -
K R E I S
A M B E R G /
K Ü M M E R S -
B R U C K**

Fahnenweihe – Endlich ein Symbol zum Herzeigen!!

Am 17. Dezember 1997 fand in der Garnisonskirche St. Georg in Amberg ein besonderer Standortgottesdienst statt. Das vollbesetzte Gotteshaus bildete einen würdigen Rahmen für die Amtseinführung des neuen Standortpfarren Wolfgang Schilk. Dieser betonte seine große Freude daran, als erste offizielle Amtshandlung am Schluss des Gottesdienstes die neue Fahne der GKS weihen zu dürfen, bilde die Laienarbeit doch eine wesentliche Stütze der kirchlichen Arbeit in der Militärseelsorge.

Die neue Fahne ermöglicht den GKS-Mitgliedern nun eine repräsentative Darstellung ihrer Organisation bei Veranstaltungen in der Öffentlichkeit. (Anton Schill)



Feier des Weltfriedenstages in Hammelburg: Militärpfarrer Wolfgang Sauer versammelte zum Friedensgruß die Kinder der Gottesdienstgemeinde um den Altar der Christkönigkirche.

(Foto: P.M. Pillich)

WEHRBEREICH VI: GKS HAMMELBURG

Amerikanische und deutsche Soldaten feiern gemeinsam den Weltfriedenstag

Über 250 Kirchenbesucher waren am 8. März der Einladung der GKS Hammelburg zur gemeinsamen Feier des Weltfriedenstages mit der Katholischen U.S. Militärgemeinde Schweinfurt in der Christkönig-Kirche in Hammelburg gefolgt. Die gegenseitige Besuche zu diesem Anlass werden schon seit längerer Zeit durchgeführt, aber noch nie waren so viele Soldaten und Familienangehörige der U.S. Streitkräfte aus Schweinfurt Gast in Hammelburg.

Der Gottesdienst, gemeinsam durch Militärpfarrer Norbert Sau-

er und Chaplain David Sunberg gestaltet, wurde in beiden Sprachen abgehalten.

Neben den Friedensgrüßen beider Geistlichen waren auch die Predigten von Chaplain Sunberg und Militärpfarrer Sauer vom Wunsch nach Frieden geprägt. Hass, Gewalt, Krieg und Terror bestimmten häufig und immer noch das Geschehen auf der Welt, obwohl Jesus schon vor rund 2000 Jahren die Menschen eingeladen und aufgefordert hatte, Frieden zu stiften. Um heute Frieden zu schaffen, so die Geistlichen, müssten die Menschen aufeinander zugehen. Ohne das Eintreten für den Frieden, die Anerkennung der Würde des Menschen, seiner Achtung und der Einhaltung von Gerechtigkeit werde dieser Frieden nicht durchsetzbar sein. Ziel müsse sein, nicht nur für den Frieden zu beten, sondern sich dafür aktiv einzusetzen – ehrlich und überzeugend. Dies auch dann, wenn der Erfolg nicht gleich gemessen werden könne.

Die Bedeutung dieses Weltfriedenstages und die damit gezeigte Ver-

bundenheit nicht nur zwischen der Bundeswehr und den amerikanischen Streitkräften, sondern auch zwischen der Bundeswehr, der Bundeswehrverwaltung und der Bevölkerung zeigte die Anwesenheit des ranghöchsten Soldaten der Bundeswehr in Hammelburg, des Generals der Infanterie und Kommandeur der Infanterieschule Brigadegeneral Wulf Wedde, des Ersten Bürgermeisters der Stadt Hammelburg Arnold Zeller sowie des Leiters der Standortverwaltung Hammelburg, ROAR Wolfgang Krüger.

Das gemeinsame Sonntagsopfer stand unter dem Motto der von der Zentralen Versammlung initiierten Nachbarschaftshilfe „Katholische Soldaten helfen Straßenkindern in Bulgarien“. Der Erlös wird dazu verwandt, den Ausbau des Hauses „Roncalli“ der örtlichen Caritas in der bulgarischen Hafenstadt Burgas zu fördern.

Der Gottesdienst wurde musikalisch gestaltet durch die Hammelburger „Gruppe St. Johannes“ unter der Leitung von Hauptmann Martin Stapper.

(Peter M. Pillich)

GKS-KREIS INGOLSTADT

Das Thema, „Der Auftrag der Bundeswehr aus christlicher Sicht“, wurde beim Familienwochenende des GKS-Kreises Ingolstadt Ende Februar im Pater Rupert Mayer Haus in Aschau im Chiemgau, dem „Stammhaus“ der Ingolstädter GKS behandelt. Der Referent, Werner Fiutak, Erster Vorsitzender der Stefanus-Gemeinschaft München traf bei seinem Vortrag auf eine breite Zustimmung der Teilnehmer.

Erstmals wurde ein Familienwochenende des GKS-Kreises Ingolstadt vom Stadtjugendseelsorger des Dekanates Ingolstadt, Martin Geistbeck, begleitet. Er ist in der Ingolstädter Militärseelsorge gut bekannt, weil er immer wieder bei Familiengottesdiensten oder der Feier der Osternacht als Geistlicher einspringt. Der abschließende Gottesdienst am Sonntag stand unter dem Motto, „Den richtigen Weg finden“. Die Kinder der am Wochenende teilnehmenden Familien präsentieren mit der Betreuerin stolz ihre Bastelarbeiten

(Norbert Rödl)



Christian Bernzen (35), Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und früherer Vorsitzender der aktion kaserne, ist zum Vorsitzenden des Trägervereins für den 94. Deutschen Katholikentag im Jahr 2000 in Hamburg gewählt worden. Zu weiteren Mitgliedern des Vorstands gewählt wurden **Hans-Jochen Jaschke, Weihbischof in Hamburg, Friedrich Kronenberg, Generalsekretär des ZdK, Claus Kühn, Hamburg, Vincens M. Lissek, Bonn, und Franz-Peter Spiza, Generalvikar des Erzbistums Hamburg**. Aufgabe des Trägervereins ist es, die Voraussetzungen für die Vorbereitung und den Verlauf des 94. Katholikentags sicherzustellen, der vom 31. Mai bis zum 4. Juni 2000 stattfindet.

(KNA)

Militärpfarrer Hartmut Gremler

– Priester des Bistums Erfurt, sieben Jahre lang Standortpfarrer in Bad Frankenhausen – wurde neuer Militärseelsorger am Bundeswehrkrankenhaus in Koblenz. Er wolle für alle da sein, hatte er 1991 bei seiner Einführung gesagt, „auch für evangelischen Soldaten und all die Nichtgetauften“. Dieses Versprechen hat er gehalten. Es sind viele ungetaufte Soldaten und alle Dienstgrade, die ihn aufsuchen, um einmal mit dem Pfarrer zu reden, „weil man da weiß, dass es unter uns bleibt und einer einem wenigstens einmal zuhört“. Die SÜABKA (die Sündenabwehrkanone), wie ihn manche Soldaten scherzhaft nennen, war ein geschätzter und geachteter Mann im Dienstalltag der „Kyffhäuserkaserne“ in Bad Frankenhausen.

Dr. Hans-Achim Groß, Vorstand der Katholischen Soldatenseelsorge Anstalt öffentlichen Rechts – in dieser Funktion Mitglied im Exekutivausschuss der GKS –, Mitglied im Vorstand der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn) wurde am 30. März 1998 zum Ministerialrat ernannt.

Friedrich Kronenberg, Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), wur-

de am 10. Februar 65 Jahre alt. Der gebürtige Gelsenkirchener prägt in diesem Amt seit knapp 32 Jahren die Arbeit des Komitees, so bei der ZdK-Strukturreform in den vergangenen Jahren. Der promovierte Volkswirt gehört zu den maßgeblichen Sprechern des Laienkatholizismus in Deutschland. Von 1983 bis 1990 war Kronenberg als CDU-Abgeordneter im Bundestag. Kronenberg studierte nach dem Abitur von 1954 bis 1960 in Münster Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und arbeitete dabei die letzten beiden Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Christliche Sozialwissenschaft bei Joseph Höffner, dem späteren Kölner Kardinal. Von 1960 bis 1964 war er hauptamtlicher Leiter der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG). Nach kurzer Tätigkeit im Bundesfamilienministerium wurde er Generalsekretär des ZdK, dem er vorher bereits fünf Jahre angehört hatte. Von 1969 bis 1975 war Kronenberg stellvertretender Sekretär der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, von 1974 bis 1984 Mitglied bzw. Berater des vatikanischen Laienrates. (DT)

Karin Kortmann (38), von 1990 bis 1997 Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und im selben Zeitraum zwei Jahre Vorsitzende des Bundesjugendringes, will für die SPD in den nächsten Bundestag einziehen. Die Düsseldorferin ist eine von vier "Jungen Wilden" – so die parteiinterne Bezeichnung, denen die nordrhein-westfälische SPD einen sicheren Platz auf der Landesliste für die Wahl im September verschafft hat. SPD-Chef Oskar Lafontaine hatte beim Jugendparteitag der Sozialdemokraten 1996 in Köln versprochen, insgesamt 30 junge Leute unter 40 Jahren in den nächsten Bundestag zu bringen. (KNA)

Erzbischof Dr. Joseph Uvac, von 1984 bis 1991 Apostolischer Nuntius in Bonn, ist in der Nacht zum Sonntag im Alter von 73 Jahren gestorben – wenige Stunden bevor ihn der Papst zum Kardinal

ernennen wollte. Der gebürtige Kroat war seit seiner Abberufung aus Deutschland im Vatikan Sekretär der Kongregation zur Evangelisierung der Völker. In seine Amtszeit als Nuntius in Bonn fiel unter anderem die deutsche Wiedervereinigung. Uvac hatte bereits von 1960 bis 1965 unter dem damaligen Nuntius Corrado Bafile als Auditor an der Vatikan-Vertretung in Bonn gearbeitet. Er wurde am 20. Juli 1924 in Brsec im früheren Jugoslawien geboren. Uvac studierte an der Päpstlichen Lateranuniversität und wurde 1949 zum Priester geweiht. 1954 trat er in den Päpstlichen diplomatischen Dienst ein, der ihn nach Panama, Ägypten, Spanien, Pakistan, Kamerun, Äquatorialguinea, Gabun und Zaire führte. Im Jahr 1970 wurde er zum Bischof geweiht. Uvac war der 67. Apostolische Nuntius in Deutschland.

Zur „Festveranstaltung 25 Jahre organisierte Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge“ am 2. Mai 1985 während der 25. Woche der Begegnung in Königstein/Taunus überbrachte Nuntius Uvac den Dank des Papstes für den intensiven Einsatz der Laien in der Militärseelsorge. Er bezeichnete sie „als Sauerteig der frohen Botschaft, als Menschen im Dienst am Mitmenschen“, welche „ein gedeihliches und erfolgreiches Wirken der Priester nicht nur unterstützt und gefördert, sondern häufig vorbereitet und dadurch erst ermöglicht“ haben (zit. nach AUFTRAG 147/148, s. 105). (PS/DT/KNA)

Franz Thiele – Oberst a.D. und (noch) Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses der GKS – wurde beim Jahresempfang des Militärgeneralvikars für die Mitglieder der Vorstände des Laienapostolats im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs mit der Ehrenmedaille des Katholischen Militärbischofs geehrt. Thiele erhielt die Auszeichnung aus der Hand von Prälat Jürgen Nabbefeld für sein Engagement auf nationaler und internationaler Ebene. Während der deutschen AMI-Präsidenschaft war er Vizepräsident dieser internationalen Vereinigung katholischer Soldatenverbände. (KMBA)

25.04.–01.05.38. Woche der Begegnung in Untermarchtal	02.07. Soldaten-Fußwallfahrt der StO Amberg ua. zum „Maria-Hilf-Berg“	09.–11.10. AK WB IV in Wittlich AK WB VI
22.–24.04. Männer/Väter in der Familienbildung, WB III in Köln	04.–12.07. Jakobus-Wallfahrt auf dem span. Camino	30.10.–01.11. AK WB I
25.–30.04. Zentrale Versammlung	10.–12.07. AK WB V in Hl. Kreuztal	09.–13.11. 43. Gesamtkonferenz der Kath. Militärseels.
29.04.–01.05. BuKonf GKS	20.–24.08. Info-Seminar BV GKS mit SA SuF und InFü in Erfurt	16.11. EA GKS in Bonn
06.–08.05. Haupttagung GKMD in Fulda	31.08. EA GKS in Bonn	18.11. IS in Bonn
11.05. SA InFü in Bonn	02.09. IS in Bonn	20.–22.11. GKS WB I Christkönigstreffen in Nütschau
13.–19.05. Internat. Soldatenwallfahrt nach Lourdes	11./12.09. Deleg.Konf AGKOD in Bad Honnef	20.–22.11. AK WB III in Wermelski.
25.05. EA GKS in Bonn	11.–13.09. WB I FamWoEnde in Baek	21.–23.11. AK WB II in Wörps.
02.06. IS in Bonn	13.–20.09. AML-Konf „Friede und Versöhnung“ in Blankenberge/Belgien	30.11.–01.12. Herbsttagung GKMD mit Festakt 60 Jahre kath. Männerwerke
06.06. Internat. Friedensgottesdienst in Augsburg	26.09. BV GKS in Bonn	
10.–14.06. Kath. Tag Mainz	18.–20.09. Haupttagung kath. Männerwerke in Hannover	1999
14.06. GKS-Sternfahrt WB I	27.09. Bundestagswahl	24.04.–01.05. 39. Woche der Begegnung in Schmöckitz
19.–21.06. WBKonf WB III in Wermelskirchen	02.–04.10. Seminar für Funktionsträger der GKS in Bensberg	01.–05.11. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda
20.06. Vorst ZV in Bonn	07.–15.10. FamWerkWo GKS WB III in Roding	2000
28.06. 25 J. StO-Gottesdienst in Hammelburg		15.–22.11. Rom-Wallfahrt der MilSeels. zum Hl. Jahr
29.06. SA InFü in Bonn		

AUTOREN UND IHRE BEITRÄGE (soweit nicht in den Einführungen zu ihren Beiträgen vorgestellt)

Altendorf, Irmeli, Schriftstellerin

Brockmeier, Friedrich

Stabsfeldwebel a.D., ehem. Vorsitzender des GKS-Kreises Karlsruhe und stellv. Vorsitzender im Wehrbereich V; Mitglied im Sachausschuss „Konzeption und Information“ der GKS; Fotograf im Redaktionsteam AUFTRAG.

Budde, Hans-Otto

Brigadegeneral, Chef des Stabes IV. (GE) Korps, Potsdam.

Derewjantschenko, Michael

Beitrag aus: Ost-West Informationsdienst, hrsg. vom kath. Arbeitskreis für zeitgeschichtliche Fragen im Auftrag des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – ZdK; Heft 197/1998, S. 55–65.

Ditzler, Karl-Heinz

Professor für Psychologie und Pastoralpsychologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Redemptoristen in Hennef/Sieg, Direktor des Bildungshauses der Diözese Hildesheim „Kloster Steterburg“ in Salzgitter.

Dregger, Dr. Alfred

Mitglied der CDU-Fraktion des deutschen Bundestages. Beitrag aus: Deutsche Tagespost (DT) vom 21.03.1998.

Gillner, Dr. Matthias

Wissenschaftlicher Referent am kath. Institut für Theologie und Frieden. Vortrag zur Feier des Friedenstag der Katholischen Militärseelsorge im Wehrbereich I am 04.02.1998 in Rendsburg.

Heinz, Dipl.-Theol. Manfred

wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat V „Kirche und Gemeinde“ im KMBA, Geschäftsführer der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

Lüer, Jörg

Historiker, Referent für den Arbeitsbereich Frieden bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Joachim Georg Görlich

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften.

Publiziert häufig u.a. in Deutsche Tagespost und AUFTRAG.

Klaus Liebetanz

Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe, Döberden/Aller.

Carsten Kießwetter

Pressereferent im Bistum Erfurt und Reserveoffizier

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen in AUFTRAG.

Terbrüggen, Ludger

Major der Luftwaffe in der Bundeswehr, freier Mitarbeiter AUFTRAG

Thye, Günter

Oberstabsfeldwebel a.D., Vorsitzender der GKS im Bereich See in den Jahren 1973–93; Vizepräsident des Apostolat Militaire International (AMI).

Das politische Buch

Richard Schröder: Vom Gebrauch der Freiheit. Gedanken über Deutschland nach der Vereinigung. DVA Stuttgart 1996, 240 S., DM 36,00.

„Es steht mit der Freiheit so ähnlich wie mit der Gesundheit. Man schätzt beide am höchsten, wenn sie fehlen. Die Sehnsucht nach der Freiheit kann hinter Mauern so unermesslich anwachsen, dass die Wirklichkeit der Freiheit nicht halten kann, was man in sie gesetzt hatte. Die ersehnte Freiheit ist noch nicht die gebrauchte Freiheit.“

Richard Schröder, der diese Zeilen schreibt, ist einer, der der Politik in Deutschland fehlt. Dabei hatte seine politische Karriere so hoffnungsvoll begonnen, damals in der Wendezeit. Als Fraktionsvorsitzender der SPD in der ersten freigewählten Volkskammer war er neben Lothar de Maizière wichtigster Repräsentant der Ostdeutschen. Viele hätten ihn gern als Nachfolger Richard von Weizsäckers im Amt des Bundespräsidenten gesehen. Doch Richard Schröder schätzt die Freiheit zur eigenen Meinung. Solche eigenständigen „Typen“ sind rar in der deutschen Politik, werden in den Volksparteien nicht gern gesehen. Anpassung an bestimmte Meinungstrendkanäle sind da eher gefragt. Wer den Kopf da herausstreckt, der verliert ihn. So wird Innovation zur Mangelware.

Schröder wird 1991 an die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität Berlin berufen, seit 1993 ist er Lehrstuhlinhaber für Philosophie und Systematische Theologie.

Das von ihm vorgelegte Buch ist eine Sammlung von Texten zu unterschiedlichen Problemen der Deutschen seit der Wende. Zeitlich umfassen sie die Jahre 1990 bis 1995. In ihnen spricht der Anwalt der Ostdeutschen, der nicht etwa in analytischer Schärfe trennen (wie Gysi), sondern der vermitteln will. Ein Schönfärben der DDR-Vergangenheit ist nicht seine Sache: „Wir im Osten haben die zweite Diktatur auf deutschem Boden erlebt. Sie war so schrecklich nicht wie die erste, weil sie weder Völkermord betrieben noch einen Weltkrieg begonnen hat. Wir konnten uns schließlich selbst von ihr befreien. Dennoch war es eine Diktatur.“

Aber er findet Erklärungen, die Westdeutschen häufig nur schwer verstehen: „Sehr viele Ostdeutsche wollen von 'Vergangenheitsbewältigung' nichts mehr hören, weil sie das Gefühl haben, es werde ihnen die zweite Diktatur persönlich angelastet. So kann es passieren, dass dieselben, die zu DDR-Zeiten auf die DDR geschimpft haben, jetzt PDS wählen, weil es ihr Selbstgefühl zu sehr gekränkt, dass alles in der DDR schlecht gewesen sein soll.“

Auch zum brisanten Thema „Verhältnis zur Stasi“ urteilt er – aus eigener Erfahrung – klug: „Es gab aber zum Glück einige wenige in unserem Lande, genauer: in der Kirche, die in gewissen Grenzen in der Lage waren, solchen Menschen zu helfen. Sie mussten sich der Stasi gegenüber verhalten, wie man sich Geiselnern gegenüber verhält, und

waren dabei doch selbst Geiseln. Sie mussten, so verrückt das jetzt auch klingt, ein Vertrauensverhältnis zu wichtigen Stasi-Leuten aufbauen, ohne selbst ein Fangarm der Krake zu werden.“

Selbst wenig entscheidungsfreudige und höchst mittelmäßige bundesdeutsche Politiker drängt es laufend zum Ruhm des Autoren. Dieses hier ist – zum Glück – nicht „noch ein Politikerbuch.“ (Eckhard Stuff)

Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht 1871-1918 – Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs. S. Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 1997, 715 S., DM 68,00.

Warum nach den Werken von Thomas Nipperdey, Wolfgang J. Mommsen und Hans-Ulrich Wehler noch ein Überblickswerk über die Geschichte des deutschen Kaiserreichs?

Diese Eingangsfrage des Autors wird für den Leser schlüssig beantwortet: Der Journalist Volker Ullrich hat – auf der Höhe der wissenschaftlichen Forschung – ein Gesamtbild dieser Epoche deutscher Geschichte gezeichnet, das „eine moderne Synthese aus Politik-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte darstellt. Unter dem Titel „Die nervöse Großmacht“ erzählt der Ressortleiter einer großen liberalen Wochenzeitung die Geschichte des von Bismarck geschaffenen Reichs. Sein Urteil über den Schöpfer des Reiches bleibt gespalten: Anerkennung für die Mäßigung und Selbstbeschränkung in der Bismarck'schen Außenpolitik, Kritik an seiner polarisierenden Innenpolitik: „Durch seine Neigung, gesellschaftspolitische Konflikte zu dramatisieren und nach dem Freund-Feind-Schema zu polarisieren, trug Bismarck ein gewalttätiges Element in die innere Politik, das die politische Kultur des Kaiserreichs nachhaltig vergiftete. „Wer mit ihm gehe, sei sein Freund, wer wider ihn gehe, sein Feind – bis zur Vernichtung“, so hat er im August 1878, als er die Weichen für die innenpolitische Wende stellte, bekräftigt. Zuerst die Katholiken, dann die Sozialdemokraten hatten zu spüren bekommen, dass es ihm damit ernst war: Die Ausgrenzung politisch Andersdenkender als Reichsfeind, die Knebelung des Parlaments und der Parteien, die reaktionäre Formierung der Beamtenschaft – das waren Belastungen, die sich verhängnisvoll auf die deutsche Politik auswirken sollten.“

Unter der langen Regentschaft Wilhelm II. ergibt sich ein nahezu entgegengesetztes Bild: nach innen scheint das Reich zusammenzuwachsen und steht nach außen schließlich fast ohne Verbündete. Die Entwicklung der internationalen Stellung des deutschen Kaiserreichs unter Wilhelm II. verlief katastrophal. Eine lange Reihe von Fehlern und Ungeschicklichkeiten führte zur hausgemachten Einkreisungs-Pschose des Jahres 1914: „Bedrohungsangst und Aggressionslust waren auf eigentümliche Weise miteinander verknüpft. Es ist deshalb auch müßig, darüber zu streiten, ob die deutsche Politik im Juli 1914 offensiv oder defensiv gewe-

sen sei: Sie war beides zugleich.“

Militärische Niederlagen und Novemberrevolution brachten das Ende der Monarchie. Vorher noch hatte der umtriebige Ludendorff die Saat für die Dolchstoßlegende gelegt, nach der die jetzt durch ihn an die Macht geschobenen demokratischen Kräfte dem im Felde ungeschlagenen Heer in den Rücken gefallen waren. Wilhelm II. muss ins Exil gehen. Vielen erschien er jetzt als der Schuldige, obwohl er doch eher der erste Repräsentant und nicht der alleinige Urheber einer falschen Politik war. Volker Ullrich zitiert aus einem einfühlsamen Kaiserportrait Walter Rathenaus aus dem Jahr 1919: „Dies Volk in dieser Zeit, bewusst oder unbewusst, hat ihn so gewollt, nicht anders gewollt, hat sich selbst mit ihm so gewollt, nicht anders gewollt ... Niemals zuvor hat so vollkommen ein sinnbildlicher Mensch sich in der Epoche, eine Epoche sich im Mensch gespiegelt.“

Die Einsicht in die eigene Verantwortung für die Niederlage gelang den meisten Deutschen, zumal den Eliten, nicht. So konnte der Griff nach der Weltmacht ein zweites Mal zugelassen werden.

Volker Ullrich hat diese auch heute wichtige Epoche deutscher Geschichte spannend erzählt. Nie wird es langweilig, ihn zu lesen, auch weil er es versteht, die Gesellschaft des Kaiserreichs umfassend darzustellen. Bei ihm gibt es also auch Frauen, Volksschulen und die Anfänge moderner Massenkultur. Ebenso reflektiert er immer wieder Erkenntnisse und Kontroversen jüngerer deutscher Geschichtsschreibung. Ohne jede Ansicht teilen zu müssen, lässt sich doch höchst angenehm von Ullrich lernen. (Eckhard Stuff)

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe AGEH), Hrsg.: Dem Frieden verpflichtet: Entwicklungsdienste für den Frieden, Reihe Basispädagogik, Nr. 9; Köln 1997; Paperback, 240 S.

Fast 20.000 Frauen und Männer wurden seit 1959 von den sechs staatlich anerkannten Personaldiensten als Entwicklungshelfer/-innen in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika, Asien oder Lateinamerika vermittelt. Bis heute bildet ihre Mitarbeit im Bereich der Prävention, Intervention und Nachsorge bei Konflikten einen wichtigen Schwerpunkt.

Ihre Erfahrungen bei der Entwicklungszusammenarbeit haben die sechs staatlich anerkannten Entwicklungsdienste in dieser Publikation ausführlich dargestellt.

Die Beiträge und Dokumente gewähren Einblicke, wie sich dieses Anliegen in der Arbeit der Entwicklungsdienste heute widerspiegelt. Sie benennen Kriterien für einen Entwicklungsdienst für den Frieden. Sie zeigen Grenzen auf und dokumentieren, wie sich friedensfördernde Aspekte in der Entwicklungsarbeit vor Ort niederschlagen – konkrete Erfahrungen aus der Arbeit in Übersee, die für die aktuelle Diskussion in Deutschland unverzichtbar sind.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl,
Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an:
Förderkreis der GKS e.V., Konto-Nr.: 1009439010, BLZ: 391 601 91, Pax Bank eG Aachen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.